20 Jahre

CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

1990-2010

Inhalt

Fraktionen und Fraktale
von Jürgen Scharf
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt 8

Vertrauen ist ein wichtiges Kapital
Geleitwort von Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer 16

KAPITEL 1
Geschichte der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
von PD Dr. Jürgen Plöhn und Dr. Sebastian Putz 18

Zur Einführung 18
I. Grundbegriffe 19
1. Parteien und Fraktionen 19
2. Parlamente und parlamentarische Regierungssysteme 24

II. Zur Vorgeschichte der CDU-Fraktion 28

III. Die erste Wahlperiode: große Leistungen in turbulenten Zeiten 32
1. Die Konstituierung der Fraktion 32
2. Der Beginn der Arbeit des Landtags 36
3. Die Leistungen der ersten Wahlperiode 42
4. Krisen und Konflikte 47
4.1 CDU-Fraktion gegen den eigenen Ministerpräsidenten – Die Entwicklung bis zum Rücktritt des Kabinetts Gerd Gies 47
4.2 Erster Führungswechsel – Die Entwicklung bis zur Wahl Bergners 52
4.3 Anhaltende Integrationsschwierigkeiten – Die Entwicklung bis zum Jahreswechsel 1992/93 56
4.4 Erneute Belastungsprobe – Die Entwicklung bis zum Sturz des Kabinetts Werner Münch 62
4.5 Zweiter Führungswechsel – Die Entwicklung bis zum Ende der ersten Wahlperiode 71

IV. Die zweite Wahlperiode: die neue Erfahrung der Opposition 73
1. Das Wahlergebnis und die Formierung von Regierungsmehrheit und Opposition 73
2. Die entstandene Konstellation und die Positionierung der CDU-Fraktion 79
3. Die verfassungsgerichtliche Kontroverse um den Oppositionsstatus der PDS-Fraktion 85
4. Ende und Beurteilung der Wahlperiode 89

V. Die dritte Wahlperiode: Tristesse und Neuanfang in der Opposition 92
1. Das Wahlergebnis und die Formierung von Regierungsmehrheit und Opposition 92
2. Personelle Kontinuitäten und inhaltliche Veränderungen 94
3. Kampf um den Fraktionsvorsitz – Verspätete Verarbeitung des Landtagswahlergebnisses? 96
4. Die SPD im Visier – Böhmers charmante Daueroffensive für eine „Sanierungskoalition" und Bergners neuer strategischer Ansatz 98
5. Führungswechsel – Alles auf die Karte Böhmer 102
6. Bilanz der Oppositionsarbeit 103

VI. Die vierte Wahlperiode: Rückkehr in Regierungsverantwortung und Neuauflage der bürgerlichen Koalition 104
1. Parallelen und Unterschiede zur ersten Wahlperiode 104
2. Fraktionsinterne Entwicklungen im Schatten erfolgreicher Regierungsarbeit 107
3. Bilanz der Leistungen als Regierungsfraktion 112

VII. Die fünfte Wahlperiode: CDU-Fraktion unter den Bedingungen der Großen Koalition 113
1. Gewonnene Landtagswahl und verlorene Koalitionsverhandlungen? 113
2. Konstituierung der Fraktion: Verpasste Chance zum Führungswechsel? 116
3. Die Fraktion zwischen Koalitionstreue und Kampf gegen die Einheitsgemeinde 118
4. Kampf um den Fraktionsvorsitz – Versuchter Aufbruch. Aber wohin? 124

5. Ende der Rekrutierungsfunktion? – Personelle Entwicklungen bis Mitte 2010 127
6. Vorläufige zahlenmäßige Bilanz der fünften Wahlperiode 129

VIII. Profil und Markenkern: 13 Jahre Kampf gegen das 13. Schuljahr 130

IX. Fazit der Betrachtungen 135

KAPITEL 2
Anekdoten und Episoden aus fünf Wahlperioden 138

Knolle for president
von Dr. Christoph Bergner 138

Das Landeswappen aus dem Langenweddinger Wohnzimmer
von Dr. Karl-Heinz Daehre 140

Erinnerungen an die allererste Fraktionssitzung
von Dr. Gerd Gies 143

Der erste Schritt
von Dr. Klaus Keitel 147

Eine Schmunzel-Story und andere Begebenheiten
von Karsten Knolle 149

Von der Lübecker Straße zum Hotel ohne Pool
von Dr. Michael Schneider 158

Ein Gigant in hellblau
von André Schröder 162

Herausforderungen
von Dr. Werner Sobetzko 165

Feierlich
von Prof. Dr. Adolf Spotka 173

Von der Utopie zur Wirklichkeit
von Dieter Steinecke 174

Auf Fraktionsfahrt
von Thomas Webel 179

Vertrauen, Kraft und Können
von Petra Wernicke 181

KAPITEL 3
Im Porträt
Die Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt seit 1990
Die Parlamentspräsidenten der CDU in Sachsen-Anhalt seit 1990 183

KAPITEL 4
Die CDU-Fraktionen der 1. bis 5. Legislaturperiode
Personen, Zahlen, Daten, Fakten 191
1. Wahlperiode (28.10.1990 bis 20.07.1994) 192
2. Wahlperiode (21.07.1994 bis 24.05.1998) 199
3. Wahlperiode (25.05.1998 bis 15.05.2002) 204
4. Wahlperiode (16.05.2002 bis 23.04.2006) 208
5. Wahlperiode (ab 24.04.2006) 213

KAPITEL 5
Impressionen aus zwei Jahrzehnten
Fotogalerie von 1990 bis 2010 218

Literaturverzeichnis 231

Quellen 234

Fotonachweis 234

Impressum 235

Redaktionelle Hinweise 236

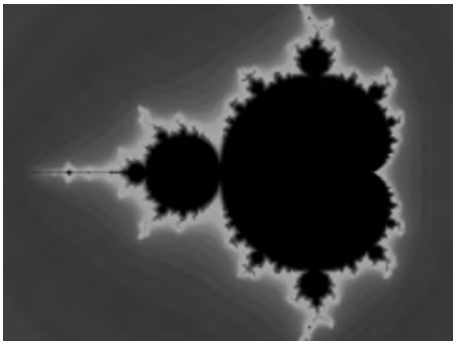
Fraktionen und Fraktale

von Jürgen Scharf
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Sachsen-Anhalt

Was ist überhaupt eine Fraktion? Jeder, der das Stadium des Halbwissens noch nicht erreicht hat oder es noch nicht verlassen hat, fragt so nicht.
Bis 1989/90 fühlte ich mich durch regelmäßiges Verfolgen der (West)-Medien, Lesen verfügbarer legaler und illegaler Literatur politisch halbwegs informiert. Im Herbst 1990 direkt in den ersten Landtag des Landes Sachsen-Anhalt nach der Deutschen Einheit gewählt, besser ich kandidierte und Helmut Kohl wurde gewählt, wurde die angelesene, angesehene und angehörte politische Grundbildung schnell auf die Probe gestellt. Am 16.10.1990 traf sich die CDU-Fraktion zur ihrer konstituierenden Sitzung in den Räumen der CDU-Landesgeschäftsstelle in Magdeburg in der Lübecker Straße 8b. Kaum jemand kannte den übernächsten Nachbarn, man war schon froh, wenn man wenigstens einige wenige Nachbarn kannte. Auf der konstituierenden Sitzung hatten die Kolleginnen und Kollegen, die der ersten und letzten frei gewählten Volkskammer angehörten oder aus den alten Ländern kamen, einen kleinen Vorteil, denn sie hatten in Theorie und/oder Praxis schon Erfahrungen mit einer Fraktion gesammelt. Wegen des sehr guten Wahlergebnisses spielte die Landesliste zunächst keine Rolle, was aber zugleich jedes „Vorwegdenken" möglicher Führungsstrukturen in Fraktion und Parlament obsolet machte. Die Wahlen zum Fraktionsvorstand waren zufallsbehaftet, wie es Wahlen später selten waren. In der Regel hielten sich Abgeordnete, die später harte Bewährungsproben bestanden, zunächst noch etwas zurück, weil sie wohl unsicher waren, ob sie die anstehenden Aufgaben in der ersten oder zweiten Reihe gut bewältigen könnten. Andere plagte zum Teil keinerlei Selbstzweifel ob ihrer Fähigkeiten. Manche wurden später hart auf den Boden der Realität zurückgeholt.
Spätestens jetzt wird sich auch der geduldige Leser die Frage stellen, was denn diese etwas aperçuhafte Plauderei über den Start der CDU-Landtagsfraktion mit den in der Überschrift erwähnten Fraktalen zu tun hat. Es ist die manchmal etwas geheimnisvolle Nichtunterscheidbarkeit von komplizierten Zusammenhängen

und zufälligen Ereignissen, die mich verführt, die Subjekte Fraktion und Fraktal in eine Beziehung zueinander zu setzen.

Eine weitgehend anerkannte Definition der Fraktion lautet: „Eine Fraktion bilden in der Regel die Mandatsträger, die im Parlament einen Sitz haben und derselben Partei angehören. Fraktionen gibt es in fast allen parlamentarischen und sonstigen Vertretungen. Sie haben einen besonderen Status, der mit zusätzlichen parlamentarischen Rechten und meist auch finanziellen Zuwendungen verbunden ist."[1] Wichtig ist und wird von der Exekutive gerne einmal „übersehen", dass Fraktionen im Bundestag und in den Länderparlamenten kein Teil der allgemeinen Verwaltung sind, sondern Rechtsgeschöpfe „sui generis", d.h. eigener Art.



Berühmtes Fraktal: die Mandelbrot-Menge (sogenanntes „Apfelmännchen")

Ein Fraktal „ist ein von Benoît Mandelbrot (1975) geprägter Begriff (lat. fractus: gebrochen, von frangere: brechen, in Stücke zerbrechen), der natürliche oder künstliche Gebilde oder geometrische Muster bezeichnet, die einen hohen Grad von Skaleninvarianz beziehungsweise Selbstähnlichkeit aufweisen. Das ist beispielsweise der Fall, wenn ein Objekt aus mehreren verkleinerten Kopien seiner selbst besteht. Geometrische Objekte dieser Art unterscheiden sich in wesentlichen Aspekten von gewöhnlichen glatten Figuren. […] Das Gebiet der Mathematik, in dem Fraktale und ihre Gesetzmäßigkeiten untersucht werden, heißt fraktale Geometrie."[2]

Es gibt wunderbare Bilder der fraktalen Geometrie, die oft auf den ersten Blick wie Zufallsgebilde aussehen, in Wirklichkeit aber eine mathematische Regelmäßigkeit bis in die kleinsten Strukturen, bis in das unendlich Kleinste aufweisen, die die leistungsfähigsten Rechner unserer Tage an die Grenzen ihrer Möglichkeiten führen.[3] Wie ging und geht es in einer Fraktion zu? Was ist „berechenbar", was ist „zufällig" und geht nicht beides so manches Mal ineinander über?

1 WIKIPEDIA: http://de.wikipedia.org/wiki/Fraktion_(Politik), heruntergeladen am 29.04.2010

2 WIKIPEDIA: http://de.wikipedia.org/wiki/Fraktal, heruntergeladen am 29.04.2010

3 Sehr schön beschreibt z.B. Karl-Friedrich von Weizsäcker in seinem Buch „Die Geschichte der Natur" (Göttingen, Vandenhoeck Ruprecht, 1948), dass ein sehr kompliziertes Muster von demjenigen, der seine Ordnung nicht erkennt, nicht von einem zufälligen Muster unterschieden werden kann. Versteht man unter einer „Gestalt" ein Gebilde, das sich durch seine räumliche Beschaffenheit von seiner Umgebung deutlich abhebt, so können komplizierte Gestalten unwahrscheinlichen Ereignissen zugeordnet werden.

Die CDU-Fraktion der ersten Legislaturperiode in Sachsen-Anhalt verzeichnet drei Fraktionsvorsitzende, zahlreiche Wechsel in den Sprecherfunktionen und das Ausscheiden von 10 Fraktionsmitgliedern[4]. Eine schwere Belastung der ersten Jahre war die Ungewissheit, ob sich in der Fraktion informelle Mitarbeiter des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR befanden. Berechtigte und vor allem unberechtigte Vorwürfe führten den Zusammenhalt in der Fraktion mehrfach in eine Zerreißprobe und beeinflussten auch die Arbeit der Landesregierung nachhaltig. Der heutige Leser muss sich darüber im Klaren sein, dass in den ersten Monaten und Jahren zum einen die „Aktenlage" noch unübersichtlich war und sich zum anderen die Stasiunterlagenbehörde erst im Laufe der Zeit allgemein anerkannte Bewertungskriterien erarbeitete.

Trotz dieser Schwierigkeiten konnten in der ersten Legislaturperiode recht zügig die Grundlagen der Staatlichkeit des Landes gelegt und wichtige Gesetze beschlossen werden. Immer wieder wird mit etwas Lächeln vorgetragen, dass so manches Gesetz einem Gesetz aus einem alten Bundesland sehr ähnele. (In der Regierungsvorlage des ersten Landesrundfunkgesetzes stand an einigen Stellen noch aus Versehen das Wort „Niedersachsen" statt „Sachsen-Anhalt".) Ich sehe diesen Vorhalt jedoch keineswegs als Mangel, denn in einem föderalen Staat wie der Bundesrepublik Deutschland darf zum einen erwartet werden, dass sich in zirka 40 Jahren föderalen Wettbewerbs einige gute Gesetze als bewährt herausgeschält haben, zum anderen gibt es gute Beispiele, wie das Parlament eine Regierungsvorlage auch einmal vollkommen umgeschrieben hat. Erinnert sei an das Hochschulerneuerungsgesetz.

Tragisch für die Landesregierung, besonders für einige ihrer Mitglieder war die sogenannte „Gehälteraffäre" Ende 1993[5]. Der Präsident des Landesrechnungshofes monierte, dass einige Mitglieder der Landesregierung nach seiner Auffassung exorbitant überzahlt worden seien. (Man möge sich erinnern, dass zum damaligen Zeitpunkt die „Ost-West-Gehaltsanpassung" im öffentlichen Dienst bei zirka 60 Prozent lag, in der freien Wirtschaft meist deutlich darunter.) Als junger Abgeordneter des Finanzausschusses und Parlamentarischer Geschäftsführer habe ich damals dunkle Stunden am politischen Abgrund erlebt. Nachhaltig bleibt in

4 Davon sind 6 Abgeordnete aus dem Landtag ausgeschieden und 4 Abgeordnete haben die Fraktion gewechselt

5 Plöhn, Jürgen: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt: Modellfall oder Sackgasse, Peter Lang Verlag Frankfurt am Main 1996, S. 15 ff.

meiner Erinnerung, dass während der entscheidenden Beratungen zur Behebung rechtlicher Unsicherheiten in der Besoldung kein „juristischer Beistand" uns mehr beraten wollte. Unsere Beschlüsse haben aber dennoch gehalten. Eine Ironie der Rechts- und Parlamentsgeschichte ist in meinen Augen die abschließende Gerichtsentscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom Dezember 1997, die den in der Gehälteraffäre erlassenen Rückforderungsbescheid für rechtswidrig erklärte und dem klagenden Ministerpräsidenten a. D. letztinstanzlich bescheinigte, nicht rechtswidrig, sondern völlig zu Recht sein bezogenes Amtsgehalt erhalten zu haben. Damit zerfiel die so genannte Gehälteraffäre wie ein Kartenhaus. Bemerkenswert ist, dass das Gericht mit Rechtsgründen zu einer Entscheidung fand, die zur Zeit der heftigsten politischen Auseinandersetzungen überhaupt keine Rolle gespielt hatten.[6] Einige Mitglieder der Landesregierung bezahlten die Angelegenheit mit ihrem politischen Aus.

Was war in diesen ersten dramatischen Jahren umgesetztes politisches Kalkül, was war die „List der Vernunft"[7] oder „zufällige Wendung"?

Ministerpräsident Dr. Bergner konnte in der CDU/FDP-Koalitionsregierung mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen in sieben Monaten so viel Vertrauen zurückgewinnen, dass die CDU aus den Landtagswahlen 1994 als stärkste Fraktion hervorging – aber die Regierung nicht stellen konnte.

Die zweite Legislaturperiode brachte mit dem sogenannten „Magdeburger Experiment"[8] eine Verhärtung in der politischen Auseinandersetzung, die erst 2002 mit der vierten Legislaturperiode langsam überwunden wurde. Noch in der Wahlnacht des 26.06.1994 erwarteten viele politische Beobachter die Bildung einer Regierung aus CDU und SPD. Die Landes-SPD entschied sich jedoch, auch gegen den Ratschlag der Bundes-SPD, gegen eine Große Koalition. Es kam zu keinerlei ernsthaften Gesprächen der SPD mit der CDU. SPD und Bündnis90/Die Grünen bildeten vorgeblich eine Minderheitsregierung. Die „kluge politische Wahrheit" sollte sich angeblich jeweils ihre Mehrheiten suchen. Tatsächliche Parlamentspraxis war eine enge Abstimmung mit der PDS. Diese Konstellation hatte für die PDS

6 OVG LSA v. 03.12.1997 (A3S6/96)

7 Die List der Vernunft ist ein von Hegel geprägter Ausdruck. Hegel versteht darunter einen Vorgang, durch den sich in der Geschichte der Menschheit ein bestimmter Zweck verwirklicht, der den handelnden Menschen nicht bewusst ist. Historisches Wörterbuch der Philosophie List der Vernunft Bd. 5, S. 343 zitiert nach WIKIPEDIA: http://de.wikipedia.org/wiki/List_der_Vernunft, heruntergeladen am 03.06.2010

8 Plöhn, Jürgen: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt: Modellfall oder Sackgasse, Peter Lang Verlag Frankfurt am Main 1996

sogleich mehrere Vorteile. Sie saß das erste Mal nach der friedlichen Revolution praktisch wieder am Regierungstisch, konnte sich aber zugleich nach Belieben aus der politischen Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen stehlen, da sie ja nicht offiziell Koalitionspartner in der Regierung war. Der SPD unter dem damaligen Ministerpräsidenten Dr. Höppner gebührt der „historische Verdienst", die PDS wieder in die Regierungen von Länderparlamenten hineingeführt zu haben. Vielleicht wäre ohne diese Entscheidung die gesamte folgende Geschichte der PDS bis zur LINKEN in Deutschland anders verlaufen. In welchem Ausmaß ist diese politische Weichenstellung durch politisches Kalkül, durch eine nicht mehr vorhanden gewesene Gesprächsfähigkeit damals führender Politiker untereinander oder durch „zufällig" verpasste Chancen beeinflusst gewesen?

Die gesamte zweite Legislaturperiode war von verbittert geführten politischen Auseinandersetzungen geprägt. Die CDU-Landtagsfraktion verklagte sogar den CDU-Landtagspräsidenten, da dieser der PDS nicht den Oppositionsstatus bei der Zuweisung parlamentarischer Mittel entzog, denn nach Auffassung der CDU war die PDS keine Oppositionsfraktion mehr. Die CDU konnte sich jedoch vor dem Landesverfassungsgericht rechtlich nicht durchsetzen.[9] Nach Auffassung des Gerichtes gab die Quellenlage, hauptsächlich bestehend aus Presseberichten, nicht genügend Anhaltspunkte für ihren Vorhalt. Die aus Sicht der CDU-Fraktion geführte „konsequente Oppositionspolitik" hatte nicht den gewünschten Erfolg, die Regierung nachhaltig zu erschüttern, ja die Fraktion musste ihrerseits den in den Medien öffentlich vorgehaltenen Makel einer „Fundamentalopposition" hinnehmen. Aber auch die Regierung Höppner dümpelte eher vor sich hin, als dass sie das Land kraftvoll gestaltete.

Die Wahlen am 26.04.1998 offenbarten die verkorkste Situation in einem desaströsen Wahlergebnis für alle Parteien, außer der PDS. Die CDU rutschte auf ein Wahlergebnis von 22,0 Prozent ab. Vollkommen unerwartet zog die rechtsextreme Phantompartei Deutsche Volksunion (DVU) des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey mit 13 Prozent in den Landtag ein. Dieses war offensichtlich ein Wählerprotest, der den demokratischen Parteien „weh tun" sollte. Weil die DVU keine Direktkandidaten aufgestellt hatte, konnte sie nur Zweitstimmen auf sich vereinen. Die Erststimmen dieser Stimmzettel verteilten sich recht gleichmäßig auf CDU, SPD und PDS, was nach meiner Auffassung nur durch die These einer „Denkzettel-

9 Plöhn, Jürgen: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt: Modellfall oder Sackgasse, Peter Lang Verlag Frankfurt am Main 1996, S. 87 ff.

wahl“ zu erklären ist. Erstmals war die CDU in Sachsen-Anhalt mit einer Situation konfrontiert, dass nur zwei ihrer Kandidaten ein Direktmandat erringen konnten (Curt Becker, zugleich Oberbürgermeister in Naumburg, und Thomas Webel, zugleich Landrat im Ohrekreis). Alle anderen Fraktionsmitglieder zogen über die Landesliste ein. Im CDU-Landesverband hatte sich seit Anfang der Neunziger Jahre ein Aufstellungsverfahren zum Aufstellen der Landesliste als politische Übung herausgebildet, das den aufgestellten Wahlkreiskandidaten absoluten Vorrang einräumte. Der Vorteil dieses Verfahrens, durch Wahlkreisentscheidungen akzeptierte Kandidaten aus allen Regionen des Landes auf fast allen halbwegs aussichtsreichen Listenplätzen aufzustellen, wurde mit dem Nachteil erkauft, dass sich die Fachkompetenzen für alle wichtigen Politikfelder eher zufällig in der Fraktion wiederfanden oder eben für eine ganze Legislaturperiode weitgehend abwesend waren. In so manch politischer Auseinandersetzung der dritten Wahlperiode wurde mir dieser Mangel schmerzlich bewusst.

Zirka ein Jahr vor dem Ende dieser Wahlperiode gelang es den politischen Führungen der Fraktion und der Partei, jeweils eigene Ambitionen und auch Eitelkeiten hintenanzustellen und sich informell auf den Spitzenkandidaten Prof. Dr. Böhmer zu einigen. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Bergner übergab um der Sache willen vorzeitig die Führung der Fraktion an Prof. Dr. Böhmer, der schon 1998 den Parteivorsitz übernommen hatte. Damit konnte die CDU fachlich-inhaltlich und personell in der Öffentlichkeit geschlossen und neu aufgestellt auftreten. Der SPD mit ihrem Tolerierungspartner PDS blieben zugleich die Erfolge aus.

Das Land erlebte zu den Wahlen am 21.04.2002 eine regelrechte Wechselstimmung, so dass die CDU einen fulminanten Wahlsieg erringen konnte. Die FDP zog wieder in den Landtag ein, die sich während der dritten Legislaturperiode durch Skandale und Nichtstun selbst zerlegte DVU[10] mit ihren Abspaltungen versank wieder in das Dasein einer Splitterpartei. Damit ähnelte der Beginn der vierten Legislaturperiode in einigen Aspekten der ersten. Einer Koalition von CDU und FDP stand eine Opposition von SPD und PDS gegenüber. Die Grünen bezahlten das „Magdeburger Experiment“ seit 1998 mit ihrer politischen Bedeutungslosigkeit. Auf Seiten der Koalition agierten zum Teil sogar dieselben Personen, die bereits in der ersten Legislatur in Verantwortung standen. Es wurden aber zum Glück einige der Fehler der frühen Neunziger Jahre nicht wiederholt. Das Klima im Parlament war nicht mehr so ver-

10 Siehe z.B. Everhard Holtmann: Die angepassten Provokateure, Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt 2002

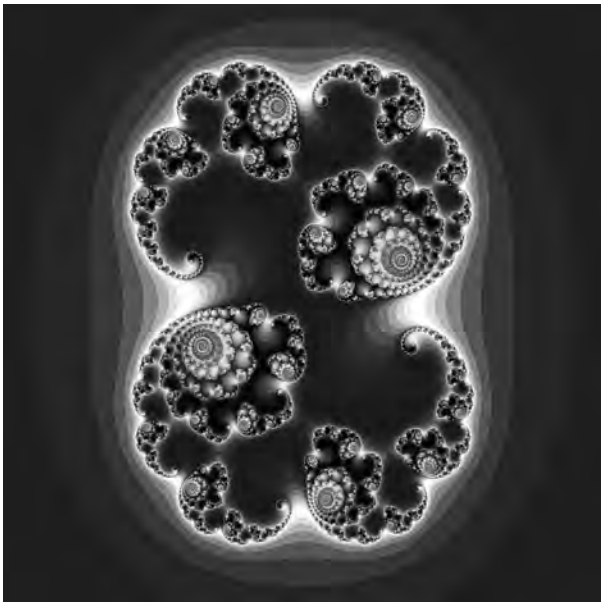
giftet. Auch auf Seiten der SPD setzten sich nach und nach Politiker durch, die an einem vernünftigen parlamentarischen Umgang miteinander interessiert waren. So konnten CDU und FDP wichtige Reformen, wie beispielsweise eine Kreisgebietsreform, umsetzen und Fehlentwicklungen der Vorgängerregierung, zum Beispiel in der Schulpolitik, korrigieren (Abschaffung des 13. Schuljahres, wieder klare Orientierung auf ein gegliedertes Schulsystem). Selbst eine Reform der Landesverfassung gelang gemeinsam mit FDP, SPD und PDS.

Am Ende der vierten Legislaturperiode war die volle politische Gesprächsfähigkeit zwischen CDU, SPD und FDP, ja selbst zu Teilen der PDS wieder hergestellt. Erinnert sei an einen Beschluss des Landtages vom 3. März 2005, der von allen Fraktionen getragen wurde und den politischen Extremismus jeglicher Coleur strikt ablehnt. Dies war die Geburtsstunde des „Netzwerkes für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt". Es hat sich bis heute bewährt und allen Belastungsproben standgehalten. Dem Land Sachsen-Anhalt hat diese Entwicklung nach meiner Auffassung nur gut getan. Alle wirtschaftlichen Kennziffern bewegten sich in dieser Zeit deutlich in Richtung positiver Werte. Das Land selber legte sein „Schmuddelimage" ab. Es kehrte in den Reigen der geachteten Bundesländer zurück.

In der fünften Legislaturperiode bestand für die CDU nur die Möglichkeit, eine Koalition mit der SPD zu bilden. Die Koalitionsverhandlungen verliefen schwierig, aber zügig. Mit der FDP durchgesetzte politische Entscheidungen, besonders im Bildungsbereich, konnten gesichert werden. Die politische Auseinandersetzung wurde in den Bildungskonvent verlagert, der wiederum die in ihn gesetzten Erwartungen nur zum Teil erfüllen konnte. Nun wird der Wähler bald wieder entscheiden müssen. Mit dem Abschluss der kommunalen Gemeindereform findet die Neuordnung der Gemeinden ihre neue Rechtsform und ihre neuen Zuschnitte. Der Preis, den die CDU für die Art und Umsetzung dieser Reform zahlen musste, ist jedoch recht hoch. Hoffen wir, dass die kommunale Familie in den nächsten Jahren keine weiteren grundlegenden Veränderungen hinnehmen muss. Es ist wieder Kontinuität gefragt.

Die Geschichte der Organisation des Landes Sachsen-Anhalt mit zum Beispiel Entscheidungen zur Landeshauptstadt, der Bildung und Abschaffung von Regierungspräsidien, zwei Kreisgebietsreformen, mehreren kommunalen Gemeindereformen und einer Funktionalreform ist durchaus als eine Geschichte von Versuch und Irrtum und/oder komplizierten Mehrheitsfindungen, auch in den Fraktionen selber, oder „sehr versteckter" Vernunft zu interpretieren.

Mitunter behaupten Politiker gerne - ich bin dieser Versuchung wohl auch schon unterlegen - dass ihre politischen Programme gut seien und die mangelnde öffentliche Akzeptanz lediglich ein „Vermittlungsproblem“ darstelle. Dem kann leider sinngemäß mit Aristoteles nur geantwortet werden: Nicht die Dinge sind entscheidend, sondern wie die Menschen die Dinge sehen ist entscheidend. In die Sprache der Demokratie übersetzt könnte dies heißen: Was die Politiker den Menschen nicht erklären können, findet keine Mehrheit und kann deshalb nicht umgesetzt werden, egal wie sehr man selber von der Richtigkeit der Sache überzeugt ist.
Kommen wir nun auf die Fraktale zurück, heißt das, dass komplizierte, aber gut durchdachte Pläne und auch Entscheidungen von Außenstehenden mitunter nicht von zufälligen Entwicklungen zu unterscheiden sind. Die Politik hat deshalb eine immerwährende Erklärungsaufgabe. Wenn die Bemerkung über Hegels „List der Vernunft“ einen wahren Kern hat, dürfen wir aber nicht allzu verwundert sein, wenn wir unser eigenes Handeln immer wieder nur im Nachhinein oder durch die Analyse am Geschehen Unbeteiligter verstehen können.



Beispiel einer Julia-Menge

Vertrauen ist ein wichtiges Kapital

Geleitwort von Ministerpräsident
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

Am 22. Juli 1990 hat die letzte Volkskammer der DDR mit dem Ländereinführungsgesetz die 1952 aufgelösten Länder mit einigen territorialen Änderungen wieder eingeführt. Das Gesetz trat am 3. Oktober 1990 in Kraft. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurden am 14. Oktober die Mitglieder für die neu zu besetzenden Landtage gewählt. Viele von uns haben kandidiert, ohne zu wissen, was auf sie zukommen könnte. Helmut Kohl wurde gewählt, und wir saßen plötzlich in einem Landtag.

Beeindruckend waren die ersten Fraktionsversammlungen. Die meisten von uns saßen mit unsicheren Blicken schweigend in den Reihen. Einige wenige meldeten sich bei jeder Funktion, die besetzt werden musste. Die meisten wussten nicht, welche Aufgaben und Pflichten damit verbunden waren. Einige wenige schienen damals schon zu wissen, dass damit höhere Diäten verbunden waren und hielten sich für alles geeignet. Wir waren also eine bunte Truppe.

Die ersten Probleme und personellen Wechsel gab es als Folge der Überprüfung auf eine eventuelle verdeckte Mitarbeit für die Staatssicherheit der DDR. Weitere folgten aus anderen Gründen. In der ersten Legislaturperiode gab es besonders viel zu tun. Während dieser wurden vom Landtag 495 Gesetze beschlossen. Nicht selten wurden Landesgesetze aus Niedersachsen übernommen und mal mehr, mal weniger modifiziert beschlossen. Einmal haben wir sogar übersehen, den Namen des Landes zu wechseln. Dabei haben wir nicht nur gelernt, mit Geschäftsordnungen umzugehen, sondern auch die parlamentarischen Gepflogenheiten einer Mehrparteien-Demokratie. Nicht alles ist uns geglückt.

Besonders während der ersten Legislaturperiode hatten wir viele Probleme mit uns selbst. Dreimal musste die Fraktion einen Ministerpräsidenten wählen und dreimal einen Vorsitzenden. Dass ein Fraktionsvorsitzender die eigene Partei verlässt und eine neue Fraktion während der Legislaturperiode gründet, dürfte wohl einmalig gewesen sein und bleiben. Wir haben in dieser Zeit viel dazugelernt.

Nach der Landtagswahl 1994 waren wir mit einem hauchdünnen Vorsprung wieder stärkste Fraktion, fanden aber keinen Partner für eine Koalition. Acht Jahre

lang mussten wir uns auf die Oppositionsrolle im Parlament konzentrieren. Das hat die Fraktion zusammengeschweißt. In dieser Zeit haben wir gelernt, wie wichtig Glaubwürdigkeit, Geschlossenheit und Berechenbarkeit für die Parlamentsarbeit in der Politik sind. Seit 2002 sind wir wieder die stärkste Fraktion im Landtag und verantwortlich für die Bildung einer Landesregierung. Allen, die wollen, dass dies so bleibt, sollten die eigenen Erfahrungen aus den ersten zwanzig Jahren seit der Wiedergründung unseres Landes wichtig bleiben.

Der Erfolg einer Regierung ist in hohem Maße abhängig von der Arbeit der Regierungsfraktion beziehungsweise der Koalitionsfraktionen. Ihnen kommt in der parlamentarisch verfassten Demokratie eine herausragende Stellung zu. Ohne sie kann kein Gesetz verabschiedet werden und ohne ihre Unterstützung ist keine Regierung handlungsfähig. Zwischen Exekutive und den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen muss es eine „richtungsmäßige Übereinstimmung" geben, mit anderen Worten: ein belastbares Vertrauensverhältnis.

Vertrauen ist ein wichtiges Kapitel. Heute genießt der Beruf des Politikers wenig Ansehen. Auf der Beliebtheitsskala stehen Politiker weit unten. Der Prestigeverlust bleibt nicht folgenlos und schlägt sich in Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung nieder. Einmal verloren gegangenes Vertrauen ist schwer zurückzugewinnen, unmöglich ist es aber nicht. Vor allem darf sich nicht der Eindruck verfestigen, dass die Politik und die Politiker ihr Mandat nicht mehr hinreichend wahrnehmen und es ihnen anscheinend mehr um Eigennutz als um das Gemeinwohl geht. Keine Demokratie kann dauerhaft gegen eine Mehrheit politisch passiver und indifferenter Bürger bestehen.

Es gibt noch viel zu tun.

Mehrfach ist es uns gelungen, mehr Direktmandate zu gewinnen, als uns nach dem Stimmenanteil unserer Partei zugestanden hätten. Das spricht doch dafür, dass wir im Wahlkreis angesehene Kandidaten aufgestellt hatten. Jeder, der sich auch zukünftig auf den Weg macht, um für unsere Partei eine solche Verantwortung zu übernehmen, muss wissen, dass Wählerstimmen immer einen Vertrauensvorschuss bedeuten. Diesen kann man verspielen oder vermehren.

In einer pluralistischen Gesellschaft wird niemand allen alles recht machen können. Deshalb ist es wichtig, in seinen Gestaltungszielen klar erkennbar zu sein, diese glaubwürdig zu vertreten und seine eigene Arbeit als Dienst für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu verstehen.

Geschichte der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

von PD Dr. Jürgen Plöhn und Dr. Sebastian Putz

Zur Einführung

Zwanzig Jahre CDU-Fraktion in Sachsen-Anhalt: Das ist parlamentarische Dramatik „pur" – große „Haupt- und Staatsaktion", sozusagen. Keine andere Landtagsfraktion der CDU hat seit der Wiedervereinigung in den Neuen Bundesländern ein solches Wechselbad der Gefühle, einen solchen Wechsel der parlamentarischen Konstellationen und solch unterschiedliche Rollen erlebt wie die christlich-demokratischen Abgeordneten im Magdeburger Landtag.

Die äußeren Rahmenbedingungen waren so dramatisch wie die parlamentarischen Abläufe: Für die Entwicklungen draußen im Lande stehen Stichworte wie der Zusammenbruch der im Realsozialismus heruntergewirtschafteten, ökologisch unerträglichen chemischen Industrie, die Privatisierung „volkseigener" Betriebe durch die Treuhandanstalt und der Abzug der sowjetischen Streitkräfte – drei Veränderungen, die die frühen Neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts in Sachsen-Anhalt prägten, heute jedoch bereits wie Vorgänge aus längst vergangener Zeit anmuten. Der Bau von menschengerechten Häusern und Wohnungen, von Verkehrswegen und behindertengerechten öffentlichen Einrichtungen, der Umbau des Bildungswesens und die Überleitung von Menschen ohne eigenes Arbeitseinkommen in die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik Deutschland sollten darüber nicht vergessen werden.

Der Landtag hat nicht nur Minister, sondern auch Ministerpräsidenten stürzen sehen. Gesetzesvorlagen und Anfragen sind eingebracht, Untersuchungsausschüsse sind beantragt und selbst ein sogenannter „konstruktiver" Misstrauensantrag ist gestellt worden. Ob als Regierungsmehrheit oder Opposition: Die Landtagsfraktion hat sich in schwierigem Fahrwasser befunden. War sie darauf vorbereitet? Wer waren ihre Mitglieder? Hat sie Kurs gehalten?

Diesen Fragen versuchen die Autoren in wissenschaftlicher, nicht propagandistischer Weise nachzugehen. Dazu gehören zum einen historisch-erzählende Abschnitte, durch die exemplarisch die Entscheidungsrelevanz der Fraktion erhellt

werden soll, zum anderen strukturelle und funktionale Analysen, die die internen Voraussetzungen und Bedingungen parlamentarischen Handelns dokumentieren. Die vorliegende Studie orientiert sich dabei an der zeitlichen Gliederung der Fraktionsarbeit durch die Wahlperioden des Landtags, gibt diese doch dem Parlament seinen besonderen Rhythmus und damit seine zeitliche Struktur. Angesichts des Wechsels der Stärkeverhältnisse und des Führungspersonals wie auch der Beratungsgegenstände wirkt jener Takt der Wahlperioden prägend für die gesamte Politik – weit über die parlamentarische Arbeit hinaus.
Doch zunächst sind Vorgeschichte, Grundbegriffe und Konstellationen zu klären; im weiteren Verlauf wird die Verfassung zu erörtern sein – einerseits Leistung des ersten Landtags, andererseits seit ihrem Inkrafttreten Grundlage der staatlichen Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

I. Grundbegriffe

Bevor wir uns auf die politische Auseinandersetzung einlassen, sollten einige Grundbegriffe geklärt werden, damit die Analyse auf einem soliden Fundament steht und die Handlungsbedingungen der Akteure verständlich sind: Was ist eine Fraktion? Worin unterscheidet sie sich von einer Partei? Welche Rolle spielt das Parlament in der Demokratie? Und was versteht man unter einem „parlamentarischen Regierungssystem"?

1. Parteien und Fraktionen

Parteien sind Organisationen der gesellschaftlichen Sphäre. Da sie in allen modernen politischen Systemen anzutreffen sind, gibt es für sie sozialwissenschaftliche Definitionen, die vergleichende Analysen in einer Vielzahl unterschiedlicher Länder und in unterschiedlichen historischen Epochen fundieren helfen. So spricht etwa *Giovanni Satori* davon, Parteien seien politische Organisationen, die für Wahlen Kandidaten aufstellen und es schaffen, durch Wahlen – seien sie frei oder nicht – Personen in öffentliche Ämter zu bringen.[1]
Das Anliegen des deutschen Parteiengesetzes ist ein anderes: Ihm geht es nicht um einen Allgemeinbegriff für vergleichende Forschung, sondern um eine juristische Abgrenzung. Zweck der in § 2 des Parteiengesetzes enthaltenen Defini-

1 Giovanni Sartori: Parties and party systems, Cambridge 1976, S. 64: "A party is any political group that presents at elections, and is capable of placing through elections, candidates for public office".

tion[2] ist es, Rechtsfolgen an den dort rechtlich verbindlich festgelegten Begriff knüpfen zu können. Dies gilt etwa hinsichtlich der Finanzierung von Parteien oder ihres Schutzes vor einem Verbot durch den Innenminister.

Fraktionen nun weisen einen so offenkundigen Bezug zu politischen Parteien auf, dass in England einfach von *„parliamentary party"* die Rede ist, wenn Fraktionen gemeint sind.[3] Sie sind aber aus mehreren Gründen sowohl politisch als auch rechtlich von Parteien zu unterscheiden.

Fraktionen sind Teile von Parlamenten – und gehören als solche der staatlich-institutionellen Sphäre an, woraus sich eine Reihe interessanter juristischer Probleme ergeben: Können Fraktionen Eigentum erwerben? Haben sie Anspruch auf Meinungsfreiheit? Sind sie überhaupt Träger von Grundrechten? Parlamentsrecht und Parlamentspraxis hatten hierauf im Laufe der Zeit pragmatische Antworten zu entwickeln, die der politischen Realität gerecht werden sollten. Insoweit hat der vergleichsweise junge Landtag von Sachsen-Anhalt im Zuge seiner rechtlichen Etablierung auf die andernorts gewonnenen Erkenntnisse der Parlamentarismusforschung zurückgreifen können.

Festlegungen zum Begriff der Fraktion kann, wenn dies für nötig erachtet wird, nur das jeweilige Parlament treffen.[4] Die erste vom Landtag Sachsen-Anhalts verwendete Geschäftsordnung bestimmte indes ohne Bezugnahme auf politische Inhalte noch sehr knapp und formal:[5]

> III. Fraktionen
>
> § 5 Bildung der Fraktionen
>
> (1) Zur Bildung einer Fraktion bedarf es einer Vereinigung von mindestens fünf Mitgliedern. Gäste zählen für die Berechnung der Fraktionsstärke mit.

2 „Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten"
(§ 2 Abs. 1 Satz 1 PartG).

3 Eberhard Schuett-Wetschky: Parlamentarismuskritik ohne Ende? Parteidissens und Repräsentationskonzepte, am Beispiel der Entparlamentarisierungs- und der Gewaltenteilungskritik, in: ZPol 15. Jg. 2005, S. 10 (3-33).

4 So bestimmt die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages: „Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens fünf von Hundert der Mitglieder des Bundestages, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen. Schließen sich Mitglieder des Bundestages abweichend von Satz 1 zusammen, so bedarf die Anerkennung als Fraktion der Zustimmung des Bundestages" (§ 10 Abs. 1 GOBT).

5 Geschäftsordnung für den Landtag der Provinz Sachsen-Anhalt vom 18. Dezember 1946, gemäß „Vorschlag des Alterspräsidenten" auf Drs. 1/1 vom 25.10.1990 vorläufige Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt.

(2) Die Bildung einer Fraktion, ihre Bezeichnung, die Namen der Vorsitzenden, der Mitglieder und der Gäste sind dem Präsidenten des Landtages schriftlich anzuzeigen. Ebenso sind die Änderungen in der Zusammensetzung der Fraktion dem Präsidenten schriftlich anzuzeigen.

Der Begriff einer Fraktion wird bei diesen Bestimmungen noch implizit nach dem Alltagsverständnis vorausgesetzt. Die heutige Geschäftsordnung bietet dagegen neben weiteren Regelungen die für Sachsen-Anhalt verbindliche Legaldefinition der Fraktion (§ 2 Abs. 1 Satz 1 GO-LT):[6]

§ 2 Bildung der Fraktionen

(1) Fraktionen sind Vereinigungen, zu denen sich mindestens fünf Mitglieder des Landtages zusammenschließen können, die derselben Partei angehören oder von derselben Partei als Wahlbewerber aufgestellt worden sind, falls diese Partei mindestens den nach dem Wahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt erforderlichen Anteil an der Gesamtstimmenzahl erreicht hat. Den Parteien stehen Listenvereinigungen gleich. Jedes Mitglied des Landtages darf nur einer Fraktion angehören. Fraktionen können Gäste aufnehmen. Schließen sich abweichend von Satz 1 Mitglieder des Landtages zusammen oder wollen Mitglieder des Landtages nach Ablauf eines Monats nach der Konstituierung eine neue Fraktion bilden, bedarf die Anerkennung als Fraktion der Zustimmung des Landtages.

(2) Ist eine Entscheidung des Landtages über die Anerkennung als Fraktion zu treffen, so berät darüber zunächst der Ältestenrat. Er schlägt dem Landtag in einer Beschlussempfehlung die Entscheidung vor.

(3) Die Bildung einer Fraktion, ihre Bezeichnung, die Namen der Vorsitzenden, Mitglieder und Gäste sowie die Satzung sind dem Präsidenten schriftlich mitzuteilen. Der Präsident soll die Führung einer Bezeichnung untersagen, die die durch die Fraktion verfolgten politischen Ziele nicht klar erkennen lässt oder eine Unterscheidung gegenüber anderen Fraktionen nicht gewährleistet.

§ 3 Berechnung der Fraktionsstärke

Für die Berechnung der Fraktionsstärken und der Höchstzahlen gelten Gäste als Fraktionsmitglieder.

6 Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt. Vom 24. April 2006 (Drs. 5/1/1 B), geändert durch Beschluss des Landtages vom 24. April 2006 (Drs. 5/1/11 B).

Diese Regelungen gelten, dem Charakter einer Geschäftsordnung gemäß, zunächst nur für den parlamentsinternen Bereich. Außerparlamentarische Rechtsfolgen lassen sich an Geschäftsordnungen hingegen nicht wirksam knüpfen, da diese nur für die Mitglieder des jeweiligen Staatsorgans bindend sind. Bereits 1992 verabschiedete der Landtag jedoch ein Fraktionsgesetz, das seither die für die äußeren Rechtsverhältnisse verbindlichen Regelungen über Fraktionen trifft:[7]

§ 1 Rechtsstellung der Fraktionen

(1) Die Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt können sich unter den in der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt geregelten Voraussetzungen zu Fraktionen zusammenschließen.

(2) Fraktionen sind mit eigenen Rechten und Pflichten ausgestattete Vereinigungen des Landtages von Sachsen-Anhalt. Sie wirken an der Gesetzgebungs-, Kontroll-, Wahl- und Öffentlichkeitsfunktion des Landtages mit und dienen der politischen Willensbildung im Landtag insbesondere dadurch, dass sie die Arbeitsteilung unter ihren Mitgliedern im Landtag organisieren, gemeinsame Initiativen vorbereiten und aufeinander abstimmen. Sie können mit Fraktionen anderer Parlamente zusammenarbeiten und die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit unterrichten.

(3) Fraktionen können am allgemeinen Rechtsverkehr teilnehmen und unter ihrem Namen klagen und verklagt werden. Die Fraktionen sind nicht Teil der öffentlichen Verwaltung; sie üben keine öffentliche Gewalt aus. Die Verträge der Fraktionen mit ihren Mitarbeitern sind privatrechtlicher Natur; sie unterliegen nicht dem öffentlichen Dienstrecht. Fraktionen haben sich eine Satzung zu geben, in der ihre Vertretung zu regeln ist. Die Satzung ist bei dem Präsidenten des Landtages zu hinterlegen.

(4) Das Nähere über die Bildung einer Fraktion sowie ihre parlamentarischen Rechte und Pflichten bestimmt die Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt.

In § 1 Abs. 1 und 4 setzt das Fraktionsgesetz die Geschäftsordnung des Landtags erkennbar voraus. Über die Möglichkeiten der Geschäftsordnung hinausgreifend trifft das Gesetz Regelungen in mehreren Bereichen:

- Es begründet eine spezielle Rechtsfähigkeit der Fraktionen.
- Es ordnet diese in die Sphären von Staats- und Privatrecht ein.

7 Gesetz über die Rechtsstellung und die Finanzierung der Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt (FraktG LSA) v. 5.11.1992, GVBl. LSA 1992, S. 768.

- Es erlegt ihnen dafür die rechtliche Ordnung ihrer inneren Strukturen auf.
- Schließlich setzt es die Fraktionen mit Parlamentsfunktionen in Beziehung.

Daran anknüpfend regelt das Gesetz, dass den Fraktionen für ihre Leistungen finanzielle Mittel aus dem Landeshaushalt zustehen, worüber sie nach detaillierten Vorschriften (§§ 5-8) Rechenschaft zu legen haben.

§ 2 Leistungen an Fraktionen

Die Fraktionen erhalten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben Zuschüsse nach § 3 zur Eigenbewirtschaftung sowie sonstige Zuschüsse für bestimmte Zwecke, soweit dies gesetzlich bestimmt ist oder es der Haushaltsplan vorsieht. Der Landtag von Sachsen-Anhalt kann den Fraktionen Gegenstände zur Nutzung überlassen und Dienstleistungen anbieten. Diese Leistungen dürfen nicht für Zwecke der Parteien verwendet werden.

§ 3 Fraktionskostenzuschüsse

(1) Die Fraktionen erhalten monatliche Zuschüsse, deren Höhe im Haushaltsplan festgelegt wird. Der Zuschuss setzt sich aus einem Grundbetrag für jede Fraktion, aus einem Betrag für jedes Mitglied und einem weiteren Zuschlag für jede Fraktion zusammen, die nicht die Regierung trägt (Oppositionszuschlag).

(2) Eine Fraktion erhält einen Zuschuss nach Absatz 1 für jeden Monat, in dem sie nach der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt die Rechtsstellung einer Fraktion hat, letztmals jedoch für den Monat, in dem die Wahlperiode endet.

(3) Zuschüsse nach Absatz 1 dürfen auf neue Rechnung vorgetragen werden. ...

(4) Die Fraktionen erwerben an den aus den Zuschüssen nach § 2 Satz 1 beschafften Gegenständen Eigentum.

Ungeachtet der tatsächlich aufgetretenen Probleme und sogar heftigen Konflikte um § 3 Abs. 1 des Fraktionsgesetzes, von denen in den politisch-historischen Darstellungen zu berichten sein wird, können sich die Fraktionen angesichts der genannten Vorschriften – nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel – einer relativ soliden und – nach Maßgabe ihrer eigenen Stabilität – auch für die Dauer der Wahlperiode vorhersehbaren Finanzierung erfreuen. Diese zieht traditionell gewisse Begehrlichkeiten der Parteiorganisationen auf sich. Denn deren Finanzierung ist einerseits einnahmenseitig weniger solide geregelt, andererseits

ausgabenseitig durch den unmittelbaren Bezug zur Konkurrenz mit politischen Gegnern besonders offen angelegt.

Im Hintergrund dieses sorgfältige Grenzziehungen erfordernden finanziellen Spannungsverhältnisses steht ein strukturelles Wechselspiel zwischen Parteien und Fraktionen:[8] Parteien sind nur über ihre jeweiligen parlamentarischen Fraktionen in der Lage, im staatlichen Raum politisch verbindlich zu handeln. Fraktionen hingegen sind allein über ihre Parteien fähig, wiedergewählt zu werden. Verantwortung für politische Entscheidungen wird danach *durch die Fraktionen übernommen,* aber seitens der Wählerschaft *über die Parteien geltend gemacht.*

2. Parlamente und parlamentarische Regierungssysteme

Der aus Deutschland stammende amerikanische Politikwissenschaftler Gerhard Loewenberg hat vor nahezu vier Jahrzehnten recht amüsant formuliert:

> „Parliament is a paradoxical institution. Medieval in origin, it exists in nearly all contemporary systems. Although associated with democracy, it has also had its place in aristocracies and dictatorships. … The name of the institution derives from parler, to talk, yet lawmaking is commonly assumed to be its chief function and talking its main weakness".[9]

Sein Versuch, dem Parlamentsbegriff klare Konturen zu verleihen, hat Loewenberg zu einer Abgrenzung geführt, die zwei strukturelle Charakteristika herausstellt – Statusgleichheit und Repräsentation:

> "(1) their members are formally equal to one another in status, distinguishing parliaments from hierarchically ordered organizations; and (2) the authority of their members depends on their claim to representing the rest of the community, in some sense of that protean concept, representation".[10]

8 Hierzu etwa Dieter Grimm: Parlament und Parteien, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh (Hrsg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis, Berlin/New York 1989, S. 199-216; Suzanne S. Schüttemeyer: Parteien und Fraktionen in der Bundesrepublik Deutschland: Veränderte Beziehungen im Zeichen professioneller Politik, in: Ludger Helms (Hrsg.): Parteien und Fraktionen. Ein internationaler Vergleich, Opladen 1999, S. 39-66.

9 Gerhard Loewenberg: The Role of Parliaments in Modern Political Systems, in: ders. (Hrsg.): Modern Parliaments.Change or Decline?, Chicago/New York 1971, S. 1 (1-20).

10 Gerhard Loewenberg, ebd., S. 3.

Tabelle 1: Parlamentsfunktionen nach ausgewählten Autoren

Bagehot[11]	Loewenberg/ Patterson[12]	Ober-reuter[13]	Steffani[14]	Zeh[15]
- elective function - expressive function - teaching function - informing function - function of legislation/ financial function	- linkage - recruiting leaders - conflict manage-ment	- Regierungs-bildung - Kontrolle - Gesetzge-bung - Kommuni-kation	- Gouvernementale Kreations- u. Termi-nierungsfunktion - Kommunikationsfunk-tion - Interessenartikulati-onsfunktion - Integrationsfunktion - Kontrollfunktion - Gesetzgebungs- und Geldbewilligungs-funktion - Rekrutierungsfunktion	- Wahl - Kontrolle - Bewilligung der Staats-ausgaben - Forum der Meinungen - Gesetzgebung

Befasst man sich nur mit einem einzigen demokratisch bestellten Parlament, bereitet *strukturbezogen* die Identifizierung des Landtags als Volksvertretung in Sachsen-Anhalt keine Mühe. Wohl aber bietet die *funktionenbezogene* Analyse einige Schwierigkeiten. Denn ein allgemein akzeptierter Funktionenkatalog für Parlamente existiert auch heute – anderthalb Jahrhunderte nach der grundlegenden Abhandlung Walter Bagehots – nicht. Die Angaben schwanken zwischen drei und sieben einzelnen Funktionen (Tabelle 1).

So groß die Unterschiede zwischen den Katalogen im Einzelnen sein mögen – in einem Punkt zumindest stimmen sie miteinander überein: Im Gegensatz zu der von Loewenberg in seinem zuvor zitierten älteren Beitrag wiedergegebenen populären Auffassung wird die Gesetzgebungsfunktion von keinem der genannten Autoren an führender Stelle genannt. Folglich wird eine ausschließliche Identifizierung moderner Volksvertretungen mit ihren legislativen Aufgaben dem Stand der Erkenntnis über Parlamente nicht ansatzweise gerecht. Dementsprechend erscheint es auch als unangemessen, die verfassungsmäßig korrekt als solche bezeichneten „Wahlperioden" bloße „Legislaturperioden" zu nennen – als hätten

11 Walter Bagehot: The English Constitution (1867), Ausg. Fontana Library, London 1963, S. 150-155.

12 Gerhard Loewenberg/Samuel Patterson: Comparing Legislatures, Boston/Toronto 1979, S. 44.

13 Heinrich Oberreuter: Kann der Parlamentarismus überleben? Zürich/Osnabrück 1977, S. 46.

14 Winfried Steffani: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie, Opladen 1979, S. 92 f.

15 Wolfgang Zeh: Parlamentarismus, in: Ekkehard Handschuh et al.: Wegweiser Parlament, Bonn 1986, S. 86-88.

Parlamente in demokratischen Staaten keine anderen, zumindest keine wichtigeren Aufgaben. Der oben zitierte § 1 Abs. 1 Satz 2 des Fraktionsgesetzes legt demgegenüber die parlamentarisch-politische Tätigkeit von Fraktionen auf die Bereiche „der Gesetzgebungs-, Kontroll-, Wahl- und Öffentlichkeitsfunktion des Landtages" fest. Das erscheint nicht unproblematisch, da etwa das Vortragen von Bitten und Beschwerden ebenso fehlt wie eine ausdrückliche Nennung der Geldbewilligung, Abberufung, Integration oder der Rekrutierung.

Doch auch eine Erweiterung des in und für Sachsen-Anhalt gesetzlich festgelegten Funktionenkatalogs kann das hier angesprochene Problem nicht wirklich lösen. Denn Parlamente sind generell die obersten Beschlussorgane in politischen Angelegenheiten.[16] Uwe Thaysen hat anhand von Oppositionsfraktionen eine weitere Parlamentsfunktion herausgestellt: Parlamente sind „Veröffentlicher von Politik"![17] Diese Formulierung betont: Den Parlamenten eignet nicht nur der Charakter von – passiven – *Arenen,* in denen sich etwas vollzieht; vielmehr stellen sie mit ihren Fraktionen zugleich die *Akteure,* die für die Öffentlichkeit verbindlich handeln. Dabei zeichnet es die Parlamente gegenüber allen anderen Staatsorganen aus, dass sie nicht nur *kollegial* – wie etwa auch Regierungen und Gerichte –, sondern auch politisch *kontrovers* zusammengesetzt sind – eine bemerkenswerte kulturelle Leistung! Institutionell finden sich Volksvertretungen in allen repräsentativdemokratischen Systemen. Von dem hierauf gerichteten weiten Begriffsverständnis des Parlamentarismus ist eine engere Variante zu unterscheiden, die sich speziell auf „parlamentarische Regierungssysteme" bezieht. Hierunter sind diejenigen Systeme zu verstehen, die, insoweit dem Vorbild Englands folgend, die Existenz der Regierung von einem Votum des Parlaments abhängig gemacht haben. So hat Winfried Steffani definiert:

> „Ist die Regierung vom Parlament absetzbar, so haben wir es mit der Grundform ‚parlamentarisches Regierungssystem' zu tun, ist eine derartige Abberufbarkeit verfassungsrechtlich nicht möglich, mit der Grundform ‚präsidentielles Regierungssystem'".[18]

16 Eberhard Schütt-Wetschky: Grundtypen parlamentarischer Demokratie, Freiburg/München 1984; ders.: Regierung, Parlament oder Parteien: Wer entscheidet, wer beschließt?, in: ZParl 36. Jg. 2005, S. 489-507.

17 Uwe Thaysen: Sicherung der parlamentarischen Kontrolle über Regierungsplanung. Zwei Gesetzentwürfe, in: ZParl 3. Jg. 1972, S. 179 (176-181).

18 Winfried Steffani: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie, Opladen 1979, S. 39 – in Anlehnung an C.F. Strong: A History of Modern Constitutions, New York 1963, S. 73-74; später in Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen elaboriert ausgeführt in: Winfried Steffani: Gewaltenteilung und Parteien im Wandel, Opladen/Wiesbaden 1997, S. 89-124, vor allem S. 112-115.

Als Konsequenz haben die Fraktionen der Parlamentsmehrheit in parlamentarischen Regierungssystemen politisch die Regierungsstabilität zu sichern, die in Systemen mit einer parlamentsunabhängigen Regierung von der Verfassung garantiert wird. Denn da die Regierung rechtlich ständig stürzen kann, muss dies permanent politisch verhindert werden, soll im Regierungsapparat kontinuierlich gearbeitet werden können. Als Konsequenz bilden Regierung und die regierungstragenden Mehrheitsfraktionen in parlamentarischen Regierungssystemen die politische Handlungseinheit der „Regierungsmehrheit".[19] Dabei liegt die Prämie für das regierungsloyale Verhalten der Mehrheitsfraktionen in der Teilhabe an der Macht und der Möglichkeit der Einflussnahme auf die Regierungspolitik.
Der Regierungsmehrheit stehen die Gruppierungen der parlamentarischen Opposition als politische Alternative gegenüber. Hierzu ist zu beachten: *Institutionell* wird die Opposition mit den von der Beteiligung an der Regierung ausgeschlossenen Politikern, den *„Outs"*, identifiziert, die im englischen *House of Commons* zur Linken des *Speaker* der Regierungsmehrheit gegenüber sitzen. *Inhaltlich* bedeutet „opponieren" aber: „Gegenposition beziehen".[20] Dieser Inhalt ist mit der fehlenden Teilhabe an der Regierungsmacht nicht deckungsgleich, woraus sich Zweifelsfragen ergeben können – und in Sachsen-Anhalt auch ergeben haben.
Da beide Seiten ihre jeweiligen Auffassungen öffentlich vor der Wählerschaft begründen und rechtfertigen müssen, besteht für alle parlamentarischen Fraktionen ein äußerer Druck, aus Gründen der politischen Überzeugungsfähigkeit argumentativ geschlossen aufzutreten. Die einen wünschen, die Regierungsmacht zu behalten und versuchen daher, deren Gebrauch als angemessen darzustellen. Die anderen wollen die Regierungsmacht erlangen und werden die Weisheit ihrer bisherigen Ausübung in Zweifel ziehen. Das Parlament als solches dient dabei als Stätte der geordneten Auseinandersetzung in Rede, Widerrede und wieder Rede – wobei das argumentative Ziel die öffentliche Begründung der eigenen Position, nicht die Überzeugung bislang andersdenkender Parlamentarier ist. Am Ende steht der formal für alle verbindliche Beschluss der Mehrheit. Hierauf können die Fraktionen der Regierungsmehrheit im Vorfeld in besonderer Weise Einfluss nehmen, wohingegen die Oppositionsfraktionen vor allem wesentliche Funktionen bei der kontroversen Erörterung der vorgeschlagenen Maßnahmen wahrnehmen.

19 Winfried Steffani: Regierungsmehrheit und Opposition, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Politik-Lexikon, 3. Aufl., München/Wien 2000, S. 584-587.

20 Jürgen Plöhn: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt, Frankfurt am Main 1996, S. 70-73.

II. Zur Vorgeschichte der CDU-Fraktion

Die Parteidiktatur der SED, durch das faktische Zusammenwirken von Ausreisenden und Demonstranten in ihren Grundfesten erschüttert, war am 9. November 1989 mit dem Verlust ihres äußeren Stützkorsetts, der Berliner Mauer, zusammengebrochen. Die rasante Entwicklung vom Realsozialismus zum freiheitlich-demokratischen gesamtdeutschen Verfassungsstaat vollzog sich sodann – schon im Herbst 1989 beginnend – in vier voneinander unterscheidbaren Stufen:[21]

- Ersetzung der alten Führung in SED und Blockparteien durch Nachwuchskader und andere systemkonforme Personen einerseits, Bildung eigener politischer Gruppierungen der Systemgegner andererseits (Oktober 1989 bis Januar 1990);
- Öffnung des politischen Systems für oppositionelle Einflüsse durch die Einrichtung „Runder Tische" (Januar bis März 1990);
- Volkskammerwahlen als Höhepunkt der Auswechselung der politischen Elite in der DDR und Ausdehnung des Austausches von Führungspersonal auf die Betriebe der Staatswirtschaft (März bis Sommer 1990);
- Orientierung der staatlichen und politischen Strukturen der DDR mit Länderneubildung und Parteifusionen auf die Wiedervereinigung hin – mit einem organisationsbezogenen Abschluss in der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl (Sommer bis Dezember 1990).

Im Zuge dieses Prozesses waren zwei prägende Komponenten des deutschen politischen Systems zu entwickeln: Zum einen sollten im staatlichen Bereich *föderalistische Strukturen* geschaffen werden, die eine Identifikation der Bevölkerung mit ihren Ländern und eine hinreichende Repräsentation ostdeutscher Interessen im Bundesrat ermöglichen. Zum anderen waren frei gebildete, miteinander konkurrierende *Parteien* aufzubauen, damit politische Alternativen Ausdruck finden konnten.

Die DDR hatte 1952 das junge, erst nach dem Zweiten Weltkrieg gebildete Land Sachsen-Anhalt durch die Einrichtung der Bezirke Magdeburg und Halle zerschlagen. Trotz einiger andersartiger Präferenzen, die vor allem an den Rändern

21 Jürgen Plöhn: Ostdeutsche Profile in der Politik, in: Oscar Gabriel/Beate Neuss/Günther Rüther (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Bedeutung – Macht – Verantwortung, Bonn 2006, S. 136-137 (S. 135-152); Hans-Ulrich Derlien: Elitenzirkulation zwischen Implosion und Integration, in: Hans Bertram/Raj Kollmorgen (Hrsg): Die Transformation Ostdeutschlands, Opladen 2001, S. 53-64; ders./Stefan Lock: Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen, in: ZParl 25. Jg. 1994, S. 67 (S. 61-94); Andrea Volkens/Hans-Dieter Klingemann: Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozess der Vereinigung, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit, Bonn/Berlin 1992, S. 189 (S. 189-214).

Sachsen-Anhalts geäußert wurden, bot sich auch für diese Region eine Wiedererrichtung des ehemaligen Landes Sachsen-Anhalt an. Sie wurde mit dem Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990 noch von der letzten, demokratisch gewählten DDR-Volkskammer in die Wege geleitet.[22] „Landesbeauftragte" bereiteten daraufhin bereits die nachfolgend wirksamen Strukturen vor. Doch erlangten die Länder erst mit der Wiedervereinigung ihre rechtliche Existenz und mit den Landtagswahlen vom 14. Oktober ihre politische Handlungsfähigkeit zurück.[23]

Die neuen Bundesländer sind damit existentiell mit ihren Parlamenten verknüpft. Das für deren Wahl benötigte Wahlrecht, das Regelwerk des demokratischen Prozesses, wurde ebenfalls noch zentral von der Volkskammer der DDR für alle wiedererstandenen Länder vorgegeben.[24] Danach sollte der Landtag von Sachsen-Anhalt 98 Sitze umfassen (§ 3 Abs. 1 Länderwahlgesetz), wobei in Analogie zum Bundeswahlgesetz die Hälfte der Abgeordneten nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt werden sollten (Abs. 2). Auch für das Verhältnis zwischen Listen- und Wahlkreiskandidaten sah das Zwei-Stimmen-Wahlrecht die gleichen Regelungen wie das Bundeswahlrecht vor, insbesondere die Möglichkeit von Überhangmandaten ohne einen nachträglichen Verhältnisausgleich (§ 7 Abs. 5).

Die Parteien befanden sich im Sommer 1990 nach der Volkskammerwahl bereits in einem Stadium zunehmender Etablierung.[25] Schon im Februar 1990 hatte die CDU (Ost) einen Landesverband Sachsen-Anhalt gegründet, den ersten in der damaligen DDR. Nachdem die Partei zur Volkskammerwahl noch als Teil des Bündnisses „Allianz für Deutschland" angetreten war, fusionierten im August in Sachsen-Anhalt die CDU mit der von der SED als „Gefolgschaftspartei" gegründeten „Demo-

22 Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik – Ländereinführungsgesetz – geändert durch Verfassungsgesetz vom 13. September 1990, GBl. I der DDR S. 1567, § 1 Abs. 1, 3. Spiegelstrich. Hierzu: Werner Rutz/Konrad Scherf/Wilfried Strenz: Die fünf neuen Bundesländer, Darmstadt 1993; Peter Joachim Lapp: Die fünf neuen Länder, Bonn-Bad Godesberg 1991.

23 Das Ländereinführungsgesetz wurde hierzu durch den Einigungsvertrag vom 31.08.1990 abgeändert. – Matthias Tullner: Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, 2. Aufl., Opladen 1996, S. 139-148, 159-167; Petra Dobner/Suzanne S. Schüttemeyer: Der Landtag als Institution und politischer Akteur, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Ein Handbuch, Magdeburg 2006, S. 17-20 (S. 17-43).

24 Gesetz über die Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik – Länderwahlgesetz – vom 22. Juli 1990, GBl. I der DDR, S. 960 ff., geändert durch Gesetz vom 30. August 1990, GBl I, S. 1422.

25 Harald Barrios: Von der Revolution zum Beitritt: Die Entwicklung eines gesamtdeutschen Wahl- und Parteiensystems, in: Ulrike Liebert/Wolfgang Merkel (Hrsg.): Die Politik zur deutschen Einheit, Opladen 1991, S. 154 f. (S. 139-159); Andrea Volkens/Hans-Dieter Klingemann 1992, S. 197-199.

kratische Bauernpartei Deutschlands" (DBD)[26] und dem aus der friedlichen Revolution hervorgegangenen, jedoch mitgliederschwach gebliebenen „Demokratischen Aufbruch". Da die Mitglieder der „krypto-kommunistischen" DBD – soweit sie diese Partei nicht primär als bloße Berufsgruppenorganisation landwirtschaftlich Beschäftigter gesehen haben[27] – zu erheblichen Teilen ideologische Vorbehalte gegen die West-CDU hatten, blieb der effektive Mitgliederzuwachs auch aus der DBD recht begrenzt.[28] Die meisten Parteimitglieder kamen daher aus der Block-CDU, die zur Zeit des Realsozialismus für viele eine Chance zur Absicherung ihrer privaten Nische durch Bekundung von Systemloyalität ohne direkte Identifizierung mit der Staatspartei geboten hatte, deren Führungspersonal und – im Vergleich zum Westen enorm zahlreichen – hauptamtlichen Mitarbeiter für ihren pro-kommunistischen Kurs jedoch ab der Kreisebene einer Bestätigung durch die SED unterlegen hatten.[29]

Nach dem Eindruck Christoph Bergners setzten sich bei der Kandidatenaufstellung in Sachsen-Anhalt auf der Kreisebene Bewerber durch, die – ungeachtet ihrer Überlebensstrategie zu DDR-Zeiten – „vor Ort als Repräsentanten des Neubeginns galten". Angesichts der frühen Neukonstituierung des CDU-Landesverbandes war der Landesvorstand hingegen noch anders besetzt und konnte die Auswahl der Listenbewerber prägen. „Führende Landesvorstandsmitglieder und Volkskammerabgeordnete wurden … in den Kreisen nicht aufgestellt bzw. traten dort nicht an. Sie wurden jedoch auf Beschluss des Landesvorstandes für den Landtag auf vordere Listenplätze gebracht".[30]

Die Landtagswahl bescherte der CDU am 14. Oktober 1990 mit 39,0 % der Zweitstimmen in Sachsen-Anhalt einen bemerkenswerten Erfolg, auch wenn das regionale Ergebnis bei der Volkskammerwahl noch um 5,5 Prozentpunkte besser ausgefallen war. Markant war an dem Resultat jedoch vor allem die Eroberung von 48 der 49 Wahlkreise, wodurch sich *erstens* der Landtag aufgrund von Überhangmandaten numerisch von 98 auf 106 Sitze vergrößerte, von denen die CDU einen

26 Zur DBD: Peter Joachim Lapp: Die „befreundeten Parteien" der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988, S. 15, 23.

27 Peter Joachim Lapp 1988, S. 31.

28 Bernhard Boll: Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1996, S. 264 f. (S. 263-287); Rainer Linnemann: Die Parteien in den neuen Bundesländern, Münster/New York 1994, S. 69-74

29 Peter Joachim Lapp 1988, S. 25.

30 PStS Dr. Christoph Bergner MdB: Schreiben vom 3.5.2010 an Jürgen Plöhn, S. 2 (Privatarchiv Jürgen Plöhn).

Anteil von 45,3 % erreichte.[31] *Zweitens* kam die Landesliste der CDU bei der Verkündung des Wahlergebnisses nicht zum Zuge. Hieraus ergab sich ein Vorteil für die Neuerer. Denn während der Landesvorsitzende als Spitzenkandidat der Partei unter den direkt gewählten Abgeordneten nicht zu finden war, standen Mandatsträger, die später für die Fraktion prägend wurden, auf listenmäßig aussichtslosen Plätzen. Zu nennen sind insbesondere Curt Becker (Listenplatz 55), Adolf Spotka (61), Wolfgang Böhmer (66), Jürgen Scharf (69), Karl-Heinz Daehre (73), Thomas Webel (100) und Petra Wernicke (122).[32] Aus diesem vom Landesvorstand nicht erwarteten Ergebnis ergaben sich sogleich politische Spannungen und rechtliche Probleme.

Als Ergebnis der ersten Landtagswahl kann indes festgehalten werden:

(1.) Die CDU-Fraktion setzte sich aus Wahlkreissiegern zusammen, die unter dem geltenden Wahlrecht einen überproportionalen Mandatsanteil errungen hatten.

(2.) Die Fraktion konnte für die Wahlkreisarbeit das gesamte Land mit ihren Abgeordneten durchdringen und parlamentarisch zur Geltung bringen.

(3.) Die Zusammensetzung der Fraktion lässt mehrere Gruppierungen erkennen:

a) Altmitglieder der Ost-CDU mit Funktionen oder Mandaten zu DDR-Zeiten;

b) Altmitglieder der DBD;

c) in der friedlichen Revolution neupolitisierte Abgeordnete mit und ohne vorherige formale Zugehörigkeit zu einer Blockpartei;

d) Rückkehrer nach Sachsen-Anhalt, die aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland geflüchtet waren;

e) neu nach Sachsen-Anhalt gezogene Personen aus den „alten" Ländern.

Während man diese fünf Personengruppen anhand ihrer öffentlich bekannten Angaben leicht identifizieren konnte, gab es eine sechste, andere Gruppierungen durchdringende, die nur mit aufwendigen

31 Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann: Die Landtagswahlen in der ehemaligen DDR am 14. Oktober 1990: Föderalismus im wiedervereinigten Deutschland – Traditionen und neue Konturen, in: ZParl 22. Jg. 1991, S. 5-34; Ulrich Eith: Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt, Berlin 1997.

32 Landesliste der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) für die Wahl zum Landtag des Landes Sachsen-Anhalt vom 4. September 1990 (Privatarchiv Jürgen Scharf – PA J. Scharf –).

Recherchen in den noch nicht erschlossenen Aktenbergen der „Gauck-Behörde“ ausgemacht werden konnte:

f) Mandatsträger mit Verbindungen zum ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

Politische Konsequenz der sich hierin ausdrückenden unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Haltungen zum SED-Regime war sodann ein latentes Misstrauen zwischen den Fraktionsmitgliedern, das sich bei verschiedenen Gelegenheiten manifestierte.[33] Ein gemeinsamer Korpsgeist musste sich erst aus Aufgaben, Arbeit und Auseinandersetzungen entwickeln.

III. Die erste Wahlperiode: große Leistungen in turbulenten Zeiten

Fraktionen leiten sich von Parlamenten ab, aber moderne, demokratische Parlamente sind ohne Fraktionen nicht arbeitsfähig. Systematisch betrachtet, setzt jede Fraktion ein Parlament voraus. Historisch-konkret aber ist das Verhältnis für Sachsen-Anhalt nicht so eindeutig: Am 14. Oktober gewählt, sollte der erste Landtag am 28. Oktober 1990 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten. *Vorher* aber konstituierten sich bereits die Fraktionen. Mandatsverteilung und Namen der gewählten Abgeordneten waren noch vom „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen“ bundesweit bekannt gemacht worden – eine Erinnerung an die Zeit der Teilung.[34]

1. Die Konstituierung der Fraktion

Bereits am Montag vor der Landtagswahl hatte der Spitzenkandidat und CDU-Landesvorsitzende, Dr. Gerd Gies, die Landtagskandidaten seiner Partei „vorbehaltlich ihrer Wahl“ für die konstituierende Fraktionssitzung in die CDU-Landesgeschäftsstelle eingeladen.[35] Zwei Tage nach der Wahl, am 16. Oktober 1990, trat die neugewählte CDU-Fraktion zusammen. Ebenso wie die Parlamentseröffnung

33 Beispiel: Martin Lampadius: In Haldensleben hat der Wahlkampf bereits begonnen: Koch und Geisthardt im Clinch. „Ich möchte mal wissen, wer den gewählt hat“, BZ v. 30.1.1992.

34 KAS, ACDP: Pressedokumentation Ordner 0/04/15-2: Bundesländer Sachsen-Anhalt, Landtag: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Pressedokumentation (vom 15.10.1990) [handschriftlicher Zusatz]: Landtag in Sachsen-Anhalt. Mandatsverteilung und Abgeordnete, S. 10-13. Schon diese offiziöse Bekanntmachung des Wahlergebnisses nennt den Namen des CDU-Landesvorsitzenden, Gerd Gies, mit dem Hinweis: „nachgerückt für Armin Kleinau, der auf sein Mandat verzichtete“ – was nur durch eine nachträgliche Vordatierung erklärbar sein dürfte.

35 Schreiben des CDU-Parteivorsitzenden von Sachsen-Anhalt, Dr. Gerd Gies, an die CDU-Landtagskandidaten vom 8. Oktober 1990 (PA J. Scharf).

im republikanischen Deutschland dem „Alterspräsidenten“ der jeweiligen Volksvertretung zukommt, war zur Leitung der konstituierenden Sitzung der CDU-Fraktion der „Fraktionsälteste“ ausersehen: der Abgeordnete des Wahlkreises Genthin-Havelberg, Dr. med. vet. Klaus Buchheister, geboren am 18.2.1934.
In professioneller Weise war Buchheister in seinem für ihn ungewohnten Amt durch einen Sprechzettel unterstützt worden. Die Sitzung nahm dann aber einen wesentlich anderen Verlauf als dem Verfasser des Zettels vorgeschwebt hatte. So war als erste Entscheidung ein Protokollant der Sitzung zu bestimmen. Der Sprechzettel sah vor, dass der Abgeordnete des Wahlkreises 31, „Halle, Altstadt II“, diese Funktion übernehmen sollte:

Ausschnitt aus dem Sprechzettel des Fraktionsältesten[36]

1. Da sicherlich Ihnen die Auswahl aufgrund des geringen Bekanntheitsgrades aller Abgeordneten schwer fallen wird, schlage ich Ihnen den Abg. Dr. Christoph Bergner vor.

2. Bestehen dagegen Einwände?

3. Ist das nicht der Fall, bitte ich Sie, den Abg. Bergner durch Akklamation zu wählen.

4. Ich stelle fest, Herr Dr. Bergner ist mehrheitlich mit ..... Gegenstimmer von Ihner gewählt worden.

Tatsächlich aber war der „unbekannte“ Herr Dr. Bergner vorab nicht nach seinem Einverständnis gefragt worden. So lehnte er die ihm angetragene Kandidatur ab.[37] Gewählt wurde vielmehr Karsten Knolle, Rückkehrer nach Sachsen-Anhalt und Mandatsträger für Quedlinburg I, der als Journalist für Schriftlichkeiten besonders in Frage zu kommen schien.
Für die zentrale Position des Fraktionsvorsitzenden nannte der Sprechzettel als einzigen Mandatsträger Michael Liwowski, den Abgeordneten für den Wahlkreis 1 (Salzwedel-Klötze), berücksichtigte aber die Möglichkeit von Gegenkandidaten.

36 Konstituierende Sitzung der CDU-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt am 16.10.1990, KAS, ACDP: 05-013 (Bestand zur CDU-Fraktion in Sachen-Anhalt) Ordner 087: „Protokolle Fraktionssitzungen 1990-1992“, S. 4.

37 Christoph Bergner, Schreiben vom 3.5.2010 an Jürgen Plöhn, S. 1.

Ausschnitt aus dem Sprechzettel des Fraktionsältesten[38]

Als Vorsitzenden unserer Fraktion schlage ich
Ihnen den Abgeordneten Michael Liwowski aus
Klötze vor.

Ich bitte Herrn Liwowski darum, sich der Fraktion
vorzustellen.

Ich danke Ihnen, Herr Liwowski, gibt es weitere
Vorschläge?

a) Dies ist nicht der Fall.
   Ich bitte Sie, auf den Stimmzettel 1 den
   Namen Michael Liwowski zu schreiben.
   Dahinter Ja, Nein oder Enthaltung auszuweisen.

b) Ich bitte die Damen/Herren, sich vorzustellen.

c) Wir kommen zur Wahl.

Letztlich stellten sich drei Kandidaten zu Wahl: Peter Schenk, Michael Liwowski und Joachim Auer. Der am 12.7.1953 in Heidelberg geborene Katholik Auer überzeugte als jung-dynamisch auftretender Westdeutscher eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten von sich: Mit 31 Stimmen für Auer und je acht für Schenk und Liwowski fiel das Ergebnis recht eindeutig aus.[39]

Um die beiden Stellvertreterpositionen konkurrierten mit Christoph Bergner, Peter Renger, Bernhard Ritter, Jürgen Scharf und Peter Schenk sogar fünf Personen, von denen Scharf mit 30 und Schenk mit 24 Stimmen gewählt wurden. Bergner erhielt vier, Renger 19 und Ritter 13 Stimmen. Eine weitere Abstimmung galt der Nominierung Gerd Gies' für das Ministerpräsidentenamt. Sprachlich sehr ungeschickt hält das Protokoll bei insgesamt 47 anwesenden Mandatsträgern fest: „Es wurden 47 Stimmen für den Kandidaten abgegeben. Mit 'Nein' stimmten 2, mit Enthaltung stimmten 7" – was nur denkbar erscheint, wenn die neun Stimmen, die Vorbehalte oder Ablehnung ausdrückten, in den 47 enthalten, somit also nur 38 für den Kandidaten abgegeben worden waren.

Über einen Kandidaten für das nach deutschem Parlamentsbrauch der stärksten Fraktion zustehende Amt des Landtagspräsidenten wurde hingegen nicht definitiv

38 Konstituierende Sitzung der CDU-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt am 16.10.1990, KAS, ACDP: 05-013: 087, S. 7.

39 Hierzu und zum folgenden: Beschlussprotokoll über die konstituierende Sitzung der CDU[-]Landtagsfraktion am 16.10.1990 in der CDU[-]Landesgeschäftsstelle Magdeburg (Karsten Knolle) S. 2 (Privatarchiv Jürgen Scharf – PA J. Scharf –); Kopie nun in KAS: ACDP, 05-013: Ordner 087. Für die Wahlergebnisse von Bergner, Renger und Ritter siehe die handschriftlichen Notizen von Jürgen Scharf zur konstituierenden Sitzung der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

entschieden. Vielmehr sollten die Namen der drei Interessenten (Klaus Buchheister, Klaus Keitel und Karsten Knolle) in die Koalitionsverhandlungen eingebracht werden, um diese nicht zu blockieren. Dass entsprechende Verhandlungen mit der FDP aufgenommen werden sollten, stellte die wichtigste Sachentscheidung der Sitzung dar. Verhängnisvollerweise stimmte die Fraktion darüber hinaus einer internen Stasi-Überprüfung zu, die in der Folgezeit höchst problematische Konsequenzen zeitigte.

Charakteristisch für die zu leistende Aufbauarbeit der ersten Wahlperiode erscheint, dass als provisorische Arbeitsordnung der neukonstituierten Fraktion Satzung und Geschäftsordnung der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag vorlagen. Mit wenigen landesspezifischen Änderungen wurden sie den Abgeordneten zur Annahme vorgeschlagen und bis zur Erarbeitung eigener Regeln akzeptiert.

Am 22. Oktober – und damit nochmals vor der Konstituierung des Landtags – trat die Fraktion bereits zu ihrer zweiten Vollversammlung zusammen. Die Tagesordnung ist schon durch die Agenda des Landtags geprägt.[40]

Als Landesvorsitzender der CDU berichtet Gerd Gies über die Koalitionsverhandlungen und legt der Fraktion nahe, angesichts der internen Maßnahmen der CDU die Einsetzung eines Landtagsausschusses zur Überprüfung von Stasi-Verstrickungen abzulehnen.[41] Zu lebhaften Debatten aber führten zwei andere Punkte: die Kabinettsliste und die Hauptstadtfrage.

> „Zahlreiche Teilnehmer der Diskussion unterstrichen, dass sie in jedem Fall eine Kabinettsliste mitbestimmen wollen. Dr. Gies und der Fraktionsvorstand wurden ersucht, das künftige Kabinett nicht überwiegend mit Außenseitern zu besetzen. Mehrere Fraktionskollegen appellierten an Dr. Gies und den Fraktionsvorstand, vorwiegend Fraktion in das Kabinett aufzunehmen".[42]

Meldete hier die Fraktion erstmals Mitsprachewünsche an, konnte zur Hauptstadtfrage nur vorbereitet werden, dass (1.) allein die drei größten Städte des Landes in Betracht zu ziehen seien und (2.) die erwählte sodann die vollen Funktionen einer Landeshauptstadt auf sich vereinigen sollte, wohingegen in den anderen Städten als Kompensation „andere repräsentative Landeseinrichtungen" angesiedelt werden sollten.

40 KAS, ACDP: 05-013: 087: Protokoll Nr. 2 v. 22.10.1990 (K.[arsten] Knolle MdL).

41 Später wurde ein Sonderausschuss des Landtages zur Überprüfung seiner Mitglieder auf Stasi-Tätigkeit eingerichtet.

42 KAS, ACDP: 05-013: 087: Protokoll Nr. 2 v. 22.10.1990, S. 1.

Nun konnte auch der Kandidat für das Amt des Landtagspräsidenten bestimmt werden. Sehr eindeutig setzte sich Klaus Keitel mit 34 von 46 gültigen Stimmen gegen seine Mitbewerber, den neugewählten Schriftführer Karsten Knolle (8 Stimmen) und den Fraktionsältesten, Klaus Buchheister (4 Stimmen), durch. Auch mit einer provisorischen Ordnung für das Land beschäftigte sich die Fraktion. Als erstes Gesetz sollte – gemäß einem Entwurf der CDU-Fraktion – die vorläufige Ordnung der Regierungsgewalt beschlossen werden.[43] Schließlich wurde unter „Verschiedenes" angekündigt, der Fraktionsvorstand solle „schnellstens Hilfskräfte zur Bewältigung der Arbeit" bekommen.

Die ersten beiden Sitzungen hatten noch vieles offengelassen. Manche getroffene Entscheidung stellte sich binnen Kurzem als höchst problematisch heraus. Aus der Rückschau aber bleibt festzuhalten: *Die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt ist zwölf Tage älter als das Parlament.* Damit ist sie zugleich auch eine Woche älter als die SPD-Fraktion, die sich erst am 23. Oktober konstituierte.[44]

2. Der Beginn der Arbeit des Landtags

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste trat der erste Landtag Sachsen-Anhalts in post-sozialistischer Zeit am 28. Oktober 1990 in Dessau zusammen. Die Sitzung ließ bereits Spannungen und Arbeitspensum erkennen, welche die gesamte Wahlperiode prägten. Schon nach der Ansprache des Alterspräsidenten, Heinz Hildebrandts (FDP), wurde die Feierlichkeit des Anlasses gestört durch Auseinandersetzungen um die Zusammensetzung des Landtags und seiner CDU-Fraktion.[45]

In bewusster Anknüpfung an den von der SED unterdrückten ersten Ansatz einer parlamentarischen Demokratie in Sachsen-Anhalt setzten die Abgeordneten – nach Klärung der Parlamentszugehörigkeit von Nachrückern – zur vorläufigen Regelung der parlamentarischen Abläufe die *„Geschäftsordnung für den Landtag der Provinz Sachsen-Anhalt vom 18. Dezember 1946"* wieder in Kraft.[46] Mit großer Mehrheit votierte der Landtag sodann für Klaus Keitel (CDU) als seinen neuen Präsidenten. Gemäß § 3 der Geschäftsordnung leistete Keitel daraufhin – dem Amte

43 LT S-Anh., Drs. 1/3 vom 25.10.1990. Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, im Landtag als Koalitionsentwurf begründet durch den Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Hans-Herbert Haase.

44 Reinhard Höppner zum SPD-Fraktionschef gewählt, dpa vom 23.10.1990, KAS: ACDP, Pressedokumentation Ordner 0/04/15-2.

45 Siehe hierzu die Ausführungen in Abschnitt III. 4.1.

46 Landtag von Sachsen-Anhalt, PlPr 1/1, S. 4-5.

angemessen, doch in Deutschland für Parlamentspräsidenten ungewöhnlich – ein Gelöbnis. Beispielgebend auch für die Vizepräsidenten, Cornelia Pieper und Rüdiger Fikentscher, fügte Keitel eine religiöse Beteuerung an.[47]

Die Sachberatungen gingen weiter mit der Behandlung und Verabschiedung einer provisorischen Landesverfassung, die ein parlamentarisches Regierungssystem konstituierte. Sie wurde ungewöhnlicherweise in der laufenden Plenarsitzung durch Verlesung verkündet.[48]

Ebenfalls in der konstituierenden Sitzung des Landtags erfolgte die Wahl des Ministerpräsidenten. Hierzu präsentierte Bündnis'90/Die Grünen Hans-Jochen Tschiche als Gegenkandidaten zu Gerd Gies, der von den Koalitionsfraktionen CDU und FDP vorgeschlagen worden war. Das Abstimmungsergebnis war eindeutig, aber nicht glänzend: Gies wurde in geheimer Abstimmung mit 59 von 106 abgegebenen Stimmen (davon 4 ungültig) gegen 30 für Tschiche bei 13 Enthaltungen in das politische Führungsamt Sachsen-Anhalts gewählt. Die erforderliche absolute Mehrheit war klar erreicht, doch fehlten Gies drei Stimmen aus den Reihen seiner Koalition. Die Billigung der Ministerliste durch das Parlament erfolgte sodann „mit Mehrheit" auf der zweiten Sitzung. Das insgesamt zehnköpfige Kabinett setzte sich aus sieben CDU- und drei FDP-Mitgliedern zusammen.[49]

Noch auf seiner konstituierenden Sitzung stimmte der Landtag in zwei Durchgängen geheim über die Landeshauptstadt ab. Ohne eine Festlegung der Fraktionen auf eine der Alternativen fiel die heftig umstrittene Entscheidung mit 57 Stimmen für Magdeburg gegen 49 für Halle klar, aber nicht übermäßig deutlich aus.[50]

Die Fraktion hatte sich sowohl politisch als auch technisch zu organisieren und einzurichten. Um Arbeitsfähigkeit zu erlangen, benötigte sie neben Regelungen ihrer internen Strukturen und Abläufe auch eine finanzielle, sachliche und personelle Grundausstattung. So meldete der Fraktionsvorsitzende gerade einmal ein Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer höchst konkret den Raumbedarf der

47 Landtag von Sachsen-Anhalt, PlPr 1/1, S. 5. – Die von der PDS erzwungene geheime Abstimmung ergab 84 von 106 Stimmen für Keitel, 17 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen. – Wahl und Angelobung der Vizepräsidenten ebd., S. 7.

48 Gesetz über die vorläufige Ordnung der Regierungsgewalt im Land Sachsen-Anhalt, Landtag von Sachsen-Anhalt, PlPr 1/1, S. 8-13; amtlich abgedruckt in GVBl. LSA Nr. 1 v. 17.12.1990, S. 1.

49 Kabinettsliste LT S-Anh. Drs 1/02/14 B vom 2.11.1990.

50 Landtag von Sachsen-Anhalt, PlPr 1/1, S. 16. – Da Magdeburg erst noch zur Landeshauptstadt werden musste, fanden 1990 auch die weiteren Landtagssitzungen in der Dessauer Johann-Philipp-Becker-Kaserne statt. Erst seit der 7. Sitzung, die für den 17. Januar 1991 einberufen wurde, trat der Landtag zu seinen Plenarberatungen in Magdeburg zusammen.

CDU-Fraktion im Landtagsgebäude an.[51] Dieses aber war noch weit von seiner Fertigstellung entfernt. Am 12. November 1990 dämpfte der Landtagspräsident die Erwartungen seiner Fraktionskollegen auf ein baldiges Ende einer provisorischen Unterbringung des Parlaments: Bis zu einer „vollständigen Arbeitsaufn[a]hme des Landtages in Magdeburg" würden noch „voraussichtlich 2-3 Jahre" vergehen. Der Protokollant vermerkte: „Die Fraktion zeigte sich mehr als erstaunt über diese Aussage."[52]

Acht Tage später konnte Keitel immerhin vermelden: Nach den Weihnachtsferien sollen alle Fraktionen im Landtagsgebäude arbeiten können. „Gewisse Engpässe müssten jedoch noch hingenommen werden." Die CDU-Fraktion wollte laut Protokoll sogar bereits ihre folgende Sitzung „im Gebäude des Landtages", der „noch Ing. Schule f. Wasserwirtschaft" abhalten.[53]

Wenngleich Plenarsitzungen in Magdeburg ankündigungsgemäß schon wenige Wochen später möglich wurden, bereitete etwa die banale Schalldämmung von Türen ein Problem, das Joachim Auer mehrfach ansprechen musste, bevor es geregelt wurde.[54] Auch die Bereitstellung des Gesetz- und Verordnungsblattes des Landtags für alle Abgeordneten und die Sicherstellung eines unbeobachteten Postzugangs bedurften einer speziellen Anmahnung.[55]

Die am 20. November 1990 beschlossene Fraktionssatzung bestimmte Magdeburg als Sitz der Fraktion. Im Laufe der Wahlperiode wichtig wurden die Bestimmungen zu Mitgliedschaft und Hospitantenstatus:

§ 4 Mitglieder

(1) Mitglieder der Fraktion sind die Abgeordneten, die als Kandidaten der CDU in den Landtag gewählt worden sind.

(2) Mitglieder des Landtags, die im Laufe der Wahlperiode die Mitgliedschaft der CDU erwerben, können auf ihren Antrag durch Beschluss der Fraktionsversammlung in die Fraktion aufgenommen werden.

(3) Die Mitgliedschaft in der Fraktion ist unvereinbar mit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in einer anderen Fraktion des Landtags.

51 Schreiben FrV Joachim Auers an LTP Dr. Klaus Keitel v. 9.11.1990, KAS: ACDP 05-013, Ordner 027: Schriftverkehr mit dem Landtagspräsid[enten]/Landtagsverwaltung I ([1990]-31.5.1992).

52 Protokoll Nr. 6 v.12.11.1990 (Karsten Knolle MdL) KAS: ACDP 05-013, Ordner 087.

53 Protokoll Nr. 7 v. 20.11.1990 (Karsten Knolle MdL) KAS: ACDP 05-013, Ordner 087.

54 Schreiben FrV Joachim Auers an LTP Dr. Klaus Keitel v. 2.5.1991, KAS: ACDP 05-013, Ordner 084.

55 Schreiben FrV Joachim Auers an LTP Dr. Klaus Keitel v. 8.1.1991, KAS: ACDP 05-013, Ordner 084.

§5 Hospitanten

(1) Mitglieder des Landtags, die nicht der CDU angehören, können auf ihren Antrag durch Beschluss der Fraktionsversammlung als Hospitanten aufgenommen werden.

(2) Hospitanten haben die gleiche Stellung wie die Mitglieder der Fraktion. Ausnahmen ergeben sich da, wo die Zugehörigkeit zur CDU notwendige Voraussetzung ist.

Die letztgenannte, stilistisch unbeholfene Formulierung lässt inhaltlich offen, unter welchen Bedingungen der Fraktion die Parteizugehörigkeit notwendig erscheinen mag.

In den Fraktionsberatungen wiederholt thematisiert wurden die Bestimmungen der folgenden Paragraphen in Bezug auf Mitarbeit, Fraktionsdisziplin und Präsenz in Plenum und Ausschüssen:

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder der Fraktion sind verpflichtet, sich an der Fraktionsarbeit zu beteiligen und sich zur Wahl der Organe, Ausschüsse und Arbeitskreise zur Verfügung zu stellen.

§ 7 Fraktionsordnung

(1) Mitglieder, die sich den Beschlüssen der Fraktion nicht anschließen können, verpflichten sich, dem [den, J.P.] Fraktionsvorsitzenden rechtzeitig von ihrem abweichenden Vorgehen in Kenntnis zu setzen.

(2) Bei Erklärungen in der Öffentlichkeit ist auf den Standpunkt der Fraktion Rücksicht zu nehmen und jede Schädigung des Ansehens der Fraktion zu vermeiden.

(3) Presseerklärungen sind vor Abgabe mit dem Fraktionsvorsitzenden bzw. mit dem amtierenden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden abzustimmen.

§ 8 Präsenz

(1) Die Mitglieder der Fraktion sind verpflichtet, an den Sitzungen des Landtags, den Fraktionssitzungen und den Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, denen sie angehören, teilzunehmen. Die Mitglieder verpflichten sich zur Eintragung in die Anwesenheitslisten bei Sitzungen von Gremien und Gruppen der Fraktion.

(2) Ein vollständiges oder teilweises Fernbleiben von den Sitzungen des Landtags ist nur mit Zustimmung des zuständigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden möglich.

(3) Mitglieder, die an sonstigen Sitzungen nicht oder nur teilweise teilnehmen können, informieren darüber rechtzeitig den Geschäftsführer. Sie sind bei Ausschusssitzungen verpflichtet, persönlich für eine Vertretung zu sorgen.

Schon auf der 4. Fraktionssitzung wurde Dr. Michael Schneider den Abgeordneten als neuer – und, wie sich herausstellte, langjähriger – Fraktionsgeschäftsführer vorgestellt,[56] der sodann den Mitarbeiterstab aufbaute und organisierte, so dass die Arbeit professionalisiert werden konnte.

Zu der gleichen Sitzung war den Abgeordneten der Entwurf der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vorab zur Verfügung gestellt worden. Sie konnten damit die Chance wahrnehmen, Änderungs- und Ergänzungsvorschläge einzubringen – eine bemerkenswerte Möglichkeit zur parlamentarischen Mitregierung für die Fraktion des Regierungschefs.

In die wirbelnde Unruhe des Anfangs brachte das straffe Zeitreglement für Sitzungswochen ein weiteres strukturierendes Element. So wurde schon im November 1990 durch den Sitzungsrhythmus die Verzahnung zwischen der Arbeit in Wahlkreis und Parlament, Plenum, Fraktion, Ausschüssen und Arbeitsgruppen angebahnt. Das Protokoll hält dazu fest:

Sitzungsrhythmus in Tagungswochen:[57]

Montag:	sitzungsfrei (Wahlkreisarbeit)
Dienstag:	Fraktionsvorstandssitzung –
	11-15 Uhr: Arbeitskreissitzungen –
	ab 15 Uhr: Fraktionssitzungen
Mittwoch:	Ausschüsse
Donnerstag:	Plenartagungen
Freitag:	sitzungsfrei (Wahlkreisarbeit)

[handschriftlicher Zusatz: „10^{00}“ –
wohl als: „ab 10 Uhr sitzungsfrei“ zu lesen]

Gleichfalls festzulegen war die Ausschussbesetzung, die Übernahme der parlamentarischen Führungsämter der Ausschussvorsitzenden und die Besetzung der fachlichen Spitzenpositionen der Fraktion in ihren Arbeitsgruppen. Die personelle Erstausstattung der Fraktion ist als Anhang zu dem – noch auf einer Schreibmaschine getippten – Protokoll der siebenten Fraktionssitzung festgehalten worden.

56 KAS: ACDP 05-013: Ordner 087: Protokoll Nr. 4 v.2.11.1990 (Karsten Knolle MdL), TOP 3.
57 KAS: ACDP 05-013: Ordner 087: Protokoll Nr. 6 v.12.11.1990 (Karsten Knolle MdL), TOP 4.

Durch Mandatsniederlegungen und neu eintretende Abgeordnete, Fraktionsaus- und -wiedereintritte sowie durch Umbildungen von Regierung und Fraktionsführung ergaben sich nachfolgend häufige Wechsel dieser Positionen.

Anlage zum Protokoll Nr. 7: Vorsitzende und Mitglieder der Ausschüsse des Landtags aus den Reihen der CDU-Fraktion[58]

Ausschußvorsitzende CDU
Inneres der Koll.Klaus Jeziorsky
Wirtsch,Techno.u.Verk. der Koll.Dr.Adolf Spotka
Rechtsfragen der Koll. Christoph Koch
Ernähr.Landw u.Forsten der Koll. Manfred Thon

Mitglieder der Arbeitskreise der CDU

Inneres, die Kollegen	Wirtsch,Tech,u.Verkehr	Rechtsfragen	Ernäh,Landw.u.Forsten
- Ulrich Seidel	- Eckhard Schneider(Vors)	- Christoph Koch	- Manfred Thon
- Uwe Schulze	- Gerhard Kern	- Margrit Weimeister	- Bernd Sennecke
- Curt Becker (Vors.)	- Bernd Scheffler	- Cornelius Nägler	- Wolfgang Rieck
- Thomas Webel	- Hans-Martin Tasech	- Reiner Schomburg	- Dr.Klaus Buchheister
- Klaus Jeziorsky	- Cornelius Nägler	- Sabine Klenke	- Petra Wernicke (Vors.)
- Konrad Schellbach	- Dr.Adolf Spotka	- Michael Liwowski(Vors)	- Gunther Schmidt

Finanzen,Haushalt	Arbeit u. Soziales	Bildung u.Wissenschaft	Kultur u.Medien
- Jürgen Scharf,	- Dr.Wolfgang Böhmer	- Dr.Chr.Bergner(Vors)	- Eckhard Werner (Vors)
- Erhard Stollberg(Vors)	- Dr.Heinrich Seppelt(Vors)	- Peter Schenk	- Karsten Knolle
- Gerhard Mitschke	- Sabine Klenke	- Bernhard Ritter	- Peter Schenk
- Bernd Scheffler	- Gerd Schlaak	- Petra Wernicke	- Konrad Schellbach
- Dr.Joachim Kupfer	- Gerhard Mitschke	- Dr.Horst Schnellhardt	- Reiner Schomburg
- Reiner Schomburg	- Bernhard Ritter	- Dr.Wolfgang Kiele	- Thomas Webel

Bundes-u-Europaange.	Umwelt u.Naturschutz	Petitionen
- Karsten Knolle (Vors)	- Adolf Bill (Vors)	- Dr.Klaus Buchheister (Vors)
- Detlef Gürth	- Dr.Karl-Heinz Daehre	- Dr.Christoph Bergner
- Adolf Bill	- Dr.Wolfgang Kiele	- Erhard Stollberg
- Dr.Karl-Heinz Daehre	- Peter Brüll	- Christoph Koch
- Dr.Horst Schnellhardt	- Uwe Schulze	- Günter Otterpohl
- Adolf Bill	- Gunther Schmidt	- Eckhard Schneider

Zeitweiliger Ausschuß für die Erarbeitung einer Verfassung

für den Vorsitz dieses Ausschusses soll die SPD einen Kandidaten nennen

-Gerhard Kern
-Curt Becker
-Klaus Jeziorsky
-Margrit Weimeister
-Konrad Schellbach
-Dr.Joachim Kupfer

Nachdem der erste Fraktionsvorsitzende schon im November 1990 mahnend auf die Wichtigkeit der Wahrnehmung von Ausschusssitzungen durch die Abgeordneten hingewiesen hatte, sah sich mehr als ein Jahr später in gleicher Funktion auch Christoph Bergner genötigt, eine professionelle Arbeitsmoral einzufor-

58 KAS: ACDP 05-013: Ordner 087: Protokoll Nr. 7 v. 20.11.1990 (Karsten Knolle MdL), Anlage.

dern.[59] Denn angesichts der Turbulenzen in Fraktion und Regierung hatte sich diese im Laufe des ersten Jahres der Wahlperiode offensichtlich nicht verbessert.

3. Die Leistungen der ersten Wahlperiode

Das Bild der ersten Wahlperiode des Landtags von Sachsen-Anhalt fällt völlig gegensätzlich aus – je nachdem, ob man sich die Aufbauleistung für das Land oder die Personalpolitik ansieht. Beide Komponenten, die sach- wie die personenbezogenen Aspekte, erscheinen außergewöhnlich.

Mit genau 200 verabschiedeten Gesetzen[60] zeigte der Landtag eine in den Volksvertretungen der alten Bundesländer unbekannte Intensität an gesetzgeberischer Arbeit. Die Parlamentsmehrheit stattete das Land mit einer Art „Grundnormierung" aus. Denn vom Staatsrecht über den Bereich der allgemeinen Grundlagen des Verwaltungshandelns bis hin zu den speziellen einzelnen Verwaltungszweigen bedurfte das Land einer legislativen Erstausstattung. Diese konnte nicht in allen Teilen neu „erfunden" werden, sondern wurde typischerweise aus den als Vorlagen genutzten Regelungen kooperierender westlicher Bundesländer ausgewählt und bisweilen eigenständig akzentuiert.[61]

Materien der Gesetzgebung in der ersten Wahlperiode des Landtages von Sachsen Anhalt (Beispiele)[62]

Verfassungsrecht, Staatsorgane, Wahlen und Abstimmungen

Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
Gesetz über Wappen, Flaggen und Siegel
Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages Sachsen-Anhalt (Abgeordnetengesetz Sachsen-Anhalt – AbgG LSA)
Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen (Untersuchungsausschussgesetz – UAG)

59 KAS: ACDP 05-013: Ordner 087: Protokoll Nr. 4 v.2.11.1990 (Karsten Knolle MdL), TOP 3.3; Ordner 102: Schriftverkehr Fraktion intern (1991-1992): Schreiben FrV Christoph Bergners v. 11.12.1991 an die Fraktion hinsichtlich der Präsenz. Bei Verhinderung von Abgeordneten sei deren Abmeldung gegenüber Jürgen Scharf erforderlich.

60 Parlamentsstatistik: LT Drs. 1/3786 v. 20.7.1994; Der Landtag von Sachsen Anhalt. 1. Wahlperiode 1990 bis 1994, in: Der Landtag am Domplatz H. 3/1994, S. 10-11; Petra Dobner/Suzanne S. Schüttemeyer: Der Landtag als Institution und politischer Akteur, 2006, S. 29, 32.

61 Fraktion intern, Info-Dienst der CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt Nr. 2/91 vom November 1991 (mit gesetzgeberischen Leistungen und Aufgaben aus Sicht der Fraktionsexperten); Wolfgang Schmidt: Die Feuertaufe bestanden. Bilanz über ein Jahr Parlamentarismus in Sachsen-Anhalt, Neue Zeit v. 10.10.1991.

62 Nach Sachgebieten differenzierte Auflistung sämtlicher in der 1. Wahlperiode verabschiedeten Gesetze: LT Drs. 1/3786 v. 20.7.1994, S. 17-27.

Gesetz über die Rechtsstellung und die Finanzierung der Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt (Fraktionsgesetz SAn.)
Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung (Ministergesetz)
Gesetz über das Landesverfassungsgericht (Landesverfassungsgerichtsgesetz – LVerfGG)
Wahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid

Rechtspflege

Richtergesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Landesrichtergesetz – RiG LSA)
Gesetz über die Juristenausbildung im Land Sachsen-Anhalt (JAG LSA)
Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte im Land Sachsen-Anhalt (GerOrgG LSA)

Staatsfinanzen, Verwaltung und öffentliches Dienstrecht

Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO)
Verwaltungszustellungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Vw ZG-LSA)
Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwVG LSA)
Beamtengesetz Sachsen-Anhalt (BG LSA)
Gesetz zur beruflichen Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst im Lande Sachsen-Anhalt (Frauenfördergesetz)

Polizei und Verfassungsschutz, Zivil-, Katastrophen- und Brandschutz

Gesetz über die Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA)
Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Sachsen-Anhalt (VerfSchG-LSA)
Katastrophenschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KatSG – LSA)
Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Brandschutzgesetz BrSchG)
Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (RettDG – LSA)

Kommunalwesen

Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA)
Kommunalwahlgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Umwelt- und Naturschutz sowie natürliche Ressourcen

Abfallgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA)
Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA)
Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA)
Landeswaldgesetz
Landesjagdgesetz für Sachsen-Anhalt
Fischereigesetz (FischG)

Gesundheits- und Sozialwesen, Jugendrecht

Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt zum Bundesgesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenpflegesätze (KHG LSA)
Gesetz über die Kammern für Heilberufe Sachsen-Anhalt (KGHB – LSA)
Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AG – BSHG)
Gesetz über das Blindengeld im Land Sachsen-Anhalt
Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (KiTAG)

Bildungswesen

Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
Gesetz zur Erneuerung der Hochschulen im Land Sachsen-Anhalt (Hochschulerneuerungsgesetz)
Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (GradFG)

Baurecht

Gesetz über die Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauO LSA) und zur Änderung des Ingenieurgesetzes und des Vermessungs- und Katastergesetzes

Wirtschaftsrecht

Gesetz über die Industrie- und Handelskammern in Sachsen-Anhalt (AGIHKG)
Gesetz zum Aufbau und zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft in Sachsen-Anhalt (Mittelstandsförderungsgesetz – MFG)
Gesetz über das Zahlenlotto und über Sportwetten im Lande Sachsen-Anhalt (Lotto-Toto-G)
Sparkassengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpKG LSA)
Gesetz über die Errichtung der Öffentlichen Feuerversicherung Sachsen-Anhalt und der Öffentlichen Lebensversicherung Sachsen-Anhalt
Spielbankgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (SpielbG)

Kultusbereich

Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
Gesetz über die Sonn- und Feiertage (FeiertG LSA)
Gesetz zum Evangelischen Kirchenvertrag Sachsen-Anhalt
Gesetz zum Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und den Ländern Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Freistaat Sachsen über die Errichtung des Bistums Magdeburg
Gesetz zum Vertrag des Landes Sachsen-Anhalt mit der Jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt

Medien

Pressegesetz für das Land Sachsen-Anhalt (Landespressegesetz)
Gesetz über den privaten Rundfunk in Sachsen-Anhalt
Gesetz zum Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR)

So ist im Kommunalverfassungsrecht – mit deutlichen Unterschieden von den damals in Sachsen-Anhalts Partnerland Niedersachsen geltenden Bestimmungen – eine Orientierung an südwestdeutschen Regelungen zu erkennen, die den Erfahrungen des aus Baden-Württemberg nach Sachsen-Anhalt zurückgekehrten Fraktionsexperten, Oberbürgermeister Curt Becker, entsprach.[63] Auf Betreiben der Fraktion wurde indes die Stellung des Bürgermeisters gegenüber dem baden-württembergischen Vorbild ein wenig abgeschwächt.[64] Im parlamentarischen Untersuchungsrecht setzte sich die CDU-Fraktion für die Neutralisierung des Vorsitzes durch eine Mitwirkung von Richtern an Untersuchungsverfahren ein,[65] wofür sie jedoch keine parlamentarische Mehrheit finden konnten. Dafür sind allerdings juristische Berater der einzelnen Ausschussfraktionen im Untersuchungsausschussgesetz gesondert erwähnt und mit speziellen Rechten ausgestattet worden (§ 4 Abs. 3 UAG).[66]

Grundlegend für Aufbau und weitere Entwicklung des Landes aber war die Landesverfassung, die auf rein parlamentarischem Wege am 15. Juli 1992 im Landtag verabschiedet wurde.[67] Da der Konsens über die Grundlagen eines Gemeinwesens auf *unabsehbare Zeit* notwendig ist, mag eine *einmalige* Volksabstimmung über die Verfassung durchaus entbehrlich sein. Durch ihre ablehnende Haltung zu einem Votum der Stimmbürger hat sich die Fraktion jedoch heftigen Protesten ausgesetzt, die selbst im Landtagsgebäude ausgetragen worden sind[68] und bei einer flexibleren Positionierung vermeidbar gewesen wären.

63 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt. Vom 5. Oktober 1993, GVBl. S. 568.

64 KAS: ACDP 05-013: Ordner 058:Protokoll Nr. 78 v. 10.11.1992 (Nitsche), TOP 6.

65 Beratung der Fraktion zum Untersuchungsrecht: KAS: ACDP 05-013: Ordner 002: Protokoll Nr. 30 v. 28./29.5.1991 in Klötze (Willenbockel), TOP 3; Ordner 058: Protokoll Nr. 41 v. 15.10.1991 (Lehmann), TOP 6. – Gegenteilige Empfehlung im Abschlussbericht der Kommission der Landtagsdirektoren zur Erarbeitung von Empfehlungen zu dem Recht der Untersuchungsausschüsse (Referat I.4 [der Verwaltung des Landtags NRW], Düsseldorf 3.4.1991, Punkt 5. KAS: ACDP 05-013: Ordner 027: Schreiben des Direktors der Landtagsverwaltung, Lutz Gieseler [später: Der Direktor beim Landtag von Sachsen-Anhalt] an FrV Joachim Auer v. 22.5.1991.

66 Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen (Untersuchungsausschussgesetz – UAG). Vom 29. Oktober 1992, GVBl. LSA S. 757, später geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Dezember 2001 (GVBl. LSA S. 540, 541) und Nummer 10 der Anlage des Gesetzes vom 19. März 2002 (GVBl. LSA S. 130, 132).

67 LT PlPr 1/35 v. 15.7.1992, S. 3859 ff., Schlussabstimmung S. 3871-3872.

68 Verabschiedungsprozedere beraten in PlPr 1/34 v. 25.6.1992, S. 3721-3752; zur Haltung der CDU-Fraktion hinsichtlich eines Verfassungsreferendums S. 3727; illegale Demonstration im Landtag LT PlPr 1/35, S. 3868-3869. Darstellung bei Everhard Holtmann/Bernhard Boll: Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde, 2. Aufl. Magdeburg 1997, S. 39

Inhaltlich hatten CDU- und FDP-Fraktion zu den Verfassungsberatungen einen gemeinsamen Entwurf eingebracht.[69] Im nachfolgenden Aushandlungsprozess ist es der CDU-Fraktion gelungen, neben den Vorstellungen von Liberalen und Sozialdemokraten auch originär christlich-demokratisches Gedankengut zur Geltung zu bringen, so in der Präambel, die die Verfassungsgebung als einen Akt darstellt, der „in Achtung der Verantwortung vor Gott und im Bewusstsein der Verantwortung vor den Menschen" vollzogen wird, wofür Christoph Bergner mit eindrucksvollen Worten im Plenum eingetreten ist.[70] Aber auch die Artikel 24 (Schutz von Ehe, Familie und Kindern) und 27 (Erziehungsziel, Ethik und Religionsunterricht) sind ohne den Einfluss der CDU-Fraktion schwer vorstellbar.[71]

Demgegenüber entsprachen die sehr weitgehenden Minderheitsrechte bei parlamentarischen Untersuchungen (Art. 54) und die Formulierung einer speziellen Oppositionsnorm (Art. 48) – ohne Definierung des Gegenbegriffs der „Regierungsmehrheit" – den Vorstellungen des beratenden Verfassungsexperten der SPD-Fraktion, Hans-Peter Schneider.[72] Diese seitens der CDU ohne öffentlichen Widerspruch akzeptierte Bestimmung definiert erstens den Oppositionsbegriff im Sinne derjenigen Parlamentarier, die nicht durch irgendeine Teilhabe an der Macht korrumpiert sein können. Zweitens knüpft sie an ihn rechtliche Folgen. Hierauf ist die CDU-Fraktion in der zweiten Wahlperiode sehr nachdrücklich zurückgekommen.

Aus der Position der stärksten Regierungsfraktion heraus brauchte die CDU-Fraktion in der ersten Wahlperiode gegenüber der von ihr maßgeblich mitgetragenen Landesregierung öffentlich kein allzu kritisches Profil zu zeigen. Nach den Worten ihres zweiten Vorsitzenden, Christoph Bergner, verstehe sie sich gleichwohl eher als „[e]manzipierte Braut" denn als „Schoßhündchen der Regierung".[73]

Parlamentarisch verzichtete sie indes auf eigene Große Anfragen, brachte solche (9) aber ebenso wie Gesetzesinitiativen (25) in gewissem Umfang gemeinsam mit

69 LT Drs. 1/253 v. 27.2.1991, auch abgedruckt bei Peter Häberle: Die Verfassungsbewegung in den fünf neuen Bundesländern, JböR N.F. 41, Tübingen 1993, S. 69-307 (Textanhang IV: Verfassung Sachsen-Anhalt).

70 Christoph Bergner LT PlPr 1/35, S. 3846-3848, hier S. 3847-3848.

71 KAS: ACDP 05-013: Ordner 097: Geschäftsführender Fraktionsvorstand, Sitzung am 2.7.1992: Bergner zeigte sich hierbei an Religions- oder Ethikunterricht sowie am abendländischen Profil besonders interessiert. – Ordner 087: Positionierung der Gesamtfraktion in ihrer Vollversammlung, Protokoll Nr. 70 v. 14.7.1992 (Nitsche).

72 Hans-Peter Schneider: Verfassungsrechtliche Bedeutung und politische Praxis der parlamentarischen Opposition, in: ders./Wolfgang Zeh (Hrsg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis, Berlin/New York 1989, S. 1055-1086, vor allem S. 1070.

73 Gudrun Oelze: „Emanzipierte Braut" statt „Schoßhündchen der Regierung", Neue Zeit v. 5.12.1991.

dem Koalitionspartner ein. Auch bei Kleinen Anfragen hielt sich die CDU mit 121 – entsprechend rund 30 per anno, also deutlich weniger als eine pro Abgeordneten und Jahr – gegenüber SPD (473), PDS (259) und selbst der kleinen Fraktion von Bündnis'90/Die Grünen (178) auffällig zurück. Wenn man die speziell beantragten „Aktuellen Debatten" zum Maßstab nimmt, ergibt sich dagegen für die parlamentarische „Kommunikationsfunktion" ein ausgewogeneres Bild: Von insgesamt 78 gehen 13 dieser Debatten auf die Unionsfraktion, 17 auf die SPD, 18 auf die PDS, 19 auf die Bündnisgrünen und 7 auf die FDP zurück[74].

4. Krisen und Konflikte

4.1 CDU-Fraktion gegen den eigenen Ministerpräsidenten – Die Entwicklung bis zum Rücktritt des Kabinetts Gerd Gies

Bis zum Ende des Jahres 1990 hatten drei der 48 direkt gewählten Landtagsabgeordneten der CDU ihr Mandat niedergelegt. Für den stasibelasteten Armin Kleinau (Wahlkreis 3: Gardelegen-Stendal III), der gar nicht erst an den Fraktionssitzungen teilnahm, war der CDU-Landesvorsitzende Gerd Gies (Listenplatz 1) bereits vor der konstituierenden Landtagssitzung am 28. Oktober nachgerückt. In der Fraktionssitzung vom 2. November verlas der Fraktionsvorsitzende Joachim Auer eine Presseerklärung des Abgeordneten Dr. Peter Renger (Wahlkreis 30: Halle-Altstadt I), in der der Hallenser Oberbürgermeister seinen Fraktionskollegen mitteilte, dass er „wegen Arbeitsüberlastung sein Mandat abgegeben hat".[75] Dieser Bekanntgabe schloss sich eine Diskussion an, in der auch die Mandatsniederlegung Armin Kleinaus thematisiert wurde. „Zahlreiche Abgeordnete forder(te)n eine bessere Information der Fraktion und bedauerten, dass sie ‚Internas' bisher nur über die Presse erfahren haben."[76] Für Renger rückte der frisch ernannte Innenminister und frühere Regierungsbevollmächtigte des Bezirks Magdeburg, Wolfgang Braun (Listenplatz 3) nach. Wenig später konnten die CDU-Abgeordneten der Presse einen dritten mutmaßlichen Stasi-Fall in den eigenen Reihen entnehmen.[77] Entsprechend trug der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Peter Schenk in der Fraktionssitzung am 20. November „die An-

74 Aufschlüsselung der Initiativen nach Fraktionen bei Petra Dobner/Suzanne S. Schüttemeyer: Der Landtag als Institution und politischer Akteur, 2006, S. 29, 32.

75 KAS: ACDP 05-013: Ordner 087: Beschlussprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 4. Sitz., 2.11.1990 in Dessau, S. 1 (Karsten Knolle MdL).

76 Ebd.

77 „CDU-Geständnis: Drei Fälle mit Stasi-Vergangenheit", in: Express, 17.11.1990.

gelegenheit Heinemann vor".[78] Nachdem Schenks Ausführungen von Auer ergänzt worden waren, wies Michael Heinemann (Wahlkreis 43: Weißenfels I-Naumburg II) die „Vorwürfe der Stasi-Mitarbeit von sich".[79] Ausschlaggebend für Heinemanns anschließenden Mandatsverzicht wurde indes ein vertrauliches Gespräch mit dem CDU-Landesvorsitzenden. Das Protokoll hält hierzu fest: „Im weiteren Verlauf dieser Angelegenheit zogen sich MP Dr. Gies und Heinemann zu einem ‚Vier-Augen-Gespräch' zurück. Danach erklärte Heinemann vor der Fraktion seinen Rücktritt und gab sein Mandat ab."[80] Für Heinemann rückte Ralf Geisthardt (Listenplatz 7) nach, der in der letzten DDR-Volkskammer stellvertretender Vorsitzender des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen war.

Direkte Folge von zwei der drei Mandatswechsel war, dass mit Gies und Braun jetzt mehr der von der CDU gestellten Kabinettsmitglieder zugleich auch Mitglieder der größten Regierungsfraktion waren.[81] Da sich jedoch in diesem Falle nicht Minister aus der Fraktion heraus rekrutiert hatten, sondern vielmehr Kabinettsmitglieder nachträglich Abgeordnete wurden, lässt sich aus diesen Vorgängen kaum eine erhöhte Rekrutierungsfunktion der CDU-Fraktion ableiten. Indirekte Folge der drei Mandatsverschiebungen war, dass sowohl innerhalb der CDU-Fraktion, als auch zwischen ihr und Teilen der Landesregierung Konflikte entstanden bzw. befördert wurden.

Erste Zielscheibe öffentlicher wie fraktionsinterner Kritik wurde Innenminister Wolfgang Braun, dessen Personalpolitik mehrere Abgeordnete bereits in der Fraktionssitzung vom 12. November und in einem anschließenden Gespräch kritisiert hatten.[82] Die Kritik aus den Reihen der CDU-Abgeordneten am eigenen Innenmi-

78 KAS: ACDP 05-013: Ordner 087: Beschlussprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 7. Sitz., 20.11.1990 in Magdeburg, S. 2 (Karsten Knolle).

79 Ebd.

80 Ebd.

81 Mit den drei „West-Importen" Werner Münch (Finanzen), Werner Schreiber (Arbeit und Soziales), Walter Remmers (Justiz) sowie den zwei „Ost-Ministern" Wolfgang Braun (Innen) und Otto Mintus (Landwirtschaft) betrug das Verhältnis zwischen Ministern der CDU mit und ohne Landtagsmandat zum Zeitpunkt der Vereidigung des Kabinetts Gies (Ministerpräsident) zunächst 5:1. Lediglich Werner Sobetzko (Kultus) war zu je-dem Zeitpunkt seiner Amtsführung als Minister auch Landtagsabgeordneter. Gerd Gies war bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten durch den beschriebenen Mandatswechsel ebenfalls bereits zugleich Mitglied der CDU-Fraktion. Das Verhältnis zwischen Kabinettsmitgliedern der CDU mit und ohne Abgeordnetenmandat erhöhte sich mithin von 1:6 bzw. 2:5 auf 3:4.

82 KAS: ACDP 05-013: Ordner 087: Beschlussprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 6. Sitz., 12.11.1990 in Magdeburg, S. 2 (Karsten Knolle MdL), und: Protokoll über die Beratung von Joachim Auer und Dr. Karl-Heinz Daehre mit Innenminister Wolfgang Braun vom 14.11.1990 in Magdeburg (PA J. Scharf). Braun wurden mehrere Personalentscheidungen vorgehalten, bei denen eine zu große Systemnähe der betroffenen Personen moniert wurde.

nister und Fraktionskollegen erneuerte sich zu Beginn des Jahres 1991, als „vielfache Kritik (…) am Auftreten von Innenminister Braun im Plenum des Landtages (…) geübt“[83] wurde. Anfang Februar wurde Braun mit dem Vorwurf konfrontiert, er sei zu DDR-Zeiten unter dem Decknamen „Becker“ Stasi-Informant gewesen.[84] Der Innenminister wies in der Fraktionssitzung „alle Vorwürfe als Teil einer Kampagne entschieden zurück“, woraufhin ihm die Fraktion „ihr volles Vertrauen aus(sprach)“.[85]

Schien die fraktionsinterne Debatte um einzelne Personalentscheidungen unter der Verantwortung Brauns damit zunächst beendet zu sein,[86] so riss die öffentliche Berichterstattung über den aus Sicht der Bevölkerung zu langsam vonstattengehenden Austausch der SED-Eliten in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens nicht ab. In der CDU-Fraktion staute sich der Unmut über weiterhin bestehende „Rote Seilschaften“ in Wirtschaft und Verwaltung immer weiter an,[87] so dass Auer jetzt den eigenen Regierungschef und die CDU-geführte Landesregierung öffentlich attackierte.[88] Spätestens damit war neben dem Innenminister nunmehr auch die politisch zentrale Figur des Ministerpräsidenten in die öffentliche Schusslinie geraten. In einem Schreiben an Gies relativierte Auer zwar seine öffentliche Kritik, unterstrich aber zugleich, dass die Fraktion „wiederholt eindringlich darauf hingewiesen (habe), wie wichtig ihr dieses Thema ist.[89] Unterstützung erhielt Auer von dem Abgeordneten Dr. Karl-Heinz Daehre. Dieser beantragte einen Fraktionsbeschluss, in dem es hieß: „Die Fraktion unterstützt ausdrücklich die Initiative des Fraktionsvorsitzenden (…)

83 KAS: ACDP 05-013: Ordner 087: Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 14. Sitz., 22.1.1991 in Magdeburg (Joachim Kupfer MdL).

84 „Wollt ihr mich abknallen?“, in: Der Spiegel, 11.2.1991.

85 KAS: ACDP 05-013: Ordner 087: Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 17. Sitz., 12.2.1991 in Magdeburg (Joachim Kupfer MdL).

86 Kurz darauf geriet Braun anlässlich eines Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl zusätzlich in die Schusslinie. Kohl war auf dem Marktplatz in Halle vor laufenden Kameras mit Eiern beworfen worden, woraufhin eine Debatte um mangelnde Sicherheitsvorkehrungen entbrannte. An den Eier-Würfen beteiligt war der damalige stellvertretende Juso-Vorsitzende von Halle. Hierzu: „In Buna schien die Sonne, in Halle flogen faule Eier“, Magd. Volksstimme v. 11.5.1991; „Ging es vor Kohl-Besuch in Halle ‚drunter und drüber‘? Innenminister Braun sieht keinen Anlass für Rücktritt“, MZ v. 14.5.1991.

87 Z.B. KAS: ACDP 05-013: Ordner 058: Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S.-Anh., 26. Sitz., 30.4.1991 in Magdeburg (Karsten Knolle).

88 „CDU-Fraktionschef: ‚Herr Gies, feuern Sie endlich die roten Bonzen!‘“, in: Bild, 4.5.1991.

89 Schreiben von Joachim Auer, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, an den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Gerd Gies, vom 7.5.1991 (PA J. Scharf). Auer ruderte dort zunächst zurück: „Meine Aussage sind in der Presse zum Teil ungenau wiedergegeben worden. Worum es mir geht, das ist die Glaubwürdigkeit der CDU“. Später fuhr er mahnend fort: „Ich meine, dass auch Sie als Ministerpräsident einen großen Prestigegewinn erzielen würden, wenn Sie bei Ihren Ministern auf eine beschleunigte Überprüfung der vorläufig eingestellten Mitarbeiter drängen würden.“

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Probezeit der in den Ministerien beschäftigten leitenden Mitarbeiter um ein weiteres halbes Jahr zu verlängern".[90] Bei drei Enthaltungen stimmte die Fraktion dem Antrag von Daehre zu.[91]

In höchst bemerkenswerter Weise hatte die CDU-Fraktion damit nicht nur Teile der von ihr getragenen Landesregierung angegriffen, sondern zugleich auch versucht, in erheblichem Maße in deren Personalhoheit einzugreifen. In ihren eigenen Personalentscheidungen zeigte sich die Fraktion hingegen souverän. Turnusgemäß bestätigte sie Ende Juni Joachim Auer mit breiter Mehrheit für den Rest der Wahlperiode im Amt des Fraktionsvorsitzenden.[92] Zugleich hatte sich die Fraktion damit aber auch Auers kritischen Kurs gegenüber der CDU-geführten Landesregierung zu Eigen gemacht. Das Vertrauensverhältnis zwischen maßgeblichen Teilen der größten Regierungsfraktion und Ministerpräsidenten sowie Innenminister war danach im Frühsommer 1991 erheblich gestört.

In dieser Situation bedurfte es nur noch eines Anstoßes, um dem umstrittenen Ministerpräsidenten endgültig den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Diesen gab der Abgeordnete Christoph Koch, Pfarrer, CDU-Mitglied seit März 1990 und direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 4 (Haldensleben). Koch griff den Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden frontal an und bezichtigte ihn öffentlich, Abgeordnete der CDU zwecks Erlangung eines eigenen Landtagssitzes mit Stasi-Vorwürfen konfrontiert und zum Mandatsverzicht genötigt zu haben.[93] Als Stasi-Opfer handelte Koch dabei in glaubhafter moralischer Entrüstung, daneben aber auch in Abstimmung mit dem ebenso ambitionierten wie ehrgeizigen Finanzminister Werner Münch.[94] Gies stritt die Vorwürfe energisch ab und stellte sich am 2. Juli einer siebenstündigen CDU-Fraktionssitzung, die offiziell unprotokolliert geblieben ist.[95]

90 Antrag des Abgeordneten Karl-Heinz Daehre an die CDU-Landtagsfraktion vom 15.5.1991 (PA J. Scharf).

91 KAS: ACDP 05-013: Ordner 087, Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S.-Anh., 27. Sitz., 16.5.1991 in Magdeburg (Armin Burger).

92 KAS: ACDP 05-013: Ordner 058: Protokoll der CDU-Fraktion im LT S.-Anh., Sitzung am 25.6.1991 (Albert Alten). Von 39 abgegebenen Stimmen erhielt Auer bei fünf Enthaltungen und einer ungültigen Stimme 32 Ja- und eine Nein-Stimme.

93 „'Wir wurden zum Mandatsverzicht genötigt.' CDU-Abgeordnete kritisieren Ministerpräsident Dr. Gies. Koch erwägt rechtliche Schritte", in: Braunschweiger Zeitung, 29.6.1991.

94 Hierzu: Sebastian Putz, Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner. Rolle und Einfluss der FDP als kleine Regierungspartei in vier ostdeutschen Landesregierungen (1990-1994), Baden-Baden 2008, S. 113 ff.

95 „Gerd Gies bestreitet Vorwürfe. Rücktrittsforderung zurückgewiesen – CDU-Fraktion tagt heute", in: Der Neue Weg, 2.7.1991. – Die Nummerierung der Protokolle ignoriert die dramatische Sitzung: Protokoll Nr. 33 v. 18.6.1991, [Nr. 34, unnummeriert] v. 25.6.1991, Nr. 35 v. 9.7.1991, KAS: ACDP 05-013, Ordner 058 und 087.

Dabei wurde nicht nur über Gies' umstrittenen Umgang mit tatsächlichen oder vermeintlichen stasibelasteten Abgeordneten gesprochen, sondern auch das allgemeine Erscheinungsbild des Ministerpräsidenten kritisiert. Nach langem Hin und Her sah sich Gies schließlich gezwungen, die Vertrauensfrage zu stellen. Gies erhielt von den 45 anwesenden Abgeordneten bei drei Enthaltungen und einer ungültigen Stimme 20 Ja- und 21 Nein-Stimmen.[96] Nach diesem Misstrauensvotum der eigenen Fraktion erklärte Gies seinen Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten.[97] Die Fraktion hatte ihre Terminierungsfunktion wahrgenommen.

Über den Amtsnachfolger entschied die CDU-Fraktion nur einen Tag später. Der aus dem Westen stammende Vorsitzende Joachim Auer wollte dabei den ebenfalls in den alten Bundesländern beheimateten Werner Münch als neuen Ministerpräsidenten verhindern. Auer favorisierte deshalb zunächst seinen Landsmann, den ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Lothar Späth. Späth lehnte jedoch in einem persönlichen Gespräch mit Auer ab, so dass dieser nunmehr Justizminister Walter Remmers ansprach. Remmers wurde auch von dem Hallenser Abgeordneten Dr. Christoph Bergner unterstützt, lehnte es aber ebenfalls ab, für das Amt des Ministerpräsidenten zu kandidieren.[98] Der spätere Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, hingegen erklärte, nur zur Verfügung zu stehen, wenn Münch in der Fraktion keine ausreichende Mehrheit bekommen sollte.[99] Mit 36 Ja- und 10 Nein-Stimmen erhielt jedoch Münch, der sich schon zuvor als Vertrauensmann Helmut Kohls im Kabinett verstanden hatte, eine deutliche Mehrheit unter den 46 abstimmenden CDU-Abgeordneten.[100] Daraufhin wählte ihn der Landtag am 4. Juli zum neuen Ministerpräsidenten.[101]

96 Handschriftliche Aufzeichnungen von Jürgen Scharf, CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt, über die Fraktionssitzung vom 2.7.1991 (PA J. Scharf).

97 „Nach siebenstündigem Debattenmarathon in der CDU-Fraktion des Landtages: Dr. Gerd Gies ist nicht mehr Ministerpräsident", in: Volksstimme, 3.7.1991.

98 Hierzu: Sebastian Putz, Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner, S. 117.

99 Handschriftliche Aufzeichnungen von Jürgen Scharf, CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt, über die Fraktionssitzung vom 3.7.1991 (PA J. Scharf). Böhmer regiert Sachsen-Anhalt seit 2002.

100 Ebd., und: „Münch soll Ministerpräsident werden. CDU im Landtag von Sachsen-Anhalt nominierte den Finanzminister als Gies-Nachfolger", in: Braunschweiger Zeitung, 4.7.1991 sowie Gespräch Jürgen Plöhns mit Werner Münch in Sofia, 13.11.2003.

101 Landtag von Sachsen-Anhalt, PlPr 1/19 vom 4.7.1991, S. 1333. Von 103 abgegebenen Stimmen waren fünf ungültig. Von den 98 gültigen Stimmen entfielen bei acht Enthaltungen auf Münch 61 Stimmen, auf den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Reinhard Höppner, als Gegenkandidaten 29. Da von Seiten der CDU/FDP-Koalition nur 59 Abgeordnete anwesend waren, erhielt Münch bei seiner Wahl sogar mindestens zwei Stimmen aus dem Oppositionslager.

4.2 Erster Führungswechsel – Die Entwicklung bis zur Wahl Bergners

Als frisch gewählter Ministerpräsident übernahm Münch – abgesehen von sich selbst als bisherigem Finanzminister – mit Ausnahme des umstrittenen Innenministers Braun zunächst alle Minister der Regierung Gies. Allerdings schuf er zwei neue Ressorts, von denen eines an den Koalitionspartner ging und eines bei der CDU verblieb. Von Werner Sobetzkos Kultusministerium wurde der Wissenschaftsbereich abgetrennt und Prof. Dr. Rolf Frick (FDP) übertragen. Der Bereich Bau und Verkehr wurde aus dem Innenministerium herausgelöst und der CDU-Abgeordneten Petra Wernicke anvertraut.[102] Zusammen mit dem neuen Finanzminister Prof. Dr. Wolfgang Böhmer rekrutierten sich somit zwei neue Kabinettsmitglieder aus den Reihen der CDU-Fraktion. Neuer Innenminister wurde Hartmut Perschau (CDU).

Schien die Regierungskrise damit zunächst eingedämmt, so begann sich nur einen Monat nach Amtsantritt der neuen Regierung das Personalkarussell infolge der stasibedingten Rücktritte des mandatslosen Landwirtschaftsministers Otto Mintus (CDU) und des Europaministers, Prof. Dr. Dr. Gerd Brunner (FDP), erneut zu drehen.[103] Während Brunners Staatssekretär Hans-Jürgen Kaesler (FDP) neuer Europaminister wurde, wechselte die mit der Bauernpartei (DBD) in die CDU gekommene Petra Wernicke ins Landwirtschaftsministerium. Der Abgeordnete Dr. Karl-Heinz Daehre übernahm dafür das Bau- und Verkehrsressort. Die CDU-Fraktion konnte somit im Zuge der zweistufigen Regierungsbildung ihre Funktion als Elitepool ausbauen. Im Gegensatz zum Kabinett Gerd Gies verfügte im Kabinett Münch die Mehrzahl der Minister mit CDU-Parteibuch zugleich auch ein Abgeordnetenmandat. Von sieben Ministern der CDU stammten nunmehr vier aus den Reihen der eigenen Landtagsfraktion.[104]

Auf der anderen Seite schuf bzw. festigte Münch mit den Berufungen von mehreren Mitgliedern der CDU-Fraktion auch persönliche Loyalitäten, was seinem Einfluss in der Fraktion sicherlich förderlich gewesen sein dürfte. Demgegenüber

102 Nach Auskunft Joachim Auers soll Münch ihm zunächst das Bauministerium angeboten haben, um ihn auf diese Weise als Fraktionsvorsitzenden abzulösen. Auer lehnte jedoch ab und will seinerseits Münch gegenüber die Unterstützung der Fraktion für dessen Bewerbung um den stellvertretenden Parteivorsitz signalisiert haben. Vgl. hierzu: Sebastian Putz, Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner, S. 156.

103 Brunner trat am 8. August zurück, Mintus folgte ihm am 14. August nach. Brunner behielt sein Landtagsmandat, verließ aber seine Fraktion, die dadurch geschwächt wurde.

104 Der Ministerpräsident hatte hingegen als „West-Import" kein Landtagsmandat inne. Der Chef der Staatskanzlei übte seine Funktion im Range eines Staatssekretärs aus. Unter Werner Münch löste Walter Link darin Karl Gerhold ab. Der Büroleiter von Gies, Bernd Lüdkemeier, wurde zum Direktor der neugegründeten Landeszentrale für Politische Bildung berufen.

nahm derjenige des Fraktionsvorsitzenden, Auer, ab.[105] War Auer bereits bei der Entscheidung über den Nachfolger für Gies als Widersacher Münchs aufgetreten, so geriet er nunmehr in der Frage der Neubestimmung des CDU-Parteivorsitzes erneut in scharfe Gegnerschaft zu Münch.

Die bei Gies' Rücktritt als Ministerpräsident zunächst offen gebliebene Frage des Parteivorsitzes eskalierte durch den Rücktritt von Otto Mintus von allen politischen Funktionen, weil dadurch nach Gies und Braun das letzte Mitglied der engeren CDU-Parteiführung seine Führungsämter verloren hatte.[106] In dieser vakuumähnlichen Situation forderte Auer den sofortigen Rücktritt der noch amtierenden Mitglieder der Parteiführung. Mit heftiger Kritik am Zustand der Landespartei, an Generalsekretär und Bundesgeschäftsstelle der CDU wandte sich Auer an Helmut Kohl[107]. Öffentlich forderte Auer die Bildung eines aus drei Mitgliedern der Landtagsfraktion bestehenden Übergangsvorstandes.[108] Ein solcher Schritt hätte die Wahl des neuen CDU-Vorsitzenden präjudiziert und zudem den mandatslosen Münch von dieser Personalentscheidung ausgeschlossen. Die verbliebenen CDU-Vorstandsmitglieder lehnten Auers Forderung jedoch ab. Aus der Fraktion wurden die „Alleingänge" ihres Vorsitzenden kritisiert.[109]

Der Fraktionsvorsitzende schoss daraufhin immer schärfer gegen die Landesparteiführung. Auer erklärte der Öffentlichkeit, es gehe „nicht an, dass Abgehalfterte wie Gies und Braun die Partei führen (…) Die Partei dümpelt vor sich hin".[110] Und: „Der noch amtierende Landesvorstand arbeitet ineffektiv und kann den anhaltenden Substanzabbau in der Partei nicht aufhalten. Demgegenüber zeichnet sich die Arbeit der Landtagsfraktion als sehr lebendig, entscheidungsfreudig und zielstrebig aus. Daher ist es wichtig, auch aus ihrer Mitte neue Mitglieder für den Gesamtparteivorstand zu gewinnen (…) Aus der Mitte der Fraktion soll mindestens ein Kandidat für den Landesvorsitz nominiert werden."[111] Der Fraktionsgeschäftsführer drohte hingegen im Herbst 1991 angesichts des Führungsstils des Vorsitzenden mit seiner Rückkehr nach Bonn.[112]

105 Hierzu: Sebastian Putz, Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner, S. 155 ff.
106 „Debakel um Mintus fördert das Chaos in der CDU-Spitze", in: Hallesches Tageblatt, 15.8.1991.
107 KAS: ACDP ACDP 05-013: Ordner 003, Schreiben Joachim Auers an Helmut Kohl v. 23.8.1991.
108 „CDU-Fraktionschef fordert Rücktritt der Parteispitze", in: MZ, 15.8.1991.
109 Interner Streit für beendet erklärt, Süddt. Ztg. v. 5.9.1991.
110 „3 CDU-Chefs weg. Herr Auer, was ist in der Union los?", in: Bild, 30.8.1991.
111 Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, 28.8.1991 (PA J. Scharf).
112 KAS: ACDP ACDP 05-013: Ordner 308, Schreiben Michael Schneiders an Joachim Auer v. 30.9.1991.

Obgleich der CDU-Vorstand von weiteren Zerfallserscheinungen gekennzeichnet war,[113] gelang es dem vehement auf Rücktritt drängenden Fraktionsvorsitzenden auch danach nicht, das „einfache" Fraktionsmitglied Gerd Gies zur vorzeitigen Aufgabe des CDU-Vorsitzes zu bewegen.[114] Kurzzeitig sogar eine eigene Kandidatur ins Spiel bringend,[115] förderte Auer schließlich die Nominierung der Landtagsabgeordneten Christoph Bergner und Bernhard Ritter durch die CDU-Fraktion als Kandidaten für den Parteivorsitz.[116]

Anfang November kamen die Spannungen zwischen Auer, Gies und Münch bzw. zwischen Fraktion, Partei und Kabinett in der Frage des CDU-Chefsessels in der Fraktionsversammlung direkt zur Sprache. Das Protokoll hält fest: „Der Fraktionsvorsitzende Joachim Auer kritisiert den CDU-Landesvorstand, insbesondere den noch amtierenden Landesvorsitzenden Dr. Gerd Gies (…). Herr Auer moniert ferner die in Nuancen deutlich gewordene parteipolitische Ausgrenzung der beiden Kandidaten für den Landesvorsitz, die von der Fraktion nominiert worden sind. Der noch amtierende Landesvorsitzende weist die Kritik zurück".[117] Der auf der Sitzung ebenfalls anwesende Ministerpräsident brachte anschließend „der Fraktion zur Kenntnis, dass er sich bisher nicht eindeutig für eine Kandidatur zum CDU-Landesvorsitz bekannt hat." Klarer fiel hingegen die Ansage der Fraktionskandidaten für den Parteivorsitz aus. Beide bekräftigten, sich „eindeutig dem Votum der Delegierten auf dem CDU-Landesparteitag" stellen zu wollen. Münch trat schließlich auf dem Wolmirstedter Parteitag für den CDU-Vorsitz an und erhielt mit 134 von 247 abgegebenen Stimmen eine knappe, aber ausreichende Mehrheit. Bergner und Ritter kamen auf 90 bzw. 21 Stimmen und wurden anschließend zusammen mit Carmen Stange zu stellvertretenen Parteivorsitzenden gewählt.[118] Noch auf dem Parteitag erklärte Joachim Auer seinen sofortigen Rücktritt als Fraktionsvorsitzender und seinen Austritt aus der Frakti-

113 „Rücktritte an Spitze der CDU", in: Hallesches Tageblatt, 30.8.1991. Hier traten der CDU-Landtagsabgeordnete und Landeschatzmeister Bernd Scheffler sowie der stellvertretende Parteivorsitzende Kühne von ihren Ämtern zurück. Auch Auer selbst legte sein Amt als Beisitzer im Landesvorstand nieder.

114 „Erneuerung der Partei verzögert. CDU-Fraktionsvorsitzender Auer fordert Rücktritt von Gies", in: Der Neue Weg, 3.9.1991.

115 „Auer fordert Rücktritt von Gies. Eigene Kandidatur möglich", in: MZ, 3.9.1991.

116 „Bergner soll Landeschef werden", in: Braunschweiger Zeitung, 5.9.1991. Ritter hatte den Mitgliedern der CDU-Fraktion bereits in einem Schreiben vom 30. Juli 1991 seine „Bereitschaft zur Kandidatur für den Parteivorsitz" mitgeteilt.

117 KAS ACDP 05-013, Ordner 058: Protokoll der CDU-Fraktion im LT S.-Anh., 44. Sitz., 5.11.1991 (Alten).

118 „Münch nun auch Chef der Landes-CDU. Knappe Entscheidung – Bergner und Ritter Stellvertreter – Auer trat zurück", in: MZ, 2.12.1991.

on.[119] Einen Tag später trat er auch aus der CDU aus.[120] Sein Mandat behielt Auer hingegen noch bis zum Ablauf der Wahlperiode bei.

So erhielt Bergner nach seinem Achtungserfolg gegen Münch unverhofft eine zweite Chance auf eine politische Führungsposition. Die Fraktion reagierte schnell und ruhig: Unter Leitung ihres stellvertretenden Vorsitzenden Jürgen Scharf traten die Abgeordneten am 3. Dezember zusammen. Nach Erledigung von Sachfragen – im Sinne eines *„business as usual"* – wurde bei Verzicht aller drei vorgeschlagenen Gegenkandidaten Christoph Bergner mit 38 gegen 5 Stimmen bei vier Enthaltungen zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt.[121]

Anders als unter Auer kam der Fraktion durch ihren neuen Vorsitzenden Bergner als stellvertretendem Parteivorsitzenden nun auch Gewicht in der Führung der Landespartei zu, wodurch die personelle Verzahnung zwischen Fraktion und Partei enger wurde. Bergner zur Seite standen die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, Jürgen Scharf und Erhard Stollberg.[122]

Parallel zu den aufreibenden Auseinandersetzungen um das Erbe von Gerd Gies als Ministerpräsident und CDU-Parteichef war die CDU-Fraktion im Sommer 1991 auch von weiteren Stasi-Enthüllungen in den eigenen Reihen durchgeschüttelt worden. Die Mitglieder des Stasi-Untersuchungsausschusses des Landtages hatten nach Einsichtnahme in die Akten der Gauck-Behörde eine Stasi-Belastung von Dr. Wolfgang Kiele, Michael Liwowski und Manfred Thon festgestellt. Kiele und Liwowski legten infolgedessen ihre Mandate nieder, so dass im Oktober 1991 CDU-Landesgeschäftsführer Bernd Reisener und Martin Ruch nachrücken konnten.

Der Abgeordnete Manfred Thon hingegen erklärte sich für nicht-belastet und eröffnete seinen Abgeordnetenkollegen, „er wolle die Sache durchstehen und das Mandat nicht niederlegen".[123] Auf einer eigens einberufenen Sondersitzung der Fraktion wurde nach längerer Aussprache schließlich „dem von vielen Ab-

119 Schreiben von Joachim Auer an die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 30.11.1991 (PA J. Scharf).

120 Schreiben von Joachim Auer an den Landesverband der CDU Sachsen-Anhalt vom 1.12.1991 (PA J. Scharf).

121 KAS: ACDP 05-013: Ordner 058, Protokoll Nr. 48 v. 3.12.1991 (Schneider), TOP 3. – Christoph Bergner in Sachsen-Anhalt zum Chef der CDU-Fraktion gewählt (Lt.), F.A.Z. v. 4.12.1991; Johannes Leithäuser: Kein Fensterredner, F.A:Z. v. 5.12.1991.

122 Kurz vor dem CDU-Wahlparteitag und dem Austritt Auers aus Partei und Fraktion hatte die Fraktion die Ebene der stellvertretenden Vorsitzenden neu gewählt. Während Jürgen Scharf auf dieser Position geblieben war, war sein Kollege Peter Schenk durch den Abgeordneten Erhard Stollberg ersetzt worden. Vgl. Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh. 46. Sitz., am 20.11.1991 in Salzburg (Feußner/Nitsche), KAS ACDP 05-013, Ordner 058.

123 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 37. Sitz., 10.9.1991 (Nitsche), KAS ACDP 05-013:058.

geordneten gestellten Antrag zugestimmt, dass der Abg. Thon bis zur nächsten Fraktionssitzung am 24. September 1991 entlastende Beweise und Argumente hervorbringen solle, um dann in dieser Sitzung eine Entscheidung über die Angelegenheit herbeizuführen".[124] Nach Ablauf dieser Frist waren die meisten CDU-Parlamentarier von Thons Argumenten nicht überzeugt. „In einer geheimen Abstimmung" beschloss die Fraktion bei sieben Enthaltungen mit 24 Ja- zu 9-Nein-Stimmen der „Empfehlung des Sonderausschusses des Landtages, der Abgeordnete Manfred Thon möge sein Mandat niederlegen, zu folgen".[125] Thon lehnte einen solchen Schritt umgehend ab. Der nach 1989 aus dem Westen in seine Heimatstadt Naumburg zurückgekehrte Abgeordnete Curt Becker beantragte daraufhin eine geheime Probeabstimmung über den Ausschluss Thons aus der Fraktion. Bei sechs Enthaltungen und fünf Nein-Stimmen votierten 26 CDU-Parlamentarier für einen Fraktionsausschluss Thons.[126] Es ist nicht klar, warum dieser Probe später keine reguläre Abstimmung folgte. Fest steht hingegen, dass Thon Anfang Dezember vor den versammelten Abgeordnetenkollegen seinen Austritt aus der CDU-Fraktion erklärte.[127] Durch die Austritte von Auer und Thon verringerte sich die Zahl der Fraktionsmitglieder von 48 auf 46.

4.3 Anhaltende Integrationsschwierigkeiten – Die Entwicklung bis zum Jahreswechsel 1992/93

Dem neu gewählten Fraktionsvorsitzenden Bergner kam es zunächst darauf an, die CDU-Fraktion nach einem Jahr anhaltender Querelen in ruhigeres Fahrwasser zu bugsieren. Dazu verfolgte er offenkundig eine Art Doppelstrategie.

Zum einen versuchte Bergner das gespannte Verhältnis zur CDU-geführten Landesregierung zu entkrampfen. Der Geschäftsführende Fraktionsvorstand beschloss deshalb, dass es „zur Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Ministerpräsidenten und der Fraktionsführung" von nun an „regelmäßige Treffen des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes mit dem Ministerpräsidenten (…) vor den Sitzungen der CDU-Landtagsfraktion" geben solle. Zudem wurde eine „erhebliche Verbesserung der Präsenz des Ministerpräsidenten und der CDU-Kabinettsmitglie-

124 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 38. (ao.) Sitz., 12.9.1991 (Burger), KAS ACDP 05-013:058.

125 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 39. Sitz., 24.9.1991 (Alten), KAS ACDP 05-013:058.

126 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 40. Sitz., 7.10.1991 (Nitsche), S. 3, KAS ACDP 05-013:058.

127 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 48. Sitz., 4.12.1991 (Schneider), S. 2, KAS ACDP 05-013:058.

der in den Fraktionssitzungen" vereinbart.[128] Wenig später stellte sich ein erster Teilerfolg der Bemühungen um einen engeren Kontakt zwischen Fraktion und Landesregierung ein. Das Fraktionsprotokoll vermerkt: „Als Beobachter mit Rederecht im Einzelfall ist der Referent des Ministerpräsidenten, Herr Kreye, anwesend. Er ist in der Staatskanzlei der zuständige Verbindungsmann zur Fraktion."[129]

Zum anderen versuchte Bergner das Binnenklima der Fraktion aufzupolieren. In einer der ersten Sitzungen unter seiner Führung dankte er beispielsweise der Arbeitsgruppe Innenpolitik demonstrativ für die – eigentlich selbstverständliche – „Erarbeitung und Einbringung der Änderungsanträge zum Polizeigesetz" und lobte den Abgeordneten Klaus Jeziorsky überschwänglich für den „außerordentlich informativen Ausschussbericht". Auch der Arbeitsgruppe Landwirtschaft zollte Bergner „ausdrückliches Lob". Der Arbeitsgruppe sei es gelungen, „die Balance zwischen Loyalität zur Regierung und den eigenen sachpolitischen Vorstellungen zu halten." Schließlich betonte der neue Fraktionschef, „alles daran zu setzen, dass zwischen Mitgliedern des Vorstandes und Nichtmitgliedern keine Zwei-Klassen-Gesellschaft entstehe".[130] Der Geschäftsführer straffte die Zusammenarbeit der Fraktionsreferenten.[131]

Von außen wurden die Bemühungen des neuen Fraktionsvorsitzenden jedoch von seinem Amtsvorgänger torpediert. Kurz nach seinem Austritt aus Partei und Fraktion gelang es Auer am 18. Dezember, zusammen mit den bisherigen CDU-Mandatsträgern Gerhard Mitschke, Karsten Knolle und Bernd Scheffler sowie dem aus Westdeutschland stammenden früheren SPD-Parlamentarier Jürgen Angelbeck, die für die Bildung einer Fraktion notwendige Mindestzahl von fünf Abgeordneten zusammenzubekommen.[132] Mit seiner „Freien Fraktion" wollte Auer die Mehrheitsfähigkeit der CDU/FDP-Koalition untergraben und auf diese Weise seinen Machtkampf mit Ministerpräsident Werner Münch doch noch zu seinen Gunsten entscheiden.[133]

128 Alles zitiert aus: Ergebnisvermerk der Sitzung des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes am 10. Dezember 1991 (PA Scharf).

129 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 50. Sitz., 17.12.1991 (Schellbach), S. 1, KAS ACDP 05-013:058.

130 Alles zitiert aus: Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 49. Sitz., 10.12.1991 (Lehmann), S. 1, KAS ACDP 05-013:058.

131 KAS: ACDP 05-013: Ordner 003: Schreiben Christoph Bergners an die Fraktionsmitglieder vom 20.12.1991; Schreiben des Fraktionsgeschäftsführers Michael Schneider an die Fraktionsreferenten vom 27.2.1992 zur Einrichtung einer regelmäßig tagenden Referentenrunde.

132 „Landtag hat seit gestern auch eine Freie Fraktion. CDU/FDP-Koalition noch mit Mehrheit", in: Volksstimme, 20.12.1991.

133 Sebastian Putz, Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner, S. 121.

Allerdings blieb die „Freie Fraktion" nur ein äußerst kurzlebiges Produkt der Auer'schen Ambitionen, denn durch Knolles schnellen Rückkehrwunsch in die CDU-Fraktion unterschritt sie bereits zu Jahresbeginn 1992 die Mindestgröße von fünf Abgeordneten.[134] Nach Auers Beitritt zur DSU verließ auch Jürgen Angelbeck die Freie Fraktion und stellte bei der CDU-Fraktion einen Antrag auf Aufnahme als Hospitant.[135] Nach der zwangsläufigen Liquidation der „Freien Fraktion" wegen dauerhafter Unterschreitung der Mindeststärke kehrte zwar wenig später mit Scheffler auch der zweite der drei abtrünnigen CDU-Parlamentarier als Hospitant in den Schoß der CDU-Fraktion zurück.[136] Mitschke jedoch, der sich als Mitglied der „Freien Fraktion" seinen alten Fraktionskollegen zuvor noch „als Brücke (…) zur CDU innerhalb der neuen (Freien) Fraktion"[137] angeboten hatte, trat endgültig aus der CDU aus und verstärkte die Reihen der fraktionslosen Abgeordneten.[138]

Der fraktionsinterne Destabilisierungsprozess war damit aber keineswegs beendet, denn kurz darauf verließ auch der frühere Innenminister Wolfgang Braun Partei und Fraktion und trat sogleich in die DSU ein.[139] Daneben schien auch eine Zeit lang fraglich, ob der aus dem Westen zurückgekehrte CDU-Kreisvorsitzende in Wernige-

134 Knolle bat Bergner bereits am 23. Dezember um die Annullierung seiner Austrittserklärung vom 19.12. „Knolle sprengte die ‚Freie Fraktion'. Mit nur vier Mitgliedern ist Status einer Fraktion nicht gegeben", in: MZ, 31.12.1991, und: „Mal rein, mal raus – das ‚dolle Spiel' von Karsten Knolle", in: Bild, 2.1.1992. Schriftwechsel hierzu in KAS ACDP 05-013, Ordner 058 (Januar 1992).

135 Schreiben von Jürgen Angelbeck an die CDU-Landtagsfraktion vom 6.1.1992 (PA J. Scharf). Darin heißt es: „Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Geschäftsordnung des Landtages und meines Wissens auch die Statuten der CDU-Fraktion lassen zu, dass sich ein Mitglied des Landtages als Gast/Hospitant der Fraktion anschließen kann. Von dieser Möglichkeit möchte ich Gebrauch machen und hiermit den Antrag stellen, mich über die vorerwähnte Konstruktion in die CDU-Fraktion auszunehmen." Vgl. auch Artikel: „Joachim Auer wurde nun Mitglied der DSU. Angelbeck will Freie Fraktion verlassen", in: Volksstimme, 7.1.1992.

136 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 54. Sitz., 4.2.1992 in Magdeburg (Lehmann), S. 2 (KAS ACDP 05-013: 058). Die Abstimmung über die Aufnahme der drei „Dissidenten" als „befristete Hospitanten" ging bei drei Enthaltungen mit 25 Ja- zu 8 Nein-Stimmen aus. Der frühere SPD-Abgeordnete Angelbeck ließ es sich nicht nehmen, sich für seine Aufnahme in die CDU-Fraktion auch schriftlich zu bedanken. In einem Schreiben vom 7. Februar 1992 erklärte er seinen neuen Kollegen schwülstig: „Ich möchte aber auf diesem Wege nochmals in aller Form den Mitgliedern der Fraktion und auch Werner Münch herzlich danken für das Vertrauen, das Sie mir entgegenbrachten, als Sie meinen Antrag, mich als Hospitant … in die CDU-Fraktion aufzunehmen, positiv entschieden. Ich möchte nach Kräften die Politik unseres Ministerpräsidenten … unterstützen … Aktuell bin ich wegen einer unaufschiebbar gewordenen zahnärztlichen Behandlung schon seit zwei Wochen einigermaßen gehandicapt. Ich denke aber, dass ich ab dem 27.02. mit aufgefrischtem Elan wieder zur Verfügung stehe, nachdem ich zusammen mit meiner Frau einen Kurzurlaub weitab vom politischen Alltag verbracht habe. Nach den Turbulenzen der letzten Monate brauchen wir das dringendst."

137 Schreiben von Gerhard Mitschke an die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion vom 2.1.1992 (PA J. Scharf).

138 „Mitschke trat aus CDU aus", in: MZ, 16.1.1992.

139 „Ex-Minister jetzt bei der DSU", in: Braunschweiger Zeitung, 18.3.1992.

rode, Peter Schenk, weiterhin Mitglied der CDU-Fraktion bleiben würde, so dass ein weiteres „Abbröckeln" nicht ausgeschlossen schien.[140] Die Fraktionsführung suchte im Gegenzug nach Mitteln, einer weiteren Desintegration der christlichen Demokraten entgegenzuwirken. Im Ergebnis einer Klausursitzung des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes wurde beschwörend festgehalten: „Es herrscht Einvernehmen darüber, dass die verschiedenen Flügel der Landtagsfraktion stärker integriert werden müssen. Die Geschlossenheit der Fraktion darf durch Einzelaktionen sowie Aktionen aus lobbyistischen Gründen nicht gefährdet werden."[141]

Rechts von der CDU-Fraktion führte die „Einzelaktion" des früheren Innenministers, d.h. der Fraktionsaustritt Brauns, zur Bildung der aus Auer, Mitschke und Braun sowie der ehemaligen SPD-Abgeordneten Bärbel Ballhorn und dem früheren PDS-Parlamentarier Hans-Gerd Glück zusammengesetzten DSU-Fraktion.[142] Allein aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der DSU-Fraktion darf man annehmen, dass für ihre Bildung weniger inhaltliche, sondern vor allem auch finanzielle Gründe ausschlaggebend waren.[143] Auer saß damit zugleich der dritten Fraktion in der laufenden Wahlperiode vor! Dass er dabei mit Braun einen Abgeordneten in seinen Reihen hatte, den er früher wegen seiner Amtsführung als Innenminister scharf kritisiert und als „abgehalftert" bezeichnet hatte, bleibt ein besonderes Aperçus der Geschichte. Konnte Mischkes Austritt zuvor noch durch die Aufnahme Angelbecks als Hospitant zumindest quantitativ ausgeglichen werden, so sank die Mitgliederzahl der CDU-Fraktion mit dem Austritt Brauns von ursprünglich 48 über 46 auf nunmehr 45 ab.

Bezieht man die beiden Fraktionsaustritte beim Koalitionspartner mit ein, ergeben sich neun Mandatsverluste für die Regierungsmehrheit, die – bei ursprünglich 62 von 106 Stimmen – ohne die Rückgewinnung von drei der Ausgetretenen und die zeitweilige Unterstützung durch einen Hospitanten den Verlust der Mehrheits-

140 „Peter Schenk aus Wernigerode erwägt Austritt aus der CDU. Mehrheit der Koalition im Landtag wird immer dünner", in: Volksstimme, 19.5.1992. Schenk erreichte damals bei anstehenden Wahlen zum CDU-Ortsvorstand nur 14 von 48 Stimmen, was einem Misstrauensvotum gleichkam. Nach einigen weiteren örtlichen Querelen übernahm schließlich Reiner Schomburg den Kreisvorsitz.

141 Ergebnisvermerk der Klausursitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 13. 4.1992 (PA J. Scharf).

142 „Fraktionsgründung kam nicht überraschend. DSU als sechste Fraktion im Landtag", in: Neue Zeit, 2.5.1992.

143 Fraktionen erhalten für ihre Arbeit Zuschüsse, können damit Sachmittel anschaffen, Personal beschäftigen, Räume anmieten, Veranstaltungen organisieren usw. Zudem erhalten Fraktionsmitglieder in herausgehobenen Positionen höhere Diäten bzw. Aufwandsentschädigungen. Einzelne Abgeordnete profitieren von diesen Zuwendungen nicht.

fähigkeit bedeutet hätte. Entsprechend rechnete die Fraktionsführung jeweils mit Besorgnis drohende Veränderungen durch.[144]

Mit der Gründung der DSU-Landtagsfraktion unter Führung des ehemaligen CDU-Fraktionschefs war die Spitze der CDU-Fraktion gezwungen, ihr Verhältnis zur Konkurrenz auf der rechten Seite zu klären und diese Linie für die Gesamtfraktion verbindlich festzulegen. Bergner sprach sich für eine klare Abgrenzungsstrategie mit kompetitiver Ausrichtung aus. Grundsätzlich sei zwar im Umgang mit der DSU „Gelassenheit angesagt". Jedoch durften die „mittelbaren Auswirkungen nicht verniedlicht werden". Eine „klare Absage" erteilte Bergner allen Überlegungen, die „in der DSU-Fraktion einen möglichen Koalitionspartner sehen". Abschließend mahnte der Fraktionsvorsitzende, „Auer bzw. der Partei (DSU) keinen politischen Raum zu überlassen" und verstärkt „die Politikfelder (zu) besetzen, die die DSU für sich beanspruchen könnte".[145]

Parallel zu dieser Abgrenzungsstrategie nach außen versuchte die CDU-Fraktion nach innen die Integration derjenigen Abgeordneten zu vertiefen, die Ende 1991 kurzzeitig zur „Freien Fraktion" gewechselt waren. Bei vier Enthaltungen wurde deshalb mit 18 Ja- zu vier Nein-Stimmen beschlossen, die Hospitanten Karsten Knolle und Bernd Scheffler wieder als ordentliche Mitglieder aufzunehmen. Mit der gleichen Stimmenzahl wurde zudem Angelbecks Hospitanz entfristet.[146] Die darauffolgenden Wochen zeigten jedoch, dass diese Schritte die von ihnen erhoffte Wirkung verfehlt hatten.

Anfang August 1992 wurde gegen den Ministerpräsidenten der Vorwurf erhoben, er habe seinen Stellvertreter, Umweltminister Wolfgang Rauls (FDP), ausspionieren lassen.[147] In der Folgezeit entwickelte sich daraus eine veritable Koalitionskrise, bei

144 KAS: ACDP 05-013: Ordner 102: Schriftverkehr Fraktion intern (1991-92), Michael Schneider: Vermerk für Christoph Bergner v. 3.2.1992, Betr.: Fraktionsmitgliedschaft; mit handschriftlichen Notizen Christoph Bergners zu weiteren, zeitweilig krankheitsbedingt ausgefallenen Fraktionsmitgliedern. – Münch erwartet keine weiteren Austritte (kat), Die Welt v. 20.3.1992; Ute Semkat: Ruhe in Münchs CDU-Fraktion war trügerisch, Die Welt v. 25.3.1992; MDR 3 TV v. 14.8.1992, 19 h: MdL Jürgen Angelbeck, Sachsen-Anhalt, zum Vorhaben, Ministerpräsident Münch das Vertrauen zu ziehen; Sachsen-Anhalt: CDU-Abgeordnete gegen eigenen Regierungschef, dpa 14.8.1992; Münch verliert an Rückhalt, MZ, 17.8.1992; Wieder mehr Vertrauen für Münch (Lt.), F.A.Z. v. 21.8.1992.

145 Alles zitiert aus: Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 62. Sitz., 5.5.1992 (Spangler), S. 1 f. – Im Sinne einer kompetitiven Grundausrichtung der CDU-Fraktion zur DSU-Konkurrenz am rechten Rand darf auch die Pressemitteilung der CDU-Landtagsfraktion vom 3. März 1993 gewertet werden. Darin hielt Jürgen Scharf der DSU-Fraktion eine widerrechtliche Verwendung von Fraktionsmitteln vor und forderte Auer auf, die Fraktionsmittel an das Land zurückzuzahlen (PA J. Scharf).

146 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 63. Sitz., 12.5.1992 (Lehmann), S. 2 (KAS ACDP 05-013: 058).

147 „Die Spitzel-Affäre. Verfassungsschutz: Bericht über Rauls angefertigt – Gab Ministerpräsident Auftrag?", in: Express, 4.8.1992.

der die Mehrheitsfähigkeit des Regierungsbündnisses durch Misstrauensbekundungen aus den Reihen der CDU-Fraktion sowie durch Absetzbewegungen des liberalen Koalitionspartners zeitweise gefährdet schien.[148] Dabei trat die mangelhafte Integration der Abgeordneten Knolle, Scheffler, Angelbeck und auch Schenk erneut zu Tage. Alle vier CDU-Parlamentarier entzogen Münch ihr Vertrauen.[149] Sie setzten sich damit nicht nur in Gegnerschaft zum Ministerpräsidenten, sondern auch zur offiziellen Haltung der CDU-Fraktion.[150] Als im Zuge der öffentlichen Berichterstattung weitere Vorwürfe gegen Münch laut wurden, bekannte außerdem der CDU-Abgeordnete Peter Brüll, kein Vertrauen mehr zum eigenen Ministerpräsidenten zu haben.[151] Münch ging daraufhin in die Offensive und versuchte, die Vorwürfe zu entkräften. Es gelang ihm schließlich, Knolle und Scheffler für sich zurückzugewinnen.[152] Auch Angelbeck blieb daraufhin nicht mehr viel übrig, als sich wieder offiziell hinter Münch zu stellen.[153]

Bei der fraktionsinternen „Aufarbeitung" des Verhaltens der vier Abgeordneten wollten die CDU-Parlamentarier ihrer Fraktionsführung nicht in allen Punkten mit der letzten Konsequenz folgen. Bergner „verurteilt(e) deren öffentlichen Vertrauensentzug gegenüber dem Ministerpräsidenten" und wies auf die „negativen Auswirkungen an der Parteibasis und auf ein differenziert-kritisches Verhältnis der Fraktion zur Regierung hin".[154] Anschließend brachte er drei Anträge des Fraktionsvorstandes ein, deren erster den Ausschluss Angelbecks als Hospitant der Fraktion forderte. Der zweite Antrag sah die Abwahl Schenks aus dem Fraktionsvorstand vor, der dritte die Führung von Einzelgesprächen des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes mit den Abgeordneten Schenk, Scheffler und Knolle. Dem ersten Antrag stimmten bei fünf Enthaltungen und 10 Nein-Stimmen 25 Abgeordnete zu, so dass die erforderliche $^2/_3$-Mehrheit für den Ausschluss Angelbecks

148 Zum Verlauf der Regierungskrise und insbesondere zum Agieren der FDP siehe: Sebastian Putz, Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner, a.a.O., S. 121 ff.

149 „Palastrevolte gegen Münch: Nur noch eine Stimme Mehrheit zum Regieren", in: Express, 15.8.1992 und: „Angriff auf Münch aus den eigenen Reihen", in: MZ, 15.8.1992.

150 Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 17.8.1992 (PA J. Scharf). Bergner erklärt dort, dass es „keinen Grund (gibt), an der Glaubwürdigkeit der Aussagen des Ministerpräsidenten zu zweifeln."

151 „Münch vor dem Sturz. Nach neuen Enthüllungen: Auch Brüll (CDU) und Hildebrandt (FDP) rücken von ihm ab", in: Express, 17.8.1992.

152 „Regierungskrise: Knolle und Scheffler verlieren die Courage", in: Volksstimme, 19.8.1992, und: „Fall Münch: Palastrevolution geplatzt – 2 Abgeordnete machen Rückzieher", in: Express, 19.8.1992.

153 „Angelbeck: Stehe wieder hinter Münch", in: Express, 21.8.1992.

154 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 71. Sitz., 9.9.1992 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

nicht erreicht wurde. Schenk hingegen wurde bei zwei Enthaltungen und zwei Gegenstimmen mit 34 Ja-Stimmen aus dem Fraktionsvorstand abgewählt. Der dritte Antrag des Fraktionsvorstandes fand bei einer Enthaltung die Mehrheit der Stimmen.[155]

Nach dieser „Rüttelstrecke" schien die CDU-Fraktion gegen Ende des Jahres 1992 endlich ruhigeres Fahrwasser erreicht zu haben. Nach Einsichtnahme der Stasi-Akte des seit einem Jahr fraktionslosen Abgeordneten Manfred Thon durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Erhard Stollberg und den Landtagspräsidenten Dr. Klaus Keitel bot sich für die CDU-Fraktion sogar die Möglichkeit, ihre gelichteten Abgeordnetenreihen wieder etwas aufzufüllen. Da Stollberg und Keitel nach ihrem Aktenstudium übereinstimmend berichteten, dass „nichts im Wege steht, den Abg. Thon wieder als ordentliches Mitglied in die CDU-Fraktion aufzunehmen", beschlossen die CDU-Parlamentarier bei fünf Enthaltungen und ohne Gegenstimmen, Manfred Thon zu bitten, in die Fraktion zurückzukehren.[156] Manfred Thon kam der Bitte gerne nach und blieb fortan Mitglied der CDU-Fraktion – ein versöhnliches Zeichen nach zwei Jahren des Bestehens der CDU-Fraktion.

4.4 Erneute Belastungsprobe – Die Entwicklung bis zum Sturz des Kabinetts Werner Münch

Hatte die CDU-Fraktion mit der Aufnahme Manfred Thons kurzeitig wieder 46 Abgeordnete gezählt, so verringerte sich ihre Zahl durch den Austritt Jürgen Angelbecks Mitte März 1993 wieder auf 45.[157] Bergner wollte darüber „nicht in Tränen ausbrechen"[158] und wies in einer Pressemitteilung auf die „fehlende Integration Angelbecks in die Fraktion und die Fraktionsarbeit"[159] hin. Der plötzliche Austritt des Abgeordneten Eckhard Schneider Ende April[160] dürfte den Fraktionschef

155 Ebd., S. 2f.

156 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 80. Sitz., 1.12.1992 in Magdeburg, S. 2 (PA J. Scharf).

157 Schreiben von Jürgen Angelbeck an die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 14. März 1993. Angelbeck erklärte darin seinen Gaststatus als Hospitant „mit sofortiger Wirkung" für beendet. (PA J. Scharf); hierzu Schreiben Michael Schneiders v. 16.3.1993 an LTP Klaus Keitel, KAS ACDP 05-013:084.

158 „Angelbeck tritt aus. Fraktionschef Bergner: Werde nicht in Tränen ausbrechen", in: MZ, 16.3.1993.

159 Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 15. März 1993 (PA J. Scharf). Tatsächlich war der Umgang der Fraktion mit Angelbeck (und Knolle) auch nach dem gescheiterten Fraktionsausschluss problembehaftet geblieben. Im Dezember 1992 beschloss die Fraktion bspw. auf Antrag von Jürgen Scharf einen Missbilligungsantrag gegen Angelbeck und Knolle wegen ihrer überdurchschnittlich langen Abwesenheit während einer Landtagssitzung. Und Anfang Februar missbilligte die Fraktion das „nicht abgestimmte Verhalten" von Angelbeck und Knolle.

160 Schreiben von Eckhard Schneider an Christoph Bergner vom 30. April 1993 (PA J. Scharf).

hingegen schwerer getroffen haben. Bergner erklärte, dass Schneider ein „Opfer der aggressiven Abwerbungsversuche der DSU“[161] geworden sei. Allerdings löste Schneiders Eintritt in die DSU-Fraktion dort umgehend den Austritt Auers aus.[162] An der Abgrenzungsstrategie der CDU-Fraktion zu diesem sich anschließend bis zur Selbstauflösung „Deutsch-Soziale Fraktion“ nennenden Zusammenschluss versprengter Abgeordneter unterschiedlichster politischer Couleur änderte sich dadurch jedoch nichts.[163] Allerdings zählte die Fraktion nach dem Austritt von Schneider nur noch 44 Köpfe.

Nach der parlamentarischen Sommerpause, in der Ministerpräsident Werner Münch seine Popularität mittels einer Fahrradtour durch Sachsen-Anhalt zu heben versucht hatte,[164] kam die CDU-Fraktion Anfang September 1993 zu einer dreitägigen Klausurtagung in Wittenberg und Jessen zusammen. Die Zusammenkunft der Christlichen Demokraten stand bereits unter dem Vorzeichen der nächsten Landtagswahl. Hierfür hatten Fraktionsmitarbeiter strategische Vorüberlegungen zu der Frage angestellt, wie die Leistungen der Fraktion bis zur Landtagswahl 1994 wirkungsvoll öffentlich bekanntgemacht werden könnten.[165] Bei den Abgeordneten war nach den anhaltenden Auseinandersetzungen zugleich das Bedürfnis groß, ein Signal der Geschlossenheit abzugeben. Dementsprechend erklärte Bergner, die CDU-Fraktion gehe als „eingeschworenes Team“ in das „Superwahljahr 1994“.[166] Dieses „eingeschworene Team“ wurde Ende November 1993 mit der als „Gehälteraffäre“ bezeichneten schweren Regierungskrise einer weiteren Belastungsprobe unterzogen.

161 Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 30. April 1993 (PA J. Scharf).

162 „Joachim Auer, der rekordverdächtige Abgeordnete, geht wieder einmal“, in: Volksstimme, 5.5.1993.

163 Beschlussprotokoll des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 3. September 1993 (PA J. Scharf). Die DSU-Fraktion nannte sich nach Auers Austritt fortan „Deutsch-Soziale Fraktion“ und wurde von der ehemaligen SPD-Abgeordneten Bärbel Ballhorn geführt. Mitte Oktober 1993 traten schließlich Ballhorn und Mitschke aufgrund interner Querelen aus der „Deutsch-Sozialen Fraktion“ aus, was zu deren Liquidierung führte. Die letzte Fraktionsneugründung erlebte der Landtag von Sachsen-Anhalt Anfang 1994, als Ballhorn zusammen mit Mitschke, Glück, dem ehemaligen Minister Gerd Brunner und dem gleichfalls aus der FDP-Fraktion ausgeschiedenen Abgeordneten Wilfried Hofmann die „Fraktion unabhängiger Abgeordneter“ gründete.

164 Peter Schmalz: Münch muss strampeln, will er Landesvater bleiben, Die Welt v. 10.8.1993.

165 KAS: ACDP 05-013, Ordner 102: Michael Schneider: Wahlkampfbeteiligung der CDU-Landtagsfraktion. Diskussionspapier August 1993; Ruth Spitzhorn: Vermerk für Herrn Dr. Schneider v. 25.8.1993, Betr.: Wahlkampfbeteiligung der CDU-Landtagsfraktion.

166 Presseerklärung der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 7. September 1993. Mit den Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament, etlichen Landtags- und Kommunalwahlen sowie der Wahl des Bundespräsidenten war 1994 ein echtes „Superwahljahr“. Eine ähnliche Häufung sollte es erst wieder 2009 geben.

Bereits bei der Berufung der beiden aus Niedersachsen stammenden Minister, Werner Münch und Walter Remmers, in das Kabinett Gies war der finanzielle Aspekt ihres Engagements in Sachsen-Anhalt thematisiert worden: Sie nähmen zunächst finanzielle Einbußen in Kauf, „die aber durch Ausgleichszahlungen aufgewogen werden könnten", über die noch Verhandlungen zwischen den neuen Ländern und dem Bund zu führen seien.[167] Durch Presseorgane mit Präferenzen für eine andere politische Richtung wurde das Thema verschiedentlich aktualisiert. So sah sich Finanzminister Wolfgang Böhmer im Januar 1992 vor der Fraktion zu der Klarstellung veranlasst, die Bezüge berechneten sich an dem vom Landtag beschlossenen Ministergesetz.[168] Gleichwohl charakterisierte „Der Spiegel" Münch im Mai 1992 als den „Spitzenverdiener unter den Regierungschefs der neuen Bundesländer".[169] Auf dem SPD-Landesparteitag im September 1993 wurde bei Oppositionsführer Reinhard Höppner daraus der „bestbezahlte Ministerpräsident in ganz Deutschland", wogegen sich Münch angesichts der tatsächlichen Beträge[170] mit Recht zur Wehr setzte, seinerseits aber in der Presse als Verursacher einer „Schlammschlacht" dargestellt wurde.[171]

Christoph Bergner kommentierte vor der Fraktion: „Auffällig sei, dass man seitens der Medien nicht diese Tiefschläge, sondern die sachlichen Erwiderungen aus der Staatskanzlei als Beginn einer Schlammschlacht bewertet habe. In diesem Zusammenhang müsse man jedoch einräumen, dass der immerwährende Hinweis auf das hohe Gehalt des Ministerpräsidenten, sei er nun berechtigt oder nicht, seine Wirkung in der Bevölkerung nicht verfehle".[172] Mehrere Kleine Anfragen des zu diesem Zeitpunkt fraktionslosen Abgeordneten Jürgen Angelbeck ließen das brisante Thema zum Gegenstand auch der parlamentarischen Auseinandersetzung werden.[173] Dabei wurden die im Vergleich zu den allgemeinen Einkommensver-

167 Zwei Niedersachsen in Gies' Kabinett (jöb), F.A.Z. v. 1.11.1990.

168 KAS: ACDP 05-013, Ordner 058, Protokoll Nr. 51 v. 14.1.1992 (Burger) TOP 3.

169 „Elbe runter", Der Spiegel Nr. 19/1992 v. 4.5.1992, S. 113-115.

170 Laut der Zusammenstellung der F.A.Z. stand Werner Münch mit seinem Gehalt von 293.000 DM unter den 16 Landesregierungschefs an neunter Stelle, weit unterhalb des tatsächlich bestbezahlten Amtskollegen, des bayerischen Ministerpräsidenten mit 428.000 DM. Was Ministerpräsidenten verdienen, F.A.Z. v. 5.12.1993. Vgl. auch die Übersicht in LT Drs. 1/3100 v. 22.10.1993, S. 103-104 (Besoldungsgruppen mit Zuschlägen).

171 „Wahlkampf 93/94: Die erste Schlammschlacht hat begonnen", Volksstimme v. 13.9.1993.

172 KAS: ACDP 05-013, Ordner 058, Protokoll Nr. 100 v. 14.9.1993 (Lehmann), TOP 2.

173 Anfragen Jürgen Angelbecks: LT-Drs. 1/2988 v. 15.9.1993, 1/3069 v. 8.10.1993 und 1/3160 v. 8.11.1993, Antworten der Landesregierung: Drs. 1/3100 v. 22.10.1993, S. 100-104, 1/3167 v. 10.11.1993, S. 4-5 und 1/3260 v. 13.12.1993, S. 19.

hältnissen in Sachsen-Anhalt bemerkenswert hohen Gehälter im Zuge der Diskussion zunehmend auch dem Verdacht unredlicher Erlangung ausgesetzt.

Die Ursache dafür bestand in nicht aufeinander abgestimmten Vorschriften im Ministergesetz einerseits, den Haushaltsgesetzen andererseits.[174] Während das Ministergesetz der im Herbst 1990 zwischen dem damaligen Ministerpräsidenten und den neuberufenen Ministern entsprach,[175] wonach die aus dem Westen kommenden Regierungsmitglieder – wie Beamte auch – eine Vergütung nach westdeutschen, konkret: niedersächsischen Bestimmungen erhalten sollten, so dass faktisch ein Ausgleich für die Diäten der ostdeutschen Abgeordneten-Minister geschaffen wurde,[176] knüpfte das Haushaltsgesetz den Bezug der Vergütung in der gezahlten Höhe an den Nachweis eines entsprechenden vorherigen Gehalts. Trotz regierungsinternen Drängens des Wirtschaftsministers, Horst Rehbergers (FDP), auf eine Orientierung des Haushaltsgesetzes an Absprachen und Ministergesetz unterließ der Finanzminister, aus dessen Verantwortungsbereich 1992 aufgrund der Haltung des Rechnungshofes entsprechende Nachweise angefordert worden waren, eine solche Korrektur.[177]

Nachdem sich die aus Westdeutschland gerufenen Regierungsmitglieder stets durch das Ministergesetz im Recht gesehen hatten,[178] missriet der Versuch, in letzter Minute doch noch die – nach der Vorgeschichte: entgegen der ursprünglichen Absprache – haushaltsrechtlich erforderlich gewordenen Nachweise beizubringen, zu einem Kommunikationsdesaster, da die nun aufgestellten Berechnungen als fadenscheinig erkennbar waren und, von manchen Medien in gezielt diffamierender Sprache publiziert, nur den Verdacht der Unlauterkeit nährten.[179]

Da die aus dem Westen nach Sachsen-Anhalt gekommenen Minister sich indes nach den ihnen gegebenen Zusicherungen berechtigt sahen, die im Ministerge-

174 Johannes Leithäuser: Tarifsystem ein „fürchterlicher Irrgarten". Die Ministergehälter in Sachsen-Anhalt, F.A.Z. v. 26.11.1993.

175 KAS: ACDP 05-013: Ordner 313: Für lückenlose Aufklärung, gegen Diffamierung und Vorverurteilung, CDU Information v. 25.11.1993, Punkt 3.

176 KAS: ACDP 05-013: Ordner 059: Christoph Bergner, Protokoll Nr. 108 v. 23.11.1993, TOP 2; ähnlicher Hinweis mit Bezug auf westdeutsche Regierungen schon in LT Drs. 1/3100 v. 22.10.1993, S. 104.

177 Horst Rehberger: Bittere Bilanz: Verraten und verkauft, KAS: ACDP 05-013, Ordner 059; vgl. hierzu: Das zähe Ringen der Liberalen in Sachsen-Anhalt (LT.), F.A.Z. v. 1.12.1993.

178 So noch am 22.11.1993: Sachsen-Anhalt/Regierung (Zusammenfassung), dpa v. 22.11.1993.

179 Johannes Leithäuser: Was heißt „Bruttovergütung"?; F.A.Z. v. 24.11.1993; Harald Kreibich: SPD: Münchs Rücktritt fällig, MZ v. 24.11.1993; „Münch hat Landtag reingelegt!", Altmark-Zeitung v. 25.11.1993; Inge Günther: „Wessi-Geburt" zahlt sich aus, FR v. 26.11.1993; Oder ein Brillantring, Der Spiegel Nr. 48/1993 v. 29.11.1993, S. 26-28; Inge Günther: Schamlos konkrete Zahlen brachten sie aus der Fassung, FR v. 29.11.1993.

setz festgelegten Bezüge zu erhalten, unterblieb eine Änderung selbst noch, als der Vorsitzende des Finanzausschusses des Landtags, Wolfgang Schaefer (SPD), auf das Aktenvorlagerecht nach Art. 53 Abs. 3 LVerf gestützt, eine Offenlegung der betreffenden Unterlagen für die „Westminister" und den Ministerpräsidenten verlangte.[180]

Ende November eskalierte die Situation. Für die in politische Defensive geratene Landesregierung und die sie tragenden Regierungsfraktionen kam erschwerend hinzu, dass maßgebliche Teile des kleinen Koalitionspartners um den mandatslosen Landesvorsitzenden Peter Kunert und den ebenfalls mandatslosen Europaminister Hans-Jürgen Kaesler das Ziel verfolgten, die FDP aus der bestehenden Regierungskoalition heraus- und – nicht zuletzt mit strategischen Überlegungen auf der Bundesebene – über vorgezogenen Neuwahlen in ein sozialliberales Bündnis hineinzuführen.[181]

Unter dem Eindruck der massiv kritischen öffentlichen Berichterstattung stellte Bergner in der CDU-Fraktion am 23. November fest, dass „der Ausdruck ‚Regierungskrise' die derzeitige Situation nicht übertrieben beschreibe" und dass für „die CDU keine günstige Ausganglage"[182] herrsche. Zu dem vom Finanzminister Wolfgang Böhmer angebotenen Rücktritt merkte Bergner an, dass es sich dabei „möglicherweise um eine bedauernswert weitreichende Äußerung handeln könne".[183] In der Aussprache sah der Parlamentarier Martin Ruch bereits „beträchtlichen Schaden entstanden", wohingegen die Abgeordneten Gerd Schlaak und Curt Becker vor allem ein Vermittlungsproblem ausmachten.[184] Ihre Fraktionskollegen Prof. Dr. Adolf Spotka und Reiner Schomburg wiederum befürworteten eine wie auch immer geartete „Vorwärtsstrategie" bzw. eine Änderung des Ministergesetzes.[185] Mit dem letztlich beschlossenen Vorgehen, die in Rede stehende Höhe der Gehälter der „Westminister" durch den Rechnungsprüfungsausschuss überprüfen zu lassen, eine Landtagsdebatte darüber zu führen und eine Pressekonferenz durchzuführen, versuchte die Fraktion offenkundig, die

180 Sachsen-Anhalt/Ministergehälter, dpa v. 4.11.1993.

181 Hierzu: Sebastian Putz, „Einfluss kleiner Parteien in Koalitionskonflikten: Das Beispiel der FDP beim Sturz des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt 1993", in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 120-142; ders., Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner, S. 127 ff. und S. 144 ff.

182 KAS: ACDP 05-013: Ordner 059: Christoph Bergner, Protokoll Nr. 108 v. 23.11.1993, TOP 2, S. 1

183 Ebd. Zum Rücktrittsangebot Böhmers vgl. Artikel: „Einer muss doch die Verantwortung tragen – Finanzminister denkt über persönliche Konsequenzen nach", in: MZ, 24.11.1993.

184 KAS: ACDP 05-013: Ordner 059: Protokoll Nr. 108 v. 23.11.1993, S. 2.

185 Ebd.

Entwicklung noch zu kanalisieren und einzudämmen. Die Verteidigung der angegriffenen Kabinettsmitglieder wurde jedoch weiter geschwächt, als auch der Landesrechnungshof die Gehaltshöhe öffentlich monierte[186] und Finanzminister Böhmer die Auszahlung der Gehälter in ungekürzter Höhe stoppte.[187]
Auf ihrer Pressekonferenz am 25. November wählten Bergner und Scharf eine Gratwanderung zwischen Solidarität mit und Kritik an der CDU-geführten Landesregierung. Beide versuchten sachliche Differenzierungen zu vermitteln, wandten sich nachdrücklich gegen jegliche Diffamierung und Vorverurteilung, forderten jedoch zugleich eine lückenlose Aufklärung und ließen Beurteilungsunsicherheiten erkennen. Mit der abschließenden Feststellung, dass „nach jetzigem Stand der Dinge (…) Konsequenzen (…) nicht auszuschließen" sind,[188] gaben sie zumindest Raum für Spekulationen darüber, welchen Rückhalt die Regierung Münch zu diesem Zeitpunkt noch in den Reihen der CDU-Fraktion besaß. Eine ausdrückliche Vertrauensbekundung der CDU-Fraktion in die Person des Ministerpräsidenten bzw. in die Landesregierung ist in der Pressemitteilung nicht enthalten.
Nur einen Tag später vergrößerte der CDU-Fraktionschef die Distanz zur Landesregierung in der Öffentlichkeit weiter.[189] Intern ließ er außerdem den liberalen Koalitionspartner wissen, dass Münch in wenigen Tagen zurücktreten werde.[190] Dieses Wissen nahm die FDP mit in ihre Sondersitzung des Präsidiums in Querfurt, an deren Ende sie nach heftigem Ringen den Rücktritt ihres Wirtschaftsministers Dr. Horst Rehberger verkündete.[191] Das Ausscheiden Rehbergs aus dem Kabinett

186 Sachsen-Anhalt/Regierung, dpa v. 26.11.1993; Inge Günther: „Wessi-Geburt" zahlt sich aus, FR v. 26.11.1993.

187 Münch will umstrittene Bezüge prüfen lassen, Sdt. Ztg. v. 25.11.1993; Sachsen-Anhalt/Regierung, dpa v. 26.11.1993.

188 KAS: ACDP 05-013: Ordner 313: Pressekonferenz von Christoph Bergner und Jürgen Scharf zur Bekanntgabe der Erklärung „Für lückenlose Aufklärung, gegen Diffamierung und Vorverurteilung", CDU Information v. 25.11.1993.

189 „Gehalts-Affäre muss Konsequenzen haben. Unruhe an der CDU-Basis / Landtagsfraktion verliert die Geduld", in: MZ, 27.11.1993.

190 Sebastian Putz, „Einfluss kleiner Parteien in Koalitionskonflikten: Das Beispiel der FDP beim Sturz des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt 1993"; ders., Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner, a.a.O., S. 130.

191 Zum Verlauf dieser Sitzung siehe: Protokoll der geschäftsführenden Landesvorstandssitzung der FDP am 27. November 1993 in Querfurt. Zum Konflikt der FDP um den Rücktritt ihres Wirtschaftsministers siehe: Sebastian Putz, „Einfluss kleiner Parteien in Koalitionskonflikten: Das Beispiel der FDP beim Sturz des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt 1993"; ders., Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner. Rolle und Einfluss der FDP als kleine Regierungspartei in vier ostdeutschen Landesregierungen (1990-1994), S. 130f.

aufgrund des parteiintern auf ihn ausgeübten Druckes[192] offenbarte zum einen den tiefen Konflikt, der in der Regierungskoalition zwischen CDU und Teilen der FDP entstanden war. Zum anderen hatte er die Lage des Ministerpräsidenten endgültig unhaltbar gemacht. Verbittert trat Münch am 28. November zurück.[193]
Da die Landesregierung als politisches Aktionszentrum nicht mehr in Betracht kam, hing der weitere Fortgang des Geschehens strategisch von den involvierten bundespolitischen Parteiinteressen, taktisch aber vom politischen Geschick der Magdeburger CDU-Fraktion ab. Diese riss unmittelbar nach der Demission der Regierung das Gesetz des Handelns an sich, indem sie auf der noch am Rücktrittssonntag anberaumten Fraktionssitzung ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung der FDP vorschlug, ihren bisherigen Vorsitzenden, Christoph Bergner, zum neuen Ministerpräsidenten zu wählen.[194]
Innerhalb der FDP eskalierte der Streit um Beendigung oder Fortsetzung der Koalition unter einem neuen Ministerpräsidenten Bergner. Ungeachtet seines eigenmächtigen Beitrages zur Verschärfung der Krise warf der mandatslose FDP-Landesvorsitzende, Peter Kunert, der CDU-Fraktion nun ein unabgestimmtes Vorgehen vor, plädierte seinerseits mit der Opposition für Neuwahlen und versuchte, unter Ausnutzung der anstehenden innerparteilichen Kandidatenaufstellung einen entsprechenden Druck auf Abgeordnete auszuüben.[195] Dagegen wollte die Mehrheit der FDP-Parlamentarier einen Urnengang im Zeichen der Regierungskrise vermeiden.[196] Angesichts der Entschlossenheit der CDU, Sachsen-Anhalt in einer kaum überschaubaren Situation – ohne Wahlordnung, Wählerverzeichnis[197] und insbesondere ohne Etat für das folgende Jahr – politisch nicht führungslos werden zu

192 Zu Rehbergers eigener Position die verbitterte Darstellung: Horst Rehberger: Bittere Bilanz: Verraten und verkauft, KAS: ACDP 05-013, Ordner 059. Damalige Spekulationen um die bundespolitischen Koalitionsabsichten Klaus Kinkels in: Wie lange noch hält die Bonner Koalition? In der Union wachsen Zweifel an der FDP, F.A.Z. v. 2.12.1993.

193 Hierzu u.a.: „Sachsen-Anhalts Regierungschef Werner Münch und sein gesamtes Kabinett zurückgetreten – Zuvor hatte Wirtschaftsminister Rehberger (FDP) sein Amt niedergelegt“, in: Süddeutsche Zeitung, 29.11.1993.

194 KAS: ACDP 05-013: Ordner 059: Protokoll Nr. 109 v. 28.11.1993. – Hierzu und zum folgenden siehe auch Jürgen Plöhn: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt, S. 17-19.

195 Haltung der FDP in Magdeburg weiterhin unklar (Lt.), F.A.Z. v. 30.11.1993; CDU/FDP-Koalition in Magdeburg wackelt, Sdt. Ztg. 30.11.1993; Gudrun Oelze: Folgt der Regierungs- eine Koalitionskrise? Neue Zeit v. 30.11.1993; Johannes Leithäuser: Es blieb nicht bei diskreter Überzeugungsarbeit, F.A.Z. v. 2.12.1993. – Hierzu auch die stark emotionale Rede Konrad Breitenborns im Landtag, PlPr 1/55 v.2.12.1993, S. 6490-6491.

196 Zu den damaligen Konflikten in der FDP Sachsen-Anhalts siehe: Sebastian Putz, Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner, S. 144ff.

197 Hierzu Hinweise Hartmut Perschaus im Protokoll Nr. 111 v. 2.12.1993, KAS: ACDP 05-013: Ordner 059.

lassen,[198] fanden die spannungsreichen Tage ihren Höhepunkt in der bewegenden Landtagssitzung am 2. Dezember 1993.

In einer hitzigen Debatte, in der der SPD-Fraktionsvorsitzende Reinhard Höppner interessanterweise Bergner eindringlich davor warnte, eine Minderheitsregierung zu bilden,[199] hielt der FDP-Abgeordnete Konrad Breitenborn eine hoch emotionale und für Bergner entscheidende Rede.[200] Letztlich wurde Christoph Bergner gegen Hans-Jochen Tschiche bei – lediglich[201] – 83 abgegebenen Stimmen mit 60 zu 17 mit absoluter Mehrheit zum dritten Ministerpräsidenten des Landes gewählt.[202] Dr. Karl-Heinz Daehre trat auf dem turnusgemäß am folgenden Wochenende stattfindenden CDU-Landesparteitag Münchs Nachfolge als Landesvorsitzender an.[203]

Die anschließenden Koalitionsverhandlungen mit der zerstrittenen FDP gestalteten sich kompliziert, konnten aber am 13. Dezember mit einer „ergänzenden Koalitionsvereinbarung" abgeschlossen werden.[204] Neben ihrer Forderung, keinen der

198 Dieter Jepsen-Föge: Bergner will Zelte nicht abbrechen, MZ v. 1.12.1993; Das zähe Ringen der Liberalen in Sachsen-Anhalt (Lt.), F.A.Z. v. 1.12.1993; Bergner will auch nach dem Beschluss der FDP im Landtag antreten, F.A.Z. v. 2.12.1993.

199 LT PlPr 1/55 v. 2.12.1993, S. 6476. Höppner warnte dort Bergner, „unter Umständen Ministerpräsident einer Minderheitsregierung" sein zu müssen, weil er dann mit „vagabundierenden Mehrheiten" regieren müsse. Nur ein knappes halbes Jahr später schlug Höppner seine eigenen Warnungen in den Wind.

200 Ebd., S. 6490 f. Das Protokoll vermerkte nach Breitenborns Rede stehende Ovationen bei FDP und CDU. Siehe auch: „Als Breitenborn auspackte, rollten die Tränen ... und Bergner hatte gewonnen", in: Volksstimme, 1.12.1993.

201 PlPr 1/55 v. 2.12.1993, S. 6493. Von den insgesamt 106 Landtagsabgeordneten nahmen nur 83 an der Wahl teil, da die SPD, offenbar aus Angst vor „Abweichlern" die Wahl boykottierte.

202 LT PlPr 1/55 v. 2.12.1993, S. 6473-6494; Und dann doch eine klare Mehrheit in Magdeburg. Bergner will „auf die FDP zugehen" (Lt.), F.A.Z. v. 3.12.1993; Johannes Leithäuser: Der Druck entlädt sich in Trotz und Tränen, F.A.Z. v. 3.12.1993; Ute Semkat: Die dramatischen Stunden im Landtag von Magdeburg, Die Welt v. 3.12.1993. – Da nur 43 CDU-Abgeordnete anwesend waren und die FDP über 13 Mandate verfügte, muss Bergner auch Stimmen aus der Opposition erhalten haben.

203 „CDU-Delegierte verzeihen den gestürzten Ministern. Perschau und Böhmer sind neue Stellvertreter, Schreiber ist Vorstandsmitglied", in: Volksstimme am Sonntag, 5.12.1993. Daehre erhielt auf dem Magdeburger Parteitag 183 von 207 Stimmen. Ihm zur Seite stellten die Delegierten für die nicht wieder antretenden stellvertretenden Parteivorsitzenden Bergner und Ritter die in die „Gehälteraffäre" verwickelten Minister Perschau (159 Stimmen) und Böhmer (132 Stimmen). Im Gegensatz dazu verwehrte der Parteitag diesen demonstrativen Ausdruck parteiinterner Solidarität dem Rechnungshofpräsidenten Horst Schröder, der bei der Wahl zum Rechungsprüfer mit 81 Stimmen „durchfiel". Zum dritten stellvertretenden CDU-Vorsitzenden wählten die Delegierten Petra Wernicke, die hierbei 152 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Der neben Werner Münch und Hartmut Perschau in der „Gehälteraffäre" ebenfalls als „belastet" geltende Werner Schreiber bekam bei der anschließenden Wahl der Beisitzer mit 144 Stimmen das beste Ergebnis.

204 KAS: ACDP 05-013, Ordner 059: Pressemitteilung des Presse- und Informationsamtes des Landes Sachsen-Anhalt v. 13.12.1993: Ergänzende Koalitionsvereinbarung zwischen der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und der Freien Demokratischen Partei (F.D.P.). Vier Punkte: Verabschiedung des Haushaltsentwurfs für 1994, Landtagswahlen vor der Sommerpause 1994, Verkleinerung des Kabinetts durch Streichung des Ressorts für Bundes- und Europaangelegenheiten und Führung von Innen- und Justizressort in Personalunion.

belasteten Minister wieder in die neue Regierung aufzunehmen, setzte die FDP auch die Forderung nach regulären Landtagswahlen zum „frühestmöglichen Zeitpunkt" durch.[205] Daraufhin fand in der folgenden Landtagssitzung der oppositionelle Antrag auf eine vorzeitige Beendigung der Wahlperiode bei 43 zu 57 Stimmen und einer Enthaltung keine Mehrheit.[206] Rückblickend hat Bergner später die Konzession relativ früh anzusetzender regulärer Neuwahlen indes als seinen „schwersten politischen Fehler" bezeichnet, weil sie – in vermeidbarer Weise – das Wahlergebnis und damit die Bildung der ersten Minderheitsregierung Höppner stark beeinflusste.[207]

Das neue Kabinett hatte insofern ein wesentlich anderes Gesicht als seine Vorgänger, als erstens an seiner Spitze ein in der friedlichen Revolution neupolitisierter Abgeordneter stand und zweitens bis auf den Leiter der in Personalunion zusammengefassten Justiz- und Innenressorts alle Minister aus dem Landtag hervorgegangen waren. Drei Jahre nach ihrer Gründung hat damit die CDU-Fraktion ihre Rekrutierungsfunktion für die Landesregierung weiter ausbauen können.

Nachfolger von Perschau wurde Remmers, der somit Justiz- und Innenministerium in Personalunion führte; Nachfolger von Schreiber als Arbeits- und Sozialminister wurde der bisherige Finanzminister Böhmer; Nachfolger Böhmers als Finanzminister wurde der Hallenser Abgeordnete Joachim Kupfer. Außerdem wurde noch Werner Sobetzko als Kultusminister durch Reiner Schomburg ersetzt. Dies war aber nicht durch die Regierungskrise selbst begründet. Daehre und Wernicke verblieben in ihren Ämtern. Von den sieben CDU-geführten Ministerien wurden somit fünf aus den Reihen der CDU-Fraktion besetzt, lediglich zwei verblieben in

205 Nach Artikel 43 der LVerf. Sachsen-Anhalt findet die Neuwahl des Landtages „frühestens mit Beginn des fünfundvierzigsten, spätestens mit Ablauf des siebenundvierzigsten Monats nach Beginn der Wahlperiode statt." Da der erste Urnengang am 14. Oktober 1990 stattfand, war bei der Terminierung der zweiten Landtagswahl auf den 26. Juni 1994 der verfassungsrechtliche Spielraum hinsichtlich des frühestmöglichen Zeitpunktes maximal ausgereizt. Zeitgleich mit der zweiten Landtagswahl fand auch die Stichwahl der Bürgermeister und Oberbürgermeister statt, da zwei Wochen zuvor die Kommunalwahlen zusammen mit der Europawahl abgehalten worden waren. Dass sich die CDU ursprünglich auf einen späteren Wahltermin eingerichtet hatte, beweist das Schreiben des Büros des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Jürgen Scharf, vom 21. Dezember 1993, in dem Scharf die Termine für die kommenden Koalitionsausschusssitzungen bis einschließlich September 1994 mitgeteilt wurden (PA J. Scharf).

206 LT PlPr 1/56 v. 15.12.1993, S. 6504. Zum Wahltermin: Ergänzende Koalitionsvereinbarung zwischen der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und der Freien Demokratischen Partei (F.D.P.), 13.12.1993, Punkt 2; Zusammenlegungen von Ressorts Punkte 3 und 4.

207 „Der CDU-Fraktionschef gibt sein Amt ab. Bergner: Wir hätten dem Land das Magdeburger Modell ersparen können", in: Volksstimme, 28.6.2001. Zur Bildung der ersten Minderheitsregierung Höppner Jürgen Plöhn: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt – Modellfall oder Sackgasse? Frankfurt a.M. u. a. 1996.

der Hand eines mandatslosen Funktionsträgers.[208] Die FDP musste auf einen Kabinettsposten verzichten, da Europaminister Hans-Jürgen Kaesler als einziger Minister des Kabinetts Münch von Bergner entlassen worden war und seine Zuständigkeiten der Staatskanzlei zugeschlagen wurden. Neuer Wirtschaftsminister wurde Rainhard Lukowitz, der darin Horst Rehberger ablöste. Rauls und Frick hingegen verblieben in ihren Ressorts.

Die für das Land wie für die Fraktion zeitweise so belastende „Gehälteraffäre" erlebte noch ein jahrelanges gerichtliches Nachspiel. Letztinstanzlich aber wurden die Angeschuldigten durch glatte Freisprüche juristisch rehabilitiert.[209]

4.5 Zweiter Führungswechsel – Die Entwicklung bis zum Ende der ersten Wahlperiode

Mit der Regierungsneubildung war notwendigerweise ein weiterer Wechsel der Fraktionsführung verbunden. Dabei wurde diese zugleich neu strukturiert: Der bisherige Vorsitzende hatte am Tage seiner Wahl zum Ministerpräsidenten seinen bis dahin für die Vorbereitung der Plenarsitzungen zuständigen Stellvertreter Jürgen Scharf als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Von Reiner Schomburg herausgefordert, setzte sich Jürgen Scharf mit 23 zu 20 Stimmen als neuer Fraktionsvorsitzender durch. Schomburg wurde daraufhin kurzzeitig stellvertretender Vorsitzender.[210] Zur Stabilisierung der neuen Führung wurde weiterhin der Fraktionsgeschäftsführer Michael Schneider in Anerkennung seiner Leistungen mit 42 Stimmen bei einer Enthaltung in den Geschäftsführenden Fraktionsvorstand aufgenommen.

Durch die Berufung von Reiner Schomburg zum neuen Kultusminister musste dieser jedoch sein gerade erst angetretenes Amt als stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender, zugleich auch parlamentarischer Geschäftsführer, sogleich wieder verlassen. Da mit dem Finanzexperten Erhard Stollberg der zweite Fraktionsvize kurz vor seiner Berufung als Senatsmitglied in den Landesrechnungshof stand, wurden Mitte Januar 1994 beide Positionen in einem Wahlgang neu gewählt.

208 Zur Erinnerung: Im Kabinett Münch betrug das Verhältnis noch vier Minister mit Landtagsmandat zu drei Ministern ohne Mandat.

209 Dokumentation der gerichtlichen Aufarbeitung in: KAS: ACDP 05-013: Ordner 313.

210 KAS: ACDP 05-013: Ordner 059, Protokoll Nr. 111 v. 2.12.1993; Schreiben Michael Schneiders an Landtagspräsidenten Klaus Keitel v. 6.12.1993 (Neubestimmung der Fraktionsführung am 2.12.1993) und v. 19.1.1994 (Wahl Sabine Klenkes zur stv. Fraktionsvorsitzenden für Reiner Schomburg, nun Kultusminister), ebd., Ordner 084.

Nachfolgerin von Schomburg wurde die Hallenser Abgeordnete Sabine Klenke, für die 22 Parlamentarier votierten. Stollbergs Platz nahm mit 18 Stimmen Christoph Koch aus Haldensleben ein. Die beiden Mitbewerber, Ulrich Seidel (Wahlkreis 12, Magdeburg I) und Uwe Schulze (Wahlkreis 38, Bitterfeld II) erhielten 10 bzw. 9 Stimmen.

In der neuen Formation ging die Fraktion in die Schlussphase der Wahlperiode, in der es einerseits gelang, im Landtag noch einige vorbereitete Gesetze zu verabschieden, andererseits außerparlamentarisch die noch vor der Sommerpause durchzuführenden Neuwahlen vorzubereiten waren. Da hierfür Detailberatungen und inhaltliche Auseinandersetzungen um Gesetzesvorlagen nur stören konnten, wurde in der Arbeitsgruppe für Inneres gegenüber dem entsprechenden Ministerium schon im Februar 1994 sehr deutlich verlangt, auf die Einbringung weiterer Vorlagen zu verzichten; selbst bereits eingebrachte Entwürfe sollten nicht mehr beraten werden.[211]

Ein letzter Mandatswechsel stand der CDU-Fraktion durch den Eintritt Stollbergs in den Landesrechnungshof ins Haus. Aufgrund der für diese Behörde geltenden Inkompatibilitätsregelung legte der Abgeordnete aus Zwintschöna Ende April sein Mandat nieder. Für ihn rückte Eveline Parnitzke nach. Sie setzte den Schlusspunkt unter die Reihe der Aus- und Eintritte aus der und in die erste CDU-Landtagsfraktion. Von den ursprünglich 48 direkt gewählten Abgeordneten hatten mit Armin Kleinau, Peter Renger, Michael Heinemann, Wolfgang Kiele und Michael Liwowski fünf Parlamentarier Konsequenzen aus ihrer Stasi-Belastung gezogen. Zusammen mit Erhard Stollberg, der ausdrücklich aus anderen Gründen vorzeitig ausschied, hatten insgesamt sogar sechs Abgeordnete ihr Mandat vor Ablauf der Wahlperiode niedergelegt und waren durch Nachrücker ersetzt worden. Mit Joachim Auer, Gerhard Mitschke, Wolfgang Braun und Eckard Schneider hatten nacheinander vier Abgeordnete die Reihen der CDU-Fraktion dauerhaft verlassen. Drei von ihnen gehörten zu den 48 direkt Gewählten. Mit Karsten Knolle, Bernd Scheffler und Manfred Thon hatten drei weitere der CDU-Fraktion zumindest zeitweise den Rücken gekehrt. Jürgen Angelbeck schließlich war von der SPD kommend zeitweise Gast in ihren Reihen.

Zählt man alle diese Fälle zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, dass rund ein Viertel der ursprünglichen CDU-Fraktion von diversen Fluktuationen erfasst

211 KAS: ACDP 05-013: Ordner 295, Protokoll der Sitz. der AG für Inneres v. 2.2.1994 (Nitsche): Kontroverse zwischen Staatssekretär Mahn und dem Abgeordneten Becker.

wurde – ein enormer Anteil, verglichen mit nachfolgenden Wahlperioden. Dass trotz dieser Integrationsprobleme und der dreimal erforderlichen Regierungsneubildung grundlegende Aufbauarbeit für das Land geleistet werden konnte, die sich sowohl in dauerhaften Strukturentscheidungen als auch konkreten Neuerungen und Förderungsinitiativen niedergeschlagen hat, bleibt im parlamentarischen Bereich das maßgebliche Verdienst der stärksten Regierungsfraktion.

IV. Die zweite Wahlperiode: die neue Erfahrung der Opposition

1. Das Wahlergebnis und die Formierung von Regierungsmehrheit und Opposition

Die Umfragewerte der CDU hatten den Fraktionsgeschäftsführer bereits im zweiten Jahr der ersten Wahlperiode dazu veranlasst, vor einem möglichen Desaster im Falle vorgezogener Neuwahlen zu warnen.[212] Während der Gehälteraffäre wurden sogar Rohdaten einer Umfrage publiziert, die die CDU bei lediglich 11 % zeigten.[213] Demgegenüber erschien der bei der zweiten Landtagswahl am 26. Juni 1994 zu verzeichnende Verlust von lediglich 4,6 Prozentpunkten als recht glimpflich. Mitursächlich hierfür war allerdings ein deutlicher Rückgang der Wahlbeteiligung um 10,3 Prozentpunkte, der die Auswirkungen des Verlustes von 29,2 % der vorherigen CDU-Wählerschaft milderte. So behielt die CDU-Fraktion mit nunmehr noch 37 Mandaten den Status der stärksten Gruppierung im Landtag, unmittelbar gefolgt von der SPD-Fraktion mit 36 Sitzen, dahinter die ebenfalls deutlich gestärkte PDS mit 21 Abgeordneten und abgeschlagen die nur knapp erneut in den Landtag eingezogenen Bündnisgrünen mit wiederum fünf Sitzen. Die FDP war nach einem Verlust von mehr als drei Viertel der 1990 erhaltenen Stimmen nicht mehr im Landesparlament vertreten.[214]

Angesichts der öffentlichen Zurückweisung des von Roland Claus ins Gespräch gebrachten Angebots einer als „Tolerierung" etikettierten Zusammenarbeit mit der PDS durch die SPD[215] hatten sich die veröffentlichten Erwartungen vor der Wahl

212 Vermerk Michael Schneiders für FrV Christoph Bergner v. 3.2.1992 (über Konsequenzen einer Nicht-Wiederaufnahme der ausgetretenen Abgeordneten Knolle und Scheffler), KAS: ACDP 05-013: Ordner 109.

213 CDU sackt tief in den Keller, MZ v. 1.12.1993. – Bei den vom Institut für Marktforschung Leipzig erhobenen Daten handelte es sich nicht, wie vielfach fälschlich angenommen, um eine Prognose des Wahlausgangs. 31 % der Befragten antworteten mit „weiß nicht".

214 Hierzu Jürgen Plöhn: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt, S. 32-43.

215 Hierzu die Ausführungen Christoph Bergners auf der konstituierenden Sitzung der 2. WP: LT PlPr 2/1 v. 21.7.1994, S. 19 (18-21); Sven Thomas: Regierungspraxis von Minderheitsregierungen. Das Beispiel des „Magdeburger Modells", Wiesbaden 2003, S. 23.

weithin auf eine „Große Koalition" gerichtet, auch wenn die CDU-Fraktion diese Perspektive als kontraproduktiv für die Mobilisierung ihrer Wählerschaft gehalten hatte.[216] Am Wahlabend legte die Interviewerin des ZDF diese Erwartung in geradezu penetranter Weise ihren Fragen an die Spitzenkandidaten von CDU und SPD, Bergner und Höppner, zugrunde, die sich auch beide darauf einließen.[217] Abgesehen von einem möglichen Widerwillen Reinhard Höppners gegen eine Bevormundung durch eine Vertreterin der Medien entstand unter Jungsozialisten in Sachsen-Anhalt und im Beraterkreis des damaligen Parteivorsitzenden der SPD, Rudolf Scharping, eine Antipathie gegen die Beteiligung an einer Koalition mit dem stärksten – und weiterhin stärkeren – Hauptkonkurrenten.[218] So formulierten die Jungsozialisten in einer Vorlage für den SPD-Landesvorstand in gezielter Polemik:

> „Den Menschen im Lande wäre nicht deutlich zu machen, warum die SPD vier Jahre gute Oppositionsarbeit gegen die CDU macht und dann mit den korrupten KahlschlagpolitikerInnen koaliert".[219]

Die CDU richtete sich hingegen darauf aus, ihren abhanden gekommenen, deutlich schwächeren Koalitionspartner durch einen nahezu gleichstarken anderen zu ersetzen. Zwar gab es beim ersten Zusammentreten der CDU-Abgeordneten bereits Anzeichen für abweichende Präferenzen eines Teils der SPD, die neugewählten Mandatsträger, davon 32 Wahlkreissieger und fünf Listenbewerber, wurden jedoch zunächst vom bisherigen Fraktionsvorsitzenden und vom Ministerpräsidenten beglückwünscht und „bzgl. des Verhaltens der SPD" zu „Gelassenheit und Geschlossenheit" aufgefordert.

Die Konstituierung der Fraktion erfolgte wiederum unter Vorsitz des ältesten Mitgliedes, nun des Abgeordneten Egon Sommerfeld. Das Protokoll hält dazu fest:

> „Einziger Kandidat ist auf Vorschlag der Abgeordneten Remmers, Dr. Bergner, Dr. Daehre und Dr. Böhmer der Abg. Scharf. In geheimer Wahl wird dieser mit 29 Ja- von 33 abgegebenen Stimmen bei 4 Enthaltungen und keiner Gegenstimme zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt".

216 Münch für große Koalition (lsa), Neue Zeit v. 22.10.1993; Michael Schneider: Wahlkampfbeteiligung der CDU-Landtagsfraktion. Diskussionspapier August 1993, KAS: ACDP 05-013, Ordner 102.

217 Wahlsendungen von ARD und ZDF aufgezeichnet vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, vgl. Jürgen Plöhn: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt, S. 49-50.

218 Günter Bannas: Mit einem Regierungswechsel in Magdeburg will die SPD ihren Willen zur Macht demonstrieren, F.A.Z. v. 7.7.1994.

219 Die Chance nutzen! Vorlage der Jusos für den SPD-Landesvorstand v. 27.6.1994.

Ein Vorbehalt wird jedoch sogleich angefügt:

> „Es herrscht Übereinstimmung, dass Dr. Bergner die Fraktion führen soll, wenn die CDU im Landtag in die Opposition gehen muss".[220]

Zunächst aber werden, dem Votum des CDU-Landesvorstands unter Karl-Heinz Daehre folgend, Arbeitsgruppen für die in Aussicht genommenen Koalitionsverhandlungen gebildet und die Verfügbarkeit der Parlamentarier angemahnt. Weiterhin bestätigt die Fraktion per Akklamation ihren Geschäftsführer in seinem Amt und nominiert „in geheimer Wahl mit 24 Ja- bei 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen" Klaus Keitel erneut für das Amt des Landtagspräsidenten, das der Fraktion nach altem Brauch wiederum zusteht. Ungeachtet der Unwägbarkeiten der parlamentarischen Lage wirkt die konstituierende Sitzung damit im Vergleich zur ersten Wahlperiode von erworbener politischer Routine und vorhandener inhaltlicher Übereinstimmung geprägt.

Die parallelen Entwicklungen bei dem in Aussicht genommenen Koalitionspartner liefen allerdings weiter in eine andere Richtung, als von der CDU gewünscht. Während sich auf der politischen Linken – entgegen eindeutiger vorheriger Festlegungen sozialdemokratischer Politiker – Aufbruchsstimmung in die Ungewissheit ausbreitete,[221] blieben Versuche Christoph Bergners, im Kreise der Ministerpräsidenten über Rudolf Scharping Einfluss auf die Magdeburger Entscheidungen zu gewinnen, ebenso erfolglos wie ein Kontakt zwischen den Parteiführungen.[222]

Da die Fraktion angesichts der zügig vorankommenden Einigungsbemühungen ihrer politischen Gegner die Regierungsbildung nicht zu beeinflussen vermochte, fand die zweite Fraktionssitzung erst am 7. Juli statt. Der Wunsch nach einer Abschlussbilanz der scheidenden Regierung, die Formulierung einer Erklärung zur beabsichtigten Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung und das Interesse an einer „Strategie für eventuelle Neuwahlen (Terminvorschlag: 16. Oktober 1994)" ließen das Umschwenken von der bisherigen Position der Regierungsmehrheit auf die neue Oppositionsrolle erkennen, wobei die Dauer dieser neuen Rolle angesichts der Unwägbarkeiten einer Minderheitsregierung und der besonderen,

220 KAS: ACDP 05-013, Ordner 80: 2. WP, Protokoll Nr. 1 v. 28.6.1994 (Lutz Bernert).

221 Gudrun Oelze: Unglaubliche Aufbruchstimmung der SPD überrascht Bündnisgrüne, Neue Zeit v. 1.7.1994; Stefan Dietrich: Abenteuerlust in Magdeburg, F.A.Z. v. 6.7.1994; Christoph Bergner: Das Magdeburger Experiment, in: Die politische Meinung Nr. 315 v. Februar 1996, S. 13-14 (13-19). Den Wortbruch der SPD räumt auch Sven Thomas ein. Sven Thomas: Regierungspraxis von Minderheitsregierungen, S. 23.

222 Jürgen Plöhn: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt, S. 54.

in Artikel 65 Absatz 2 der Verfassung vorgesehenen Verfahrensregeln zunächst noch für möglicherweise höchst überschaubar gehalten wurde.[223]

Artikel 65 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt

(1) Der Ministerpräsident wird vom Landtag ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.

(2) Zum Ministerpräsidenten ist gewählt, wer im ersten Wahlgang, der innerhalb von vierzehn Tagen nach dem Zusammentritt des Landtages stattfinden muss, die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigt. Erhält in diesem Wahlgang niemand diese Mehrheit, so findet innerhalb weiterer sieben Tage ein neuer Wahlgang statt, Kommt auch in diesem Wahlgang die Wahl nicht mit der Mehrheit der Mitglieder zustande, so beschließt der Landtag innerhalb von weiteren vierzehn Tagen über die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode. Wird die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode nicht mit der Mehrheit der Mitglieder des Landtages beschlossen, findet unverzüglich ein weiterer Wahlgang statt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

(3) Der Ministerpräsident ernennt und entlässt die Minister und bestimmt seinen Stellvertreter.

In der dritten Fraktionssitzung klang die Bejahung der Oppositionsrolle bereits entschiedener. Aufgrund des klaren Willens zur Bildung einer rot-grünen Minderheitsregierung positionierte sich Jürgen Scharf als Befürworter einer konstruktiven Oppositionspolitik, für die zügig parlamentarische Initiativen erarbeitet werden sollten. Christoph Bergner, noch immer amtierender Ministerpräsident, suchte die Mandatsträger durch die Beachtung zu ermutigen, die Bundeskanzler Helmut Kohl und sogar die europäische Politik den Vorgängen in Sachsen-Anhalt schenke. Für die Union käme es in Sachsen-Anhalt darauf an, eine „knallharte Oppositionspolitik" zu betreiben, „nicht um PDS-Stimmen zu buhlen", „in einzelnen Sachfragen" aber „zum Wohl des Landes" mitzuentscheiden.[224] Dazu deutete der scheidende Minister Remmers an, die Oppositionsphase der Union könne auch länger dauern – mit der Folge, dass der von Curt Becker erläuterte, bislang für die CDU-Fraktion uninteressante Art. 48 LVerf für diese plötzlich eine besondere Relevanz bekommen konnte.

223 KAS: ACDP 05-013, Ordner 80: 2. WP, Protokoll Nr. 2 v. 7.7.1994 (Armin Burger).

224 KAS: ACDP 05-013, Ordner 80: 2. WP, Protokoll Nr. 3 v. 19.7.1994 (Markus Feußner).

In der konstituierenden Sitzung des Landtags konnte sich die Fraktion dann über die Wiederwahl ihres Kollegen Klaus Keitel mit 82 von 95 abgegebenen Stimmen zum Landtagspräsidenten freuen.[225] Die Wahl des Ministerpräsidenten aber lief gegen sie ab. Selbst für ihre Rechtsauffassung zum Verfahren erhielt die CDU keine Unterstützung. Auch der wiedergewählte Landtagspräsident bot insoweit keine wirksame Hilfe, da er sich zugunsten einer konsensualen Verhandlungsführung nur hinsichtlich der Geschäftsordnung, nicht mit Bezug auf das Verfassungsrecht im formellen Sinne für kompetent erklärte.[226]

Da die rot-grüne Koalition definitiv entschlossen war, Reinhard Höppner zum Regierungschef zu bestimmen, die dafür im ersten und zweiten Wahlgang erforderliche Mehrheit der Landtagsmitglieder jedoch nicht aufbringen konnte, interpretierte sie die in Art. 65 Abs. 2 LVerf genannten Bedenkzeiten zwischen Wahlgängen und einer notwendigen Abstimmung über eine Landtagsauflösung als „optional" und setzte in mehreren Abstimmungen die Durchführung aller drei Wahlgänge noch in der ersten Landtagssitzung durch.[227]

Die CDU-Fraktion hielt dies angesichts der in den verfassungsrechtlichen Regelungen zum Ausdruck kommenden klaren Präferenz für eine Mehrheitsregierung zwar für manipulativ, doch war eine konkrete Beugung von Verfassungsrecht durch den rot-grünen Verstoß gegen den Verfassungsgeist nicht nachweisbar, so dass auch ein von der Fraktion in Auftrag gegebenes Gutachten die Zulässigkeit des Vorgehens letztlich nicht beanstanden konnte.[228]

Allerdings ergab sich insoweit eine für die Minderheitskoalition peinliche Modifizierung der Wahl, als in deren Vorfeld seitens des Hamburger Staatsrechtlers Helmut Rittstieg darauf hingewiesen wurde, dass die Landesverfassung von Sachsen-Anhalt anders als das Grundgesetz für eine Wahl im dritten Wahlgang noch „die Mehrheit der abgegebenen Stimmen", nicht bloß die relativ „meisten Stimmen" (Art. 63 Abs. 4 Satz 1 GG) fordert.[229]

225 LT PlPr 2/1 v. 21.7.1994, S. 5.

226 Landtagspräsident Klaus Keitel, LT PlPr 2/1 v. 21.7.1994, S. 13.

227 LT PlPr 2/1 v. 21.7.1994, S. 9-25. – Nach zwei Wahlgängen in Sachsen-Anhalt keine ausreichende Mehrheit für einen Kandidaten, F.A.Z. v. 22.7.1994; Gerhard Gunkel/Andreas Montag: Langer Abend, hitzige Debatte, MZ v. 22.7.1994.

228 Die Regierungsbildung in Magdeburg ist abgeschlossen, F.A.Z. v. 23.7.1994; Christian Starck: Verfassungsrechtliche Würdigung der Wahl des Ministerpräsidenten durch den Sachsen-Anhaltinischen Landtag am 21. Juni 1994, Ms. v. 9.9.1994.

229 Alle Zeichen deuten auf rot-grüne Regierung, MZ v. 4.7.1994 Sieg nur mit PDS?, ebd.; „Auf die PDS angewiesen", F.A.Z. v. 4.7.1994; ebenso: Andreas Reich: Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Kommentar, Bad Honnef 1994, S. 241, Rdnr. 6 zu Art. 65; anders Hans-Peter Schneider: Juristischer Streit um die Regierungsbildung in Magdeburg, F.A.Z. v. 5.7.1994.

Daher war die von Reinhard Höppner und SPD-Bundesgeschäftsführer Günther Verheugen behauptete Möglichkeit[230] eines passiven Beiseitestehens der PDS durch Abgabe von „Enthaltungen" für eine erfolgreiche Wahl des Ministerpräsidenten ausgeschlossen, ihre *Einbeziehung in die Regierungsmehrheit daher von Anfang an erforderlich,* wenngleich durch die vorgeschriebene geheime Stimmabgabe für die Öffentlichkeit nicht hinreichend transparent.

Festzuhalten bleibt für die Wahl Höppners zum Ministerpräsidenten ferner zweierlei: Zum einen beging der SPD-Politiker damit Wortbruch, hatte er doch das „Tolerierungs"-Angebot der SED-Erben während des Wahlkampfes eindeutig ausgeschlossen. Zum anderen schlug Höppner nun ganz bewusst genau jenen Weg ein, vor dem er Bergner bei dessen Wahl zum Ministerpräsidenten nur wenige Monate zuvor noch eindringlich gewarnt hatte. Die Wählertäuschung, welche die CDU in Höppners Verhalten erkannte, wurde daher mitbestimmend für ihren Blick auf das sogenannte „Magdeburger Modell".

Die CDU-Fraktion blieb angesichts ihrer Verurteilung zu einer Zuschauerrolle in der dramatischen Phase der Regierungsbildung weitgehend passiv. Handelnd und vor allem kommentierend traten nur einzelne herausgehobene Amtsträger, insbesondere der scheidende Ministerpräsident, in Erscheinung. Ungeachtet einer gewissen persönlichen Verletztheit, die bei einzelnen seiner Äußerungen durchscheint,[231] zeigte sich Christoph Bergner entschlossen, die neue Rolle mit Kampfesmut statt mit Resignation anzunehmen. Dazu kündigte er bereits während der noch laufenden Koalitionsverhandlungen an, das Verhalten der PDS-Fraktion an Artikel 48 der Landesverfassung messen zu wollen: Sollte sie sich als „regierungstragend" erweisen, werde man ihr den verfassungsrechtlichen Oppositionsstatus streitig machen.[232]

> Artikel 48 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt
>
> (1) Die Fraktionen und die Mitglieder des Landtages, die die Landesregierung nicht stützen, bilden die parlamentarische Opposition.
>
> (2) Die Oppositionsfraktionen haben das Recht auf Chancengleichheit in Parlament und Öffentlichkeit sowie Anspruch auf eine zur Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben erforderliche Ausstattung.

230 Johannes Leithäuser: Die Sozialdemokraten haben gewonnen, aber nicht gesiegt, F.A.Z. v. 28.6.1994; SPD: Wir wollen keine Volksfront (ban.), F.A.Z. v. 30.6.1994.

231 Hierzu heftige Kritik von Winfried Steffani: Entrüstung über Machtverlust (Leserbrief), F.A.Z. v. 30.7.1994.

232 Bergner: Die SPD handelt mit der „Besessenheit von Triebtätern", F.A.Z. v. 7.7.1994.

Erst nachdem die rot-grüne Landesregierung mit der Vorstellung und Vereidigung der meisten Minister eingesetzt und damit die politische Lage eindeutig geklärt war,[233] formierte sich die CDU-Fraktion auf ihrer vierten Sitzung für die Wahrnehmung der Oppositionsarbeit.

In völliger Loyalität zu Bergner und der Fraktion erklärte Jürgen Scharf seinen Rücktritt als Vorsitzender. Der Fraktionsälteste, Egon Sommerfeld, trat erneut als Wahlleiter in Funktion. Christoph Bergner, einziger vorgeschlagener Kandidat, erhielt mit 30 Ja- gegen zwei Nein-Stimmen nach acht Monaten erneut das Amt des Fraktionsvorsitzenden übertragen, nun verbunden mit der Funktion des Oppositionsführers. Auf seinen Vorschlag hin wurde Jürgen Scharf mit 29 zu drei Stimmen bei einer Enthaltung neuerlich zum Parlamentarischen Geschäftsführer, Karl-Heinz Daehre mit 27 zu vier bei zwei Enthaltungen und Petra Wernicke mit 29 zu drei Stimmen bei einer Enthaltung zu stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bestimmt.[234] Ein Jahr später wurde die Fraktionsführung bei der satzungsgemäßen Neuwahl des Fraktionsvorstandes in großer Einmütigkeit bestätigt.[235] Im Bereich der parlamentarischen Gremien war die CDU als stärkste Fraktion nach den im Ältestenrat ausgehandelten Ergebnissen mit fünf von vierzehn Ausschussvorsitzen und einem Stellvertreter weiterhin proportional vertreten.[236]

2. Die entstandene Konstellation und die Positionierung der CDU-Fraktion

Kurz nach der Landtagswahl hatte Reinhard Höppner ebenso wie der damalige SPD-Vorsitzende, Rudolf Scharping, darüber sinniert, ob die CDU nicht als Unterstützerin der SPD-geführten Minderheitsregierung zu gewinnen sei:

> „Wir müssen jetzt beharrlich Herrn Bergner und die CDU fragen, ob sie ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht werden wollen und eine Minderheitsregierung der SPD tolerieren, oder ob sie lieber mit der PDS gegen die SPD stimmen wollen.“[237]

233 LT PlPr 2/2 v. 22.7.1994.

234 KAS: ACDP 05-013, Ordner 80: 2. WP, Protokoll Nr. 4 v. 26.7.1994.

235 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 36. Sitz., 26.9.1995 in Magdeburg, S. 2. Bergner erhielt 32 Ja- und eine Nein-Stimme, Daehre kam auf 30 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen, Wernicke auf 25 Ja- und 3 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen und Scharf auf 26 Ja- und 2 Nein-Stimmen bei ebenfalls 4 Stimmenthaltungen. Auch die anschließende Wiederwahl der Arbeitsgruppenvorsitzenden geschah auf allen Positionen mit einem sehr hohen Maß an Geschlossenheit.

236 Ebd.; LT Drs. 2/4789 v. 22.5.1998, S. 24.

237 Eva Prase: Zweiter Sieger will gewinnen, MZ v. 29.6.1994.

Der Kommentar Friedrich Karl Frommes fiel ebenso drastisch wie treffend aus:

> „Des SPD-Kandidaten Höppner Zumutung, die von ihm auszubootende CDU (die stärkste Fraktion) möge die Regierung unterstützen, hat den Charme der Dreistigkeit."[238]

Der Eindruck einer Äquidistanz der Landesregierung zu CDU und PDS, wie er anfangs von Höppner mit dem sogenannten „Magdeburger Modell" verbunden werden sollte,[239] war bereits angesichts der Entstehungsgeschichte der Minderheitsregierung als einer eindeutig gegen die bisherige CDU-FDP-Koalition gerichteten Option unrealistisch und – abgesehen von der autoritär-obrigkeitsstaatlichen Vorstellung einer abgehoben über den Niederungen des Parteiengezänks im Landtag schwebenden Regierung – aufgrund der klaren Ausrichtung des Koalitionsvertrages nur als unredlich zu bezeichnen. Denn ungeachtet aller inhaltlichen Vorbehalte gegen die aufgestellte Behauptung beginnt die Präambel des Vertrages unmissverständlich mit den Worten:

> „Die Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts haben bei den Landtagswahlen am 26. Juni 1994 deutlich gemacht, dass sie den politischen Wechsel in Sachsen-Anhalt wollen. SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN fühlen sich bei der Bildung ihrer Regierung verpflichtet, diesen Auftrag der Wählerinnen und Wähler in praktische Politik umzusetzen."[240]

Nimmt man diese selbstgewisse Äußerung ernst, bedeutet sie, dass die Minderheitskoalitionspartner die PDS implizit sogar in die Begründung für ihr Vorgehen aufgenommen haben. Denn der Stimmenzuwachs, den der Koalitionsvertrag für die politische Linke reklamiert, betrug für die Koalitionsparteien zusammengenommen gerade einmal 1809 Zweitstimmen oder 1,53 ‰ der Wähler, wohingegen die aus der SED-Diktatur hervorgegangene, nicht-gouvernementale Linke bei einem Plus von 55924 Stimmen immerhin 4,93 % des Elektorates zusätzlich zur Stimmabgabe für sich hatte motivieren können.[241] Es mag absurd anmuten, sich vorzustellen, im Jahre 1794 hätten in Frankreich Gruppierungen, die sich als Vor-

238 Riskanter Weg (fr.), F.A.Z. v. 7.7.1994.

239 Vgl. Christoph Bergner, PlPr 2/1 v. 21.7.1994, S. 19-20; Zur Entstehungsgeschichte des Begriffes und seiner Verdeckungsabsicht sowie affirmativ zu den zugrundeliegenden politischen Vorstellungen Sven Thomas: Regierungspraxis von Minderheitsregierungen, S. 2-3.

240 Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Landesverband Sachsen-Anhalt/Bündnis 90/Die Grünen. Landesverband Sachsen-Anhalt: Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung. 2. Legislaturperiode Landtag von Sachen-Anhalt 1994 bis 1998, Magdeburg, im Juli 1994, S. 7 (Präambel).

241 Eigene Berechnungen, vgl. Jürgen Plöhn: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt, S. 48; zutreffende Interpretation auch bei Christoph Bergner: Das Magdeburger Experiment, S. 15.

hut der demokratischen Revolution verstanden, ein Bündnis mit den Vertretern des 1789 untergegangenen *„ancien régime"* geschlossen und diese Koalition sodann als ein Bündnis für politische Erneuerungen ausgegeben. Zweihundert Jahre später sah sich die CDU-Fraktion in Sachsen-Anhalt aber tatsächlich einer solchen Situation gegenüber.

Der neuerlich gewählte Fraktionsvorsitzende hatte seiner Fraktion mit dem offensiven, nicht nur gegen SPD und Bündnisgrüne, sondern insbesondere auch gegen die PDS gerichteten Oppositionsbekenntnis ein markantes Rahmenthema für die zweite Wahlperiode vorgegeben. Die Leitlinie dieser Politik wurde unausgesprochen – und in der Öffentlichkeit wohl auch nicht immer verstanden – durch eine klassische Rollenzuweisung bestimmt. Denn nach den Worten Winfried Steffanis bildet „die Regierungsmehrheit das Machtzentrum des staatlich formierten Teils des politischen Systems. Die Regierungsmehrheit aufzubrechen, sie abzulösen oder zumindest auf sie Einfluss auszuüben, wird das Bestreben jeder parlamentarischen Opposition sein".[242] Dabei sind für Minderheitsregierungen drei unterschiedliche Teile der sie im Amte haltenden Parlamentsmehrheit zu unterscheiden: *Regierungsfraktionen, Stützfraktionen* und *Tolerierungsfraktionen.*

> „Als *Regierungsfraktionen* werden jene Parteien im Parlament bezeichnet, die durch Mitglieder oder Vertrauensleute in der Regierung vertreten sind. Bei einer Minderheitsregierung verfügen sie nicht über die Parlamentsmehrheit und sind daher auf die Hilfe anderer angewiesen. ... Da sind zum einen jene Parteien, die zwar die personelle Vertretung in der Regierung und die damit verbundene politische Verantwortung ablehnen, das Regierungsprogramm selbst jedoch in weiten Teilen mittragen. Sie werden als *Stützfraktionen* angesehen, mit denen die Regierungsfraktionen verschiedenartige Absprachen eingehen können. Handelt es sich demgegenüber um Parteien, die sich als koalitionsunfähig oder -unwillig erweisen und die zu keinerlei verpflichtenden Absprachen bereit sind, die jedoch zum aktuellen Regierungspersonal keine akzeptable Alternative sehen und eingebrachte Misstrauensanträge nicht befürworten, so handelt es sich um *Tolerierungsfraktionen*".[243]

Tolerierung ist – politisch wie philosophisch – stets *„bloße"* Tolerierung, das heißt: Duldung als das kleinere Übel. *Tolerierte* Minderheitsregierungen sind daher takti-

242 Winfried Steffani: Regierungsmehrheit und Opposition, in: ders. (Hrsg.): Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG, Opladen 1991, S. 19 (11-35).

243 Ebd., S. 25; Hervorhebung hinzugefügt, J.P.

schen Nützlichkeitserwägungen der tolerierenden Gruppierungen ausgeliefert und dementsprechend latent in ihrer Existenz bedroht. *Gestützte* Minderheitsregierungen haben sich hingegen in der Vergangenheit als weit stabiler erwiesen.[244]

Aus der Entstehungsgeschichte ist deutlich geworden, dass es sich bei der Magdeburger Minderheitsregierung nach den Beobachtungen der CDU-Fraktion – entgegen ihrer Selbstdarstellung – *nicht* um eine bloß politisch-taktisch *tolerierte,* sondern um eine aufgrund strategischer Übereinstimmung *gestützte* Minderheitsregierung gehandelt hat. Kam für die Union eine planlose Anbiederung aus Gründen der Selbstachtung und politischen Glaubwürdigkeit nicht in Betracht, so musste die oppositionelle Strategie zur Ablösung der amtierenden Regierung darauf gerichtet sein, die verschiedenen Nahtstellen innerhalb der zweistufigen Regierungsmehrheit aus sozialdemokratisch-bündnisgrüner *Regierungskoalition* und sozialdemokratisch-bündnisgrüner-postkommunistischer *Parlamentskoalition* zu strapazieren.

Der Einstellung auf die neue Situation diente im August 1994 eine ohne feste Tagesordnung anberaumte Fraktionsversammlung, auf der ein breiter allgemeiner Gedankenaustausch gepflegt wurde. Dabei wurden sowohl Inhalte erörtert, die die Fraktion nun als lohnend verfolgen sollte, als auch Instrumente wie die Volksinitiative (Art. 80 LVerf) diskutiert, die zur Verfolgung eigener Anliegen eingesetzt werden könnten.[245]

Konkret hat die Fraktion im Herbst 1994 die Südharzautobahn als ein populäres Anliegen identifiziert, das mit Hilfe einer Volksinitiative gegen ihre Ablehnung im Koalitionsvertrag publikumswirksam vorangetrieben werden könne.[246] Der gegen die Bündnisgrünen gerichtete, auf Übereinstimmung mit Kommunalpolitikern der SPD berechnete Vorstoß[247] zeitigte nicht nur eine erhebliche öffentliche Resonanz, sondern erzielte mit der Einleitung des Baues der damals als „A 82" bezeichneten heutigen Autobahn A 38 zugleich die gewünschte politische Wirkung. Dieser Erfolg veranlasste Bernhard Ritter zu dem Vorschlag, im Bereich der Schulpolitik zur

244 Eberhard Schütt-Wetschky: Verhältniswahl und Minderheitsregierungen. Unter besonderer Berücksichtigung Großbritanniens, Dänemarks und der Bundesrepublik Deutschland, in: ZParl 18. Jg. (1987), S. 94-109.

245 KAS: ACDP 05-013, Ordner 80: 2. WP, Protokoll Nr. 5 v. 16.8.1994 (Markus Kreye).

246 Bestätigung des Eingangs der Unterschriften in einem Schreiben von Landtagspräsident Klaus Keitel an Karl-Heinz Daehre v. 21.10.1994, KAS: ACDP 05-013, Ordner 84; Bewertung durch die Fraktion: KAS: ACDP 05-013, Ordner 80: 2. WP, Protokoll Nr. 11 v. 25.10.1994 (Markus Feußner), TOP 2.

247 Zur Festlegung der rot-grünen Minderheitskoalition: Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung, Verkehrspolitik, Punkt 19, S. 66. – Ute Semkat: Droht Landesregierung in Sachsen-Anhalt der Bruch? Die Welt v. 15./16.10.1994.

Förderstufe eine entsprechende Initiative ins Leben zu rufen, die ein Jahr später zur Eintragung aufgelegt wurde.[248]

Auch Gesetzentwürfe wurden in der Fraktion erarbeitet und von der Fraktion eingebracht, darunter je eine Vorlage für ein Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung, ein Gesetz über die Krankenhauspflegesätze sowie ein Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst, die alle drei bereits auf der achten Fraktionssitzung beraten wurden.[249] Im Laufe der Wahlperiode kam die Fraktion mit insgesamt 25 formell eingebrachten Gesetzentwürfen auf die gleiche Anzahl eigener Initiativen wie die CDU-FDP-Koalition in der vorangegangenen Wahlperiode.

Die aus Sicht der Fraktion gegebene Unzulänglichkeit von Regierungsvorlagen bei gleichzeitig bestehendem Mitgestaltungswillen schlug sich hingegen in 172 Änderungsanträgen nieder – gegenüber 9 CDU- und 117 Koalitionsänderungsanträgen in der extrem beratungsintensiven ersten Wahlperiode, trotz eines Rückgangs der Gesamtzahl an Gesetzentwürfen von 279 auf 162.[250]

Zu dieser regen Antragspraxis erläuterte der Fraktionsvorsitzende, dass sich die Zielsetzung, die mit eigenen Anträgen verfolgt werden könne und solle, im Vergleich zur ersten Wahlperiode verändert habe. Denn die Chancen der CDU, Mehrheiten zu erringen, seien gering, doch könnten „die anderen Fraktionen und die Landesregierung immer wieder zu einer klaren Positionierung gezwungen" werden, beispielsweise zur Schulpolitik, zum Nachtragshaushalt, zum kommunalen Wahlrecht oder zur Legalisierung von Drogen.[251]

Parallel zu der neuakzentuierten Antragspraxis entwickelte die CDU-Fraktion nun auch ungleich größere Kontrollaktivitäten als zuvor: Die Anzahl der von der CDU – nun allein – eingebrachten Großen Anfragen erhöhte sich von 9 (gemeinsam mit der FDP) in der ersten auf 24 in der zweiten Wahlperiode. Die Kleinen Anfragen verzehnfachten sich nahezu von 121 auf 1144. Die Anträge auf Aktuelle Debatten erhöhten sich von 13 in der ersten auf 24 in der zweiten Wahlperiode.[252]

248 Vorschlag Ritters in der Fraktion: KAS: ACDP 05-013, Ordner 80: 2. WP, Protokoll Nr. 11 v. 25.10.1994 (Markus Feußner). – Auflistung der Volksinitiativen bei Kai-Uwe Schnapp: Wahlen, Abstimmungen und Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Landespolitik in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2006, S. 173 (S. 147-178).

249 KAS: ACDP 05-013, Ordner 80: 2. WP, Protokoll Nr. 8 v. 20.9.1994 (Michaela Neersen), TOP 3.

250 Petra Dobner/Suzanne S. Schüttemeyer: Der Landtag als Institution und politischer Akteur, S. 29.

251 KAS: ACDP 05-013, Ordner 80: 2. WP, Protokoll Nr. 13 v. 15.11.1994 (Markus Kreye), TOP 2.

252 Petra Dobner/Suzanne S. Schüttemeyer: Der Landtag als Institution und politischer Akteur, S. 32; LT Drs. 2/4789 v. 22.5.1998, S. 26 (Anlage 2).

Völlig neu im Arsenal der Unionsfraktion waren Anträge auf Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Nachdem der erste Untersuchungsausschuss der zweiten Wahlperiode noch in Fortsetzung eines thematisch entsprechenden Gremiums der ersten Wahlperiode von der PDS beantragt worden war, zückte die CDU das Instrument des Untersuchungsrechts zum ersten Mal im Februar 1996. Dabei zielte sie auf Landwirtschaftsminister Helmut Rehhahn (SPD), dem sie eine unlautere Verquickung seines Regierungsamtes mit privaten Interessen vorwarf. Der Ausschuss arbeitete insoweit erfolgreich und wirkungsvoll, als er sich konsensual auf eine missbilligende Stellungnahme festlegte und Rehhahn noch während der Untersuchungen von seinem Amte zurücktrat.[253]

Der dritte Parlamentarische Untersuchungsausschuss widmete sich – erneut auf Antrag der CDU-Fraktion – der Einstellung und Beschäftigung einer persönlichen Referentin durch den Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr, Jürgen Heyer (SPD). Auf eine gemeinsame Bewertung der Vorgänge konnte sich der Ausschuss zwar nicht einigen, aber für die Wahrnehmung der parlamentarischen Kontroll- und Kommunikationsfunktion war er mit der Thematisierung einer dubiosen personalpolitischen Entscheidung angesichts der Resonanz in der Parlamentsberichterstattung gleichwohl von Bedeutung.[254]

Die klare personenbezogene Akzentuierung der beiden Untersuchungen entsprach dem strikt „kompetitiven" Oppositionsverständnis der CDU-Fraktion, das sich bereits wenige Wochen nach dem Regierungsantritt der Minderheitskoalition in einem gegen die gesamte Regierung gerichteten Missbilligungsantrag wegen deren Untätigkeit niedergeschlagen hatte.[255] Der Antrag, nur vertretungsweise von Christoph Bergner für Karl-Heinz Daehre am Ende einer langen Plenardebatte begründet, wurde erwartungsgemäß abgelehnt und erzielte nur eine recht begrenzte Resonanz.[256]

Zur Erhöhung der Aufmerksamkeit und Dokumentation der gegebenen strukturellen Mehrheitsverhältnisse griff die Fraktion 1996 sogar zu dem spektakulären

253 Einsetzung: PlPr 2/35 v. 8.2.1996, S. 2565-2574 (Antrag LT Drs. 2/1876); Schlussdebatte PlPr 2/65 v. 26.6.1997, S. 4885-4890 (Bericht 2/3671); Rücktritt Rehhahns am 28.5.1996, vgl. Drs. 2/4789, S. 6.

254 Einsetzung: PlPr 2/62 v.29.5.1997, S. 4614-4620 (Antrag LT Drs. 2/3574); Debatte des Zwischenberichts PlPr 2/79 v. 6.3.1998 (Bericht 2/4764). – Berichte u.a.: Gerhard Gunkel: Minister-Affäre: Die CDU sieht Heyer weiter im Zwielicht, MZ v. 7.11.1996; Vorzimmeraffäre: CDU-Fraktion beantragt einen Untersuchungsausschuss, MZ v. 16.4.1997; SPD will Untersuchung beenden. CDU: Heyer-Ausschuss bleibt, MZ v. 27.10.1997; Harald Kreibich: Vorzimmer-Affäre: Minister verweigert Kommentar, MZ v. 28.10.1997;

255 LT Drs. 2/81 v. 1.9.1994; PlPr 2/4 v. 9.9.1994, S. 178-180.

256 Ute Semkat: Bergner zeigt Höppner die Zähne, Die Welt v. 6.9.1994.

Instrument, einen Antrag auf ein „Konstruktives Misstrauensvotum" nach Art. 72 LVerf LSA zu stellen.[257] Als einziger Punkt auf die Tagesordnung der 50. Plenarsitzung gesetzt, wurde der Antrag parlamentarisch breit diskutiert und publizistisch stark beachtet. Die Wirkung aber blieb „suboptimal": Denn anders als das in anderen europäischen Ländern gebräuchliche einfache Misstrauensvotum, das den Rücktritt eines Regierungsmitglieds erzwingt oder in eine Parlamentsauflösung mit Neuwahlen mündet, erfordert die als „konstruktiv" bezeichnete Variante einen Gegenkandidaten, auf den sich eine ablösungsbereite Opposition vor der Antragstellung zu einigen hat. Für rein demonstrative Zwecke der Anlastung politischer Verantwortung eignet sich die deutsche Form des Misstrauensvotums hingegen nicht, da es ohne eine vorherige Mehrheitssuche notwendigerweise mit einer persönlichen Niederlage des oppositionellen Gegenkandidaten endet, wobei dieser politisch nicht unbeschädigt bleibt.[258] Obwohl Christoph Bergner in der Abstimmung eine Stimme mehr erhielt als seine Fraktion Sitze hatte und zwei weitere Abgeordnete durch Stimmenthaltung ihre Distanz zu Ministerpräsident Höppner ausdrückten, war daher dieser CDU-Initiative kein inner- oder außerparlamentarischer Erfolg beschieden. Sie wurde der CDU-Fraktion seitens der SPD vielmehr als Beleg angeblicher Kooperationsunwilligkeit vorgehalten.[259]

3. Die verfassungsgerichtliche Kontroverse um den Oppositionsstatus der PDS-Fraktion

Schon sehr früh – deutlich vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen – hatte Christoph Bergner mit der Thematisierung des Artikels 48 in Bezug auf die PDS einen Hinweis auf einen staatsrechtlich relevanten Aspekt der geplanten und letztlich realisierten Mehrheitsbildung gegeben. Da die PDS als „Preis" für die Stimmen ihrer Abgeordneten keine Regierungsämter gefordert hatte, konnte die erwartete Gegenleistung nur in einem Reputationsgewinn und in Geld für die Partei und ihre Klientel liegen. Hierzu bot Art. 48 Abs. 2 LVerf LSA mit seinem Hinweis auf Chancengleichheit und eine hinreichende Ausstattung für die Opposition eine

257 LT Drs. 2/2881 v. 18.11.1996; PlPr 2/50 v. 22.11.1996, S. 3831–3852 (Debatte); PlPr 2/51 v. 26.11.1996, S. 3853-3855 (Abstimmung).

258 Hierzu: Jürgen Plöhn: „Konstruktives Misstrauensvotum" und Vertrauensfrage im internationalen Vergleich – eine hochgelobte Fehlkonstruktion der deutschen Verfassung?, in: ders. (Hrsg.): Sofioter Perspektiven auf Deutschland und Europa, Berlin 2006, S. 127-165.

259 Ministerpräsident Höppner und Oppositionsführer Bergner im MZ-Streitgespräch: „Das ist starker Tobak", MZ v. 18.2.1997.

komfortable Bezugsgrundlage – solange die Zugehörigkeit der PDS zur Opposition, nach dem Selbstverständnis dieser Partei aufgrund ihrer Gegnerschaft zum gesellschaftlichen und politischen System Deutschlands ohnehin stets gegeben, nicht in Frage gestellt wurde.

Nachdem die Minderheitskoalition ihr erstes Jahr im Amte ohne eine einzige Niederlage bei der Schlussabstimmung über Gesetze überstanden hatte, sah die CDU-Fraktion die Zeit als gekommen an, die Position der PDS zu thematisieren. Daher teilte die Fraktion dem Landtagspräsidenten durch ein Schreiben vom 26. Juni 1995 förmlich mit, dass die PDS nach Ansicht *seiner* Fraktion als verlässlicher parlamentarischer Partner des Regierungsbündnisses ihren Status als Oppositionsfraktion verwirkt habe.[260] Da Klaus Keitel nach Erörterung der Problematik im Ältestenrat ablehnte, dem Begehren zu entsprechen,[261] gelangte die Materie durch einen Antrag der CDU-Fraktion ins Plenum, das mit seiner Mehrheit den Antrag gleichfalls zurückwies.[262] Daraufhin beauftragte die Fraktion Rechtsanwalt Rainer Robra, zuvor Staatssekretär im Landesjustizministerium, mit der Ausarbeitung einer Klageschrift, die am 15. Februar 1996 beim Landesverfassungsgericht in Dessau eingereicht wurde.[263] Landtagspräsident Keitel erhielt von Bergner eine erbetene Präzisierung der Rechtsposition der Fraktion.[264]

Konkret streitig gestellt wurde zum einen die Zahlung des „Oppositionszuschlags" gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 des Fraktionsgesetzes, zum anderen das Recht von Oppositionsfraktionen zur Benennung von Experten für Enquête-Kommissionen gemäß § 17 Abs. 3 LTGO, da der Landtag auf Antrag der Bündnisgrünen eine Enquête-Kommission „Schule mit Zukunft" eingesetzt hatte.[265]

260 Schreiben Christoph Bergners an Landtagspräsidenten Klaus Keitel v. 26.6.1995, KAS: ACDP 05-013, Ordner 84.

261 Schreiben LTP Klaus Keitels an FrV Christoph Bergner v. 24.8.1995.

262 LT Drs. 2/1259 v. 23.8.1995 (Antrag); PlPr 2/26 v. 1.9.1995, S. 1854-1862 (Plenarbehandlung).

263 Rainer Robra: Antrag im Organstreitverfahren vom 14. Februar 1996 (PA J. Plöhn). Zu den damit verbundenen Intentionen der CDU-Fraktion (aufgrund eines Interviews mit Jürgen Scharf) Sabine Kropp: Opposition und Mehrheitsregel in den Landesverfassungen, in: ZParl 28. Jg. (1997), H. 3, S. 383 f. (373-390).

264 Schreiben Christoph Bergners an LTP Klaus Keitel v. 22.2.1996 (Konkretisierung der Position aufgrund einer Aufforderung des LTP v. 14.2.1996), KAS: ACDP 05-013, Ordner 84.

265 Einsetzung der E.-K. „Schule mit Zukunft": LT PlPr 2/34 v. 18.1.1996, S. 2559-2563; hierzu: Schreiben FrV Christoph Bergners an LTP Klaus Keitel v. 23.1.1996 (unter Benennung von Christoph Hoffmann und Jan Hendrik Olbertz als die beiden der Opposition zustehenden Experten), KAS: ACDP 05-013, Ordner 84.

In Einklang mit einer Reihe von Politikwissenschaftlern[266] argumentierte die eingereichte Klageschrift anhand der konkreten Praxis des Landtags vorwiegend in einem strukturellen Sinne. Günstig erschien weiterhin die Möglichkeit, staatsrechtliche Arbeiten des Beraters der SPD-Fraktion für das Verfahren der Verfassungsgebung, Hans-Peter Schneider argumentativ heranziehen zu können, da dessen Parlamentarismusverständnis in der Oppositionsnorm der Landesverfassung einen unmittelbaren Ausdruck gefunden hatte.[267]

Demgegenüber begründete das Landesverfassungsgericht sein umfangreiches Urteil in einer auf individuellen Vorsatz und täterschaftliche Übereinstimmung abstellenden Weise, wie es dem *Strafrecht,* der beruflichen Materie des damaligen Gerichtspräsidenten, Jürgen Goydke, entspricht, dem *Staatsrecht* aber bereits vom Ansatz her unangemessen ist. So wandte sich das Gericht mit einer höchst eigenwilligen, rein subjektiv-intentionalen Interpretation des für die Auslegung des Artikels 48 LVerf zentralen Begriffes „stützen" von der klaren Konzeption des Verfassungsgebers und seines maßgeblichen Beraters ab und eröffnete der Parlamentsmehrheit eine Lücke, durch welche die PDS hindurch schlüpfen konnte:

> „Der Hilfsbegriff 'stützen' erfasst wegen seines voluntativen Elements nur Handlungen, die *bezwecken,* eine Regierung zu bilden oder im Amt zu 'halten'; hinter dieser Anforderung bleiben Handlungen zurück, die lediglich in ihren Auswirkungen *geeignet* sind, dies zu leisten, oder die für einen solchen *Erfolg* nur *ursächlich* sind".[268]

Geradezu absurde Züge nimmt die Argumentation der Richter an, wenn sie im Folgenden sogar in Zweifel ziehen, ob eine Regierung aufgrund einer auf rein funktionalen Nützlichkeitserwägungen erfolgten Wahl überhaupt wirksam ins Amt kommen könne:

> „Da 'Stützen' als 'Handlung' auch den Willen voraussetzt, der Regierung 'Vertrauen' zu 'geben', kann schon zweifelhaft sein, ob eine solche 'erzwungene' Stimmabgabe bereits den Ministerpräsidenten nur rein faktisch an die Macht bringt".[269]

266 Die CDU-Fraktion konnte sich insbesondere auf die in der vorliegenden Abhandlung zitierten Arbeiten Eberhard Schütt-Wetschkys, Winfried Steffanis und Jürgen Plöhns stützen. Später ebenso: Sebastian Putz: Die Landesregierung als Zentrum politischer Steuerung, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Ein Handbuch, Magdeburg 2006, S. 80-104.

267 Der objektive Befund anhand der Arbeiten Schneiders ist Jürgen Plöhn von Rainer Nitsche aufgrund dessen eigener Beobachtungen in den Beratungen der Landesverfassung am 12. November 1996 bestätigt worden.

268 Urteil des Landesverfassungsgerichts von Sachsen-Anhalt LVG 1/96 v. 29.5.1997 abgedruckt in: LVerfGE Bd. 6, S. 281-361.

269 LVG 1/96 v. 29.5.1997.

Ebenso abenteuerlich wie diese dilettantischen staatsrechtlichen Argumentationsversuche fallen die historischen Behauptungen der von strukturfunktionalistischen Erkenntnissen der Politikwissenschaft, sozialwissenschaftlicher Vertrauenstheorie und zeitgeschichtlichen Studien zur Koalitions- und Regierungsbildung gleichermaßen „unbeleckten" Richter aus:

> „Wesentliches Merkmal für die Zugehörigkeit zur 'Regierungsmehrheit' war in der Regel die förmliche Bindung durch einen Koalitionsvertrag, im Ausnahmefall der sogenannten 'Großen Koalition' jedenfalls durch Bildung eines ‚Koalitionsausschusses' (…)".[270]

Von einem solchen Regel-Ausnahme-Verhältnis kann in Deutschland real keine Rede sein. Vielmehr ergab sich auf Bundesebene erstmals 1961 im Zuge der langwierigen Verhandlungen um eine Ablösung Konrad Adenauers als Kanzler ein Interesse daran, das Resultat in Gestalt eines Koalitionsvertrages zu verschriftlichen.[271] Die vorangegangenen Bildungen der Bundesregierung wie auch die nachfolgende kamen ohne einen solchen Vertrag aus, der erst seit 1969 zur Regel wurde und daher selbst bei einem auf Deutschland verengten Blick für Koalitionen nicht begriffsnotwendig sein kann, wobei die Frage der üblichen Praxis auf Landesebene damit noch nicht einmal berührt ist.

Für Stützfraktionen versuchen die Richter zwar die Anforderungen gegenüber einer Regierungskoalition graduell niedriger zu halten, doch bleiben ihre Standards schwammig, so dass nicht nachvollziehbar ist, wieso sie angesichts der aktenkundigen Vorgeschichte das Vorliegen einer hinreichend konkreten Verabredung für ein stützendes Verhalten nicht bejahen.

> „Zwar bedarf es hierfür [eine „'koalitionsähnlich verlässliche[]' Umsetzung von grundsätzlich einvernehmlich abgestimmter Politik"] keines ausdrücklichen ‚Vertrags', wohl aber einer der Koalitionsvereinbarung wenigstens ähnlichen Abrede, welche die Regierung erwarten lassen kann, ihre Politik werde nicht 'von außen bekämpft', sondern 'von innen(mit-)getragen'. ‚Koalitionsähnlich' ist dabei nur die Geschäftsgrundlage, welche sich aus einer über konkrete Einzelvorhaben hinaus weiter reichenden, eben 'grundsätzlichen' Übereinstimmung ergibt".

Bereits die genannten gravierenden methodischen Fehler lassen Willen und Ignoranz als maßgebliche Einflüsse auf die Rechtsfindung deutlich werden. Die Bezugnahme

270 LVG 1/96 v. 29.5.1997.

271 Peter Schindler: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Bd. I, Baden-Baden 1999, S. 1166-1169.

auf veraltete Literatur, die Verwendung eines der parlamentarischen Demokratie nicht angemessenen, von einer „Trennung" der Staatsorgane ausgehenden Gewaltenteilungsmodells und die Einvernahme führender Politiker mit politischen Eigeninteressen, die somit keineswegs als neutrale Zeugen angesehen werden konnten,[272] taten ein Übriges, um die Klage der CDU-Fraktion scheitern zu lassen.[273]
Für Landesverfassungsgerichte keineswegs untypisch hatte sich das junge, überwiegend nicht mit Verfassungsexperten besetzte Gericht politisch auf die Seite der Landesregierung gestellt. Der Versuch, durch Thematisierung des Oppositionsstatus sowohl das Interesse der PDS an einer Unterstützung der Regierung zu reduzieren als auch die reale Abhängigkeit der Regierung von der Nachfolgepartei der für die DDR-Diktatur Verantwortlichen durch eine neutrale Instanz dokumentieren zu lassen, war damit fehlgeschlagen. Ernüchtert sprach Bergner davon, der Oppositionsartikel sei von den Verfassungsrichtern „praktisch gegenstandslos" gemacht worden.[274]

4. Ende und Beurteilung der Wahlperiode

Die CDU-Fraktion hatte sich dem Ansinnen der Minderheitsregierung nach ihrer politischen Einbindung seit Beginn der Wahlperiode konsequent zu entziehen versucht. Die Konfrontation im Misstrauensvotum und der Versuch, den Konflikt in eine gerichtliche Arena zu verlagern, hatten indes nicht zum Erfolg geführt. Für die Vermittlung ihrer kompetitiven Oppositionsstrategie in die Öffentlichkeit war die Fraktion auf die Medien angewiesen. Diese begegneten der CDU nicht generell mit Wohlwollen. Bisweilen stimmten journalistische Positionen auch in bemerkenswert hohem Maße mit Auffassungen der Magdeburger Staatskanzlei überein. So sah sich Michael Schneider als Fraktionsgeschäftsführer im Frühjahr 1996 veranlasst, in einem Schreiben an die Chefredakteurin des Berliner Tagesspiegel auf eine Darstellung in ihrem Blatt hinzuweisen, die nicht nur tendenziös geschrieben war, sondern dazu auch im Bereich der Fakten auf fehlerhaften Grundlagen beruhte.[275]

272 Zeugenvernehmung in Magdeburg (Dt.), F.A.Z. v. 25.4.1997; Stefan Dietrich: Verläßliche Partner. Die Justiz prüft das Magdeburger Modell, F.A.Z. v. 30.4.1997.

273 Dokumentation und Kommentierung des Urteils: Jürgen Plöhn: Der Oppositionsstatus der PDS nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt, in: ZParl 28. Jg. (1997), H. 4, S. 558-571; positivistische Darstellung bei Winfried Kluth: Zehn Jahre Verfassungsentwicklung in Sachsen-Anhalt – 1992 bis 2002, in: JböR N.F. 51, hrsg. v. Peter Häberle, Tübingen 2003, S. 464-466 (459-487).

274 Peter Holz: Fünf Jahre Landesverfassung: Wenig Interesse bei Studenten in Halle, MZ v. 16.7.1997.

275 Eberhard Löblich: Ständig in der Schmollecke – Sachsen-Anhalts Oppositionsführer Bergner ist in eine Identitätskrise geschlittert, Berliner Tagesspiegel v. 6.4.1996; hierauf: Michael Schneiders Schreiben an Monika Zimmermann v. 12.4.1996, KAS: ACDP 05-013, Ordner 158.

Ministerpräsident Reinhard Höppner äußerte sich im Herbst des gleichen Jahres im Landtag in traditionell-obrigkeitlichen Tönen:

> „Das Motto, mit dem die Sozialdemokraten ihren Landesparteitag in Salzwedel überschrieben hatte, lautete: Unsere Kraft für Sachsen-Anhalt! (…)
> Dieses Motto zeigt, dass sozialdemokratische Politiker und Politikerinnen in Sachsen-Anhalt alles ihnen Mögliche tun, um dieses Land nach vorn zu bringen. (…).
> Demgegenüber betreibt die CDU eine Politik nach dem Motto: Unsere ganze Kraft der Miesmacherei und den Intrigen."[276]

Die Äußerung ließ nicht erkennen, dass die Regierung der parlamentarischen Opposition eigene Entscheidungen über politische Inhalte und Strategien zubilligte oder deren ständig beteuerte Bereitschaft zur konstruktiven, gleichberechtigten Zusammenarbeit im Rahmen einer Großen Koalition zur Kenntnis zu nehmen bereit war. Tatsächlich ließ die CDU-Fraktion 1996 parallel zu ihrem verfassungsgerichtlichen Vorstoß – und insoweit möglicherweise als Gesamtkonzept schwer vermittelbar – eine gewisse neue Beweglichkeit zur Mitte der Wahlperiode erkennen, als die PDS durch Angriffe auf den marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsminister, Klaus Schucht (SPD), ihre Unzufriedenheit mit einzelnen Zügen der von ihr abhängigen Regierung erkennen ließ.[277] Ein an die SPD gerichtetes Gesprächsangebot des Fraktionsvorsitzenden wurde unterstrichen durch eine gemeinsame Abstimmung von Minderheitskoalition und CDU zum Kommunalabgabengesetz im Innenausschuss des Landtags.[278] Die gleiche Mehrheit verabschiedete das Gesetz dann auch im Plenum des Landtags.[279]

Die PDS reagierte deutlich irritiert. Nach Warnungen vor einem Kurswechsel suchte sie verstärkt das Gespräch mit den Sozialdemokraten.[280] Höppner dagegen ließ sich – nach fast zwei Jahren – auf ein erstes Gespräch mit dem Oppositionsführer ein, wobei jedoch sofort wieder Differenzen deutlich wurden, als Höppner für weitere Gesetzesbeschlüsse an parlamentarische Allparteienkoalitionen dachte, während die CDU der SPD für weitere Gespräche das Angebot eines „Investitions-

276 MP Reinhard Höppner, LT PlPr 2/50 v. 22.11.1996, S. 3846.

277 PDS fordert Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, Volksstimme v. 28.2.1996.

278 Harald Kreibich: Gesprächsangebot der CDU: Neue Möglichkeiten für die Regierung? MZ v. 5.3.1996; Gerhard Gunkel: Innenausschuss zu Kommunalabgaben: Koalition und CDU stimmen Gesetzentwurf gemeinsam zu, MZ v. 14.3.1996.

279 LT PlPr 2/39 v. 25.4.1996, S. 2942-2952, namentliche Abstimmung S. 2951 f.. – Rot-grüne Koalition und CDU stimmen gegen PDS, MZ v. 26.4.1996; Kommentar: Gerhard Gunkel: Modell vor der Reifeprüfung, ebd.

280 MP Reinhard Höppner, LT PlPr 2/50 v. 22.11.1996, S. 3846.

und Haushaltssicherungsgesetzes" machte.[281] Angesichts der schnell hinhaltend, dann ablehnend werdenden Haltung der Sozialdemokraten[282] endeten die Sondierungen über die Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit bereits gut zwei Wochen, nachdem sie begonnen hatten. Denn für die PDS stellten legislatorische Abmachungen der SPD mit der CDU die bislang bestehende parlamentarische Koalition in Frage. Damit sahen zugleich die Bündnisgrünen ihre Mitwirkung in der Regierung gefährdet.[283] Angesichts ihrer strukturellen Angewiesenheit auf die PDS kam die SPD trotz erfolgreicher Einigung des Innenministers mit der Union bereits bei der Beratung eines Gesetzes zur „kommunalen Gemeinschaftsarbeit" zur Regelung von Problemen der Abwasserzweckverbände den Forderungen der PDS erneut entgegen.[284] Die CDU-SPD-Gespräche wurden daraufhin beendet.[285]
Der Versuch einer gemeinsamen Politik von CDU und SPD blieb damit in der zweiten Wahlperiode eine kurze Episode. Diese dokumentiert jedoch: Die konsequent vertretene Auffassung der CDU, die SPD sei keineswegs zu einer ihren vollmundigen Ankündigungen entsprechenden gleichberechtigten Berücksichtigung der beiden möglichen Mehrheitsbeschaffer, PDS und CDU, bereit und in der Lage, stellte eine zutreffende Lagebeurteilung dar. So machte Hans-Jochen Tschiche aus gegebenem Anlass im Mai 1996 noch einmal klar, „dass das 'Magdeburger Modell nur von den Reformkräften getragen' werde",[286] wozu er zwar die Partei des *ancien régime* – die PDS –, nicht aber die CDU rechnete. Gleichwohl fanden sich Politikwissenschaftler bereit, die ursprünglich seitens der SPD propagierte Konzeption eines auf allgemeine Kommunikation angelegten Dialogmodells, das zumindest ansatzweise dazu beigetragen habe, „die Konfrontation der Parteien" zu entschärfen, vor der anstehenden Landtagswahl als wissenschaftliche Erkenntnis

281 Michael Bock: Bündnisgrüne künftig bei Verhandlungen dabei: CDU-Landesvorstand will Gespräche mit der SPD fortsetzen, Volksstimme v. 8.5.1996; ders.: Zwickmühle, ebd.

282 Michael Bock: Innenausschuss verschob Abwasserentscheidung: CDU-Politiker Becker: Aufschub ist „Skandal", Volksstimme v. 9.5.1996; Gerhard Gunkel: Kommunalgesetze: SPD verschiebt Verabschiedung, MZ v. 9.5.1996; Hans-Jürgen Greye: Ansichten eines Fraktionschefs: „Nur über das Klima zu reden, nützt nichts", MZ v. 9.5.1996.

283 Gerhard Gunkel: Kommunalgesetze: Püchel und PDS finden noch keinen Kompromiss, MZ v. 14.5.1996.

284 Gerhard Gunkel: Kommunalgesetz: Bündnisgrüne setzen Püchel unter Druck. Innenminister soll PDS-Vorstellungen akzeptieren – CDU-Fraktionschef Bergner warnt, MZ v. 20.5.1996; Harald Kreibich: Kommunalgesetz: Rot-Grün schwenkt auf PDS-Kurs ein, MZ v. 22.5.1996.

285 Beratung von CDU und SPD: Gespräche sind gescheitert, MZ v. 24.5.1996; Harald Kreibich: Gegenseitig starre Haltung vorgeworfen, ebd.; Kommentar: Heinz Verfürth: Die Landespolitik hat sich ideologisiert statt stabilisiert, MZ v. 25.5.1996.

286 Gerhard Gunkel: Kommunalgesetze: Püchel und PDS finden noch keinen Kompromiss, MZ v. 14.5.1996.

zu vertreten.[287] Berechtigter Widerspruch und eine kontroverse Debatte ließen allerdings nicht auf sich warten.[288]

Die Verfolgung eines konsequenten Kurses zwischen Verlockungen und Zurückweisungen, Diffamierungen und Schwierigkeiten, die eigenen Auffassungen korrekt zu kommunizieren, stellte die besondere Herausforderung der Fraktion während der zweiten Wahlperiode dar. Dabei mag die Oppositionsführung die Abgrenzung gelegentlich überzogen haben – ein für Oppositionsführer nicht unübliches Problem. Angesichts einer zuvor jahrzehntelang nicht an parlamentarische Opposition gewöhnten Bevölkerung waren indes Vermittlungsprobleme ohnehin vorprogrammiert. Unter diesen Bedingungen hat sich die CDU in bemerkenswerter äußerer Geschlossenheit zu behaupten verstanden.

V. Die dritte Wahlperiode: Tristesse und Neuanfang in der Opposition

1. Das Wahlergebnis und die Formierung von Regierungsmehrheit und Opposition

Hinsichtlich ihrer Positionierung für die dritte Wahlperiode stand die Unionsfraktion vor einem Dilemma: Auf der einen Seite hatte sie sich gegenüber den Zumutungen des „Magdeburger Modells" zu behaupten gehabt und dabei ihr Profil zu zeigen versucht, wobei einige Energie statt auf die Formulierung eigener Inhalte auf die politische, rechtliche und kommunikative Selbstbehauptung aufgewendet worden war. Auf der anderen Seite war der CDU aber bereits 1994 ihr vormaliger Koalitionspartner, die FDP, abhanden gekommen. Für 1998 stand ein Wiedereinzug der Liberalen in den Magdeburger Landtag realistischerweise nicht zu erwarten. Da eine absolute Mehrheit für die CDU-Fraktion als praktisch ausgeschlossen zu gelten hatte, stellte sodann der politische *Hauptgegner* zugleich den einzig möglichen *Koalitionspartner* dar. Danach lag die Abwägung nahe, ob mit einer polarisierenden oder einer den Konsens suchenden Strategie eine günstigere Ausgangsbasis für eine Regierungsbeteiligung zu erzielen sei.

287 Wolfgang Renzsch/Stefan Schieren: Große Koalition oder Minderheitsregierung: Sachsen-Anhalt als Zukunftsmodell des parlamentarischen Regierungssystems in den neuen Bundesländern?, in: ZParl 28. Jg. (1997), H. 3, S. 391-407 (Zitat S. 407).

288 Winfried Steffani: Zukunftsmodell Sachsen-Anhalt? Grundsätzliche Bedenken. Bemerkungen zum Beitrag von Wolfgang Renzsch und Stefan Schieren in Heft 3/1997, in: ZParl 28. Jg. (1997) H. 4, S. 717-722; Wolfgang Renzsch/Stefan Schieren: Große Koalition ohne Alternative? Eine Antwort auf Winfried Steffanis Beitrag in Heft 4/1997 der ZParl, in: ZParl 29. Jg. (1998) H. 1, S. 187-188; Winfried Steffani: Wer trägt die Verantwortung? Wider die wissenschaftliche und politische Verharmlosung des „Magdeburger Modells", ebd., S. 189-190.

Das Ergebnis fiel für die CDU ernüchternd aus. Ihr Stimmenanteil war um 12,4 Prozentpunkte auf 22,0 % eingebrochen. Nur noch zwei Wahlkreise konnten CDU-Kandidaten direkt gewinnen.[289] Die Sozialdemokraten hatten dagegen ihren Stimmenanteil erneut leicht erhöhen können (+1,9 Prozentpunkte) und lagen nun mit 35,9 % der Stimmen sehr deutlich vor der CDU. Der Anteil der PDS stagnierte hingegen bei nunmehr 19,6 % (-0,3 Prozentpunkte). Neu ins Parlament zog die DVU mit 12,9 % der Wählerstimmen ein. Die Zuwächse der FDP reichten hingegen nicht für eine Rückkehr in den Landtag. Da sich die Wahlbeteiligung deutlich erhöht hatte, zeigen die absoluten Stimmenzahlen in manchen Aspekten allerdings ein anderes Bild als die Prozentangaben. Insbesondere ist der *Rückgang der Stimmenzahl* der CDU mit 60795 *wesentlich geringer* gewesen als bei dem als glimpflich angesehenen Verlust von 4,6 Prozentpunkten vier Jahre zuvor.

Angesichts der diesmal für die SPD deutlich günstigeren Ausgangslage erschien eine Große Koalition und damit eine neuerliche Regierungsbeteiligung der CDU – allerdings als Juniorpartner – grundsätzlich leichter erreichbar als 1994. Die beiden Parteien sondierten die Möglichkeit einer demokratischen Mehrheitsbildung. Die SPD ließ die Gespräche jedoch an einer von ihr gewünschten „antifaschistischen" (anstatt einer antiextremistischen) Erklärung gegen jede Zusammenarbeit mit der DVU scheitern und setzte ihre von der PDS gestützte Minderheitsregierung nunmehr ohne die an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten Grünen fort.

Die Position der CDU im Parteienspektrum hatte sich aufgrund des Wahlergebnisses nochmals deutlich verändert: Nicht nur fehlte weiterhin ein bürgerlicher Partner, vielmehr war die Union nun zwischen DVU und SPD geraten, so dass sie sich von zwei Seiten politisch bedroht sah. Das Zustandekommen eines Parteiensystems mit demokratischen Mittel- und systemoppositionellen Flügelparteien ließ in der Öffentlichkeit Fragen nach einer möglichen Bedrohung auch der deutschen Nachkriegsdemokratie aufkommen.[290] Innerhalb der CDU kam die Suche nach dem oder den Verantwortlichen für die schwere Wahlniederlage mit einer Dezimierung der Fraktion auf nicht mehr als 28 Sitze hinzu.[291] Entsprechend spannungsreich stellte sich die Fraktion nach der Neuwahl des Landtags dar.

289 Thomas Webel und Curt Becker konnten in den Wahlkreisen 8 (Wolmirstedt) und 48 (Naumburg) die beiden einzigen Direktmandate für die CDU erringen.

290 Wilhelm Knelangen/Johannes Varwick: Magdeburg ist nicht Weimar. Oder doch?, in: Gegenwartskunde 47. Jg. (1998), S. 213-221.

291 Wahlanalyse: Stefan Schieren: Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998: „Magdeburger Modell" mit einigen Mängeln, in: ZParl 30. Jg. (1999), H. 1, S. 56-78.

2. Personelle Kontinuitäten und inhaltliche Veränderungen

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 fiel zeitlich bereits voll in den einsetzenden Bundestagswahlkampf. Die Bestrebungen der Landes-CDU, diesen ohnehin schwierigen Wahlkampf nicht durch kontroverse Personaldiskussionen zusätzlich zu belasten, waren leicht nachvollziehbar. Gleichwohl wurden insbesondere gegen Parteichef Karl-Heinz Daehre kritische Stimmen laut, obgleich dieser gar nicht Spitzenkandidat gewesen war.[292] Bergner hingegen verkündete als seine persönliche Konsequenz aus dem Wahldebakel, nicht noch einmal als Spitzenkandidat zur Verfügung zu stehen und außerdem im Herbst nicht wieder als stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender kandidieren zu wollen. Was auf den ersten Blick für den Einen oder Anderen wie ein schmerzhafter Teilrückzug aussehen mochte, konnte bei näherer Betrachtung durchaus auch als einsichtsvoller Verzicht auf ohnehin nicht mehr zu verteidigende Positionen erscheinen. Insofern war Bergners gleichzeitige Entscheidung, den Fraktionsvorsitz weiterhin zu beanspruchen, bei allem Verständnis für tatsächliche oder auch vermeintliche Zwänge des laufenden Bundestagswahlkampfes aus Sicht potentieller Widersacher inkonsequent und damit angreifbar.

Bergners Wiederwahl zum Fraktionsvorsitzenden erfolgte auf der konstituierenden Fraktionsversammlung. Auf Vorschlag des zu diesem Zeitpunkt noch im Amt befindlichen CDU-Landesvorsitzenden wählten die nunmehr in stark verkleinertem Kreis zusammensitzenden 28 CDU-Parlamentarier Bergner mit 24 Ja- und vier Nein-Stimmen erneut zum Fraktionsvorsitzenden.[293] Da die CDU mit der Landtagswahl den Status als stärkste politische Kraft verloren hatte, büßte sie auch das Amt der Parlamentspräsidenten ein. Für die ihr gleichwohl nach den parlamentarischen Gepflogenheiten zustehende Position des Landtagsvizepräsidenten wurden mit Petra Wernicke, Klaus Keitel und Wolfgang Böhmer gleich drei Kandidaten vorgeschlagen. Letzterer setzte sich schließlich im zweiten Wahlgang fraktionsintern durch.[294]

Nachdem damit die beiden prestigeträchtigsten Ämter, die die CDU-Fraktion in der dritten Wahlperiode zu vergeben hatte, verteilt waren, standen noch die

292 „In Sachsen-Anhalt gerät CDU-Spitze unter Druck. Parteibasis will vorgezogene Neuwahl des Vorstandes", in: Die Welt, 3.6.1998, und: „Nach Wahldebakel dauern Personaldiskussionen in der CDU an / Landtagsabgeordnete Fischer: ‚Wenn sich Zahlen nicht ändern, müssen sich die Köpfe ändern'", in: Volksstimme, 5.6.1998.

293 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 1. Sitz., 28.4.1998 in Magdeburg, S. 2.

294 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 7. Sitz., 9.6.1998 in Magdeburg, S. 2 und die dazugehörigen handschriftliche Anmerkungen von Jürgen Scharf. Siehe auch Artikel: „Schomburg bekam Vize-Posten per Los, die ‚drei Wilden' erhielten einen Dämpfer", in: Volksstimme, 10.6.1998.

Wahlen der weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes an. Dabei wurde zunächst Jürgen Scharf ohne Gegenkandidaten bei 26 abgegebenen Stimmen und einer Enthaltung mit 21 Ja- und vier Nein-Stimmen erneut zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Für die beiden Ämter des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden traten mit Petra Wernicke, Marion Fischer, Detlef Gürth, Reiner Schomburg und Uwe Schulze gleich fünf Kandidaten gegeneinander an.

Während eine der beiden „Fraktionsvizes" aus der zweiten Wahlperiode – Wernicke – erneut kandidierte, hatte sich Parteichef Daehre gegen eine weitere Amtszeit als stellvertretender Fraktionsvorsitzender entschieden. Ob er damit im Hinblick auf das Landtagswahlergebnis einen ähnlichen Teilrückzug wie Bergner bezweckte, oder ob er damit angesichts kolportierter Spannungen Distanz zu Bergner schaffen wollte, ist den Dokumenten nicht zweifelsfrei zu entnehmen. Die beiden Motive schließen einander indes nicht aus.

Fest steht jedoch, dass Wernicke als einzige der fünf Kandidatinnen bzw. Kandidaten bereits im ersten Wahlgang mit 17 Stimmen gewählt wurde. Von den anderen vier entfielen auf Fischer fünf, auf Gürth neun, auf Schomburg elf und auf Schulze sieben Stimmen. Die beiden Bestplatzierten stellten sich daraufhin zwei weiteren Wahlgängen, die mit 12 zu 12 Stimmen jeweils unentschieden ausgingen. Per Losverfahren kehrte schließlich Schomburg auf jenen Posten zurück, den er bereits Ende 1993 kurzzeitig innegehabt hatte.[295] Im Landtag verblieben als Führungspositionen noch drei Vorsitze in Ausschüssen und einer in einem Unterausschuss. Mit Jeziorsky (Inneres), Sommerfeld (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Daehre (Raumordnung und Umwelt) sowie Keitel (Rechnungsprüfung) erhielten nur wenige Fraktionsmitglieder herausgehobene parlamentarische Positionen.[296]

Hatte sich die Fraktion damit bei der Mehrzahl ihrer Führungspositionen für personelle Kontinuität entschieden, so diskutierte sie im weiteren Verlauf des Jahres 1998 auf zwei Klausurtagungen über ihre zukünftige Strategie und Ausrichtung. Bereits vor der parlamentarischen Sommerpause hatten sich die 28 CDU-Parlamentarier für zwei Tage in die Abgeschiedenheit der Evangelischen Heimvolkshoch-

295 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 7. Sitz., 9.6.1998 in Magdeburg, S. 2 und die dazugehörigen handschriftliche Anmerkungen von Jürgen Scharf. Siehe auch Artikel: „Schomburg bekam Vize-Posten per Los, die ‚drei Wilden' erhielten einen Dämpfer", in: Volksstimme, 10.6.1998.

296 LT S-Anh. Drs. 3/5437 v.15.5.2002, S. 27.

schule Alterode zurückgezogen. Wie schon bei seinem Amtsantritt suchte Bergner weiterhin den Konsens der Kollegen, stieß aber nun bei einigen offen oder verdeckt auf Vorbehalte. Als ein Ergebnis der Beratungen kündigte der Fraktionsvorsitzende eine „konstruktive Oppositionsrolle" an. Bergner sagte: „Was richtig ist, wird unsere Zustimmung bekommen, was falsch ist, unsere Ablehnung."[297] Die CDU-Fraktion hatte sich damit für Flexibilität (ausdrücklich nicht zu verwechseln mit Beliebigkeit) im Parlamentsalltag entschieden und ihre Oppositionsstrategie im Vergleich zur zweiten Wahlperiode, bei der insbesondere zu Beginn die Schlagworte der „Fundamental-" oder auch „Totalopposition" dominierten, sichtbar modifiziert. In Bezug auf die DVU verfolgte die CDU von Beginn an eine noch striktere Abgrenzungsstrategie als zu der zusammengewürfelten DSU-Fraktion der ersten Wahlperiode.[298]

Die Diskussion über die Strategie und Positionierung der Fraktion setzten die Abgeordneten Anfang November auf ihrer Klausurtagung in Wendgräben fort. Neben dem Fraktionsvorsitzenden legten dort auch Reiner Schomburg und Detlef Gürth umfangreiche Strategie- bzw. Diskussionspapiere vor.[299] Das katastrophale Landtagswahlergebnis hatte damit innerhalb der CDU-Fraktion einen Diskussionsprozess ausgelöst, der weitaus tiefergehend war, als es jede Personalveränderung für sich allein genommen hätte sein können.

3. Kampf um den Fraktionsvorsitz – Verspätete Verarbeitung des Landtagswahlergebnisses?

Nach der Bundestagswahl 1998 kehrte für die Landes-CDU auch das während des Wahlkampfes mühsam unterdrückte Thema der aus dem Landtagswahlergebnis zu ziehenden personellen Konsequenzen auf die Tagesordnung zurück. Der seit 1993 amtierende Parteichef Daehre beugte sich schließlich dem Druck und ver-

297 „Fraktion zieht sich zu zweitägiger Klausur zurück. CDU will ihre Rolle als Opposition definieren", in: Volksstimme, 23.6.1998 sowie eigene Beobachtungen Jürgen Plöhns als Referent auf der Klausurtagung.

298 Hierzu z.B.: „Die CDU sitzt mit der DVU auf der Oppositionsbank / Christoph Bergner: ‚Vergnügungssteuerpflichtig ist das mit Sicherheit nicht'", in: Volksstimme, 14.5.1998. Als die DVU-Fraktion im Verlauf der Wahlperiode, wie auf der Klausurtagung am 23.6.1998 von Jürgen Plöhn prognostiziert, immer weiter auseinanderbrach, war es dem Fraktionssitzungsprotokoll vom 16.2.1999 zufolge absoluter Konsens unter den CDU-Abgeordneten, dass ehemalige DVU-Abgeordnete keinen Gaststatus in der CDU-Fraktion eingeräumt bekommen sollten, falls sie dies wünschen sollten.

299 Dr. Christoph Bergner: „Diskussionspapier zur Strategieberatung der CDU-Landtagsfraktion am 3.11.1998 in Wendgräben" (ohne Datum), Reiner Schomburg: „Thesen zur Strategie – Debatte der CDU-Landtagsfraktion am 3.11.1998 in Wendgräben", 1.11.1998 und: Detlef Gürth: „Strategische Überlegungen über Wege aus dem 30-Prozent-Ghetto", November 1998.

zichtete auf eine erneute Kandidatur,[300] freilich nicht ohne eine Diskussion um den weiteren Verbleib von Bergner als Fraktionsvorsitzenden loszutreten. Der scheidende CDU-Vorsitzende sagte: „Ich denke, Herr Bergner wird das nächste Thema in der Union sein."[301] Kaum zurückhaltender formulierte der kurz darauf zum neuen Parteivorsitzenden gewählte Wolfgang Böhmer seine Erwartungshaltung an den Fraktionsvorsitzenden: „Der Spitzenkandidat ist auch der Spitzenverlierer. Es wäre sehr ehrenhaft gewesen, wenn sich Bergner zu seiner Verantwortung bekannt hätte."[302] Mit Daehre und Böhmer hatten sich somit zwei Schwergewichte in Partei und Fraktion nicht nur intern, sondern auch öffentlich gegen einen weiteren Verbleib Bergners im Fraktionsvorsitz ausgesprochen.

Bergner entschied sich dafür, in die Offensive zu gehen, und erklärte im März 1999 über die Medien, wieder für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren.[303] Einen Monat später gab seine Stellvertreterin Petra Wernicke auf einer Fraktionssitzung intern ihre Gegenkandidatur bekannt.[304] Am 4. Mai fand unter der Leitung des Fraktionsältesten, Egon Sommerfeld, geboren am 3.12.1930, die satzungsgemäße Neuwahl des Fraktionsvorstandes statt. Entgegen der Vermutung mancher Beobachter[305] fiel das Ergebnis relativ klar zugunsten des Amtsinhabers aus. Bergner erhielt 18 Stimmen, Wernicke zehn.[306] Dass Wernicke mit ihrer Kandidatur weitergehende Ambitionen verfolgte,[307] war vermutlich auch denjenigen Abgeordneten klar, die keinem der beiden Kandidaten eindeutig zugerechnet werden konnten und bei der Wahl den Ausschlag gaben.[308]

Bei den anschließenden Wahlen zum Geschäftsführenden Fraktionsvorstand trat Wernicke nicht wieder als stellvertretende Vorsitzende an. Jürgen Scharf wurde

300 „Karl-Heinz Daehre will nicht noch einmal als Landesvorsitzender kandidieren. Feuchte Augen nach der Abschiedserklärung", in: Volksstimme, 1.10.1998.

301 „CDU-Landeschef Daehre tritt zurück. Fraktionschef Bergner unter Feuer", in: Bild-Zeitung, 1.10.1998.

302 „Kein Ende der Personaldebatte in Landes-CDU: Daehre-Rückzug verstärkt Druck auf Bergner", in: Volksstimme, 1.10.1998. Wolfgang Böhmer wurde auf dem Wolmirstedter Parteitag mit rund 80 Prozent der Delegiertenstimmen zum Nachfolger Daehres als CDU-Vorsitzender gewählt.

303 „Bergner tritt erneut für Fraktionsvorsitz an", in: Volksstimme, 16.3.1999, und: „Bergner provoziert Unmut in der CDU. Fraktionschef überrascht Partei mit erneuter Kandidatur", in: MZ, 17.3.1999.

304 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 31. Sitz., 13.4.1999 in Magdeburg, S. 1.

305 „Wahl zum CDU-Fraktionsvorsitz: Hier zehn, dort zehn, der Rest ist Schwungmasse", in: Volksstimme, 4.5.1999.

306 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 33. Sitz., 4.5.1999 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

307 „CDU-Fraktion: Spitzenkandidatur für Wernicke trotz Niederlage nicht abgehakt", in: Volksstimme, 5.5.1999.

308 „CDU-Landtagsfraktion: Bittere Enttäuschung für die Kontrahentin", in: MZ, 5.5.1999.

hingegen mit 21 Ja- und drei Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen überzeugend als „PGF" bestätigt. Danach kam es bei der Wahl für die beiden Stellvertreterpositionen erneut zu Kampfkandidaturen. Neben dem amtierenden Fraktionsvize Reiner Schomburg bewarben sich Carmen Stange, Detlef Gürth und Uwe Schulze. Auf Schomburg entfielen 16 Stimmen, auf Gürth 15, auf Stange neun und auf Schulze sechs.[309] Damit wurde der ein Jahr zuvor durch Losentscheid gegen Schomburg unterlegen gebliebene Gürth doch noch stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

4. Die SPD im Visier – Böhmers charmante Daueroffensive für eine „Sanierungskoalition" und Bergners neuer strategischer Ansatz

Mit Böhmer und Bergner wurden Partei und Fraktion von sehr unterschiedlichen Charakteren geführt. Während der persönlich bisweilen „polternd" auftretende Böhmer politisch als Mann des Ausgleichs mit der SPD galt, hatte der individuell verbindliche Bergner aufgrund seiner Versuche, der CDU parlamentarisch Konturen zu verleihen, öffentlich ein eher kämpferisches Image. Entsprechend wäre erwartbar gewesen, dass sich zwischen beiden harte Rivalitäten ergeben, bei denen es um eine stärkere konfrontative oder kooperative Ausrichtung der Oppositionsarbeit gehen würde. Doch was auf Seiten der Regierung und ihres Mehrheitsbeschaffers möglicherweise erhofft und auf Seiten der CDU von einigen eventuell befürchtet worden sein mag, erfüllte sich nicht. Jenseits der politischen Vernunft hatte dies auch damit zu tun, dass die von der CDU zu Beginn der Wahlperiode festgelegte Strategie der „konstruktiven Opposition" im Grundsatz unumstritten war. Die von dem neuen Parteivorsitzenden Böhmer gegenüber der SPD eingeschlagene Gangart verfolgte diese Linie in intensivierter Form weiter, so dass man angesichts der neuen persönlichen Akzente von einer charmanten Daueroffensive gegenüber der SPD sprechen konnte.

Nach den schweren Niederlagen bei der Landtags- und Bundestagswahl 1998 konnte die CDU in Sachsen-Anhalt, auch getragen von einer Trendwende auf Bundesebene, bei den Kommunalwahlen Anfang Juni 1999 nicht nur Achtungserfolge erringen, sondern in vielen Kreisen ihren Sieg als klar stärkste politische Kraft feiern. Landesweit waren die Christdemokraten auf 37,8 Prozent der Wählerstimmen gekommen und hatten damit die regierende SPD um zehn Prozentpunkte hinter sich gelassen.[310] Auf kommunaler Ebene kam es danach vielerorts zu Großen Koa-

309 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 33. Sitz., 4.5.1999 in Magdeburg, S. 1 f. (PA J. Scharf).

310 Siehe hierzu: http://www.stala.sachsen-anhalt.de/wahlen/kw99/index.html (Zugriff am 24. Juli 2010).

litionen, die von Böhmer wohlwollend betrachtet und – wo immer möglich – befördert wurden.[311]

Damit hatte eine Entwicklung eingesetzt, bei der sich innerhalb der Landes-SPD die kommunale Basis und die mehrheitlich auf eine „rot-rote" Koalition nach den nächsten Landtagswahlen zusteuernde Landtagsfraktion immer stärker in entgegengesetzte Richtungen bewegten. Von der breiteren Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt hatte SPD-intern nicht nur der weiterschwelende Richtungsstreit zwischen Befürwortern und Gegnern einer Zusammenarbeit mit der PDS im Landtag neue Nahrung erhalten, vielmehr waren zusätzlich Spannungen zwischen Kommunal- und Landesebene entstanden. Diese neue Spaltung innerhalb der SPD nach Möglichkeit zu erhalten, war ein taktisches Ziel Böhmers.[312]

Mitte September 1999 ging der CDU-Vorsitzende einen Schritt weiter und formulierte ausdrücklich, für ihn sei nach der nächsten Wahl auch auf Landesebene eine „Große Koalition denkbar".[313] Mit seinem vorsichtigen aber konsequenten Öffnungskurs erschwerte Böhmer innerhalb der SPD die Argumentation, eine Große Koalition sei angesichts harter und teilweise verletzender Angriffe aus den Reihen der CDU inakzeptabel und daher eine dauerhafte Zusammenarbeit mit der PDS alternativlos.

Nachdem sich die CDU in der zweiten Wahlperiode noch als stärkste Fraktion willkürlich ausgegrenzt und durch die Offerten der SPD als Mehrheitsbeschaffer für eine fremde Politik missbraucht sehen konnte, öffneten ihr nun die eigene Schwäche einerseits, die weiter verfestigte Zusammenarbeit von SPD und PDS andererseits die Chance zu einer Neupositionierung, ohne dass die Fraktion in Verdacht geriet, Höppners autoritären Kurs unterstützen zu wollen. Denn der nun bereits etablierten Parlamentskoalition der politischen Linken setzte Böhmer die *Möglichkeit* einer Regierungskoalition zwischen CDU und SPD in der *folgenden* Wahl-

311 „CDU-Landesverband: Mediziner therapiert Union mit leisen Tönen. Wolfgang Böhmer sieht Zusammenarbeit mit der SPD ‚von unten wachsen'", in: MZ, 24.6.1999, und: „Böhmers vorsichtige Annäherung an die SPD", in: Volksstimme, 30.7.1999.

312 Hierzu u.a. Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 63. Sitz., 13.6.2000 in Magdeburg, S. 1. Dort heißt es: Einerseits wolle eine „Zwei-Drittel-Mehrheit in der SPD-Landtagsfraktion (…) mit der PDS zusammengehen (…) Andererseits beständen an der Parteibasis und in den Kreistagsfraktionen der SPD eine deutliche Neigung zur Zusammenarbeit mit der CDU. Deshalb müsse die CDU auf kommunaler Ebene Fakten schaffen (…) Die Ambivalenz, die jetzt in der SPD vorhanden ist, sollte erhalten bleiben. Deshalb müsse die CDU alles tun, dass die Reibungen innerhalb der Sozialdemokraten fortbestehen." (PA J.Scharf).

313 „Interview mit CDU-Landeschef Wolfgang Böhmer: CDU benennt im Frühjahr 2001 ihren Spitzenkandidaten", in: Volksstimme, 21.9.1999.

periode gegenüber. Ohne ihre aktuelle Regierung zu gefährden, stellte Böhmer damit die innere Geschlossenheit der SPD auf die Probe. Daher verursachten die freundlichen Worte Böhmers der SPD weitaus mehr Probleme als alle verbal scharfen Angriffe auf das noch ungefestigte Bündnis in der vorangegangenen Wahlperiode. Die politische Landschaft Sachsen-Anhalts war in Bewegung geraten.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende, der dabei ins politische Abseits zu geraten drohte, wagte in dieser Situation einen noch kühneren politischen Ausfallschritt. In einem Interview nannte Bergner die PDS etwas missverständlich kurzerhand eine „moderne linke Partei", die „in der Konsequenz die Sozialdemokraten verdrängt" habe. Und weiter: „Im Grunde gibt es nur noch zwei ostdeutsche Volksparteien. Die eine ist die PDS (…) Die zweite Volkspartei ist die CDU."[314] Bergner ging damit politisch-strategisch in den neuen Bundesländern an der SPD vorbei und wählte die PDS zur politischen Hauptgegnerin. Die SPD, in Sachsen-Anhalt einzige Regierungspartei mit Koalitionsmöglichkeiten nach beiden Seiten, erscheint dadurch als notwendige Verliererin der Konkurrenz mit den Flügelparteien CDU und PDS.

Nur mit Mühe ließen sich die Überlegungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden mit dem von Böhmer eingeschlagenen Kurs in Übereinstimmung bringen. Beide hatten die regierende SPD fest im Visier. Der Unterschied bestand jedoch darin, dass Bergner mit der PDS „über die Bande spielte", während Böhmer direkt auf die SPD zielte. Problematisch an Bergners Ansatz wirkte indes, dass er die PDS aufwertete, was bundespolitisch nicht opportun erscheinen mochte. Bezogen auf Sachsen-Anhalt konnte Bergner hingegen darauf verweisen, dass die Aufwertung der PDS durch das „Magdeburger Modell" der SPD längst erfolgt war.

Bergners Vorstoß wurde von Vertretern der CDU, darunter mehrere Landtagsabgeordnete, zumindest in Bezug auf die Beschreibung der PDS als „moderne linke Partei" heftig kritisiert.[315] Auch Parteichef Böhmer ging klar auf Distanz zu dieser Äußerung Bergners.[316] Auf der anstehenden Fraktionsklausurtagung ruderte Bergner eilig zurück und stellte klar, dass „seine Meinungsäußerung (…) eine unabgestimmte Einzelmeinung als CDU-Mitglied" gewesen war.[317] Böhmer stützte

314 „MZ-Gespräch mit Christoph Bergner: ‚PDS ist eine moderne linke Partei'. CDU-Fraktionschef im Landtag will politischen Wettbewerb mit SED-Nachfolgern", in: MZ, 1.10.1999; „Bergner: PDS ist eine ostdeutsche Volkspartei" (Dt.), F.A.Z. v. 2.10.1999.

315 „Der Chef im Kreuzfeuer der eigenen Fraktion. Harsche Kritik an Aussagen über PDS – Abgeordnete verlangen Erklärung", in: MZ, 2.10.1999.

316 „Bergner verschärft den Streit um die PDS. CDU-Landeschef auf Distanz zu Parteifreund", in: MZ, 2.10.1999.

317 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., Klausurtagung am 4./5.10.1999 in Wendgräben, S. 1 f.

daraufhin den angegriffenen Fraktionschef in der internen Aussprache.[318] In einer gemeinsamen Pressemitteilung übten Böhmer und Bergner anschließend demonstrativen Schulterschluss. In ihr hieß es:

> „Für die CDU-Landtagsfraktion ist die PDS, als Nachfolgepartei der SED, keine moderne Volkspartei. Wir stellen aber fest, dass die PDS als Folge des ‚Magdeburger Modells' so gestärkt wurde, dass sie jetzt die Politik der SPD steuern kann (…) Damit hat die SPD ihr eigenständiges Gesicht verloren. Die notwendige inhaltliche Auseinandersetzung in politischen Gestaltungsfragen muss deshalb mit der PDS gesucht werden."[319]

Im Ergebnis wurde damit zwar Bergners missverständliche Interviewäußerung zurückgenommen, sein neuer strategischer Ansatz jedoch bekräftigt und auch von Böhmer akzeptiert.

Die spätere politische Entwicklung stützte Bergners damalige Überlegungen. In drei der fünf neuen Bundesländer liegen die SED-Erben mittlerweile bei Wahlen stabil vor der SPD und haben sich als zweitstärkste politische Kraft etabliert. Der von Höppner 1994 fatalerweise eingeschlagene Kurs, mit der PDS „ganz unbefangen" umzugehen, hatte über den kurzfristig-parlamentarischen Vorteilen die langfristigen Folgen dieser Aufwertung für die SPD im Parteienkonkurrenzverhältnis vernachlässigt, so dass langfristig der SPD eine erfolgreiche Konkurrentin um die Wählerschaft entstanden ist.

Böhmer setzte in der Folgezeit seine Charmeoffensive gegenüber der regierenden SPD fort. Anfang Mai 2000 benutzte er dazu in einem Interview einen Begriff, der die Strategie der „konstruktiven Opposition" wie in einem Brennglas spiegelte und die Doppelwirkung von Böhmers Konzeption auf den Punkt brachte. Böhmer sagte, die CDU sei bereit, „mit der SPD für Sachsen-Anhalt eine Sanierungskoalition zu bilden".[320] Indem er die beiden Worte „Sanierung" und „Koalition" miteinander verband, hatte Böhmer einerseits *en passant* oppositionstypisch die Bilanz der Landesregierung[321] als konkursreif kritisiert, andererseits der Sozialdemokratie zugleich ein konstruktives Angebot gemacht und so bei dieser einen Rückzug in eine

318 Ebd.; hierzu: „CDU-Landtagsfraktion: Abgeordnete raufen sich auf Klausur zusammen. Kontroverse Debatte – Bergner erhält Rückendeckung vom Landeschef", in: MZ, 6.10.1999.

319 Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, 5.10.1999 (PA J. Scharf).

320 „CDU-Landeschef Wolfgang Böhmer im Volksstimme-Interview: ‚Die PDS ist mehrfach als Tiger gestartet und als Bettvorleger der SPD gelandet'", in: Volksstimme, 2.5.2000.

321 Siehe hierzu die Broschüre: CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt (Hrsg.): „Bilanz eines Sanierungsfalls. Was das rote Bündnis aus Sachsen-Anhalt gemacht hat", Magdeburg (ohne Datum) (PA J. Scharf).

„Wagenburg" vermieden. Gemessen am Wahlerfolg war Böhmers Daueroffensive für eine „Sanierungskoalition" aus Sicht der CDU letztlich überaus erfolgreich.

5. Führungswechsel – Alles auf die Karte Böhmer

Anfang Oktober 2000 wurde Wolfgang Böhmer auf dem Merseburger Parteitag mit knapp 80 Prozent Zustimmung als CDU-Landesvorsitzender wiedergewählt.[322] Eine Veränderung gab es hingegen auf der Ebene seiner drei Stellvertreter. Neben den Amtsinhabern Uda Heller, Thomas Webel und Jürgen Scharf bewarben sich auch Thomas Leimbach und Christian Fischer um eine der Positionen. Dabei wurden Heller und Webel wiedergewählt, Scharf jedoch knapp von Leimbach verdrängt.[323] Die CDU-Fraktion hatte damit einen ihrer Vertreter im Präsidium der Landespartei verloren.

Mitte Januar 2001 nominierte dann der CDU-Landesvorstand auf einer Klausurtagung Wolfgang Böhmer als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2002.[324] Zugleich wurde publik gemacht, dass Böhmer in einigen Monaten auch den Fraktionsvorsitz übernehmen solle.[325] Auf der nächsten Fraktionssitzung präzisierte Bergner gegenüber den Abgeordneten den genauen Termin des geplanten Führungswechsels, indem er erklärte, dass die „Übergabe (…) vor der parlamentarischen Sommerpause erfolgen" werde.[326] Entsprechend trat Bergner auf der Fraktionssitzung vom 3. Juli 2001 von seinem Amt zurück.[327] Der Hallenser Abgeordnete hatte die CDU-Fraktion insgesamt rund neun Jahre angeführt, der Abschied fiel ihm nicht leicht.[328] Er wurde Bergner allerdings mit der Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl 2002 etwas „versüßt".

Böhmer wurde anschließend bei 26 gültigen Stimmen mit 24 Ja- und zwei Nein-Stimmen zum neuen und insgesamt vierten CDU-Fraktionsvorsitzenden gewählt.[329]

322 „Böhmer bleibt der CDU-Chef im Land", in: Bild-Zeitung, 23.10.2000.

323 „Landeschef verteidigt Kurs. Landrat Leimbach schafft Sprung ins Führungsgremium – Scharf hat das Nachsehen", in: MZ, 23.10.2000. Heller bekam 139 Stimmen, Webel 117, Leimbach 116, Scharf 109. Fischer scheiterte deutlich.

324 „Beschluss des Landesvorstandes von Sachsen-Anhalt. CDU: Böhmer soll Spitzenkandidat, Ex-Bahnchef Ludewig Berater werden", in: Volksstimme, 15.1.2001.

325 „Böhmer führt CDU in die Landtagswahl: Wittenberger will auch Fraktionsvorsitz", in: MZ, 15.1.2001; „CDU-Landtagsfraktion: Bergner will erste Reihe noch vor Sommerpause verlassen", in: MZ, 16.1.2001.

326 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 78. Sitz., 16.1.2001 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

327 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 93. Sitz., 3.7.2001 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

328 „Christoph Bergner: Der Turm beendet eine lange Partie. CDU-Fraktionschef zieht sich im Landtag aus der erste Reihe zurück", in: MZ, 27.6.2001.

329 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 93. Sitz., 3.7.2001 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

Zugleich lagen damit zum ersten und bisher einzigen Male Partei- und Fraktionsvorsitz der sachsen-anhaltischen CDU in einer Hand. Ein markanter Kopf in der Fraktion hatte zunächst die Partei, dann auch die Fraktion von seiner Strategie überzeugen können. Zu seinem Nachfolger als Landtagsvizepräsident schlug der Geschäftsführende Fraktionsvorstand den CDU-Parlamentariern wenig später den ehemaligen Justizminister Walter Remmers vor. Die Fraktion stimmte dem Vorschlag bei drei Enthaltungen mit 19 Ja- und einer Nein-Stimme zu.[330]

Bei den späteren Aufstellungen der Wahlkreiskandidaten zeichnete sich bereits der große personelle Umbruch ab, der sich innerhalb der CDU-Fraktion mit der Landtagswahl 2002 vollziehen sollte.[331] Neben Bergner zogen sich auch Klaus Keitel und Walter Remmers zurück. Daneben durften die drei Landräte Thomas Webel, Klaus Jeziorsky und Uwe Schulze aufgrund einer von der SPD betriebenen Wahlrechtsänderung nicht wieder für den Landtag kandidieren.[332] Auf der in Löbejün beschlossenen Landesliste dominierten auf den vorderen Plätzen jedoch noch die „alten Hasen". Nach Böhmer reihten sich nacheinander Jürgen Scharf, Petra Wernicke, Karl-Heinz Daehre, Curt Becker und Detlef Gürth ein.[333]

Anfang 2002 kam es unter den 28 CDU-Abgeordneten noch zu einem kurzfristigen Wechsel. Die eher unauffällige Abgeordnete Gudrun Schnirch aus Dessau war in ihrem Wahlkreis nicht wieder aufgestellt worden. Sie wechselte Mitte Januar zur sogenannten „Schill-Partei",[334] woraufhin sie ihr Mandat niederlegte, so dass für die wenigen noch verbleibenden Wochen bis zur Landtagswahl Hans-Martin Taesch nachrücken konnte.

6. Bilanz der Oppositionsarbeit

Die deutlich geschrumpfte Fraktion handelte in der dritten Wahlperiode nicht mehr als verhinderte Regierungs-, sondern als bewusste Oppositionsfraktion. Dabei war sie im Parteienwettbewerb eindeutig nach links orientiert. Die Konkurrenz durch die rechtsextreme DVU beunruhigte anfangs, wurde jedoch nie

330 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 95. Sitz., 4.9.2001 in Magdeburg, S. 2 (PA J. Scharf).

331 „Landtagskandidaten: Christdemokraten setzen auf einen vorsichtigen Generationenwechsel", in: Volksstimme, 7.11.2001.

332 „CDU-Landtagskandidaten: Zugpferde dürfen nicht an den Start. Bergner will in den Bundestag – Nachwuchs drängt aufs Parkett", in: MZ, 27.10.2001.

333 „CDU-Landesvertreterversammlung: Dürftige Wahlergebnisse für die Delegierten aus Magdeburg", in: Volksstimme, 10.12.2001.

334 LT Drs. 3/5437 v. 15.5.2002, S. 8; „Gudrun Schnirch wechselt von der CDU zur Schill-Partei. ‚Die Entscheidung ist mir sehr, sehr schwer gefallen'", in: Volksstimme, 19.1.2002.

als Partner und im Laufe der Zeit auch nicht als relevante Bedrohung wahrgenommen.

Die Abgeordneten mussten mit ihren Ressourcen haushalten. In allen Kategorien reduzierten sich die parlamentarischen Aktivitäten.[335] Die Anzahl der eingebrachten Gesetzesinitiativen ging um neun auf 16 zurück, Änderungs- und Alternativanträge um 49 auf 123, sonstige Anträge sogar um ein Drittel von 270 auf 180. Auch die Kontrollinstrumente wurden zurückhaltender eingesetzt: 18 statt 24 Aktuelle Debatten, 19 statt 24 Große Anfrage und 873 statt 1144 Kleine Anfragen sowie ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss dokumentieren die nun enger begrenzten Möglichkeiten. Allerdings zeigte die CDU-Fraktion nicht den Ehrgeiz, in jeder Kategorie die größten Aktivitäten zu entfalten. Nur bei Gesetzen und Änderungsanträgen gingen von ihr die relativ meisten Fraktionsinitiativen aus. Bildet man Quotienten aus der Anzahl der Vorgänge und Abgeordneten, zeigen sich indes in diesen Kategorien verringerte Werte, bei Anfragen hingegen höhere – eine Verschiebung, die eine weitere Anpassung an oppositionelle Handlungsmöglichkeiten erkennen lässt. Dabei ist indes nicht der Rangplatz in der Statistik, sondern der Erfolg bei der nachfolgenden Wahl die entscheidende Größe.

VI. Die vierte Wahlperiode: Rückkehr in Regierungsverantwortung und Neuauflage der bürgerlichen Koalition

1. Parallelen und Unterschiede zur ersten Wahlperiode

Nach acht Jahren PDS-gestützter SPD-Minderheitsregierung hatten eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler eindeutig genug vom „Magdeburger Modell". Mit der Landtagswahl vom 21. April 2002 erhielt das bürgerliche Lager wieder eine klare Mehrheit. Die CDU gewann unter ihrem Spitzenkandidaten Wolfgang Böhmer 15,3 Prozentpunkte hinzu und kam auf 37,3 % der Zweitstimmen (48 Mandate). Die SPD verlor in gleicher Höhe (15,9 Prozentpunkte) und wurde auf 20,0 % reduziert, ihre Landtagsfraktion nahezu halbiert. Die PDS konnte um 0,8 Prozentpunkte zulegen, damit bei den Stimmen erstmals an der SPD vorbei, bei den Sitzen mit ihr gleichziehen (25). Die Liberalen feierten bei einem Zugewinn von 9,1 Prozentpunkten und 13,3 % der Zweitstimmen mit 17 Abgeordneten ihr *Come-back* im Landtag. Bündnis 90/Die Grünen scheiterten klar an der 5-Prozent-Hürde. Die

335 Die folgenden Angaben nach LT S-Anh. Drs. 3/5437 v.15.5.2002, S. 29 (Anlage 2).

FDVP, eine Nachfolgeformation der DVU-Fraktion, schaffte ebenso wenig den Einzug in den Landtag wie die sogenannte Schillpartei.[336]

Aus Sicht der CDU-Fraktion wiesen das Wahlergebnis und damit die Ausgangslage für die kommenden vier Jahre einige Parallelen zur ersten Landtagswahl auf – nicht nur, weil im Ergebnis zusammen mit dem Wunschpartner FDP eine Neuauflage der bürgerlichen Regierung gelang. Genau wie beim ersten Urnengang 1990 gewann die CDU 48 Wahlkreise direkt.[337] Genau wie bei der ersten Landtagswahl zog damit die Landesliste nicht, weshalb der Spitzenkandidat und designierte Ministerpräsident Wolfgang Böhmer zunächst nicht Mitglied der Fraktion wurde. Und ähnlich wie 1990 bestand die Fraktion überwiegend aus Parlamentsneulingen. Von ihren 48 Mitgliedern zogen insgesamt 30 zum ersten Mal in den Landtag ein. Damit war die CDU-Landtagsfraktion zu fast zwei Dritteln neu zusammengesetzt.

Dieser enorme personelle Umbruch wäre eine Herausforderung an die Integrationsfähigkeit einer jeden Fraktionsführung gewesen. Doch die CDU hatte ihre Lektion aus den Jahren 1990 bis 1994 gelernt und sich erheblich professionalisiert: Im Vergleich zur ersten Wahlperiode war die CDU-Fraktion zwischen 2002 und 2006 ein Hort berechenbarer Stabilität, die der bürgerlichen Regierung – zusammen mit der FDP-Fraktion – bei aller Eigenständigkeit verlässlich Mehrheiten verschaffte und sie stabil im Amt hielt.

Der langjährige Fraktionsvorsitzende Bergner hatte nach seinem Rückzug von der Fraktionsspitze nicht wieder für den Landtag kandidiert.[338] Der bisherige Fraktionschef Wolfgang Böhmer sollte Ministerpräsident werden, hatte allerdings zuvor noch alle frisch gewählten CDU-Abgeordneten für den 30. April zur konstituierenden Fraktionssitzung eingeladen.[339] Deren wichtigster Tagesordnungspunkt war die Wahl der neuen Fraktionsführung. Mit Jürgen Scharf, für den bei drei Enthaltungen und sechs Nein-Stimmen 37 Parlamentarier votierten, kehrte der Fraktionsvorsitzende aus der Zeit von Ende 1993 bis Mitte 1994 zurück. Ihm zur Seite

336 Zur Landtagswahl: Everhard Holtmann: Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 21. April 2002: Bürgervotum gegen das Tolerierungsmodell von SPD und PDS, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 1, S. 41-60; ders.: Rote Karte für das Magdeburger Tolerierungsbündnis. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21.April 2002, in: Gesellschaft-Wirtschaft-Politik 51. Jg.(2002), H. 2, S. 199-203.

337 Allerdings war der Wahlkreis, den die SPD 2002 direkt gewinnen konnte, ein anderer als 1990: 1990 siegte Reinhard Höppner im Wahlkreis 13 (Magdeburg II), 2002 Manfred Püchel im Wahlkreis 18 (Staßfurt).

338 Bergner wechselte im Herbst 2002 in den Bundestag.

339 Schreiben des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, vom 26. April 2002 (PA J. Scharf).

stellten die CDU-Abgeordneten Detlef Gürth als neuen Parlamentarischen Geschäftsführer. Bei nur 27 Ja- gegen 19-Nein-Stimmen und einer Enthaltung erhielt Gürth allerdings eine politische Warnung. Zu den beiden Stellvertretern Scharfs wurden Eva Feußner (41 Stimmen) Reiner Schomburg (33 Stimmen) bestimmt.[340]
Als stärkster Fraktion stand der CDU – wie zwischen 1990 und 1998 – zudem das Amt des Parlamentspräsidenten zu. Da der frühere Landtagspräsident Klaus Keitel nicht wieder für den Landtag kandidiert hatte, schied ein Rückgriff auf ihn von vornherein aus. Mit Prof. Dr. Adolf Spotka, Dr. Werner Sobetzko und Reiner Schomburg stellten sich Mitte Mai gleich drei Kandidaten fraktionsintern zur Wahl, die Spotka mit 25 Stimmen für sich entscheiden konnte.[341]
Parallel dazu konnten CDU und FDP ihre Koalitionsverhandlungen zügig abschließen, so dass der Wahl des Ministerpräsidenten – und damit dem endgültigen Rollenwechsel der CDU-Fraktion von einer Oppositions- zu einer Regierungsfraktion – nichts mehr im Wege stand. Böhmer, der sich im Landtag neben den 48 christlichen Demokraten auf die 17 Freidemokraten stützen konnte, erhielt bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten am 16. Mai bei drei Enthaltungen und 41 Neininsgesamt 68 Ja-Stimmen. Damit hatten auch mindestens drei Abgeordnete der Opposition für Böhmer gestimmt.[342]
Bei der Regierungsbildung konnte die CDU-Fraktion als Elitepool quantitativ in etwa dort anknüpfen, wo sie beim Kabinett Bergner aufgehört hatte. Vier der fünf Ressorts, die die CDU für sich beanspruchen konnte, wurden durch Fraktionsmitglieder besetzt. Mit Petra Wernicke (Landwirtschaft und Umwelt) und Karl-Heinz Daehre (Bau und Verkehr) übernahmen zwei wieder ihre alten Ministerien. Innen- und Justizministerium wurden hingegen mit Klaus-Jürgen Jeziorsky und Curt Becker neu besetzt. Kultusminister wurde der partei- und fraktionslose Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz. Auch auf Seiten der FDP gab es mit Dr. Horst Rehberger als neuen alten Wirtschaftsminister einen „Rückkehrer". Die beiden FDP-Politiker Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Finanzen) und Gerry Kley (Gesundheit und Soziales) komplettierten Böhmers Kabinettsliste.
Viele der CDU- und FDP-Handlungsträger kannten sich bereits aus den Jahren 1990-1994. Mit Böhmer, Daehre, Wernicke und Rehberger kehrte ein Teil der Kabinettsmitglieder aus der ersten Wahlperiode in Exekutivfunktionen zurück. Auch

340 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 1. Sitz., 30.4.2002 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).
341 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 3. Sitz., 14.5.2002 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).
342 „Böhmer erhielt sogar Stimmen von der Opposition", in: Volksstimme, 17.5.2002.

Sozialminister Gerry Kley war bereits Abgeordneter des ersten Landtages gewesen, ebenso wie die beiden Vorsitzenden der Regierungsfraktionen, Jürgen Scharf und Rainhard Lukowitz.[343] Der Chef der Staatskanzlei, Staatsminister Rainer Robra, hatte in jenen Jahren die Funktion des Justizstaatssekretärs innegehabt. Daneben gab es in beiden Fraktionen mehrere weitere Abgeordnete, die sich ebenfalls schon aus der Zeit der ersten Zusammenarbeit von CDU und FDP kannten. Die Neuauflage der bürgerlichen Regierung konnte sich deshalb von Beginn an auf ein erhebliches Vertrauenskapital der Akteure stützen.[344]

Auf diesem Fundament konnten die Koalitionspartner bei ihrer Regierungsarbeit aufbauen. Sehr im Gegensatz zur den vorangegangenen Wahlperioden trat bis 2006 kein einziger Minister zurück. Das weitgehend krisenfrei arbeitende bürgerliche Regierungsbündnis erwies sich als belastbar und stabil. Es hatte die Verantwortung für ein Land in einer wirtschafts- und finanzpolitischen Krise übernommen.[345] Doch schon bald stellten sich erste Erfolge bei seiner Arbeit für mehr Wachstum und Beschäftigung ein. Hatte Sachsen-Anhalt zuvor unter der SPD-geführten Minderheitsregierung ein rund achtjähriges „Dauerabonnement" auf den letzten Platz in der bundesweiten Arbeitslosenstatistik, gab das Land nun die „Rote Laterne" ab.[346] Durch die Ansiedlung des Zellstoffwerkes Arneburg und die Entwicklung der Solarindustrie wurde Sachsen-Anhalts Wirtschaft gestärkt. Mit der Verwaltungs- und der Kreisgebietsreform wurden die Verwaltungsstrukturen des Landes gestrafft und an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Zugleich und branchenübergreifend wirksam verschaffte die mit hemdsärmelig-optimistischen Wahlparolen ins Amt gekommene Regierungskoalition Sachsen-Anhalt einen Imagewechsel zum Land der anpackenden Frühaufsteher – eine nicht geringzuschätzende Leistung.

2. Fraktionsinterne Entwicklungen im Schatten erfolgreicher Regierungsarbeit

Eine übliche Begleiterscheinung von Regierungswechseln ist, dass im Gefolge des neuen Ministers einige enge Mitarbeiter mit ihm ins „Haus" wechseln. So hatte

343 Lukowitz war allerdings nicht die gesamte Zeit über FDP-Fraktionsvorsitzender. Er löste zunächst wenige Monate nach der Regierungsbildung Cornelia Pieper ab, die 2002 für den Bundestag kandidierte und aus dem Landtag ausschied. 2004 wurde Lukowitz durch Veit Wolpert abgelöst. 2007 trat Lukowitz aus der FDP aus.

344 Hierzu auch: Sebastian Putz, Die Landesregierung als Zentrum politischer Steuerung, in: Everhard Holtmann (Hrsg.), Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Ein Handbuch, Magdeburg 2006, S. S. 87f. (80-104).

345 Hierzu Wolfgang Renzsch: Der Haushalt des Landes Sachsen-Anhalt, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Ein Handbuch, Magdeburg 2006, S. 105-125.

346 „Sachsen-Anhalt gibt erstmals seit 1995 die rote Laterne ab", in: Volksstimme, 10.1.2003.

auch die CDU-Fraktion einen erheblichen „Abfluss“ an Mitarbeitern bzw. Referenten zu verkraften, was die Fraktionsarbeit in den ersten Wochen nach dem Regierungswechsel negativ beeinflusste. Das Protokoll vermerkt: „Die Fraktionsarbeit werde derzeit in erheblichem Maß durch den Wechsel von mehreren Referenten in die Landtagsverwaltung beeinträchtigt“.[347] Außerdem wurde der langjährige Fraktionsgeschäftsführer, Michael Schneider, zum Staatssekretär ernannt und mit der Leitung der Landesvertretung Sachsen-Anhalts beim Bund betraut. Zum neuen Fraktionsgeschäftsführer bestellten die Abgeordneten „per Akklamation“ den langjährigen Referenten für Innen- und Justizpolitik und früheren persönlichen Referenten Werner Münchs, Markus Kreye.[348]

Unter den CDU-Abgeordneten kam es einen Monat nach der erfolgreichen Landtagswahl zu einer zuvor nicht bekannten Gruppenbildung. Elf jüngere Parlamentarier schlossen sich jenseits der bestehenden Arbeitsstrukturen zur Gruppe „U 40“ zusammen. Zu ihrem Sprecher wählten sie den Landesvorsitzenden der Jungen Union, Markus Kurze; ein weiteres Mitglied war der ambitionierte Abgeordnete Holger Stahlknecht, der 2002 den seit 1990 von Thomas Webel stets direkt gewonnen Wahlkreis Wolmirstedt übernommen hatte. Das Ziel der Gruppe, die „personelle Erneuerung der Partei voranzutreiben“,[349] verwies auf Karriereinteressen und warf angesichts des erheblichen Ausmaßes der mit der Landtagswahl bereits erfolgten Erneuerung der CDU-Fraktion Fragen nach dem Vorgehen auf. Die Fraktionsführung versuchte offenbar nach einigen Wochen des „Abwartens“ bzw. „Zusehens“ eventuelle „Alleingänge“ der Gruppe „U 40“ zu unterbinden. Das Protokoll hält jedenfalls fest: „Im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit der Gruppe U 40 wird vereinbart, dass bei einer öffentlichen Stellungnahme im Vorfeld der Fraktionssprecher einbezogen werden muss.“[350]

Auf dem turnusgemäß Ende Oktober 2002 in Wolfen abgehaltenen Parteitag der Landes-CDU wurde der nunmehrige Ministerpräsident Böhmer mit 93,8 % der Delegiertenstimmen als Parteichef bestätigt. Um die drei Stellvertreterpositionen wetteiferten hingegen erneut fünf Kandidaten, unter ihnen mit Bernhard Bönisch ein 2002 erstmalig gewählter Landtagsabgeordneter. Der Parteitag bestätigte je-

347 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 4. Sitz. / Klausurtagung, 23./24.5.2002 in Magdeburg, S. 1.

348 Ebd., S. 2.

349 „CDU-Fraktion: Jüngere gründen Gruppe U 40“, in: Volksstimme, 22.5.2002.

350 Protokoll des Vorstandes der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt über die Klausurtagung am 24.10.2002 in Magdeburg, S. 2.

doch die drei bisherigen stellvertretenden Parteivorsitzenden, Uda Heller, Thomas Webel und Thomas Leimbach, in ihren Ämtern.[351]

Da Böhmer zu diesem Zeitpunkt nicht der CDU-Fraktion angehörte, war erstmals seit Gründung des Landes zwölf Jahre zuvor kein einziger CDU-Abgeordneter gewähltes Mitglied der engeren Parteiführung. Allerdings wurde dies zum Teil dadurch kompensiert, dass der Fraktionsvorsitzende und, sofern er von der CDU gestellt wird, auch der Landtagspräsident kraft Amtes Mitglieder des Parteipräsidiums sind. Darüber hinaus wurde die personelle Verzahnung zwischen Partei und Fraktion auch dadurch gewährleistet, dass die Fraktion auf der Ebene der Beisitzer im erweiterten Landesvorstand nun stark vertreten war.[352]

Innerhalb der Fraktion regte sich Mitte des Jahres 2003 im Vorfeld der anstehenden Vorstandswahlen Unmut. Vor allem unter den Mitgliedern der Gruppe „U 40" herrschte eine diffuse Unzufriedenheit, die sich insbesondere gegen den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Schomburg richtete. Holger Stahlknecht zog seine angekündigte Kandidatur zwar zurück,[353] dafür jedoch warf mit Ralf Geisthardt ein altgedienter Parlamentarier „seinen Hut in den Ring". Wie zuvor die Partei entschied sich indes auch die Fraktion mehrheitlich für Kontinuität bis zum Ende der Wahlperiode. Jürgen Scharf wurde mit 37 von 44 Stimmen als Fraktionsvorsitzender bestätigt, Eva Feußner erhielt 34 und Reiner Schomburg 31 Stimmen. Für Geisthardt votierten 14 CDU-Parlamentarier. Mit einem gegenüber 2002 auf 33 Stimmen verbesserten Ergebnis ebenfalls im Amt bestätigt wurde Detlef Gürth als Parlamentarischer Geschäftsführer.[354]

Im Mittelpunkt der Herbstklausurtagung 2003 der Fraktion standen die Grundlagen für die kommenden Haushaltsberatungen.[355] Dabei gingen die CDU-Parlamentarier auf Distanz zu den Plänen der Landesregierung, die Mittelzuweisungen an die Kommunen zukünftig ohne Zweckbindung direkt zu überweisen. Die

351 „CDU-Landesparteitag: Der Chef mahnt zur Geschlossenheit. Böhmer als CDU-Vorsitzender bestätigt", in: MZ, 28.10.2002. Heller erhielt 160 Stimmen, Webel 115 und Leimbach 104. Der vierte Kandidat, Uwe Schulze, kam auf 88 Stimmen, für Bönisch stimmten 80 Delegierte.

352 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt über die 16. Sitzung am 29.10.2002 in Magdeburg, S. 1. Der Fraktionsvorsitzende Jürgen Scharf resümierte dort den CDU-Landesparteitag und wertete als positiv, dass „so viele Fraktionsmitglieder wie nie zuvor derzeit im Landesvorstand vertreten sind."

353 „CDU im Landtag: Heftiges Personalgerangel. Fraktionsvize Schomburg stark in die Kritik geraten", in: MZ, 1.7.2003.

354 „CDU wählte: Scharf bleibt Fraktionschef", in: Volksstimme, 3.7.2003 und: „CDU-Fraktion bestätigt Spitze", in: MZ, 3.7.2003. – Zu Geisthardt, Nachrücker in der 1. W.P., siehe oben Abschnitt III. 4.1.

355 „Haushalt 2004: CDU-Fraktion setzt auf Bildung und Sicherheit", in: Volksstimme, 11.9.2003.

Abgeordneten befürchteten, dass bei dem Wegfall der Zweckbindung beispielsweise Jugendklubs und Musikschulen gefährdet sein könnten,[356] was ihnen bei der Kommunalwahl 2004 möglicherweise schaden könnte. Auf dem darauffolgenden CDU-Parteitag konnten die Fraktionsmitglieder hierzu einen Teilerfolg erringen: Ministerpräsident Wolfgang Böhmer kündigte dort an, er könne sich Lösungen vorstellen, „die die Zweckbindungen aufrecht erhalten, aber allgemein formulieren".[357] Die CDU-Fraktion hatte damit der Landesregierung ein Zugeständnis abgetrotzt und sich – bei grundsätzlicher Loyalität – als eigenständige Kraft bewährt.

Wie angekündigt, gab Böhmer Ende 2004 den Parteivorsitz ab. Sein Nachfolger wurde mit 82 Prozent der Delegiertenstimmen der als „hemdsärmlich" geltende Landrat des Ohrekreises, Thomas Webel.[358] Dadurch wurde ein Stellvertreterposten frei, für den die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva Feußner und der Staatsekretär des Wirtschaftsministeriums, Reiner Haseloff, antraten. Da Feußner verlor und mit Uda Heller und Thomas Leimbach die beiden anderen bisherigen „Parteivizes" auf ihren Positionen verblieben,[359] war die CDU-Fraktion weiterhin nicht durch gekorene, sondern nur durch „geborene" Mitglieder – Scharf und Spotka – im Parteipräsidium vertreten.

Haseloff hatte damit für alle sichtbar seinen parteiinternen Aufstieg begonnen, auf dessen Leiter er wenig später eine weitere Sprosse erklimmen konnte. Haseloffs Stellvertreterkollege Thomas Leimbach hatte nach der Lektüre eines Zeitungsartikels Mitte April 2005 offensichtlich den Eindruck gewonnen, dass sein Verhältnis zu Böhmer und Webel gestört sei und er alle etwaigen Hoffnungen auf eine Nachfolge Böhmers als Ministerpräsident begraben könne. Verärgert legte Leimbach daraufhin seine Ämter als Mitglied des Koalitionsausschusses wie auch der Kommission zur Erarbeitung des Landtagswahlprogramms 2006 nieder.[360] Haselhoff stieg dadurch zum neuen Mitglied im Koalitionsausschuss auf, währenddessen der Fraktionsvorsitzende Jürgen Scharf als alleiniger Vorsitzender der Programmkommission verblieb.

356 „CDU stellt Finanzen auf den Prüfstand. Ergebnisse der Klausur", in: MZ, 11.9.2003.

357 „Kleiner Parteitag: CDU steckt Weg zur Wahl ab. Union will stärkste Kraft bleiben – Korrektur bei Jugendpauschale?", in: MZ, 29.9.2003.

358 „Webel führt Landes-CDU. Parteitag: Generationenwechsel vollzogen", in: MZ, 15.11.2004.

359 „Böhmer gibt die Richtung vor. CDU-Parteitag: Spannung nur bei Vize-Wahlen", in: MZ, 15.11.2004.

360 „Leimbach über Kreuz mit CDU-Landesspitze. Parteiämter: Chef des Landesverwaltungsamtes zieht sich zurück", in: MZ, 4.5.2005.

Auch in die CDU-Fraktion kam ab 2005 wieder einige personelle Bewegung, wenngleich insgesamt weiterhin eindeutig Stabilität und Kontinuität vorherrschten. So gab es Anfang 2005 zeitweilig Irritationen um den weiteren Verbleib des Abgeordneten Torsten Koch. Dieser schien als Mitglied des Umweltausschusses eine Zeitlang zum Übertritt zu den Grünen entschlossen, konnte allerdings in persönlichen Gesprächen mit Böhmer und Scharf davon abgehalten werden.[361] Anfang Juli 2005 wurde Wolfgang Böhmer erneut Mitglied der CDU-Fraktion, weil der Abgeordnete Gerhard Ruden nach seiner Wahl zum Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sein Mandat niederlegte und der Ministerpräsident als Listenführer seiner Partei nachrücken konnte.[362] Nachfolger Rudens als vertriebenenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion wurde Dieter Steinecke.

Einen Monat später geriet mit dem Stendaler Abgeordneten Gerd Schlaak ein langjähriges Fraktionsmitglied in die öffentliche Kritik. Schlaak, der seit 1990 dem Landtag ununterbrochen angehört hatte, wurde unter polemischer Vorrechnung seiner Diäten vorgehalten, im Plenum des Landtags seit 1996 keine Rede mehr gehalten zu haben.[363] Schlaak wehrte sich zwar gegen die Vorwürfe, trat aber ein halbes Jahr später bei der parteiinternen Aufstellung für die Landtagswahl 2006 nicht wieder an.[364] Insgesamt jedoch blieb die CDU-Fraktion zwischen 2002 und 2006 von Austritten und affärenbedingten Mandatsniederlegungen verschont. Zusammen mit dem stabilen Erscheinungsbild der CDU-geführten Landesregierung war dies ein erfreulicher Kontrast zur Zeit der ersten Wahlperiode.

Die letzten Personalentscheidungen dienten schon der unmittelbaren Vorbereitung für die Landtagswahl 2006. Bereits Mitte Juni 2005 war Ministerpräsident Wolfgang Böhmer vom CDU-Landesvorstand erneut zum Spitzenkandidaten nominiert worden.[365] Bei der Aufstellung der Landesliste erhielt er mit 97,8 Prozent ein Spitzenergebnis. Auch die weiteren Listenplätze wurden von der Fraktion dominiert. Erst auf Platz 19 schaffte es ein Kandidat ohne den Zusatz „MdL".[366] Mit

361 „Koch bleibt in der CDU-Fraktion", in: MZ, 29.1.2005.

362 „Ministerpräsident Wolfgang Böhmer wird Abgeordneter", in: Bild-Zeitung, 29.6.2005.

363 „Der Schweiger von Stendal. Gerd Schlaak hat seit 1996 im Landtag nichts mehr gesagt", in: Bild-Zeitung, 25.7.2005, und: „So fett ist sein Schweige-Geld", in: Bild-Zeitung, 26.7.2005.

364 „Die Leute wissen es zu schätzen, dass ich kein Schwätzer bin", in: Volksstimme, 2.8.2005.

365 „Landtagswahl 2006: CDU-Vorstand nominiert Böhmer als Spitzenkandidat", in: Volksstimme, 15.6.2005; „Der Landtagsabgeordnete, der nie was gesagt hat: Jetzt will er für immer schweigen!", in: Bild-Zeitung, 15.10.2005.

366 Landesliste der CDU zur Landtagswahl 2006, beschlossen am 17.12.2005 (PA J. Scharf). Den Platz 19 nahm Frank Bommersbach ein, der den Wahlkreis des Abgeordneten Torsten Koch übernommen hatte.

Petra Wernicke, Jürgen Scharf, Eva Feußner und Detlef Gürth wurden die Plätze zwei bis fünf durch „alte Hasen" besetzt. Andere langjährige CDU-Parlamentarier wie die ehemaligen Kultusminister Reiner Schomburg und Werner Sobetzko traten hingegen nicht wieder an. Auch die Minister Karl-Heinz Daehre und Curt Becker sowie Landtagspräsident Adolf Spotka verzichteten auf eine erneute Kandidatur. Nach 2002 zog sich damit ein weiterer Teil der CDU-Abgeordneten der „ersten Stunde" aus dem Landtag zurück. Einer der größten Nutznießer dieses Wandlungsprozesses war Holger Stahlknecht, der von Platz 41 auf der Landesliste nun auf Rang sechs vorrückte.[367] Ihm folgten etliche der 2002 erstmals in den Landtag eingezogenen Abgeordneten nach.

3. Bilanz der Leistungen als Regierungsfraktion

Gegenüber der dritten Wahlperiode um 20 Mitglieder vergrößert, agierte die Fraktion in der vierten Wahlperiode wie in der ersten als die mit Abstand stärkste Regierungsfraktion. Ungeachtet des personellen Zuwachses ist daher mit der gesteigerten Größe keine proportionale Zunahme der Fraktionsinitiativen sondern ein Umschlag von Quantität in eine neue Qualität verbunden.[368]

Große Anfragen einzubringen, sah die CDU-Fraktion überhaupt nicht mehr als ihre Aufgabe an. Auch bei Kleinen Anfragen hielten sich ihre Abgeordneten in geradezu extremer Weise zurück: Nur 56 oder 4,7 % der insgesamt 1192 gestellten Kleinen Anfragen gingen auf Unionsabgeordnete zurück. Angesichts einer Produktion von 117 Gesetzesvorlagen durch die eigene Landesregierung beschränkten sich die beiden Koalitionsfraktionen auch im legislativen Teil ihrer Tätigkeit auf 10 gemeinsam eingebrachte Gesetzentwürfe. Bei – stets gemeinsam eingebrachten – Änderungs- und Alternativanträgen kamen CDU und FDP auf 103, bei sonstigen Anträgen (54, davon einer allein von der CDU gestellt), Entschließungsanträgen (7) und Wahlvorschlägen (2, davon einer der CDU) erreichten die Koalitionsfraktionen unter CDU-Beteiligung die Gesamtzahl von gerade einmal 63 Vorgängen. Auch Aktuelle Debatten wurden von der CDU-Fraktion (allein) nur noch zehnmal für nötig gehalten. Damit war angesichts der neuerlichen Führungsrolle von CDU-Politikern in der Landesregierung eine durchgängige Reduzierung der Fraktionsinitiativen erkennbar.

367 „Kandidatenliste der CDU wird am 17. Dezember beschlossen: Ein Staatsanwalt a.D. ist auf dem Sprung nach vorn", in: Volksstimme, 23.11.2005.

368 Die folgenden Angaben nach LT S-Anh. Drs. 4/2723 v.21.4.2006, S. 33 (Anlage 2) mit ergänzenden Informationen des Landtags von Sachsen-Anhalt, Parlamentarische Dienste, Referat 21-21.12.

Darüber dürfen die formellen und informellen politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regierungsmehrheit freilich nicht übersehen werden. Der Landtag verabschiedete mit den Stimmen seiner Mehrheit insgesamt 136 Gesetzesvorlagen, die nun allerdings – im Unterschied zur ersten Wahlperiode zu erheblichen Teilen inhaltliche Anpassungen und Änderungen bestehender Regelungen zum Inhalt hatten.[369] Gleichwohl hat die CDU-FDP-Koalition markante innovative Akzente gesetzt. Dabei fallen verschiedene Vorlagen zur Erhöhung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung auf: „Entbürokratisierung", „Verwaltungsmodernisierung", „Neuordnung der Landesverwaltung", „Funktionalreform", „kommunale Neugliederung" sowie „Rechts- und Verwaltungsvereinfachung" lauten insoweit einschlägige Stichworte zu Modernisierungsgesetzen. Daneben stehen Haushaltssanierung und Investitionserleichterungen. Aber auch die Kinderförderung, die Förderung von Familien und des Wiedereinstiegs in den Beruf wurden gesetzlich aufgegriffen – ebenso wie der Öffentliche Personennahverkehr, Gedenkstätten, der Rettungsdienst, die Unterrichtung des Parlaments durch die Regierung und das Umweltinformationsrecht. Selbst die Landesverfassung wurde nun in neun Artikeln verändert, wobei plebiszitäre Einflussmöglichkeiten durch eine Senkung der Quoren gestärkt, die repräsentativdemokratisch entscheidende Möglichkeit zur Wahl des Landtags aber durch eine Verlängerung der Wahlperiode von vier auf fünf Jahre eingeschränkt wurde.[370] An Innovationskraft hat es der Regierungsmehrheit danach nicht gefehlt.

VII. Die fünfte Wahlperiode: CDU-Fraktion unter den Bedingungen der Großen Koalition

1. Gewonnene Landtagswahl und verlorene Koalitionsverhandlungen?

Aus der Landtagswahl vom 26. März 2006 ging die CDU wiederum als eindeutig stärkste Partei hervor. Im Vergleich zu 2002 verlor sie zwar 1,1 Prozentpunkte, festigte jedoch mit 36,2 Prozent der Zweitstimmen ihren politischen Führungsanspruch. Von fünf Landtagswahlen hatte die CDU damit zum vierten Mal die meisten Stimmen auf sich vereinigen können. Allerdings schrumpfte die CDU-Fraktion von 48 auf 40 Abgeordnete. Wie 1990 und 2002 zog auch 2006 die Landesliste nicht: Alle 40 Abgeordneten gewannen ihren Wahlkreis direkt. Der alte und neue Ministerpräsident war deshalb erneut zunächst kein Mitglied der Fraktion.

369 Thematisch gegliederte Übersicht in LT S-Anh. Drs. 4/2723, S. 19-28.

370 Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Vom 27.1.2005, GVBl. LSA 2005, S. 44.

Durch die Halbierung des Stimmenanteils der FDP von 13,3 % auf 6,7 % war trotz des Wahlerfolges der Union eine Fortsetzung der bürgerlichen Regierungskoalition unmöglich geworden. Die beiden Oppositionsparteien SPD und PDS verbesserten sich leicht und kamen auf 21,4 % (+1,4 Prozentpunkte) und 24,1 (+ 3,7 Prozentpunkte).[371] Wollte die CDU weiterhin Regierungsverantwortung tragen, so hatte sie nur die Option einer Großen Koalition. Die SPD hingegen konnte zwischen der PDS, ihrem parlamentarischen Koalitionspartner der Jahre 1994-2002, und der CDU wählen.

Mit der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD steuerte Sachsen-Anhalt als letztes der fünf neuen Bundesländer schließlich auch auf eine Große Koalition zu.[372] Inhaltliche „Knackpunkte" bei den Verhandlungen waren die Schulstruktur sowie Kreisgebiets- und Kommunalreform. Die SPD musste hier mit dem Fortbestand des gegliederten Schulwesens und der weitgehenden Akzeptierung der Kreisgebietsreform aus der vierten Wahlperiode aus ihrer Sicht zwei „Kröten" schlucken. Die CDU hingegen hatte die Abschaffung der kommunalen Verwaltungsgemeinschaft zugunsten von Zwangseingemeindungen hinzunehmen.

Ungeachtet des insgesamt ausgewogenen Gesamtpakets[373] und der rechnerischen Notwendigkeit einer Koalition mit der SPD zur Erhaltung der eigenen Regierungsbeteiligung wurde die „Einheitsgemeinde" insbesondere von Teilen der CDU aus dem ländlichen Raum strikt abgelehnt und heftig bekämpft. So verabschiedete der CDU-Parteitag bei seiner Zustimmung zum Koalitionsvertrag einen Antrag von Delegierten aus der dünn besiedelten Altmark, nach dem der gleichberechtigte Weiterbestand von Verwaltungsgemeinschaften geprüft werden sollte.[374] Dies war insofern ein bemerkenswerter Vorgang, als Änderungen an einem Koalitionsvertrag nicht einseitig vorgenommen werden können.

Bei der Ressortvergabe waren Anzahl und Verteilung umkämpft. Die SPD wollte eine Reduzierung von acht auf sieben Ministerien erreichen, wobei sie das Kul-

371 Everhard Holtmann, Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des „halben Machtwechsels", in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 1, S. 51-67.

372 Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen hatten bereits nach den Wahlen von 1994 eine Große Koalition, Brandenburg bekam sie 1999 und Sachsen 2004.

373 Hierzu: Sebastian Putz, Tischvorlage für CDU-Konferenz am 17.07.2006 in Magdeburg: Vergleich von Positionen des SPD- und CDU-Wahlprogramms und Festlegungen im Koalitionsvertrag, unveröffentlichtes Papier, Juli 2006 (PA S. Putz).

374 „CDU-Landesparteitag billigt mit großer Mehrheit Koalitionsvereinbarung mit der SPD. Böhmer: ‚Die Einheitsgemeinde ist kein Sündenfall der Weltgeschichte'", in: Volksstimme, 20.4.2006.

tusministerium beanspruchte, damit jedoch am Widerspruch der CDU scheiterte. Die SPD konnte letztlich die Ressorts Finanzen (Jens Bullerjahn), Inneres (Holger Hövelmann), Soziales (Gerlinde Kuppe) und Justiz (Angela Kolb) besetzen. Die CDU stellte neben dem weiteramtierenden Ministerpräsidenten, Wolfgang Böhmer, wie bisher die Minister für Bau und Verkehr (Karl-Heinz Daehre), Landwirtschaft und Umwelt (Petra Wernicke) sowie Kultus (Jan-Hendrik Olbertz). Außerdem stellte sie mit Reiner Haseloff zum ersten Mal in der Landesgeschichte den Wirtschaftsminister. Haseloff setzte damit zugleich seinen Aufstieg zum neuen Hoffnungsträger der Christlichen Demokraten in Sachsen-Anhalt fort. Daneben blieb Rainer Robra im Range eines Staatsministers Chef der Staatskanzlei.[375] Auch diese Verteilung sorgte in Teilen der CDU für Verärgerung, da nach deren Auffassung der SPD bei einem Ressortverhältnis von vier zu vier zu große Zugeständnisse gemacht worden seien. Der Unmut wurde verstärkt durch den Umstand, dass der Kultusminister weiterhin kein Parteimitglied war.[376]

Was ihre Funktion als Elitepool angeht, so fiel die Besetzung der Ministerien aus Sicht der CDU-Fraktion enttäuschend aus. Von vier Ministern war mit Petra Wernicke lediglich eine Ministerin zugleich Landtagsabgeordnete. Werden die Positionen des Ministerpräsidenten und des Staatskanzleichefs hinzugezählt, so betrug das Verhältnis sogar nur eins zu sechs. Und selbst wenn man in Karl-Heinz Daehre als ehemals langjährigem CDU-Parlamentarier so etwas wie ein „gefühltes" Mitglied der CDU-Fraktion sehen mag, blieben die mandatslosen Exekutivpolitiker der CDU trotzdem in der Überzahl. Nachdem in den Kabinetten Münch, Bergner und Böhmer I die Mehrzahl der von der CDU gestellten Minister zugleich Mitglieder der Landtagsfraktion gewesen waren und sich ihr Anteil in den bisherigen CDU-geführten Landesregierungen sogar schrittweise erhöht hatte, war dies im Kabinett Böhmer II nicht mehr der Fall. Damit fiel die CDU-Fraktion hinsichtlich ihrer Rekrutierungsfunktion auf das Niveau von 1990 bis 1991 in der Regierungszeit von Gerd Gies zurück.

Dass die Regierungsbildung Enttäuschung und Verärgerung hinterlassen hatte, wurde bei der Wahl des Regierungschefs deutlich. Hatte Böhmer 2002 bei seiner ersten Wahl zum Ministerpräsidenten noch drei Stimmen aus der Opposition er-

375 „Erhält die SPD vier Minister, droht Böhmer Ärger in der CDU", in: Volksstimme, 6.4.2006; „Start mit vier plus vier. CDU/SPD-Koalition einigt sich auf Ressortverteilung", in: MZ, 19.4.2006.

376 „Fehlendes Parteibuch entzweit die Union. Debatte um Kultusminister Olbertz – Wird CDU benachteiligt?", in: MZ, 11.4.2006.

halten, so verweigerten ihm diesmal drei Parlamentarier aus den Reihen der Regierungsfraktionen ihre Zustimmung.[377]

2. Konstituierung der Fraktion: Verpasste Chance zum Führungswechsel?

Parallel zur Regierungsbildung konstituierte sich die neue CDU-Landtagsfraktion. Zu dieser Sitzung hatte der bisherige Fraktionsvorsitzende Jürgen Scharf einen Tag nach der Wahl alle 40 CDU-Parlamentarier für den 29. März eingeladen.[378] Zwölf von ihnen waren erstmals in den Landtag eingezogen. Nach dem großen Umbruch von 2002 setzte sich damit die Verjüngung und Erneuerung der CDU weiter fort. Zusammen mit den kritischen Reaktionen auf die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen war dies eine erneute Herausforderung an die Integrationsfähigkeit der Fraktionsführung.

Als ob der Ministerpräsident die kommenden Schwierigkeiten vorausgesehen hätte, redete Böhmer den 40 CDU-Parlamentariern zu Beginn ihrer Arbeit eindringlich ins Gewissen:

> Es müsse, so Böhmer, in den nächsten Jahren „einen gelungenen Generationenwechsel geben, Persönlichkeiten müssten aufgebaut werden. Jedoch dürfe es keine Gruppenbildungen geben. Mahnend sei diesbezüglich an das ‚Trauma' in der ersten Wahlperiode erinnert. Nur eine kampfstarke und zusammen agierende Truppe könne in einer Großen Koalition Bestand haben."[379]

Nur wenige Minuten nach Böhmers mahnenden Worten wurde bei der Wahl des Fraktionsvorstandes klar, dass die Gruppenbildung in der CDU-Fraktion offenbar längst eingesetzt hatte oder sogar bereits abgeschlossen war. Und etwa ein halbes Jahr später wurde insbesondere bei der Diskussion um die Einheitsgemeinde ebenfalls deutlich, dass die CDU in ihren drei Ebenen Partei, Fraktion und Regierung jedenfalls nicht immer eine „zusammen agierende Truppe" war.

Bereits vor der Landtagswahl war intern über einen möglichen Wechsel von Jürgen Scharf auf Holger Stahlknecht als Fraktionsvorsitzenden spekuliert worden. Nach der Wahl bot Böhmer Scharf an, Landtagspräsident zu werden. Scharf lehnte jedoch ab und kandidierte erneut als Fraktionsvorsitzender.[380] Von 40 abgegebenen Stimmen

377 „Wiederwahl mit Wermutstropfen: Drei Koalitionäre versagen Böhmer ihr Ja", in: Volksstimme, 25.4.2006.

378 Schreiben von Jürgen Scharf an alle gewählten CDU-Abgeordneten vom 27. März 2006 (PA J. Scharf).

379 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 1. Sitz, 29.3.2006 in Magdeburg, S. 2 (PA J. Scharf).

380 „Fraktionschef bringt die Parteiregie durcheinander", in: Volksstimme, 30.3.2006.

erhielt er 26 Ja- gegen zwölf Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen.[381] War Scharf 2002 bei drei Enthaltungen und sechs Nein- noch auf 37 Ja-Stimmen gekommen, so hatte ihm vier Jahre später rund ein Drittel der Fraktion die Zustimmung verweigert. Mit einem ähnlich schwachen Ergebnis wurde anschließend Detlef Gürth als Parlamentarischer Geschäftsführer bestätigt. Gürth bekam von 39 abgegebenen Stimmen bei zwei Enthaltungen und elf Nein- ebenfalls 26 Ja-Stimmen.[382] Die nahezu gleiche Stimmverteilung der beiden Wahlgänge lässt vermuten, dass bereits zu diesem frühen Zeitpunkt der Wahlperiode innerhalb der CDU-Fraktion ein relativ fester Block an Abgeordneten existierte, der mit dem Duo Scharf/Gürth unzufrieden war.

Zu einer Veränderung auf der Führungsebene der Fraktion kam es bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Mit Reiner Schomburg hatte einer der beiden bisherigen Positionsinhaber nicht wieder für den Landtag kandidiert, so dass dessen Amt frei geworden war. Eva Feußner hingegen bewarb sich erneut um ihre Führungsposition. Außer ihr kandidierten noch die Abgeordneten Markus Kurze und Bernhard Bönisch. Von 39 abgegebenen Stimmen erhielten bei einer Enthaltung Kurze 26, Feußner 23 und Bönisch 17 Stimmen.[383] Der Sprecher der Gruppe „U 40" hatte damit die relativ meisten Stimmen auf sich vereinigen können. Eine weitere Veränderung gab es im Amt des Landtagspräsidenten. Da Adolf Spotka nicht wieder für das Parlament kandidiert hatte, konnte ihm Dieter Steinecke, CDU-Abgeordneter aus Magdeburg, nachfolgen.[384]

Im Fraktionsmanagement wurde ein Wechsel des Geschäftsführers nötig. Denn nachdem der bisherige Amtsinhaber, Markus Kreye, in einer der ersten Fraktionssitzungen bestätigt worden war,[385] wechselte er bereits zum 1. Juli in die Staatskanzlei. Böhmers bisheriger Büroleiter, Georg Prick, löste ihn daraufhin ab.[386]

381 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 1. Sitz., 29.3.2006 in Magdeburg, S. 3 (PA J. Scharf).

382 Ebd.

383 Ebd., S. 4. – Bönisch hatte bereits 2002 vergeblich als stellvertretender CDU-Vorsitzender kandidiert. 2006 war auch seine Kandidatur als Hallenser Oberbürgermeister erfolglos geblieben.

384 „Aus letzter Reihe ganz nach vorn. Dieter Steinecke wird neuer Landtagspräsident – 62-jähriger Magdeburger ist zurückhaltend und umgänglich", in: MZ, 22.4.2006.

385 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 3. Sitz., 11.4.2006 in Magdeburg, S. 2. Kreye erhielt von 37 abgegebenen Stimmen bei zwei Enthaltungen und einer ungültigen Stimme fünf Nein- und 29 Ja-Stimmen.

386 Kreye ersetzte in der Staatskanzlei den Leiter der Abteilung 2 (Ressortkoordinierung, Planung und föderale Angelegenheiten), Valentin Gramlich. Gramlich wechselte als Staatssekretär ins Kultusministerium. Neuer Büroleiter von Böhmer wurde Christian Fischer, der zuvor in der CDU-Fraktion Referent für Finanzen sowie Bundes- und Europaangelegenheiten gewesen war. Im Juni 2010 wechselte Prick in die Landtagsverwaltung. Für ihn wurde Sven Rautmann neuer Fraktionsgeschäftsführer, der zuvor in der CDU-Fraktion Referent für Landesentwicklung und Verkehr und Europaangelegenheiten sowie Medien war.

Schließlich hatte die Fraktion einmal mehr ihre Ausschussvorsitzenden, Sprecher und Arbeitsgruppenvorsitzenden sowie -mitglieder zu bestimmen. Hierbei kam es zu einer weiteren Kampfkandidatur. Der Abgeordnete Ralf Geisthardt hatte in einem Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden sein starkes Interesse an dem Vorsitz des Petitionsausschusses bekundet, dem er nun schon zwölf Jahre als stellvertretender Vorsitzender angehörte.[387] Geisthardt schrieb, er wolle „den Ausschuss weiter machen, (…) aber als Vorsitzender. Nebenbei, langsam hab ich es mir wohl auch verdient." Sodann bat er Scharf, „die Weichen so zu stellen, dass wir auf diesem Gebiet [dem Petitionsausschuss] endlich die Meinungsführerschaft erhalten." Gelänge dies, so Geisthardt weiter, wolle er „für die streng rechtliche Themenbearbeitung und damit Ruhe an der Front (…) sorgen."[388] Scharf bzw. der CDU-Fraktion gelang es tatsächlich, die Weichen im Sinne von Geisthardt zu stellen und den Vorsitz im Petitionsausschuss für die CDU zu sichern. Allerdings gelang es Geisthardt anschließend nicht, innerhalb der Fraktion eine Mehrheit für sich zu organisieren. Bei der Wahl zum Ausschussvorsitzenden scheiterte er mit 10 zu 29 Stimmen an seiner Gegenkandidatin, Frauke Weiß.[389] Geisthardt verblieb anschließend im Petitionsausschuss, allerdings als nunmehr nur noch einfaches Mitglied.

Von den anderen drei Ausschussvorsitzenden, welche die CDU stellen konnte, brauchte sich keiner einer fraktionsinternen Kampfkandidatur zu stellen. Dennoch fielen die Ergebnisse sehr unterschiedlich aus. Während Thomas Madl (Innenausschuss) und Gunnar Schellenberger (Bildung und Wissenschaft) ohne Enthaltungen bei zwei bzw. einer Gegenstimme auf 37 bzw. 38 Ja-Stimmen kamen, erhielt der Abgeordnete Nico Schulz (Bundes- und Europaangelegenheiten) bei 18 Nein- nur 21 Ja-Stimmen.[390] Da Schulz intern auch als „Ziehkind" Böhmers galt, konnte dieses Wahlergebnis nach der Ministerpräsidentenwahl als weiterer Fingerzeig auf ein nicht störungsfreies Verhältnis zwischen dem Regierungschef und Teilen der CDU-Fraktion gelten.

3. Die Fraktion zwischen Koalitionstreue und Kampf gegen die Einheitsgemeinde

Keine andere Festlegung des Koalitionsvertrages mit der SPD erwies sich für die CDU als so „schwer verdaulich" wie die Bestimmungen zur Abschaffung

387 Zu Geisthardt s.o., Abschnitte III. 4.1 und VI. 2.

388 Schreiben von Ralf Geisthardt an Jürgen Scharf vom 31. März 2006 (PA J. Scharf).

389 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., Klausurtagung, 26./27.4.2006 in Magdeburg, S. 1.

390 Ebd., S. 2. Vgl. auch „Landtag: Parteien benennen Ausschuss-Vorsitzende", in: Volksstimme, 28.4.2006.

der Verwaltungsgemeinschaften bzw. zur zwangsweisen flächendeckenden Einführung der Einheitsgemeinde. Von Innenminister Holger Hövelmann (SPD) lustvoll vorangetrieben,[391] führte dieses Vorhaben alsbald zu anhaltenden koalitions- wie CDU-internen Auseinandersetzungen.[392] Einer der schärfsten Kritiker der Einheitsgemeinde war der 2006 erstmals in den Landtag gekommene Altmärker Abgeordnete Uwe Harms (Wahlkreis 2: Gardelegen-Klötze). Harms erklärte fraktionsintern bereits am 30. Mai, dass er „den jetzigen Weg nicht mitgehen"[393] werde. Damit hatte Harms nur rund einen Monat nach der Regierungsbildung diesen Punkt der Koalitionsvereinbarung für sich persönlich faktisch aufgekündigt.

Harms stand mit seiner ablehnenden Haltung in der Fraktion keineswegs allein, sondern artikulierte lediglich die tief in die Reihen der CDU-Abgeordneten hineinreichende Gegnerschaft zur Einheitsgemeinde. Diese Ablehnung griffen Scharf und Böhmer auf, als sie kurz darauf in Interviews die Festlegungen des Koalitionsvertrages zur Einheitsgemeinde relativierten.[394] Die SPD reagierte prompt und bestand auf unbedingter Einhaltung der Vereinbarung.[395] Gefangen zwischen Koalitionstreue und ihrem Kampf gegen die Einheitsgemeinde hatten maßgebliche Teile der CDU-Fraktion damit den ersten ernsthaften Koalitionskrach provoziert.

Diesem Spannungsfeld war gleichfalls der CDU-Vorsitzende Webel ausgesetzt. Auch er musste einerseits der massiven Kritik von Vertretern seiner Partei an der Einheitsgemeinde Rechnung tragen, andererseits jedoch den Koalitionsvertrag, der seine Unterschrift trug, verteidigen. In einem Brief an alle Mitglieder der Landespartei zählte Webel die Erfolge der CDU im Koalitionsvertrag auf und setzte bei der Einheitsgemeinde auf das „Prinzip Hoffnung":

> „Wir stellen den Ministerpräsidenten und die größte Fraktion im Landtag. Wir haben eine Mehrheit am Kabinettstisch und behalten die Richtlinienkompetenz in der

391 „Scharfes Tempo bei Einheitsgemeinden. Hövelmann: Gesetz muss Mitte 2007 stehen", in: MZ, 13.5.2006.

392 „Erster Krach in der Koalition. Krisengespräch zwischen Böhmer und Hövelmann über Bildung von Einheitsgemeinden", in: MZ, 18.5.2006; „Palastrevolution in der CDU-Fraktion. Unionsmitglieder wehren sich gegen Einheitsgemeinden", in: MZ, 18.5.2006.

393 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 8. Sitz., 30.5.2006 in Magdeburg, S. 2 (PA J. Scharf).

394 „‚Ein Koalitionsvertrag ist kein einklagbares Gesetz'. Interview mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Jürgen Scharf", in: Volksstimme, 2.6.2006; „‚Der Koalitionsvertrag ist eine gemeinsame Absichtserklärung'. Ministerpräsident Böhmer zum Streit um Einheitsgemeinden", in: Volksstimme, 3.6.2006.

395 „Bullerjahn droht mit Bruch der Koalition. Starke Spannungen zwischen CDU und SPD nach Interview", in: MZ, 3.6.2006.

> Landespolitik (…) Im Koalitionsvertrag stecken weitaus mehr CDU-Inhalte als Forderungen aus dem SPD-Programm (…) In den Koalitionsverhandlungen mit der SPD war ein Kompromiss zugunsten des Modells der Einheitsgemeinde jedoch nicht zu umgehen. In der Staatskanzlei erarbeitet eine Lenkungsgruppe zurzeit eine Strategie, mit der dieser strittige Punkt im Koalitionsvertrag behutsam aber doch absprachegemäß umgesetzt werden kann (…) Vielleicht gelingt es uns doch noch, die kommunale Vielfalt in unserem Land beizubehalten."[396]

Auf das „Prinzip Hoffnung" verlassen wollte sich jedoch Webels Nachfolger im „schwarzen" Wahlkreis 8 (Wolmirstedt),[397] der Abgeordnete Holger Stahlknecht, nicht. Stahlknecht war in seinem ländlichen Wahlkreis auch Bürgermeister der Gemeinde Wellen sowie stellvertretender Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses der Verwaltungsgemeinschaft Hohe Börde und verteidigte in seinem Kampf gegen die Einheitsgemeinde zugleich auch seine Verankerung in den regionalen Strukturen. Anfang Juli 2006 sprach sich Stahlknecht in einer Pressemitteilung, die er in seiner Funktion als Vorsitzender des Landesverbandes Christlich Demokratischer Juristen absetzte, abweichend vom Koalitionsvertrag klar für den Erhalt von Verwaltungsgemeinschaften aus.[398] Der ehemalige Staatsanwalt hatte damit zwar feinsinnig zwischen Vorsitzendenamt und Landtagsmandat unterschieden, die SPD jedoch gleichwohl (erfolgreich) zu Gegenreaktionen provoziert und dadurch den koalitionsinternen Zwist weiter befeuert.[399]

Dieser Strategie des „begrenzten Konflikts" gab daraufhin CDU-Landeschef Webel sein offizielles Plazet,[400] so dass jetzt praktisch Vertreter der Landes-CDU auch mit der Rückendeckung des Parteivorsitzenden gegen die Einheitsgemeinde und damit gegen einen Teil des mit der SPD verabredeten Regierungsprogramms mobil machen konnten. Der Preis für dieses Zugeständnis an maßgebliche Teile

396 Schreiben von Thomas Webel, Vorsitzender der CDU in Sachsen-Anhalt, an alle Mitglieder der Landespartei, Juni 2006 (ohne Datum), S. 1 f. (PA J. Scharf).

397 Als einer von nur zwei Wahlkreisen wurde der Wahlkreis Wolmirstedt bisher bei allen Landtagswahlen immer von den CDU-Kandidaten direkt gewonnen. 1990, 1994 und 1998 war dies Thomas Webel, 2002 und 2006 Holger Stahlknecht.

398 „Streit um geplante Einheitsgemeinden. CDU-Politiker heizt Strukturdebatte neu an", in: Volksstimme, 1.7.2006. In Stahlknechts Pressemitteilung heißt es: „Neben den bevorzugten Einheitsgemeinden müssen auch Verwaltungsgemeinschaften Bestand haben können". Im Koalitionsvertrag hieß es hingegen: „Ziel ist, im Rahmen einer Freiwilligkeitsphase bis zu den Kommunalwahlen 2009 flächendeckend Einheitsgemeinden zu bilden. Kommt es dazu nicht, ist noch im Laufe dieser Legislaturperiode die gesetzliche Einführung von Einheitsgemeinden zum 1. Juli 2011 vorzunehmen."

399 „Koalitionsstreit in Sachsen-Anhalt Einheitsgemeinde: Hövelmann hält Kurs der CDU für fatal", in: Volksstimme, 7.7.2006.

400 „Koalitionsstreit um Einheitsgemeinden: CDU-Chef will Basis weiter rebellieren lassen", in: Volksstimme, 13.7.2006.

von Partei und Fraktion war zwangsläufig ein zu Lasten des Ansehens der Regierung gehender Koalitionsstreit mit der SPD.[401]

Dies konnte der Ministerpräsident nicht dauerhaft hinnehmen. Böhmer versuchte deshalb die Auseinandersetzung zu beenden, indem er der SPD in einem Spitzengespräch auf höchster Ebene Vertragstreue – und damit die Abschaffung der Verwaltungsgemeinschaft – zusicherte.[402] Auch der CDU-Landtagsfraktion versuchte Böhmer Anfang September auf ihrer Klausurtagung klarzumachen, dass beim Thema Einheitsgemeinde „aufgrund des Koalitionsvertrages formal keine Beweglichkeit mehr bestehe".[403]

Mit seinem Bekenntnis zur Einheitsgemeinde als Teil der Grundlage des Regierungsbündnisses mit der SPD war der Ministerpräsident frontal mit Teilen der CDU-Fraktion zusammengestoßen. Diese wollte seine Politik auch in einem anderen Punkt nicht mittragen. Böhmer hatte sich auf derselben Klausurtagung dafür ausgesprochen, es zukünftig den Kommunen zu überlassen, „für die Nutzung einer Sportstätte Betriebskostenersatz zu verlangen".[404] Im Sinne der Subsidiarität wäre dies konsequent gewesen und hätte „klammen" Kommunen mehr Spielraum bei der Erzielung von Einnahmen eröffnet. Etliche Abgeordnete befürchteten jedoch offenbar, sich bei einem solchen Schritt dem Vorwurf der sozialen Kälte auszusetzen und wollten die noch aus DDR-Zeiten stammende Sportstättenverordnung lieber unangetastet lassen.[405] Einstimmig beschlossen die CDU-Angeordneten, dass es „derzeit keine Abschaffung der Sportstättenverordnung geben" wird.[406] Die CDU-Fraktion hatte damit dem eigenen Ministerpräsidenten in einem weiteren Vorhaben die Gefolgschaft verweigert.

Der im Zuge der Regierungsbildung entstandene und durch die Auseinandersetzungen um die Einheitsgemeinde verbreiterte Graben zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Fraktionsvorsitzenden bzw. den CDU-Abgeordneten hatte

401 „Zank um Einheitsgemeinde. SPD-Spitzenmann Bullerjahn: ‚Der Kitt in der Koalition bröckelt', in: Volksstimme, 14.7.2006.

402 „Einheitsgemeinden: Böhmer und Bullerjahn beenden den Parteienstreit", in: Volksstimme, 28.7.2006.

403 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., Klausurtagung, 4./5.9.2006 in Halle, S. 1 (PA J. Scharf).

404 Ebd.

405 „Sportgebühr schreckt CDU-Politiker auf. Böhmer erntet Widerspruch bei Klausur – Vertagung bis 2007?", in: MZ, 5.9.2006.

406 „Streit um Sportstätten-Gebühr: CDU lässt Böhmer auflaufen", in: Volksstimme, 14.9.2006. Einen ähnlichen Vorgang hatte es bereits in der vorangegangenen Wahlperiode gegeben, als sich die Fraktion gegen den von Böhmer anvisierten Wegfall der Zweckbindung der Mittelzuweisungen an die Kommunen sperrte.

sich durch die Kontroverse um die Sportstättenverordnung weiter vertieft. Wenig später kam mit unterschiedlichen Auffassungen zwischen Böhmer einerseits, Haseloff und CDU-Fraktion andererseits über die Frage des Ladenschlusses ein dritter Konfliktpunkt hinzu.[407] In dieser Situation erläuterte Böhmer in der Fraktionssitzung vom 7. November 2006 erneut seine Sicht zum Komplex Einheitsgemeinde. In der anschließenden Aussprache gab der Abgeordnete Harms eine persönliche Erklärung zum gleichen Thema ab und bat daraufhin Böhmer, „für diesen Teil des Koalitionsvertrages die persönlichen Konsequenzen zu ziehen".[408] Das „Trauma" der ersten Wahlperiode, vor dem Böhmer die CDU-Parlamentarier zu Beginn der Wahlperiode eindringlich gewarnt hatte, schien mit der indirekten Rücktrittsforderung von Harms zurückzukehren.[409]

Anders als Auer 1991 stellte sich jedoch Scharf sofort hinter den Ministerpräsidenten und ließ die CDU-Fraktion umgehend per Akklamation über die Fortsetzung des Ministerpräsidentenamtes durch Böhmer abstimmen. Bei einer Gegenstimme votierte die Fraktion geschlossen dafür.[410] Auch der CDU-Vorsitzende Webel verteidigte anschließend Böhmer.[411] Es schien, als ob sich durch die Rücktrittsforderung von Harms die Reihen der CDU wieder fester geschlossen hätten und ihre drei Ebenen Partei, Fraktion und Regierung wieder stärker als „zusammen agierende Truppe" auftraten.

Bei der Suche nach einer Lösung im Umgang mit der ungeliebten Einheitsgemeinde schien die CDU-Fraktion danach einen konstruktiveren Weg zu beschreiten. Anstatt vornehmlich weiterhin in trotziger Ablehnung zu verharren, versuchte sie mit der SPD einen Kompromiss auszuloten. Dazu beschlossen die CDU-Abgeordneten auf einer Fraktionssondersitzung eine Verhandlungsgrundlage für anschließende Koalitionsgespräche. Nacheinander wurde über zwei Punkte abgestimmt, von denen der

407 „Ladenschluss: Böhmer und CDU-Fraktion nicht konform", in: Volksstimme, 4.11.2006; „Der König verprellt den Hofstaat. Ministerpräsident Böhmer löst Unmut in den eigenen Reihen aus – Erneut Schlappe für Wirtschaftsminister Haseloff", in: MZ, 4.11.2006.

408 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 21. Sitz., 7.11.2006 in Magdeburg, S. 2.

409 „‚Totenstille' nach der Rücktrittsforderung. In der CDU eskaliert der Streit um Einheitsgemeinden", in: Volksstimme, 9.11.2006. – Eine besondere Ironie schien dabei darin zu liegen, dass Harms mit dem Wahlkreis Gardelegen-Klötze in weiten Teilen jenen Wahlkreis 3 (Gardelegen-Stendal III) vertrat, dessen erster Direktmandatsgewinner, Armin Kleinau, 1990 durch Niederlegung seines Mandats den umstrittenen Landtagseinzug von Gerd Gies ermöglicht hatte. Gies übernahm nach seinem Nachrücken diesen Wahlkreis und gewann dann 1994 den Wahlkreis 2: Gardelegen-Klötze direkt.

410 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 21. Sitz., 7.11.2006 in Magdeburg, S. 2 (PA J. Scharf). Vgl. auch: „CDU-Fraktion steht hinter Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer", Pressemitteilung der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, 7.11.2006.

411 „Webel ruft Parteibasis zur Räson: ‚Jetzt wird der Verkehrte geprügelt'", in: Volksstimme,11.11.2006.

erste Ausnahmen bei der flächendeckenden Einführung von Einheitsgemeinden in „bevölkerungsschwachen oder territorial randständigen Regionen" durch „gemeindliche Verbände" vorsah. Für dieses Entgegenkommen seitens der SPD bot die CDU-Fraktion als zweiten Punkt an, dass in den gleichen Regionen Schulstandorte „auch durch Projekte mit [dem von der SPD gewollten] längerem gemeinsamen Lernen in kooperativer Form" erhalten werden können. Dem ersten Punkt stimmte die Fraktion bei zwei Enthaltungen mit einer Gegenstimme zu, der zweite Punkt wurde bei zwei Enthaltungen einstimmig angenommen.[412] Faktisch hatte die CDU-Fraktion der SPD damit eine Abänderung des Koalitionsvertrages angeboten.

Auf Seiten der SPD scheint dieses Angebot nicht unwillkommen gewesen zu sein. Denn der Ministerpräsident konnte schon zwei Tage später in der CDU-Fraktion berichten, dass der Koalitionsausschuss zur Einheitsgemeinde „einen Kompromissvorschlag gefunden" habe, der „allen Beteiligten mehr Spielraum gebe". Einmütig stellten die Abgeordneten fest, dass man mit dem gefundenen Kompromiss „innerhalb der Vorgaben der CDU-Sonderfraktionssitzung" geblieben war.[413] Ministerpräsident und CDU-Fraktion hatten somit zumindest inhaltlich wieder eine gemeinsame Linie gefunden, der wenig später auch die Partei folgte.

Auf dem Hallenser Landesparteitag lehnte eine übergroße Mehrheit der Delegierten einen Antrag ab, der die gleichberechtigte Existenz von Einheitsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften forderte.[414] Zugleich bestätigten die Delegierten ihre engere Parteiführung. Webel erhielt mit 83,6 Prozent ein leicht besseres Ergebnis als bei seiner ersten Wahl zum Parteivorsitzenden 2004.[415] Von seinen drei Stellvertretern Uda Heller, Reiner Haseloff und Thomas Leimbach schnitt Wirtschaftsminister Haseloff herausragend gut ab.[416]

In der Folgezeit konnte die wieder mehr mit der SPD als mit sich selbst ringende CDU dem Koalitionspartner weitere Zugeständnisse abtrotzen und die flächendeckende zwangsweise Einführung der Einheitsgemeinde abwehren. Auf einer Koalitionsklausur in Meisdorf erreichte die CDU, dass in der bis 2009 andauernden sogenannten „Freiwilligenphase" neben der Einheitsgemeinde auch die Verbands-

412 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., Sondersitz., 12.11.2006 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

413 Protokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 22. Sitz., 14.11.2006 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

414 „Landesparteitag in Halle. Kaffee statt Koalitionskrach: Die CDU schluckte die ‚Pille Einheitsgemeinde'", in: Volksstimme, 20.11.2006.

415 „Nach CDU-Streit überraschend gutes Ergebnis für Webel", in: Volksstimme, 20.11.2006. Zwei Jahre zuvor hatte Webel 82 Prozent erhalten.

416 Ebd. Haseloff bekam 95,8 % Zustimmung, Heller 70,3 % und Leimbach 69,8 %.

gemeinde möglich sein konnte.[417] Nach dieser grundsätzlichen Übereinkunft konnte die Koalition auch weitere Detailfragen wie z.B. die Mindestgröße der beiden Modelle klären.[418] Anschließend warb der Ministerpräsident in der CDU-Fraktion ausdrücklich für den gefundenen Kompromiss und „betont(e) den Verhandlungserfolg der CDU".[419] Parallel dazu spielte er öffentlich mit dem Gedanken, eine Zustimmung der Fraktion mit der Vertrauensfrage zu verbinden.[420] Dies wurde jedoch nicht notwendig. Das Protokoll hält fest: „Anschließend wird der Kompromiss im Koalitionsausschuss zu den Themen (…) und kommunale Gebietsreform per Akklamation gebilligt. Widerspruch wird nicht erhoben."[421] Die CDU-Fraktion hatte damit nach erheblichen Auseinandersetzungen den schwierigen Spagat zwischen Koalitionstreue und Kampf gegen die Einheitsgemeinde geschafft.

4. Kampf um den Fraktionsvorsitz – Versuchter Aufbruch. Aber wohin?

Zu Beginn der Wahlperiode hatte die CDU-Fraktion mehrheitlich Jürgen Scharf zum Vorsitzenden wiedergewählt und ihm neben Detlef Gürth als Parlamentarischen Geschäftsführer Eva Feußner und Markus Kurze als Stellvertreter an die Seite gestellt. Nur wenige Monate später kam es innerhalb dieses Führungsgremiums zu ersten Auseinandersetzungen. Gegenstand war eine Klausurtagung des Geschäftsführenden CDU-Landesvorstandes in der Tagungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung im italienischen Cadenabbia. Während Scharf und Gürth dazu eingeladen waren, hatten Feußner und Kurze keine Einladungen erhalten. Nachdem Scharf die Ergebnisse der Klausurtagung im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand vorgetragen hatte, missbilligte Eva Feußner, dass „der Fraktionsvorsitzende und der PGF an der Klausurtagung teilgenommen haben, obwohl die stellv. Fraktionsvorsitzenden nicht (…) eingeladen waren".[422]

Konnte bis hierhin noch angenommen werden, dass sich mit diesem Vorgang die seit 2002 bestehende Tatsache rächte, dass Mitglieder der Fraktion dem CDU-Präsidium

417 „Debatte um Einheitsgemeinden: CDU und SPD bewegen sich aufeinander zu. Koalition gewährt kleinen Orten mehr Eigenständigkeit", in: Volksstimme, 3.2.2006.

418 „CDU und SPD einigen sich im Koalitionsausschuss auf Kompromiss: Einheitsgemeinde nicht für alle", in: Volksstimme, 27.3.2007.

419 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh. 33. Sondersitz., 28.3.2007 in Magdeburg, S. 2 (PA J. Scharf).

420 „Böhmer droht CDU-Fraktion mit Vertrauensfrage. Gemeindestreit: Ministerpräsident fordert Zustimmung – Abgeordnete sollen Kompromiss mittragen", in: MZ, 28.3.2007.

421 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 33. Sondersitz., 28.3.2007 in Magdeburg, S. 2.

422 Kurzprotokoll des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU-Fraktion im LT S-Anh., Sitz. am 29.8.2006 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

nur qua Amt, nicht jedoch durch Wahl angehörten, so wurde auf der darauffolgenden Fraktionssitzung deutlich, dass die Italienreise eher der Anlass denn der Grund für die vorangegangene Auseinandersetzung im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand gewesen war. Insbesondere Eva Feußner warf dem Duo Scharf/Gürth vor, dass sie „bei wichtigen Entscheidungen und strategischen Planungen immer wieder außen vor gelassen werde".[423] Scharf räumte dies daraufhin zwar ein, schob die Schuld dafür jedoch Feußner selber zu, die „oft zu spät zu den Sitzungen komme".[424] Gürth hingegen bot an, die Vertrauensfrage zu stellen und gegebenenfalls als Parlamentarischer Geschäftsführer zurückzutreten. Die damit vor der Fraktionsvollversammlung erkennbar gewordenen Konflikte innerhalb der engeren Fraktionsführung soll wiederum Holger Stahlknecht zum Anlass genommen haben, gegenüber Vertrauten seine – bereits 2006 im Raum stehende – Kandidatur für das Amt des Fraktionsvorsitzenden bei der turnusgemäßen Neuwahl 2007 anzukündigen.

Parallel zu den Auseinandersetzungen um die Einheitsgemeinde ließ Stahlknecht Ende 2006 kaum verhüllt seine Ambitionen erkennen. Öffentlich formulierte er indirekte Kritik an Scharf: „Die Fraktion muss Gas geben (…) Darum wünsche ich mir eine stärkere inhaltliche und strategische Ausrichtung." Eine Entscheidung über seine mögliche Kandidatur wollte er sich ausdrücklich offenhalten.[425] Scharf reagierte umgehend ebenso entschlossen wie gelassen auf Stahlknechts Herausforderung.[426] Am 20. Februar 2007 erklärte Stahlknecht auf einer Fraktionsversammlung schließlich offiziell seine Kandidatur.[427]

Während sich der Herausgeforderte betont selbstbewusst gab und Kritik an seiner Amtsführung zurückwies,[428] versuchte Stahlknecht in der Fraktion eine Mehrheit für sich zu organisieren. Anfang März 2007 begründete er in einem Brief an einige Fraktionskollegen nochmals seine Kandidatur und schrieb: „Zusammen mit Dir als Sprecher und den anderen Sprechern, bei denen meines Erachtens keine Veränderungen erforderlich sind, möchte ich einen Neuanfang wagen."[429] Dieses Wagnis

423 „Italien-Reise führt zum Eklat in der CDU. Teile des Fraktionsvorstandes zu Klausur nicht eingeladen – Geschäftsführer bot Vertrauensfrage an", in: MZ, 12.9.2006.

424 Ebd.

425 „Die CDU-Fraktion muss Gas geben", in: Volksstimme, 8.12.2006.

426 „Personaldiskussion in der CDU / Fraktionschef Scharf: ‚Ich habe in der Fraktion eine Mehrheit hinter mir'", in: Volksstimme, 9.12.2006.

427 „Kampfabstimmung in CDU: Stahlknecht gegen Scharf", in: Volksstimme, 21.2.2007.

428 „CDU-Fraktionschef Scharf: ‚Ich sehe weiterhin eine Mehrheit hinter mir'", in: Volksstimme, 22.2.2007.

429 Schreiben von Holger Stahlknecht, 9.3.2007.

wollte eine knappe Mehrheit in der Fraktion nicht mitmachen. Bei 39 gültig abgegebenen Stimmen (eine ungültig) verlor Stahlknecht seine Kandidatur gegen Scharf mit 17 zu 21 Stimmen.[430]

Bei der darauffolgenden Wahl des Parlamentarischen Geschäftsführers blieb Gürth noch unter seinem schwachen Ergebnis von 2006. Bei ebenfalls 39 gültigen Stimmen (eine ungültig) bekam Gürth 23 Ja- und 15 Nein-Stimmen.[431] Gleichwohl hatte er damit die Mehrheit der Fraktionsmitglieder hinter sich und blieb damit „PGF".

Eine Veränderung gab es hingegen auf der Ebene der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Mit Feußner und Kurze traten die beiden Amtsinhaber wieder an, hinzu kam Stahlknecht. Die im ersten Wahlgang erforderliche absolute Mehrheit erreichte nur Stahlknecht. Von 39 abgegebenen Stimmen erhielt er 20, Feußner 18 und Kurze 17.[432] Damit war zugleich klar, dass einer der beiden bisherigen Stellvertreter nach dem zweiten Wahlgang sein Amt verlieren würde. Bei zwei ungültigen Stimmen gewann Kurze hauchdünn mit 19 zu 18 Stimmen für Feußner.[433] Diese muss es als eine bittere Ironie der Geschichte empfunden haben, dass ausgerechnet sie, die mit ihrer Kritik an dem Duo Scharf/Gürth die Kandidatur Stahlknechts mit ausgelöst bzw. befördert haben soll, am Ende „mit leeren Händen" zurückblieb.

Die anschließenden Wahlen der Arbeitsgruppenvorsitzenden verliefen ohne Kampfkandidaturen. Gleichwohl erhielten mehrere Kandidaten teilweise derart schlechte Ergebnisse, dass eine Gespaltenheit der Fraktion unübersehbar wurde. So erhielt Markus Kurze als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Soziales 19 Ja- und 18 Nein-Stimmen, Jens Kolze als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Inneres 19 Ja- und 16 Nein-Stimmen. Auch Gürth als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Jürgen Stadelmann als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Umwelt erzielten mit jeweils 15 Nein-Stimmen schwache Ergebnisse. Für Eva Feußner hingegen wird es kaum ein Trost gewesen sein, dass sie als Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung bei einer Enthaltung nur sieben Nein- und immerhin 30 Ja-Stimmen bekam. Lediglich André Schröder vermochte als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr bei zwei Enthaltungen mit 32 Ja- und

430 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 31. Sitz., 13.3.2007 in Magdeburg, S. 1.

431 Ebd. – Bei der Wahl 2006 war Gürth von 39 abgegebenen Stimmen bei zwei Enthaltungen noch auf 26 Ja- und elf Nein-Stimmen gekommen.

432 Ebd., S. 2.

433 Ebd.

drei Nein-Stimmen die große Mehrheit der Fraktion von seiner Wiederwahl zu überzeugen.[434]

Insgesamt bleibt für die Ergebnisse der fraktionsinternen Wahlen des Jahres 2007 festzuhalten, dass es den Abgeordneten gelungen war, fast die komplette Fraktionsführung mehr oder weniger stark zu beschädigen.[435] Ein Nutzen für die Gesamtfraktion oder die Landespartei wurde daraus nicht erkennbar. Allerdings spricht die nachfolgende Entwicklung dafür, dass in der Fraktion nicht ohne Erfolg daran gearbeitet wurde, ihre Gespaltenheit zu überwinden.

5. Ende der Rekrutierungsfunktion? – Personelle Entwicklungen bis Mitte 2010

Ende Juli 2007 kam es unter den 40 CDU-Parlamentariern zu einer ersten Veränderung. Der Abgeordnete Dirk Schatz (Wahlkreis 33: Eisleben) war zum Landrat des neuen Kreises Mansfeld-Südharz gewählt worden und legte deshalb sein Landtagsmandat nieder. Für ihn rückte Wolfgang Böhmer als Listenführer seiner Partei nach, ein Vorgang, wie er in ähnlicher Weise bereits in der vierten Wahlperiode stattgefunden hatte.[436] Mitte September 2008 trat auch André Schröder (Wahlkreis 31: Sangerhausen) von seinem Mandat zurück und wechselte als Staatssekretär ins Bau- und Verkehrsministerium. Schröder hatte bei den fraktionsinternen Vorstandswahlen 2007 als einziger Kandidat wirklich flügelübergreifende Beliebtheit bewiesen und sich auch damit für höhere Aufgaben empfohlen. Für ihn rückte Harry Lienau nach. Dieser Vorgang wiederholte sich im Oktober 2009, als Jürgen Stadelmann neuer Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt wurde und deshalb sein Mandat niederlegte. Für ihn verstärkte Eduard Jantos die Abgeordnetenreihen.

Parteiseitig war das Jahr 2008 von einer schwelenden Nachfolgedebatte um den mittlerweile 72-jährigen Wolfgang Böhmer überschattet. Da die SPD zumindest glaubhaft machen konnte, in der laufenden Wahlperiode keinen weiteren CDU-Politiker zum Ministerpräsidenten zu wählen,[437] schied ein eventueller „fliegender

434 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 31. Sitz., 13.3.2007 in Magdeburg, S. 2. Die weiteren Ergebnisse fielen wie folgt aus: Siegfried Borgwardt (AG Bundes- und Europangelegenheiten): 23 Ja / 11 Nein / 3 Enthaltungen / 2 Ungültige, Bernhard Daldrup (AG Landwirtschaft): 27 Ja / 8 Nein / 2 Enthaltungen / 1 Ungültige, Holger Stahlknecht (AG Recht und Verfassung): 24 Ja / 11 Nein / 2 Enthaltungen / 1 Ungültige, Marco Tullner (AG Finanzen): 28 Ja / 8 Nein / 2 Enthaltungen.

435 „Scharf bleibt Chef der CDU-Landtagsfraktion / Ein Fraktionär: ‚Mir ist ein Rätsel, wie der Laden zusammengehalten werden soll'", in: Volksstimme, 14.3.2007.

436 „Ministerpräsident rückt für Schatz nach. Böhmer ist nun auch Landtagsabgeordneter", in: Volksstimme, 31.7.2007. Zum ersten Nachrücken Böhmers (2005) siehe oben, Abschnitt IV. 2.

437 „SPD: Tritt Böhmer vor 2011 zurück, gibt es Neuwahlen", in: Volksstimme, 27.10.2008.

Wechsel" aus. Die CDU-internen Überlegungen kreisten demzufolge hauptsächlich um die Frage, wer als neuer Spitzenkandidat bei der Landtagswahl 2011 ins Rennen gehen solle und welche Vor- bzw. Nachteile eine Doppelspitze bzw. die Vereinigung von Spitzenkandidatur und Parteivorsitz mit sich bringen würden.[438] Auf dem Stendaler Parteitag erklärte der als „Kronprinz" Böhmers geltende Haseloff schließlich unter donnerndem Applaus, „für alle Aufgaben zur Verfügung" zu stehen. Bei den Wahlen zur personell unveränderten CDU-Führungsspitze ließ Haseloff nicht nur seine beiden Stellvertreterkollegen Uda Heller und Thomas Leimbach weit hinter sich, sondern schnitt auch deutlich besser ab als Parteichef Thomas Webel.[439] Damit war eine wichtige Weiche für die Landtagswahl 2011 gestellt. Zugleich bestand der seit 2002 anhaltende Zustand fort, dass die CDU-Fraktion über kein gewähltes Mitglied im CDU-Präsidium vertreten ist.

Im Frühsommer 2009 kam es für die CDU-Fraktion zu einem schmerzhaften Verlust. Gegen den Abgeordneten Thomas Madl (Wahlkreis 34: Saalkreis) ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Betrugs und Untreue. Darunter litt der laufende Kommunalwahlkampf. Anfang Juni schlug die Stimmung unter den CDU-Abgeordneten angesichts des öffentlichen Druckes gegen Madl um. Um einem drohenden Fraktionsausschluss zuvor zu kommen, trat Madl aus der CDU-Fraktion aus, die daraufhin nur noch 39 Mitglieder zählte.[440] Kurz darauf beschloss der CDU-Landesvorstand nach heftigem Ringen mehrheitlich, ein Parteiausschlussverfahren gegen Madl einzuleiten.[441] Der Vorgang ließ auch Jürgen Scharf als Fraktionsvorsitzenden nicht unbeschädigt, weil er aus Sicht seiner Kritiker zu lange an Madl festgehalten bzw. halbherzig agierte hatte.

Ende 2009 und Anfang 2010 kam es schließlich innerhalb des Kabinetts auf zwei Positionen zu Veränderungen, die von der CDU gestellte Minister betrafen. Im Oktober 2009 schied Landwirtschaftsministerin Petra Wernicke aus gesundheitlichen

438 „CDU-Chef will Doppelspitze. Webel kontra Haseloff: Personaldebatte in der Union schwelt weiter", in: MZ, 6.2.2008, und: „CDU nach Böhmer: Das Herz schlägt für Daehre, der Verstand sagt Haseloff", in: Volksstimme, 15.3.2008.

439 „Haseloff steigt überraschend in den Ring. Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister erklärt sich für die Böhmer-Nachfolge bereit", in: MZ, 24.11.2008, und: „Beifall bringt Haseloff an die Spitze. Die CDU kürt auf ungewöhnliche Art ihren Ministerpräsidenten-Kandidaten", in: MZ, 24.11.2008. Haseloff wurde mit knapp 92 Prozent als Parteivize wiedergewählt, Webel bekam hingegen als Vorsitzender nur 74,5 Prozent der Delegiertenstimmen.

440 „CDU sagt Befreiungsschlag an: Madl soll auch Partei verlassen", in: Volksstimme, 4.6.2009. Den Vorsitz des Innenausschusses des Landtags übernahm Holger Stahlknecht.

441 „CDU ringt mit Fall Madl. Landesvorstand streitet heftig über einen Parteiausschluss", in: MZ, 11.6.2009.

Gründen auf eigenen Wunsch aus dem Kabinett aus. Der Ministerpräsident ernannte daraufhin ihren langjährigen Staatssekretär, Dr. Hermann-Onko Aeikens, zu ihrem Nachfolger. Im April 2010 trat Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz zurück, um einen beruflichen Wechsel vornehmen zu können. Zu seiner Nachfolgerin ernannte Böhmer kurzerhand die Universitätsprofessorin Birgitta Wolff, obschon sich mit Eva Feußner, Gunnar Schellenberger und Marco Tullner gleich drei Abgeordnete Hoffnungen auf das Amt gemacht hatten. Böhmers offenherzige Begründung, bei der Nachfolgeentscheidung von vornherein nicht auf Fraktionsmitglieder zurückgegriffen zu haben, erlaubte es, gegen Ende der Wahlperiode noch einmal die Sichtweise zu erahnen, mit welcher der in der letzten Etappe seiner politischen Laufbahn stehende Ministerpräsident die CDU-Landtagsfraktion offenbar betrachtete.[442]
Ihrer Rekrutierungsfunktion hat die Fraktion bei diesen Entscheidungen nicht gerecht werden können. Abgesehen von Böhmer als Landtagsnachrücker büßte die CDU-Fraktion mit Petra Wernicke das letzte Kabinettsmitglied ein, das noch aus ihren Reihen stammte. Keiner der von der CDU gestellten vier Ressortchefs bzw. – bei Mitzählung von Staatsminister Rainer Robra – fünf Minister war nun noch Mitglied der CDU-Fraktion. Einen solchen Zustand hatte es selbst in der Zeit der Regierung Gerd Gies nicht gegeben. Und auch wenn mit André Schröder und Jürgen Stadelmann zwei ehemalige CDU-Parlamentarier immerhin Staatssekretäre geworden waren, so mussten Böhmers Entscheidungen das Selbstwertgefühl der CDU-Fraktion knapp 20 Jahre nach ihrer Gründung empfindlich treffen.

6. Vorläufige zahlenmäßige Bilanz der fünften Wahlperiode

Da die fünfte Wahlperiode noch nicht vollendet ist, kann die Bilanz der Tätigkeit der CDU-Fraktion zurzeit nur eine vorläufige sein. Im Vergleich zur vierten Wahlperiode zeigen sich gleichwohl bereits einige Konstanten wie auch graduelle Veränderungen. Die gemeinsame Regierungsarbeit mit der SPD hat gegenüber der vorangegangenen „bürgerlichen" Regierungsphase eine leichte Erhöhung der eigenen Initiativen der CDU-Fraktion in den Bereichen von Anfragen und Anträgen mit sich gebracht.
Bis Ende Juli 2010 haben CDU-Abgeordnete nun zwei Große Anfragen formuliert (2002-06 keine) und 87 Kleine Anfragen gestellt – zwar der geringste Wert aller

442 „Neue Kultusministerin sorgt bereits für Zoff", in: Bild-Zeitung, 4.5.2010. Böhmer sagte: „Ich habe in der Fraktion niemanden gesucht, weil ich der Meinung bin, dass jemand mit so ausgewiesenen Fähigkeiten wie Professor Wolff dort nicht zu finden ist!"

Fraktionen, aber erstens vor dem Hintergrund informeller Informationsbeschaffungsmöglichkeiten der Abgeordneten einer Regierungsfraktion zu sehen und zweitens jedenfalls eine Erhöhung um 31 (oder 55,4 %) auf einen Anteil von 7,3 %. Aktuelle Debatten sind achtmal allein sowie einmal gemeinsam mit der SPD beantragt worden.
Bei den Anträgen wird eine Differenzierung der Fraktionsarbeit noch deutlicher: Gesetzentwürfe sind unter Mitwirkung der Unionsabgeordneten sowohl von den beiden Koalitionsfraktionen gemeinsam (14 Vorlagen) als auch von CDU, SPD und FDP (3) und interfraktionell (4) eingebracht worden. Ebenso teilen sich Entschließungsanträge auf (9-1-3). Alternativanträge wurden bis auf einen CDU-SPD-FDP-Antrag von der CDU-Fraktion jeweils mit der SPD gemeinsam vorgelegt (29), die weitaus zahlreicheren Änderungsanträge gleichfalls in der Regel koalitionär (93) und nur je einmal unter Einschluss der FDP und interfraktionell formuliert. Nur bei sonstigen Anträgen (3) und Wahlvorschlägen (4) tritt die CDU-Fraktion auch eigenständig in Erscheinung, wenngleich auch hier die drei anderen Konstellationen ebenfalls zu beobachten sind und ihnen im Falle der einfachen Anträge mit 59 (Regierungsmehrheit) zu 1 (CDU-SPD-FDP) zu 17 (interfraktionell) ein deutliches Übergewicht zukommt.
Danach ergibt sich ein zahlenmäßiger Niederschlag sowohl der Koalitionsdisziplin als auch der Fraktionssympathie für die Einbeziehung der weitaus kleineren bürgerlichen Fraktion in die parlamentarische Willensbildung und Entscheidungsfindung.
Die legislative Arbeit des Landtags hat bislang in der laufenden Wahlperiode zur Verabschiedung von 128 Gesetzen geführt, darunter neben den schon als kontrovers angesprochenen Fragen öffentlich stark diskutierte und breites Interesse weckende Materien wie Ladenöffnungszeiten, Jugendstrafvollzug und Justizvollzugsanstalten, Hochschulzulassung, Nichtraucherschutz, Krebsregister, Versammlungsrecht, Garantieermächtigung zugunsten der Norddeutschen Landesbank oder Schutz für Kinder.
Der „Sanierungsimpuls" der vierten Wahlperiode hat sich danach deutlich abgeschwächt. An dem stets nötigen Anpassungs-, Umbau- und Innovationsprozess hat sich die Fraktion hingegen weiterhin aktiv beteiligt.

VIII. Profil und Markenkern: 13 Jahre Kampf gegen das 13. Schuljahr

Wie in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt wurde, agierte die CDU-Fraktion in den 20 Jahren ihres Bestehens unter ganz unterschiedlichen Bedingun-

gen und in wechselnden personellen Konstellationen. Dies kann jedoch nicht die Tatsache verwischen, dass die CDU-Parlamentarier durch alle Phasen hindurch an bestimmten inhaltlichen Positionen festhielten. Neben der Inneren Sicherheit und der Betonung der Subsidiarität bei Kreis- und Gemeindegebietsreformen gehört zu diesem unverwechselbaren Profil bzw. zu diesem Markenkern insbesondere der letztlich erfolgreiche Kampf gegen das 13. Schuljahr.

Mit ihrer Mehrheit besaß die bürgerliche Regierungskoalition in der ersten Wahlperiode die Möglichkeit, auch das Schulwesen nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Neben der Überprüfung des Lehrkörpers und der notwendigen inhaltlichen Neuausrichtung der von der SED ideologisch ausgerichteten Lehrpläne gehörten dazu unter anderem die Frage nach der Schulstruktur und der Dauer der Schulzeit bis zum Abitur. Ähnlich wie Sachsen und Thüringen entschied sich auch die erste Landesregierung Sachsen-Anhalts für die Einführung des gegliederten Schulwesens und für die Beibehaltung des auch zu DDR-Zeiten üblichen Abiturs nach zwölf Schuljahren.[443]

Die beiden Regierungsfraktionen unterstützen diesen Kurs. So warben Kultusminister Werner Sobetzko und der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Bernhard Ritter, in einer Pressemitteilung eindringlich für eine „begabungsgerechte Leistungsschule", die „im Gegensatz zur Einheitsschule" stehe. Ferner hieß es: „Die CDU-Fraktion und das Kultusministerium treten bundesweit für ein Abitur nach dem zwölften Schuljahr ein."[444] Demgegenüber sprach sich Oppositionsführer Reinhard Höppner (SPD) klar zugunsten des 13. Schuljahrs aus.[445] Am 11. März 1993 beschloss der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP das neue Schulgesetz. Die beiden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen verließen bei dieser Abstimmung den Plenarsaal, die PDS-Fraktion stimmte dagegen.[446]

Nach der zweiten Landtagswahl und der Bildung der ersten Minderheitsregierung Höppner machten sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit Unterstützung

443 Sigrid Wild: Landesregierung hält fest am gegliederten Schulwesen, Volksstimme v. 20.4.1991; Schneller Weg war richtig! Interview mit Kultusminister Werner Sobetzko, Elbereport v. 30.8.1992; „Nur 12 Jahre bis zum Abitur", Bernburger Zeitung v. 28.11.1992.

444 Alles zitiert aus: Pressemitteilung Nr. 10 des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt v. 28.3.1993.

445 „Will die SPD das Schulwesen im Land auf den Kopf stellen? Interview mit Reinhard Höppner", Volksstimme v. 26.9.1992.

446 Dieter Maertins: Wer die Mehrheit hat, ist im Recht. Koalitionsparteien brachten ihr Schulgesetz durch – SPD und Bündnis 90/Grüne verließen Saal, MZ v. 12.3.1993.

durch die PDS unverzüglich daran, die getroffenen Strukturentscheidungen in der Bildungspolitik zu verändern.[447] Als ersten Schritt nahmen sie dabei die Einführung einer zweijährigen zwangsweisen sogenannten „Förderstufe" in Angriff, wodurch sich die Gymnasialzeit von acht auf sechs Jahre verkürzte.[448] Diese Schwächung des Gymnasiums kritisierte der CDU-Fraktionsvorsitzende auf einer Pressekonferenz heftig.[449] Wenig später prallten die unterschiedlichen Auffassungen auch im Landtag aufeinander, wobei sich hier bereits herausschälte, dass die „Förderstufe" vor allem die zwangsläufige Verlängerung der zwölfjährigen Abiturzeit um ein Jahr beförderte.[450] Am 26. Oktober 1995 beschlossen die Abgeordneten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS gegen den heftigen Widerspruch der CDU-Fraktion die Einführung der „Förderstufe" zum Schuljahr 1997/98.[451]

Ende April 1997 beschloss das rot-grüne Minderheitskabinett dann offiziell, die Abiturzeit in Sachsen-Anhalt auf 13 Schuljahre zu verlängern.[452] Ihr Unterstützungspartner von der PDS hatte sich bereits 1994 dafür ausgesprochen.[453] Dass dieser geplanten Angleichung der verlängerten Abiturzeit an das Niveau der alten Bundesländer mit der PDS ausgerechnet diejenige politische Gruppierung zustimmte, die ansonsten als selbsternanntes „Sprachrohr des Ostens" bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen die Deutsche Einheit als angeblichen „Anschluss" der DDR an die Bundesrepublik polemisierte, verlieh dem ideologiebehafteten Vorhaben eine ganz besondere Note.

Für die CDU-Fraktion kritisierte Ex-Kultusminister Werner Sobetzko das Gesetzesvorhaben der SPD-geführten Minderheitsregierung in der ersten Lesung im Landtag als „bildungspolitisch einmalige(n) Unsinn und vergeudete Zeit".[454] Mochte sich die CDU mit ihrer Ablehnung im Landtag auch in der Minderheit befinden,

447 Stefan Dietrich: Normalzeit West in Magdeburg. Sachsen-Anhalt krempelt seine Schulen schon wieder um, F.A.Z. v. 10.5.1995.

448 „Mit dem Schuljahr 95/96 beginnt Gymnasium erst in der 7. Klasse. Interview mit Kultusminister Karl-Heinz Reck", Volksstimme v. 30.7.1994.

449 „CDU-Fraktionschef kritisierte Schulpolitik. Kultusminister spitze bei der Opposition die Ohren", Volksstimme v. 13.8.1994; „Kritik an der Bildungspolitik der rot-grünen Landesregierung. CDU-Fraktionschef Bergner: Niveau des Abiturs könnte leiden", MZ v. 13.8.1994.

450 Gerhard Gunkel: Landtagsdebatte: Kommt Entscheidung zum 13. Schuljahr? Heftiger Schlagabtausch – CDU: Rot-grüne Minderheitsregierung gefährdet Schulsystem, MZ v. 4.11.1994.

451 „Landtag beschließt Förderstufe ab 1997", Volksstimme v. 27.10.1995.

452 Stephanie Brost: Gymnasiasten müssen jetzt 13 Jahre Schulbank drücken, Volksstimme v. 30.4.1997.

453 „PDS für 13-Klassen-Abitur", Volksstimme v. 10.11.1994.

454 Ernst Krziwanie: 13. Schuljahr: Sobetzko: Das ist vergeudete Zeit, MZ v. 25.6.1997.

in der Bevölkerung wurde ihr Kurs mehrheitlich befürwortet. Umfragen aus der damaligen Zeit ergaben, dass nahezu zwei Drittel der Sachsen-Anhalter für die Beibehaltung des zwölfjährigen Abiturs votierten.[455] Auch die Vertreter der Wirtschaft lehnten während des Anhörungsverfahrens im Bildungsausschuss des Landtages die Verlängerung der Abiturzeit klar ab.[456]

Dies alles hinderte die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS jedoch nicht daran, am 17. Dezember 1997 gegen die Stimmen der CDU-Fraktion die Einführung des 13. Schuljahres beginnend mit der 11. Klasse des Schuljahres 1999 zu beschließen.[457] Angesichts der Entscheidung der linken Landtagsmehrheit blieb der CDU daraufhin nichts anderes übrig, als im Landtagswahlkampf 1998 für die Abschaffung des gerade eben erst eingeführten 13. Schuljahres einzutreten.[458]

Nach dem Urnengang vom 26. April 1998 und der anschließenden Fortsetzung der SPD-Minderheitsregierung verblieb die CDU-Fraktion zwar geschwächt in der Opposition, mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem 13. Schuljahr stieß sie hingegen in der Landespolitik auf langsam zunehmende Sympathie. Anfang Dezember 1998 löste Gerd Harms den zurückgetretenen Kultusminister Karl-Heinz Reck ab.[459] Als eine seiner ersten Maßnahmen startete der neue Kultusminister den sogenannten Modellversuch „13 kompakt", mit dem an einzelnen Schulen ein 12 ½jähriges Abitur getestet werden sollte. Nur ein Jahr nachdem Höppners Minderheitsregierung bzw. die sie tragende rot-rot-grüne Parlamentskoalition die Abiturzeit gegen alle Widerstände verlängert hatten, begann das Kultusministerium damit behutsam zurückzurudern.

Die Meinungsbildung in der CDU-Fraktion auf die vorsichtige Kurskorrektur der Landesregierung fiel ablehnend aus. So warnte der Fraktionsvorsitzende Christoph Bergner die Abgeordneten davor, „dass die CDU sich hier vertretene Positionen zu eigen macht".[460] Und wenig später hält das Sitzungsprotokoll des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes fest: „Die Ankündigung von Kultusminister Harms, Modellversuche zur Erprobung einer 12 ½jährigen Schulzeit bis zum Abitur einzufüh-

455 „Umfrage zum Abitur: Mehrheit im Osten für zwölf Jahre Schulzeit", Volksstimme v. 2.7.1997.

456 „Wirtschaft gegen 13. Schuljahr", Elbe-Report v. 5.7.1997.

457 Michael Bock: Landtag beschloss mehrheitlich 13 Schuljahre bis zum Abitur. CDU protestierte scharf gegen die Verlängerung der Schulzeit, Volksstimme v. 18.12.1997.

458 „CDU strebt deutliche Korrekturen an. Bergner will Einführung des 13. Schuljahres rückgängig machen und Hochschulgesetz erneuern", MZ v. 25.2.1998.

459 Christoph Seils: Zwei Minister verlassen Höppner. Sachsen-Anhalts Regierungschef muss Kabinett umbilden, Berliner Zeitung v. 13.11.1998. – Neben Reck schied auch Wirtschaftsminister Klaus Schucht aus der Landesregierung aus. Er wurde durch Matthias Gabriel ersetzt.

460 Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 8.12.1998 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

ren, wird problematisiert. Es handle sich hier nicht um ein zukunftsfähiges Modell, jedoch gebe es Anlass, erneut über die 12jährige Schulzeit nachzudenken."[461]
Einen geeigneten Zeitpunkt, auch die anderen Landtagsfraktionen zum Nachdenken über die Rückkehr zum zwölfjährigen Abitur zu zwingen, sah die CDU-Fraktion im September des Jahres 2000 gekommen. Mit einem Gesetzentwurf forderten die Christdemokraten die Schulzeitverlängerung wieder rückgängig zu machen.[462] Innerhalb der SPD regte sich zwar durchaus Sympathie für diesen Vorstoß,[463] Kultusminister Gerd Harms lehnte den Vorschlag jedoch brüsk ab.[464] Gleichzeitig rückte Harms aber ein weiteres Stück vom 13. Schuljahr ab, indem er für besonders leistungsstarke Schüler ein zwölfjähriges Abitur in Aussicht stellte.[465]
Der CDU-Fraktion war es mit ihrem Gesetzentwurf offenkundig gelungen, die Debatte um das 13. Schuljahr neu zu beleben und die SPD-geführte Minderheitsregierung erfolgreich „vor sich herzutreiben". Parlamentarisch hingegen blieb der CDU-Fraktion ein Erfolg verwehrt. Deren Gesetzentwurf zur Rückkehr des Abiturs nach zwölf Jahren lehnten SPD und PDS am 9. Mai 2001 im Bildungsausschuss und am 17. Mai 2001 im Landtag ab.[466] Angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse blieb der CDU-Fraktion anschließend wiederum nicht viel mehr übrig, als erneut bei den Wählerinnen und Wählern für eine Abschaffung des 13. Schuljahres zu werben.[467]
Anders als vier Jahre zuvor fand die CDU bei der Landtagswahl vom 21. April 2002 für ihre Forderung nach einer Rückkehr zum zwölfjährigen Abitur eine Mehrheit. Die Neuauflage der bürgerlichen Regierungskoalition und die eigene Ministerpräsidentschaft vor Augen verkündete Böhmer bereits zwei Tage nach der Wahl: „Das 13. Schuljahr wird so schnell wie möglich abgeschafft."[468] Entsprechend drückte der neue Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz aufs Tempo. Bereits im Juli 2002 er-

461 Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 19.1.1999 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

462 Ernst Krziwanie: CDU: Abitur wieder nach der 12. Klasse. Gesetzentwurf vorgelegt – Kultusminister lehnt Vorstoß ab, MZ v. 8.9.2000.

463 Gerhard Gunkel: Abitur nach zwölf Jahren. Schweigegelübte abgelegt. Streit in der SPD – Kritiker Rothe erteilt sich Redeverbot – Jusos wollen Kompromiss, MZ v. 19.10.2000.

464 „CDU fordert Abitur nach zwölf Jahren. Harms kritisiert Vorstoß", MZ v. 15.9.2000.

465 Michael Bock: Kultusminister Gerd Harms: Express-Abitur für leistungsstarke Schüler ab August 2002 denkbar, Volksstimme v. 28.11.2000.

466 Ernst Krziwanie: Bildungsausschuss: SPD und PDS gegen kürzere Abiturzeit. CDU-Gesetzentwurf zu zwölf Jahren abgelehnt, MZ v. 10.5.2001; „Abitur-Debatte: Es schlägt noch immer 13. SPD und PDS stoppen Vorstoß der Union für kürzere Schulzeit", MZ v. 18.5.2001.

467 Harald Kreibich: CDU-Kampagne gegen das 13. Schuljahr. Landeschef Böhmer: Wir stehen nicht allein, MZ v. 22.6.2001; „CDU will Abi wieder verkürzen. Übergangsfristen geplant", MZ v. 11.7.2001.

468 „Ein Kassensturz als Auftakt. Der designierte Ministerpräsident über Arbeit, Gebietsreform, 13. Schuljahr und eine Heirat. Interview mit Wolfgang Böhmer", MZ v. 23.4.2002.

läuterte er in der CDU-Fraktion das „Modell zur Reform der Gymnasiumoberstufe und zur Verkürzung der Schulzeit."[469] Der Gesetzentwurf der CDU-geführten Landesregierung zur Rückkehr des Abiturs nach zwölf Jahren und zur Abschaffung der Förderstufe in der bis dahin gültigen Form wurde am 11. Oktober 2002 vom Landtag in erster Lesung debattiert.[470] Während die Redner von CDU und FDP den Gesetzentwurf unterstützten, stieß bei den Vertretern von SPD und PDS lediglich die Verkürzung der Abiturzeit auf Zustimmung. Die geplante Novellierung der Förderstufe lehnte die Opposition hingegen ab.[471] Am 6. Februar 2003 beschloss die Landtagsmehrheit von CDU und FDP die Rückkehr zum Abitur nach zwölf Jahren.[472] Diese Entscheidung blieb auch nach 2006 unter den Bedingungen der Großen Koalition unangetastet. Die CDU-Fraktion hatte ihren 13 Jahre währenden Kampf gegen das 13. Schuljahr endgültig gewonnen.

Die Auseinandersetzung um die Dauer des Abiturs hatte eines deutlich werden lassen: Im Gegensatz zu dem ideologischen Reformeifer einer linken Parlamentsmehrheit, der das Land in eine Sackgasse geführt hatte, erwies sich der alles andere als beliebig daherkommende nüchterne Pragmatismus des bürgerlichen Lagers als wegweisend. Während die vermeintlich „fortschrittlichen" Kräfte das Land auf einem der wichtigsten Politikfelder um Jahre zurückgeworfen hatten, hatte sich das Lösungsangebot der angeblich „Konservativen" als überaus zukunftsfähig herausgestellt. Die CDU-Fraktion hatte damit unter wechselnden Bedingungen klaren Kurs gehalten und das als richtig Erkannte gegen alle Widerstände beharrlich verteidigt und schließlich durchgesetzt.

IX. Fazit der Betrachtungen

Nach einer legislativ überaus intensiven und durchaus erfolgreichen, parlamentarisch jedoch bisweilen turbulent verlaufenden ersten Wahlperiode war die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt die nachfolgenden acht Jahre mit dem als „Magdeburger Modell" schamhaft verschleierten Zusammenwirken der SPD mit den SED-Erben konfrontiert worden. Jenseits der negativen Leistungsbilanz

469 Kurzprotokoll der CDU-Fraktion im LT S-Anh., 9. Sitz., 9.7.2002 in Magdeburg, S. 1 (PA J. Scharf).

470 Silke Janko: Landtag berät Schulgesetz, Lehrstellenmisere und Kinderbetreuung. Ab 2007 Abitur wieder nach zwölf Jahren, Volksstimme v. 12.10.2002.

471 „Alle wollen kürzere Schulzeit. Kultusminister bringt Novelle ein – Abitur wieder nach zwölf Jahren", MZ v. 12.10.2002.

472 „Änderungen im Schulgesetz. Ab 2007 Abitur wieder nach dem 12. Schuljahr", Volksstimme v. 7.2.2003.

der Regierung Höppner liegt ein nachwirkender, substanzieller Schaden seiner Minderheitsregierung mit parlamentarischer Mehrheitskoalition darin, durch ein Verwirrspiel um die realen Mehrheitsverhältnisse im Landtag Rolle und Funktion der Opposition in der Öffentlichkeit unklar werden zu lassen. Dies musste umso schwerer wirken, als das Räderwerk der parlamentarischen Demokratie nach beinahe 60 Jahren Diktatur bis dahin gerade einmal vier Jahre lang Zeit gehabt hatte, seine Funktionsweise zu präsentieren. Ein Teil der Schwierigkeiten der CDU-Fraktion insbesondere in der zweiten Wahlperiode hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass unter den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch bei einigen Medien noch kein ausreichendes Verständnis für eine ebenso *systemloyale* wie *regierungskritische* Opposition vorhanden gewesen sein mag.

Angesichts dieser Herausforderungen hatte seitens der CDU-Fraktion erheblicher Kampfesmut dazugehört, Rolle und Funktion der parlamentarischen Opposition anzunehmen und auszufüllen. Dieses konsequente Beharren der Christdemokraten auf der Oppositionsrolle diffamierten politische Gegner kühl kalkulierend als „Verweigerungshaltung". Tatsächlich jedoch lehnten diese Gegner selbst den elementaren Dualismus von Regierungsmehrheit und Opposition im parlamentarischen Regierungssystem ab. Die nur vermeintlich „tolerierte", in Wahrheit verlässlich parlamentarisch *gestützte* Minderheitsregierung hatte offenbar die größten Schwierigkeiten damit, ihrerseits Opposition zu tolerieren.

Bei ihrem legitimen Anliegen, das „Magdeburger Modell" aus den Angeln zu heben, musste die CDU-Fraktion dickere Bretter bohren, als sich viele ihrer Mitglieder anfangs vorgestellt haben mögen. Sie hat sich aber behauptet. Das Verständnis für die Rolle und Funktion einer Opposition im parlamentarischen Regierungssystem durch die Zeit des „Magdeburger Modells" hindurch aufrecht erhalten und konserviert zu haben, ist jenseits der Erfolgsbilanz der CDU-geführten Landesregierung und dem nach 2002 erreichten Imagewechsel sicherlich ein besonderes Verdienst der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

In der Entwicklung ihres eigenen Selbstverständnisses zeigt die CDU-Landtagsfraktion dabei bemerkenswerte Parallelen zur CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Bis 1969 hatte sich diese 20 Jahre lang als „geborene" Regierungsfraktion gesehen. Nach der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler verstand sie sich zunächst als „verhinderte" Regierungsfraktion und suchte das sozialdemokratische Intermezzo durch ein „Konstruktives" Misstrauensvotum zu beenden. Der Versuch schlug fehl. Der Oppositionsführer konnte hieraus nicht unbeschädigt hervorge-

hen. Bei den nachfolgenden Neuwahlen verlor die Fraktion ihre relative Mehrheit, der Oppositionsführer trat im folgenden Jahr zurück, die neue Führung in Partei und Fraktion wählte in der Opposition einen neuen politischen Ansatz – und errang bereits bei den nächsten Bundestagswahlen einen enormen Wählerzuspruch, wenngleich die erneute Übernahme der Regierungsverantwortung damals knapp verfehlt wurde.

Dieses Ziel ließ sich in Sachsen-Anhalt schneller erreichen. Denn seine Wählerschaft zeigt heute eine weitaus größere Flexibilität als die der alten Bundesrepublik in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Das bedeutet zugleich: Die CDU-Fraktion in Sachsen-Anhalt muss stets die Volatilität ihrer Wählerschaft in Rechnung stellen. Höhen und Tiefen können schneller aufeinander folgen und größere Differenzen aufweisen als sie in den ersten zwanzig Jahren der „alten" Bundesländer üblich gewesen sind. Der Attraktivität von Spitzenkandidaten als Vermittlern einer hoffnungsvollen Zukunftsperspektive kommt daher nach den Erfahrungen der CDU-Fraktion besondere Bedeutung zu.

Ihren konkreten Funktionen im Parlamentarismus ist die Fraktion nach Maßgabe von Mehrheitsverhältnissen, konkretem Personal und verfolgten Strategien in unterschiedlichen Akzentuierungen nachgekommen. Nach links und rechts hat sie dabei in gleicher Weise an ihrer rechtsstaatlich-demokratischen – und das heißt zugleich: anti-extremistischen – Grundhaltung öffentlich wirksam festgehalten. Sieht man die Veränderungen, die das Land und sein Parlament seit 1990 durchlaufen haben, wird man für einen gewissen Stolz der Fraktion, Kurs gehalten zu haben und weit vorangekommen zu sein, sicherlich Verständnis aufbringen.

Knolle for president

Betrachtung zum Wert politischer Professionalität

von Dr. Christoph Bergner
Staatssekretär im Bundesministerium des Innern

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
vom 3. Dezember 1991 bis 1. Dezember 1993
sowie vom 26. Juli 1994 bis 2. Juli 2001

Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt
vom 2. Dezember 1993 bis 21. Juli 1994

Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
vom 28. Oktober 1990 bis 15. Mai 2002

Der 20. Jahrestag der Gründung der CDU-Landtagsfraktion ist mir Anlass, mich an die Anfänge unserer parlamentarischen Arbeit zu erinnern. Vieles mag Zeitzeugen und Beteiligten der 1. Wahlperiode dabei rückblickend in den Sinn kommen, das belegt, wie aufregend, verwirrend und konfliktträchtig der Beginn der Fraktionsarbeit war: Stasiüberprüfungen, zwei Regierungskrisen, der unvermittelte Rücktritt des ersten Fraktionsvorsitzenden Joachim Auer, eine „freie" Fraktion versprengter Abgeordneter, die ihre Mitgliederwerbung auch in der CDU-Fraktion betrieb…
Man mag sich heute fragen, wie es möglich war, unter diesen Bedingungen hunderte Gesetze zu verabschieden und eine kontinuierliche Regierungsarbeit zu ermöglichen. Die Situation von damals ist mit der heutigen nur begrenzt vergleichbar. Es hat sich im Verlaufe dieser zwanzig Jahre eine Professionalisierung vollzogen, die folgerichtig und wohl auch notwendig war und das Selbstverständnis der Abgeordneten verändert hat.
Zur Illustration der Situation der Anfangsjahre eine Episode, an die mich die letzte Bundesversammlung zur Wahl von Bundespräsident Wulff erinnerte:
April 1994. Ein Nachfolger des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker sollte gewählt werden. Die Nominierung des CDU/CSU-Kandidaten war schwierig gewesen, weil Steffen Heitmann seine Bereitschaft zur Kandidatur zurückzog. Nachdem der Koalitionspartner FDP mit Hildegard Hamm-Brücher eine eigene Kandidatin präsentierte, schien die Mehrheit für den von uns nominierten Roman Herzog gefährdet.

Auch im Landtag von Sachsen-Anhalt gab es Probleme: Die CDU stimmte bei der Wahl der Delegierten der Bundesversammlung nicht geschlossen für die eigene Liste und „verschenkte" eines ihrer Mandate. Stattdessen hielt überraschend der damals fraktionslose Abgeordnete Angelbeck Einzug in das Wahlgremium.
In einem Interview eines Quedlinburger Anzeigenblattes erklärte unser Fraktionskollege Karsten Knolle seine prinzipielle Bereitschaft, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren. Ich hörte von diesem Interview, nahm es aber schon deshalb nicht ernst, weil mich andere Sorgen beschäftigten. Es war die Endphase der Treuhandprivatisierungen. An Bode und Selke hatten wir uns mit den Folgen eines Hochwassers auseinanderzusetzen.
Nach meiner Wahl zum Ministerpräsidenten behielt ich das Dachstübchen im Landtag als Übernachtungsplatz, an den ich zu später Stunde aus der Staatskanzlei wechselte, um mich zur Ruhe zu legen.
Es war eine Nacht in einer Sitzungswoche, in der ich keinen Schlaf fand, weil unter meinem Zimmer eine strittige Diskussion im Gange schien, in der eine weibliche Stimme immer wieder ein durchdringendes „Nein" rief, das wie der Stoß einer Fanfare bis zu mir drang. Nach zwei Stunden ging ich zu dem Abgeordnetenstübchen, das die Quelle dieser Unruhe war, klopfte an und erfuhr, worum es ging. Mehrere Kollegen der Fraktion versuchtem, dem Abgeordneten Knolle seine Absicht auszureden, auf Vorschlag von Herrn Angelbeck für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren. Karsten Knolle ließ sich von den Argumenten seiner Fraktionskollegen nicht beeindrucken und verkündete nach jeder Debattenrunde ruhig und entschlossen, er bleibe bei seiner Absicht, worauf unsere Kollegin Sabine Klenke mit dem schrillen Ruf „Nein" reagierte, ein Aufschrei, über dessen Hintergründe ich mir in meinem Zimmer Gedanken gemacht hatte, die mich nicht schlafen ließen.
Auch mir blieb nichts anderes übrig, als Karsten Knolle vor den Folgen seiner Kandidatur für das Ansehen unserer Landespolitik zu warnen. Dann gingen wir schlafen.
Am folgenden Morgen kam im Plenum der Abgeordnete Knolle zur Regierungsbank und teilte mir mit: „Ich habe es überschlafen. Ich werde nicht für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren. Weißt Du, was mich am meisten überzeugt hat? – Dass ein leibhaftiger Ministerpräsident im Schlafanzug mit mir diskutiert hat. Das hätte ich mir vor Jahren im Westen nie vorstellen können…" Ich quittierte seine Aussage mit Erleichterung.
Bleibt mir aus heutiger Sicht nur, ein schlichtes Fazit zu ziehen:
Bei allen unbestreitbaren Vorzügen professioneller Politik, manchmal kann der Mangel an Professionalität die Überzeugungskraft politischer Argumente erhöhen.

Das Landeswappen aus dem Langenweddinger Wohnzimmer

von Dr. Karl-Heinz Daehre
Minister für Landesentwicklung und Verkehr
des Landes Sachsen-Anhalt

Minister für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen des Landes Sachsen-Anhalt vom 12. September 1991 bis 21. Juli 1994

Minister für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Mai 2002 bis 23. April 2006

Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt vom 28. Oktober 1990 bis 23. April 2006

Wir schreiben Dezember 1990. Im Landtag, der damals noch in Dessau tagte, stellt Innenminister Wolfgang Braun den Entwurf für ein Landeswappen vor: der preußische Adler und darunter gold-schwarz-gestreift ein Rautenkranz. Die Begeisterung hält sich in Grenzen, stattdessen beobachte ich bei so manchem Abgeordneten verständnisloses Kopfschütteln.

Abends sitze ich mit meinem angeheirateten Cousin Günter Wollschlaeger im heimischen Wohnzimmer. Was er denn von dem Wappenentwurf halte, frage ich ihn. Als gelernter Grafiker und Hobby-Heraldiker fällt sein Urteil geradezu vernichtend aus: „Das ist doch wohl nicht ernst gemeint?“, entfährt es ihm. Doch bevor er zu einer schonungslosen Generalkritik ansetzen kann, bremst ihn seine Frau mit einer klaren Aufforderung: „Nicht meckern, sondern eigene Vorschläge machen!“

Und so kommt es, dass wir bis in den frühen Morgen hinein an einem Wohnzimmertisch im beschaulichen Langenweddingen sitzen und versuchen, dem Landeswappen Sachsen-Anhalt eine angemessene und heraldisch logische Struktur zu geben. Meine Aufgabe ist die Gestaltung der sogenannten Freifeldvariante, durch die der preußische Adler nicht den anhaltischen Bären dominiert, der in den ersten Entwürfen übrigens noch sehr einem Wildschwein ähnelte. Gut einen Monat später, am 29. Januar 1991, beschließt der Landtag schließlich, den „Langenweddinger Entwurf“ in den Rang des offiziellen neuen Wappens für das Land Sachsen-Anhalt zu erheben.

Die lange Nacht am Wohnzimmertisch hatte sich also gelohnt. Denn wahrscheinlich gibt es kein anderes Bundesland, das so kostengünstig zu einem Wappen gekommen ist. Während dafür normalerweise Honorare im fünf- und sogar sechsstelligen Bereich gezahlt werden, erhielt Günter Wollschlaeger lediglich eine Unkostenerstattung von 2.000 D-Mark. Die Begründung: es hat keine Ausschreibung gegeben, Günter Wollschlaeger nahm es sportlich, ihm war die ideelle Anerkennung wichtiger und ich hatte die Möglichkeit, in meiner ersten Landtagsrede das neue Wappen vorzustellen:

„Jedes Bundesland braucht ein sichtbares Zeichen seiner Identität. Das ist ein Symbol, in dem sich die gesamte Bevölkerung repräsentiert fühlen soll, ein Zeichen ihrer Zusammengehörigkeit, ein Ausdruck der Identität. (…)

Der Ausgangspunkt der Bildung des Landes Sachsen-Anhalt war eigentlich der Beschluss der Siegermächte, das Land Preußen aufzulösen. So entstand im Wesentlichen aus den beiden Regierungsbezirken Magdeburg und Halle-Merseburg sowie aus dem Freistaat Anhalt, der völlig von der preußischen Provinz Sachsen umschlossen war, das Land Sachsen-Anhalt. Diesem historischen Prozess wird der vorliegende Wappenentwurf gerecht, und zwar dadurch, dass er im oberen Teil das preußische Provinzialwappen führt, wie es die Provinz Sachsen des preußischen Staates seit ihrer Entstehung ab 1. April 1816 geführt hat, zuzüglich des schwarzen Preußenadlers im Freifeld, wie ihn die Provinz des Landes Preußen von 1921 bis 1945 im Schildhaupt führte, und im unteren Teil den askanischen schwarzen Bären entsprechend dem Landeswappen des Freistaates Anhalt ab 1921. Ergänzend ist zu bemerken, dass erstens die Wahl des heraldischen Freifeldes die preußische Abkunft auch hinsichtlich der Unterscheidung zum Freistaat Sachsen kenntlich macht, ohne die Dominanzansprüche, die dem Schildhaupt in der heraldischen Wertigkeit zukommen; dass zweitens im Interesse eines klaren und nicht zu vielseitigen Wappens sich die bildliche Darstellung des Wappens auf die historische Wurzel der preußischen Provinz Sachsen ab 1. April 1816 und auf den Freistaat Anhalt beschränkt. (…)

Abschließend wäre noch zu bemerken, dass der vorliegende Entwurf den heraldischen Bestimmungen, wie sie seit Ende des 17. Jahrhunderts allgemein gültig sind, hinsichtlich der Platzierung, das heißt der Wertigkeit oder Rangfolge, wie auch den Vorschriften der heraldischen Tinktur oder Farbgebung, bestmöglich Rechnung trägt. (…)

Meine Damen und Herren, wir empfehlen die Annahme dieses Wappens. Ich danke Ihnen.“

Legende und Wahrheit

Irgendwie ist die Zeit wie im Fluge vergangen: 16 Jahre als Abgeordneter des Landtags, zwölf Jahre als Minister und acht Jahre in der Opposition – das sind die Eckpunkte der vergangenen zwei Jahrzehnte. Natürlich sind die Ministerjahre die schönsten, weil man Verantwortung übernehmen, gestalten und Dinge voranbringen kann. Aber in der Rückschau waren es wohl eher die Oppositionsjahre, die mich geprägt haben. Denn es ist schon erstaunlich, wie sich die Welt und manche Menschen um einen herum verändern, wenn man plötzlich ohne Amt und nur mit begrenztem Einfluss dasteht.

Die Oppositionsarbeit beginnt im Juli 1994. Trotz der sogenannten Gehälteraffäre wird die CDU wieder stärkste Fraktion. Nach dem Ergebnis erwarten viele die Bildung einer Großen Koalition. Doch plötzlich wendet sich das Blatt: Reinhard Höppner will sich von der PDS tolerieren lassen. Die Ergebnisse sind hinlänglich bekannt.

Viel ist über diese Zeit geschrieben worden, aus der immer mal wieder die Legende kolportiert wird, die CDU habe gegenüber der SPD unbotmäßige Forderungen gestellt und so eine Zusammenarbeit verhindert. So ist das mit Legenden: Ihr Wahrheitsgehalt ist mitunter nur gering.

Die politische Geschichte in Sachsen-Anhalt hätte durchaus anders verlaufen können. Bei einem Sondierungsgespräch in einem Hotel in Halle, an dem Herr Höppner, Frau Kuppe und Herr Fikentscher für die SPD sowie Herr Bergner, Herr Scharf und ich für die CDU teilnahmen, habe ich den Vorschlag gemacht, die Regierungsbildung nach dem „Israelischen Modell“ zu organisieren. Das hätte bedeutet: In den vier Jahren der Legislaturperiode übernehmen Herr Bergner und Herr Höppner jeweils zwei Jahre das Amt des Ministerpräsidenten. Ein akzeptabler Kompromiss, wie ich auch heute noch finde. Soweit mir bekannt ist, hat Herr Höppner dieses Angebot jedoch in den Gremien der SPD nie erörtert. Schade!

Auch ein zweiter Versuch scheiterte, die PDS aus der Verantwortung herauszuhalten. Noch während der laufenden konstituierenden Sitzung des Landtages haben wir versucht, ein Dreierbündnis aus CDU, SPD und Grünen zustande zu bringen. Dazu waren aber weder Herr Höppner noch Herr Tschiche bereit. Dabei wäre es für das Land die weitaus bessere Lösung gewesen. Das belegt die konstruktive Zusammenarbeit von CDU und SPD in den vergangenen Jahren.

Erinnerungen an die allererste Fraktionssitzung

von Dr. Gerd Gies

Erster Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt vom 28. Oktober 1990 bis 4. Juli 1991

Mitglied des Landtages vom 28. Oktober 1990 bis 24. Mai 1998

In Erfüllung des Beschlusses des Sonderparteitages der CDU in der DDR vom Dezember 1989 wurde am 24. Februar 1990 in Halle der Gründungsparteitag des Landesverbandes Sachsen-Anhalt der CDU durchgeführt. Auf diesem Parteitag wurde ich zum Landesvorsitzenden gewählt. Drei Wochen später wurde ich Mitglied der Volkskammer der DDR. Als Landesvorsitzender war ich Mitglied des Präsidiums der CDU in der DDR unter dem damaligen Vorsitzenden Lothar de Maizière. In diesen Funktionen war ich unmittelbar beteiligt an der Entwicklung und Gestaltung demokratischer Verhältnisse in der DDR und auf dem Weg zur deutschen Einheit durch meine Tätigkeit im Ausschuss Deutsche Einheit der Volkskammer mitgestaltend.
Zu den wichtigsten Elementen der Demokratisierung gehörte die Abhaltung freier und unabhängiger Wahlen. Ein erster wesentlicher Schritt war die Volkskammerwahl vom 19. März 1990. Das Wahlergebnis drückte den deutlichen Wählerwillen nach Demokratie und Einheit Deutschlands aus. Damit zogen auch aus dem neugegründeten Landesverband Sachsen-Anhalt mehr als zwanzig Abgeordnete in die Volkskammer ein. Sehr bald wurde deutlich, dass ein demokratisches Staatswesen nicht funktioniert, wenn nur ein Parlament und eine von ihm gewählte demokratische Regierung an der Spitze stehen und die subsidiären Gliederungen im kommunalen und regionalen Bereich noch auf Strukturen aus der Zeit der Diktatur beruhen. Deshalb beschloss die Volkskammer, im Mai 1990 Kommunalwahlen durchzuführen. An eine Neuwahl der Bezirkstage war nicht gedacht, weil wir uns zur Einheit Deutschlands auf föderaler Grundlage bekannt hatten und deshalb nicht die alten Verwaltungsstrukturen der SED neu beleben wollten. Das Problem der Bezirksverwaltungen versuchte man durch die Einsetzung von Regierungsbevollmächtigten an der Spitze der Bezirke zu lösen.

Die Kommunalwahlen im Mai 1990 mussten wir vorbereiten, ohne eine gesetzliche Grundlage zu kennen. Es gab noch kein neues Kommunalgesetz; dieses wurde erst kurz nach der Wahl verabschiedet. Damit war es völlig offen, welche Strukturen entwickelt werden sollten. Die Gewinnung von Kandidaten für die kommunalen Selbstverwaltungsgremien war innerhalb des Landesverbandes außerordentlich aufwendig und anstrengend, weil die CDU durchaus nicht in allen Gemeinden und Orten mit Ortsverbänden oder auch nur Einzelmitgliedern vertreten war. Einerseits gelang es, neue Mitglieder hinzuzugewinnen, die sich auch für kommunale Arbeit interessierten, andererseits kandidierten aber auch viele Parteilose auf der Liste der CDU. Nach dieser Kommunalwahl war unsere Personaldecke schon außerordentlich dünn geworden.

Als dann nach der Wiedervereinigung die Landtage für die wiedergegründeten Bundesländer zu wählen waren, machte sich diese angespannte Personalsituation sehr stark bemerkbar. Zusätzlich muss bei der Beurteilung der damaligen Situation berücksichtigt werden, dass gleichzeitig eine Umstrukturierung und Neuorganisation des Landesverbandes stattfand, die auch zu zahlreichen Streichungen von hauptamtlichen Stellen führte. Deshalb ist es mir auch wichtig, an dieser Stelle den damaligen Mitarbeitern in den CDU-Geschäftsstellen meine Anerkennung auszusprechen, dass sie sich – trotz so unsicherer Verhältnisse – in bewundernswerter Weise für den Aufbruch in die Demokratie und die Umgestaltung von diktatorischen Strukturen zu freiheitlich-demokratischen Strukturen engagiert haben.

Kannte ich zumindest aus dem ehemaligen Bezirksverband Magdeburg, in dem im September 1989 von uns von innen heraus eine Demokratisierung angestoßen wurde, welche auch zum Rücktritt des damaligen Bezirkssekretariats führte, noch eine Reihe engagierter Mitglieder, und kannten die aus dem ehemaligen Bezirk Halle kommenden neuen Mitglieder des Landesvorstandes analog natürlich auch die dortige Personalsituation, so musste ich doch feststellen, dass es sehr schwierig wurde, für die Wahl zum Landtag die notwendige Anzahl von Kandidaten auch in entsprechender Qualität zu gewinnen. In einigen Wahlkreisen kandidierten CDU-Mitglieder, die aus dem Westen zurückgekehrt oder zugewandert waren und die es angesichts der oftmals nur noch wenigen profilierten Mitglieder, die nicht schon in kommunalen Gremien engagiert waren, und auch angesichts der großen Unsicherheit und Unerfahrenheit der DDR-Bürger mit einem demokratischen Staatssystem, leicht hatten nominiert zu werden. So konnte ich nach dem guten Wahlergebnis zum Landtag von Sachsen-Anhalt die CDU-Fraktion am 16. Oktober 1990 zu ihrer konstituierenden

Sitzung in die CDU-Landesgeschäftsstelle in der Lübecker Straße in Magdeburg einberufen. Einen anderen Ort hatten wir nicht; es war noch offen, wo der Landtag seinen Sitz nehmen würde, und es gab noch keine entsprechenden Gebäude und auch noch keine Landeshauptstadt. Einige wenige Mitglieder der neuen Landtagsfraktion waren zuvor Abgeordnete der Volkskammer gewesen und hatten dort ausreichend Gelegenheit gehabt, sich mit der parlamentarischen Arbeit und den Abläufen bekannt zu machen. Die aus dem Westen gekommenen Mitglieder brachten natürlich ihre dort gewachsene Erfahrung mit. Auch wenn sie nicht selbst in Parlamenten der alten Bundesrepublik mitgewirkt hatten, war ihnen das System dennoch vertraut.
Die Mehrheit jedoch ging offensichtlich davon aus, dass der Landtag in etwa nach dem Verfahren der ehemaligen Bezirkstage organisiert werden und arbeiten würde. Das hätte beispielsweise bedeutet, dass vielleicht vierteljährlich eine eintägige Sitzung stattfindet, zu der man von seinem Arbeitgeber beurlaubt wird. So kam es zu ersten sichtbaren Irritationen, als ich während meiner einleitenden Worte auch darauf einging, dass der Abgeordnetenberuf ein hauptamtlicher Beruf ist und zwingend die beruflichen Tätigkeiten in der Regel nicht mehr ausgeübt werden können. Natürlich konnte ich auch noch keine Aussagen zu Vergütung, Krankenversicherung, Altersabsicherung und so weiter treffen, weil selbstverständlich noch kein Abgeordnetengesetz und ergänzende Bestimmungen vorhanden waren.
Weitere Verunsicherungen folgten, als es darum ging, einen Fraktionsvorstand zu wählen. Als Kandidat auf dem Listenplatz 1 war ich ursprünglich der Auffassung gewesen, mich um das Amt des Fraktionsvorsitzenden zu bemühen und dieses zumindest bis zur konstituierenden Sitzung des Landtages und der Wahl des Ministerpräsidenten auch auszuüben. Da bekanntermaßen die Liste wegen der vielen Direktmandate nicht zog, war nun zu überlegen, wer den Fraktionsvorsitz übernehmen könnte. In mehreren Vorgesprächen hatte sich dafür persönlich, aber auch mit Unterstützung anderer Befürworter, Herr Auer in Stellung gebracht. So kam es auf dieser konstituierenden Sitzung dann auch zu einer sehr überraschenden und einigermaßen überstürzten Wahl des Fraktionsvorsitzenden Joachim Auer.
Beherrschendes Thema in der Sitzung wurde jedoch die Erfüllung des Beschlusses des Landesparteitages zur Aufstellung der Liste für die Landtagswahl, welcher verlangte, dass die CDU-Fraktion von Stasi-Belastungen frei in den Landtag einziehen sollte. Jedoch weder ein Stasi-Unterlagen-Gesetz noch eine Gauck-Behörde waren zu dieser Zeit bereits geschaffen. Insofern musste ein Weg gefunden werden, wie dieser Auftrag der Landespartei erfüllt werden konnte. Als ein Mitglied der Land-

tagsfraktion war auch der vorherige Abgeordnete der Volkskammer Ralf Geisthardt gewählt worden. Er gehörte in der Volkskammer dem Ausschuss zur Auflösung der Staatssicherheit an und war von daher legitimiert, in die Unterlagen der Staatssicherheit Einsicht zu nehmen. Deshalb erteilte ihm die Fraktion den Auftrag, in Unterlagen der einzelnen Abgeordneten Einsicht zu nehmen, wozu er von jedem Fraktionsmitglied einzeln ermächtigt wurde. Die Umsetzung dieses Beschlusses erwies sich als kompliziert und erfolgte auf damals noch unsicheren rechtlichen Grundlagen. Für einige Beteiligte hatte dieses Verfahren später erhebliche politische Konsequenzen.
Als ehemaligem Abgeordnetem der Volkskammer, der während eines halben Jahres daran mitgearbeitet hatte, die Kompatibilität des Rechtssystems der DDR mit dem der Bundesrepublik einigermaßen herzustellen, war mir bewusst, welche große Arbeit vor dem neuen Landtag und seinen Fraktionen stand. Landesgesetze waren ja bis dato gar nicht vorhanden. Deshalb erinnere ich mich noch sehr gut, dass ich in meiner durchaus oft sehr drastischen Ausdrucksweise die Mitglieder der neugewählten Fraktion darauf einschwor zu arbeiten, „dass die Schwarte knackt". Eine Reihe von Abgeordneten sprach mich nach der Sitzung an und wollte wissen, wie sie ihre berufliche Zukunft regeln sollten; sie waren einigermaßen bestürzt darüber, dass sie davon ausgehen mussten, sich zumindest wochenweise am Sitz des Landtages aufzuhalten, wo auch immer dieser sein würde. Natürlich hatten auch viele Abgeordnete große Unsicherheiten, da sie weder wussten, ob und welche Vergütung sie erhalten würden, noch klar war, wie ihre sozialen Belange geregelt werden könnten. In solchen Zeiten des Umbruchs ist es sicher auch schwer, sich aus einigermaßen sicheren Positionen heraus in ein sehr unsicheres politisches Tätigkeitsfeld zu begeben.
Welche wichtigen Erkenntnisse lassen sich rückblickend aus dieser ersten konstituierenden Sitzung der CDU-Landtagsfraktion ziehen?
Erstens: All jenen, die sich in solch unsicheren Zeiten des Umbruchs zur Verfügung gestellt haben, die Demokratisierung des Landes aktiv mit zu betreiben, gebührt allergrößte Hochachtung.
Zweitens: Es dürfte wohl einmalig sein, dass nach einer erfolgreichen Wahl der Landesvorsitzende einer Partei vor einer Fraktion steht, von der ihm nicht einmal ein Drittel der Abgeordneten bekannt sind.
Drittens: Auf dieser Sitzung wurden zwei Fehlentscheidungen getroffen: Die Überprüfung von Abgeordneten unter unklaren Bedingungen auf eine eventuelle Tätigkeit für den ehemaligen Staatssicherheitsdienst und die Wahl des Fraktionsvorsitzenden, der später die Fraktion verließ.

Der erste Schritt

von Dr. Klaus Keitel

Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt
vom 28. Oktober 1990 bis 24. Mai 1998

Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
vom 28. Oktober 1990 bis 15. Mai 2002

Im August 1990 überraschte mich mein Berater Herr Lottermoser, pensionierter Regierungspräsident aus Niedersachsen, mit der Frage, was ich denn nach der bevorstehenden Länderbildung und Abschaffung meines derzeitigen Jobs als Regierungsbevollmächtigter für den ebenfalls nicht mehr existenten Bezirk Halle zu tun gedenke. Die Spatzen pfiffen es von den Dächern, wer sich für welche zu vergebenden Aufgaben und Ämter bereits in Stellung gebracht hatte. Wie gesagt, ich war überrascht und wollte am nächsten Wochenende darüber nachdenken.

Da ich schon seit Jahren Bundestagsdebatten und seit Kurzem auch solche in der frei gewählten Volkskammer am Radio oder Bildschirm verfolgt hatte, war die Rolle der jeweiligen Präsidenten, insbesondere in heißen Debatten, etwas, das mich mit Respekt und Interesse erfüllt hatte. Also überraschte ich nun meinerseits den wohlmeinenden Fragesteller mit der Auskunft, dass mich die Aufgabe des Landtagspräsidenten reizen könne. Was dann als Reaktion kam, sollte mich noch lange beschäftigen und umtreiben.

Herr Lottermoser hatte zu Recht den Eindruck, dass mir die Dimension meiner Neigung nicht ganz klar war. Also schaffte er Klarheit, indem er mir die zielführenden Abläufe schilderte:

„Zunächst muss Ihre Partei Sie als Landtagskandidaten aufstellen. Sodann müssen Sie als Abgeordneter gewählt werden. Ihre Partei muss im Landtag die stärkste Fraktion stellen. Diese Fraktion muss Sie als zukünftigen Landtagspräsidenten vorschlagen. Die Mehrheit im Landtag muss dem Vorschlag folgen und Sie wählen."

Verwirrung ist wohl die freundlichste Umschreibung meiner Gefühlslage nach dieser Auskunft.

Bereits wenige Tage danach wurden die Regierungsbevollmächtigten, deren einer ich in Halle war, zur Dienstbesprechung zu Herrn de Maizière nach Berlin gerufen. Ein handgeschriebener Zettel, den ich fast zufällig abends im Briefkasten fand, gab Auskunft, dass die CDU in Halle am gleichen Tag meiner Dienstreise nach Berlin ihre Kandidaten für den Landtag wählen wolle. Ort und Zeit der Handlung, 17:00 Uhr, wurden mitgeteilt.

Gegen 17:30 Uhr betrat ich im Schweiße meines Angesichts den Versammlungsraum in Halle und hörte gerade noch die Frage, ob noch jemand im Raum sei, dessen Name nicht auf dem Wahlzettel stand und der für den Landtag in Sachsen-Anhalt kandidieren möchte.

Geistesgegenwärtig warf ich meinen Namen ins Rennen, wurde als Letzter mit Bleistift auf einem maschinengeschriebenen Wahlzettel vermerkt – und erhielt nach Dr. Peter Renger die zweitmeisten Stimmen der anwesenden halleschen CDU-Wähler.

Ich war Kandidat!

Der erste Schritt war knapp gelandet.

Eine Schmunzel-Story und andere Begebenheiten

von Karsten Knolle

Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt vom 28. Oktober 1990 bis 24. Mai 1998

Mit einem gültigen Visum der DDR wollte ich Anfang September 1989 nach Potsdam fahren. Am Grenzübergang Marienborn wurde von den DDR-Grenzorganen das Visum vor meinen Augen zerrissen und damit ungültig gemacht. Ohne Angabe von Gründen sollte ich sofort die DDR verlassen. Ich weigerte mich und blieb mit meinem Wagen einfach stehen. Nach zirca 60 Minuten musste ich, unter Waffenandrohung, mit meinem Auto in eine Baracke fahren. Dort wurde das Fahrzeug auseinander genommen. Ich musste mich bis auf die Haut ausziehen und einer Visitation unterziehen lassen. Nach drei Stunden fuhr ich, erneut unter Waffenandrohung, zurück in den Westen. Den DDR-Grenzorganen sagte ich, dass ich mich nach dem „Verschwinden dieser gottverfluchten Grenze" sehne und ich den Fall dieser widerlichen Grenzanlagen noch erleben werde. Ich erntete nur ein Gelächter. Selber ahnte ich damals nicht, dass die Grenze dann so schnell verschwinden würde.

Im Rahmen der Wende war ich vom Spätherbst 1989 an, als ein in Bonn tätiger Journalist, sehr oft in der damaligen DDR. Für eine Presseagentur und für andere Publikationen berichtete ich über Kohls berühmte Rede in Dresden und über die Öffnung des Fußgängerüberganges am Brandenburger Tor im Dezember 1989 durch den Kanzler.

In den ersten Monaten des Jahres 1990 war ich als journalistischer Beobachter des Wahlkampfes für das erste, nach demokratischen Spielregeln im März zu wählende Parlament viel in der DDR unterwegs. Obwohl die Umfragen der SPD Siegeschancen verhießen, war ich durch meine Beobachtungen der Meinung gewesen, dass die CDU (Demokratischer Aufbruch usw.) die Wahlen zur Volkskammer gewinnen würde. Die Canvassingstände der CDU waren extrem dicht umlagert, die Besucher an den SPD-Ständen waren meist an einer Hand zu zählen, gab das in meinen Berichten weiter und hatte Recht! Im Rahmen verschiedener Wahlkampfbesuche,

zum Beispiel in Stralsund, Erfurt und Dresden landete ich auch in Neinstedt/Quedlinburg. Ich bin einst mit 16 Jahren aus diesem, meinem Geburtsort, in den Westen gegangen. Mein Vater war dort bis 1956 Pfarrer und Leiter der Neinstedter Anstalten (Behindertenanstalt). Er muss seinen Job damals gut gemacht haben, denn ich wurde in der Wendezeit in Neinstedt und in Quedlinburg oft auf meinen Vater und meine vielen Geschwister (elf) angesprochen.

Bei diesen Gesprächen ließ ich durchblicken, dass ich Mitglied der CDU in Bonn bin. So blieb es natürlich nicht aus, dass die CDU in Quedlinburg zu mir Kontakt aufnahm. Während der Gespräche wurde ich schließlich gefragt, ob ich für den neu zu wählenden Landtag kandidieren wolle. Nach längeren Überlegungen und Rücksprachen in Bonn sagte ich schließlich zu. Auf einer Mitgliederversammlung des CDU-Kreisverbandes im Juni 1990 wurde ich mit großer Mehrheit zum Landtagskandidaten nominiert. Die Wahl zum ersten Landtag von Sachsen-Anhalt nach der Wende sollte am 14. Oktober 1990 stattfinden. Bis dahin ist es noch viel Zeit, dachte ich und fuhr wieder nach Bonn. „Heimatliche Gefühle" kamen bei mir im Kreis Quedlinburg nicht auf. Ein festes Quartier gab es für mich nicht. Ich hatte vorübergehend ein Zimmerchen bei sehr netten Menschen in Neinstedt bezogen, das diese immer für mich frei machten, wenn ich vor Ort war.

Bei meinen Fahrten durch die alte DDR war ich entsetzt über die katastrophalen Zustände der Straßen, über die heruntergekommenen Dörfer und Städte und die abgewirtschafteten Betriebe. In Quedlinburg gab es Straßenzüge, die total verfallen waren. In Halberstadt machte ich Fotos von der durch die von der furchtbaren Kriegsbombardierung übrig gebliebenen Altstadt und deren eingestürzten und auf den Straßen liegenden Fachwerkhäusern. In Halle hätte man im Zentrum vielerorts einen Kriegsfilm mit seinen zerstörten Häusern drehen können. Bitterfeld sah dreckig grau aus, man konnte oft durch Nebelwolken gar nichts erkennen.

Das CDU-Kreisbüro im Konvent in Quedlinburg war mehr als erbärmlich. Zwei Räume mit Kohleöfen. Die Wände waren grau. Die Kohlen mussten im Eimer aus einem Nebenschuppen geholt werden. Die Toilette befand sich im Treppenhaus.

Durch die Straßenzüge quälten sich in der Heizungsperiode Rauchschwaden, ich hatte ständige Halsschmerzen. Vor den Kellerfenstern stapelten sich oftmals Kohleberge, die einfach dort abgekippt wurden. Die Bewohner mussten diese Kohle selbst in den Keller bringen. Die DDR hatte etwas Unwirtliches.

Direkt überrascht von den Zuständen in der ehemaligen DDR zur Wendezeit war ich nicht unbedingt. Ich war in den Jahren zuvor des Öfteren in der DDR gewesen.

Aber dort ständig zu leben, war etwas ganz anderes. Auf was hatte ich mich da eingelassen? Wenn im August 1990 jemand zu mir sinngemäß gesagt hätte, „Du, Karsten, soll ich Deine CDU-Kandidatur übernehmen?“, ich hätte wahrscheinlich „Ja“ gesagt.
In Bonn wohnte ich nach meiner Trennung von meiner Ex-Frau in einem neuen Sechs-Familien-Haus und hatte dort eine sehr schöne Wohnung mit einem Balkon. Das gepflegte, in Rheinnähe stehende Gebäude hatte eine geräumige Tiefgarage für mein Auto und mein Motorrad. Mein Beruf als Journalist füllte mich voll aus. Er war abwechslungsreich und ermöglichte mir viele Dienstreisen ins Ausland. Mit meinem Gehalt kam ich gut zurecht. Warum sollte ich mich mit 51 Jahren auf das „Abenteuer Ost“ einlassen? Mein schönes Bonn aufgeben und meinen Freunden und Verwandten „tschüss“ sagen? Trotz großer Zweifel sagte mir eine innere Stimme, „Karsten gehe nach drüben, mach mit, gestalte mit, pack an!“ Und ich packte an.
Bei meinen vielen Fahrten Anfang September 1990 nach Quedlinburg brachte ich rund 500 Plakate mit meinem Konterfei, Eigenwerbematerial mit persönlichen Daten, CDU-Kleinwerbeartikel wie Kugelschreiber, Skatkarten und Luftballons mit. Aber auch Kopierpapier, Kopierer, Briefumschläge und anderes wichtiges Büromaterial nahm ich mit. Vieles davon wurde mir in Bonn kostenlos überlassen. Das Interesse an der Noch-DDR war riesig groß, die Sympathie einmalig. Ich wurde irgendwie bewundert, dass ich mich in diesem „fremden Land“ so stark engagiere.
Von der CDU kannte ich, außer den Mitgliedern des Kreisverbandes Quedlinburg, niemanden. In der Lübecker Straße in Magdeburg lernte ich Bernd Reisener und Tage später den CDU-Spitzenkandidaten Gerd Gies kennen. Andere Landtagskandidaten waren mir zunächst fremd. Ein Parteitag, auf dem die Landesliste aufgestellt werden sollte, interessierte mich nur wenig. Ich teilte den Anwesenden mit, dass ich auf einen sicheren Listenplatz verzichte. Ich wollte das Direktmandat holen und gewann es auch. Für mich hieß Wahlkampf kämpfen. Darin wurde ich erfreulicherweise auch von Bundespolitikern unterstützt. Sogar der Bundeskanzler Helmut Kohl kam in die Stadt am Harz und das nicht nur einmal. Auch bei meinem zweiten Wahlkampf unterstützte er mich in Quedlinburg. Er sprach jedes Mal auf dem Marktplatz in Quedlinburg, der brechend voll war. Ich war überrascht, wie gut der Bundeskanzler über Quedlinburg, der Wiege der deutschen Geschichte, informiert war. Den Tag der Deutschen Einheit verbrachte ich am

3. Oktober 1990 zeitweise in Berlin und im Wahlkreis Quedlinburg. Ich war begeistert. Die Freude über die Deutsche Einheit war überall zu spüren, zu sehen und zu hören. Wir waren Zeuge eines wahrhaft welthistorischen Tages. Mit diesem Tag endete der Zweite Weltkrieg und die daraus resultierende Vierteilung von Berlin und Deutschland.

Den Wahlabend der Landtagswahl, es war der 14. Oktober 1990, verbrachte ich in Quedlinburg. Ich hatte das Mandat gewonnen. Damit war ich der erste und direkt gewählte CDU-Abgeordnete des Kreises Quedlinburg. Politische Mitbewerber, zum Beispiel aus der SPD, bescheinigten mir, einen totalen, aber fairen Wahlkampf geführt zu haben. Zur PDS, der SED-Nachfolgepartei, hatte ich bewusst keine Kontakte geknüpft. Deren Ideologie und deren Arbeit konnte ich täglich an den vielen Ruinen in den Orten sehen.

Wichtig war jetzt die Konstituierung von Gremien, ohne die eine halbwegs geordnete parlamentarische Arbeit nicht möglich war. Die erste Sitzung der CDU-Landtagsfraktion fand in der Lübecker Straße in Magdeburg statt. Der CDU-Landesverband hatte hier seine Geschäftsstelle. Dringend erforderlich war jetzt die Wahl des CDU-Fraktionsvorsitzenden. Ein junger Mann aus Bitterfeld erhob den Anspruch auf diesen Posten. Im schwäbischen Dialekt begründete er seine politischen Ambitionen damit, dass er den schwierigsten und von extremen Umweltschäden belasteten Wahlkreis für die CDU gewonnen habe. Dem wagte keiner der Anwesenden zu widersprechen. Da wir Fraktionsmitglieder uns untereinander noch nicht kannten, waren auch keine internen Absprachen getroffen worden. Bei der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden gewann der Kandidat aus Bitterfeld, Joachim Auer. Er hatte überhaupt keine Ahnung, wie eine Fraktion geführt werden musste. Der Charme und der Reiz der totalen Unbedarftheit lagen über der Fraktion. Es war ein Neuanfang. Wir mussten beziehungsweise durften das Bundesland Sachsen-Anhalt aufbauen. Juristen waren noch nicht bremsend dominierend, obwohl dadurch manch gravierender Fehler entstand, wie zum Beispiel in einem Land mit einem sehr geringen Anteil an Katholiken einen Feiertag wie den 6. Januar zu installieren, mit dem hier keiner etwas anfangen kann, der aber sehr viel kostet! Heute soll dieser Tag angeblich als Feiertag schwer zu revidieren sein!

Wir stellten mit Gerd Gies den ersten Ministerpräsidenten.

Allerdings stellten wir bis zum Ende der Legislaturperiode noch einen deutschen Rekord auf: nach Gerd Gies folgten zwei weitere Ministerpräsidenten, einmal Werner Münch und dann Christoph Bergner!

Unser Partnerland war das Bundesland Niedersachsen. Von dort kamen hervorragende politik- und parlamentserfahrene Mitstreiter nach Magdeburg. Sicherlich waren auch „schwarze Schafe" dabei. Das konnte auch nicht ausbleiben.
In Quedlinburg erschienen viele sogenannte Unternehmensberater. Ihre Visitenkarten waren noch druckfrisch. Sie waren aber alle nicht lange „vor Ort". Lange genug aber, um vielen Ostdeutschen durch schlechte und teilweise schon kriminelle „Beratung" das Fell über die Ohren zu ziehen. Der „hässliche Wessi" wurde zu dieser Zeit geboren. Geburtshelfer für diesen Begriff war übrigens auch die PDS. Diese Partei war es auch, die die „Anti-Wessi-Stimmung" mit Erfolg schürte.
In dieser Zeit wurde mir über Bonn angeboten, im noch „freien Wahlkreis Stralsund" für den Deutschen Bundestag zu kandidieren. Ich sollte mich rasch entscheiden. Nach einem Tag Bedenkzeit sagte ich schweren Herzens ab. Ich wollte mich nicht nach der gerade erfolgten Wahl in den Landtag von Sachsen-Anhalt „abmelden". Mir fiel die Entscheidung schwer. Mit meinem „Nein" legte ich indirekt den Grundstein für Angela Merkels Politik-Karriere. Ihr wurde das Mandat in Stralsund nach meinem „Nein" angeboten.
Die Konstituierung des neuen Landtages in Dessau war spannend. Diese Spannung begann schon mit der Anreise. Die Schlaglöcher auf den Straßen waren entsetzlich. Traurig war der Anblick der vielen Mütter, die ihre Kinder in sehr früher Morgenstunde, meist mit dem Fahrrad, in die Krippe fuhren. Aufpassen musste ich auch auf russische Panzer, die, ohne Vorwarnung von einem Feldweg herkommend, die Straßen kreuzten. Wir tagten in Dessau im Kinosaal einer ehemaligen NVA-/Wehrmachtskaserne. Landtagspräsident wurde Dr. Klaus Keitel aus Halle, der im Vorfeld der ersten Landtagssitzung schon aktiv war.
Bei den Fahrten nach Dessau legte ich auch einmal einen Zwischenstopp in Schloss Mosigkau ein. Dort waren noch den DDR-Sozialismus bejubelnde Bilder in verschiedenen großen Formaten zu sehen. Ich bat den Museumsleiter um Entfernung dieser Propagandabilder aus dieser gerade „abgeschafften" Zeit. Er solle sie in einem Depot unterbringen, aber bitte nicht vernichten. Vielleicht würden sie später noch einmal gebraucht. Der arme Mann verstand mich nicht. Er schüttelte nur den Kopf.
Eine der wichtigsten Entscheidungen des Landtages war die Wahl der künftigen Landeshauptstadt. Dessau, Magdeburg und Halle wetteiferten mit den verschiedensten Offerten um den Sitz der Landeshauptstadt. Ich hatte von meinen politischen Freunden in Quedlinburg und von anderen Bürgern den Auftrag be-

kommen, für Magdeburg zu stimmen. Vielen war noch die bis dahin ungerechte Behandlung aller Städte des ehemaligen Bezirkes Halle im Gedächtnis, wo alle verfügbaren Ressourcen in das rote Halle gebracht wurden. Keiner wollte mehr, außer den Hallensern, diese Stadt als Regierungssitz erleben. Ich selber bevorzugte Magdeburg ohnehin. Magdeburg lag strategisch sehr günstig. Die Großstadt an der Elbe zwischen Hannover und Berlin bot sich als Hauptstadt des neuen Bundeslandes an. Für mich war die Anreise nach Magdeburg per Auto oder Bahn auch wesentlich günstiger.
In der Abstimmung ging Magdeburg eindeutig als Sieger hervor.
Die Sitzungsmöglichkeiten für einen Landtag in Magdeburg waren katastrophal. Das Gebäude am Domplatz musste erst noch hergerichtet werden. Wir stolperten über Heizungen, Wasserrohre und andere Bauutensilien. In dem Gebäude wurde erst einmal improvisiert. Auch der Plenarsaal war ein Provisorium. Bis zu seinem heutigen Aussehen verging viel Zeit. Zwischendurch tagten wir im Sitzungssaal des Rathauses.
Viel schlimmer als die Großbaustelle Landtag war für mich meine neue finanzielle Situation. Ich hatte einen gut bezahlten Journalistenjob in Bonn gegen ein Abgeordnetenmandat in Magdeburg „eingetauscht". Die ersten Diäten (Aufwandsentschädigung) wurden noch gegen Quittung im Briefumschlag ausgezahlt. Mich traf es wie ein Schlag. Wie sollte ich mit etwa der Hälfte beziehungsweise einem Drittel meines Journalistengehaltes auskommen? Für meine ostdeutschen Kollegen war die Situation genau umgekehrt. Viele Kollegen hatten noch nie so viel Westgeld gesehen. Da ich freiwillig nach Sachsen-Anhalt gekommen war, stand mir auch kein „Buschgeld" zu. Mein ehemaliger Arbeitgeber in Bonn war kein „Sozialamt" und stellte die Zahlung meines Journalistengehaltes mit Beginn meiner neuen Tätigkeit in Sachsen-Anhalt ein. Zum Glück konnte ich auf Erspartes zurückgreifen. Und dennoch hieß es bei mir Sparen, Sparen, Sparen. Eine feste Unterkunft hatte ich in Quedlinburg noch immer nicht gefunden und pendelte daher einige Jahre hin und her, was ebenfalls mit großen Aufwendungen geschah. Ich musste meine Wohnung in Bonn bezahlen, die Kosten der An- und Abreise, die wechselnden Hotel- und Unterkunftskosten in Quedlinburg, wo es in der nach der Wende folgenden Zeit an allem, vor allem aber an Wohnraum mangelte. Ich schlief mal hier, ich schlief mal dort und manchmal auch im Auto. Die Umstellung, das ungeregelte Leben, das ständige Pendeln fielen mir schwer. In Bonn wurde ich von Bekannten und Freunden immer wieder auf mein Aussehen angesprochen. Wegen meines

starken Gewichtsverlustes ging ich schließlich in der Bundeshauptstadt zu meinem Hausarzt. Der empfahl mir ein Ende des Zigeunerlebens in der Ex-DDR. Dem Rat versuchte ich zu folgen und richtete mich endlich nach langem Umherirren in einer Wohnung in Quedlinburg ein.

In Quedlinburg musste ich auch gewisse Unannehmlichkeiten hinnehmen. Sehr oft wurde nachts an meinem älteren Daimler der Reifen zerstochen. Dadurch beherrsche ich den Reifenwechsel. Das war eine Art morgendliche und teure Trainingsstunde, auf die ich allerdings gern verzichtet hätte.

Meine Hauptgegner im Landtag waren die Kommunisten. Die Geschichte hatte ihnen 40 Jahre Zeit für ihr politisches Experiment gegeben. In dieser Zeit haben sie ihren Herrschaftsbereich auf allen Ebenen herunter gewirtschaftet. Helmut Kohl versprach dagegen „blühende Landschaften". Sie sind heute wirklich und überall im Land zu sehen. Logisch, dass die Kommunisten und deren Helfershelfer in Westdeutschland sie nicht sehen wollen. Für mich war es im Landtag schön, wenn ich mit meinen Worten dafür sorgte, dass die PDS den Plenarsaal verließ.

Auch Reinhard Höppner (SPD), der der CDU-Regierung nachfolgende Ministerpräsident, der als erster mit Hilfe der PDS regierte und damit viele mögliche Investoren, die das Land bitter nötig hatte, verprellte, da diese niemals in einem kommunistisch mitregierten Land investiert hätten, ließ sich durch mich provozieren. Als er mal wieder im Landtag seine „Wirtschaftskompetenz" zu erläutern versuchte, bat ich um das Wort, ging nach vorn und überreichte ihm eine in einem Kaufhaus erworbene „Rote Laterne" mit den Worten, dass er Sachsen-Anhalt durch die Zusammenarbeit mit den Kommunisten und den Grünen ins wirtschaftliche Abseits gedrängt habe und wir dadurch auf allen Politikfeldern die „Rote Laterne" hätten. Wutschnaubend stellte der die Laterne unter seinen Tisch und hoffte, dass die Saaldiener diese Laterne entsorgen würden. Ich bestand darauf, dass die Laterne in der Asservaten-Kammer des Landtages aufbewahrt werden soll, denn sie war ja ein Geschenk! Dort soll sie heute noch stehen!

Heftig ging es im Landtag auch um die Planungen für den Bau der B 6n und der Südharzautobahn A 38 zu. Reiner Schomburg (CDU) und Peter Schenk (CDU) aus Wernigerode sowie der heutige Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre (CDU) und ich waren leidenschaftliche Streiter für diese, jetzt endlich fertig gestellten Trassen. Rot-Rot-Grün war grundsätzlich gegen den Bau dieser Straßen. Wenn es nach ihnen gegangen wäre, würden wir heute sicher alle mit Eseln und Pferden durch Felder und Wiesen und holprige Straßen reiten, keine industriellen Arbeitsplätze,

die die Anbindung an vernünftige Straßen als Voraussetzung bedingen, haben und darauf warten, dass uns Essen, Trinken und alles andere vom Himmel fällt und ansonsten auf den „Staat" schimpfen.

Hier sei noch eine Schmunzel-Story genannt. In den CDU-Fraktionsräumen in den alten Bundesländern hängt in der Regel ein Kreuz. Dieses christliche Symbol gab es in unseren Fraktionsräumen noch nicht. Ich regte diesbezüglich eine Diskussion an. Die Fraktion wollte statt eines einfachen Kreuzes ein „kreuzähnliches Gebilde" aufhängen. Dagegen protestierte ich. Es wurde beschlossen, diesen Vorgang zunächst ruhen zu lassen. Ich hielt mich nicht daran und besorgte mir in Quedlinburg ein ansehnliches Kreuz. Spät in der Nacht hängte ich das Kreuz heimlich in unserem Fraktionssaal auf. Nun wurde gerätselt, wer der „Täter" war. Tage später offenbarte ich mich. Das Kreuz hängt noch heute an seinem Platz.

Mein vielleicht bedeutsamstes soziales Engagement war in der ersten Legislaturperiode die mit dem Kollegen Jürgen Angelbeck (SPD) unter Einsatz unseres Lebens durchgeführte Rettungsaktion von 42 Kleinstkindern aus dem im Krieg umzingelten und beschossenen Sarajevo (ehemals Jugoslawien) 1992. Bei der Aktion wurden zwei Kinder von Heckenschützen ermordet. Nachdem das geschehen war, gingen die damalige Landesregierung, opportunistische Kreise in Bonn sowie das linke Medienkartell mangels Zivilcourage schnell auf Tauchstation bzw. stellten uns an den Pranger. Ministerpräsident Werner Münch (CDU) und Sozialminister Werner Schreiber (CDU), die die Rettungsaktion zunächst bejaht und unterstützt hatten, wollten nun mit der Aktion und mit Angelbeck und mir nichts mehr zu tun haben. Sie ließen uns mit den Kindern und den von Sachsen-Anhalt bezahlten Begleitern in Bosnien hängen. Angelbeck und ich mussten nun auch den Transport der Kinder und den der Begleiter nach Deutschland organisieren. Aber es gelang uns, und darauf sind wir sehr stolz und über die Rettung der Kinder sehr glücklich.

Während des vierjährigen Krieges in Bosnien wurden in Sarajevo rund 1200 Kinder ermordet. Den 1997 in ihre Heimat zurückgekehrten Kindern geht es heute gut. Moralisch unterstützt wurde ich auch hier durch meine liebe Frau aus Quedlinburg.

Gut war die Zusammenarbeit mit den CDU-Fraktionsvorsitzenden Christoph Bergner und Jürgen Scharf. Beide wussten mich richtig einzuordnen. Bei beiden schätzte ich die absolute Vertrauenswürdigkeit.

Rückblickend sieht meine politische Bilanz positiv aus. Wir hatten die Chance, 1990 im Rahmen der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit mit Hand

beim Wiederaufbau, der Modernisierung und der Beseitigung der übelsten Schäden der 40-jährigen kommunistischen Herrschaft anlegen zu können. Wir haben etwas bewegt und können stolz darauf sein. Ich würde mich wieder für ein Leben und Wirken in den neuen Ländern entscheiden!

Dass ich später als CDU-Europaabgeordneter auch am europäischen Einigungswerk mitwirken konnte, macht mich sehr zufrieden. Besonders engagierte ich mich im Europäischen Parlament für den Erhalt der Strukturförderung, von der besonders die neuen Länder und ärmere Regionen Europas profitierten.

Die Zukunft des Landes Sachsen-Anhalt und die anderer Bundesländer sehe ich kritisch. Alle aktuellen Daten zwingen zu neuem Nachdenken…! 16 Bundesländer sind auf Dauer nicht zu finanzieren.

Als Rentner habe ich nur wenig Zeit. Ich engagiere mich, solange ich kann, politisch in Sachsen-Anhalt und in Berlin.

Von der Lübecker Straße zum Hotel ohne Pool

Erinnerungen an die Anfänge der Fraktion

von Dr. Michael Schneider
Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund

Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 1. Dezember 1990 bis 27. Mai 2002

Außer den 48 Abgeordneten, die für die CDU in den Landtag gewählt worden waren, fand ich Ende Oktober 1990 nicht wesentlich mehr vor, als ich als Geschäftsführer der Fraktion anfing. Der Ministerpräsident war noch nicht im Amt, die Landeshauptstadtfrage nicht entschieden. Einen „Landtag" als Gebäude und Institution gab es noch nicht. Immerhin war schon ein Landtagspräsident gewählt, die Fraktion hatte – wiewohl noch ohne Satzung – sich für einen Vorsitzenden entschieden. Der war mir – so wie ich ihm – unbekannt, als er mir nach einem hektischen 5-Minuten-Gespräch den Posten des Fraktionsgeschäftsführers anbot; nach Magdeburg zu diesem Gespräch geschickt worden war ich vom Generalsekretär der CDU Deutschlands.

Wenn es je eine „Stunde Null" gab, so verdienen die ersten Wochen und Monate der Fraktion und des Landtags, ja des ganzen Landes, diese Bezeichnung. Anders als andere historische Situationen eines Neuanfangs war diese aber nicht durch Rat- oder Ziellosigkeit geprägt. Was wir alle wollten, war klar: so schnell wie möglich die Fraktion in Bewegung setzen als Motor eines in Betrieb zu nehmenden Landesparlamentes und als verlässliche Stütze der eigenen Regierung.

Ich selbst hatte die ersten Wochen bis zum Ende des Jahres noch zwischen Bonn und Magdeburg zu pendeln. An den Bonner Wochenenden schrieb ich auf meiner alten Elektrischen die Tagesordnungen der in der Woche folgenden Sitzungen, den ersten Entwurf der Fraktionssatzung, Vermerke für den Vorsitzenden usw. Auch der erste Bürobedarf musste im Rheinland erworben werden – der Versuch, im Centrum-Warenhaus beispielsweise Briefumschläge zu kaufen, war am völligen

Mangel daran gescheitert (es gab lediglich mehrere Paletten blaue Luftpostumschläge).
Mein erstes Büro war ein alter buntbeschrifteter Citroen–Kombi. Der war mir übergangsweise von einer rheinländischen Fahrradfirma gesponsert worden und wurde normalerweise bei Radrennen eingesetzt. Dieser Wagen stand nun als Blickfang die Woche über meist vor der CDU-Geschäftsstelle in der Lübecker Straße. Bis weit in den Januar hinein war hier unsere Anlaufstelle, dann wurden erste, provisorische Räume im Landtag verfügbar.
Da ich einige Jahre in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gearbeitet hatte, war ich als Experte für Parlamentsfragen nach Magdeburg empfohlen worden. Mir war freilich schnell klar, dass ich keinerlei Veranlassung hatte, mich hier als ein „Dr. Allwissend" zu fühlen. Zum einen gibt es in der Arbeitsweise zwischen dem Bundestag und den Länderparlamenten erhebliche Unterschiede. Auch ich musste also rasch Nachhilfe nehmen in Sachen Landtag. Das Wichtigere aber war: die Uhren gingen hier anders. Eine anders geartete politische Sozialisation der (meisten) Abgeordneten aller Fraktionen schuf eine neuartige politische Atmosphäre, eine andere politische Kultur eigenen Wertes (die in Nuancen heute noch zu spüren ist – freilich unterscheiden sich auch die Parlamente der alten Länder untereinander). Dumm wäre es gewesen, dies ignorieren oder gar umdrehen zu wollen. So war ich, der „Experte", gleichzeitig auch Lernender, wie es umgekehrt die neuen Abgeordneten auch waren.
Die Bandbreite der täglichen Anforderungen in den ersten Monaten ist im Nachhinein kaum mehr vermittelbar. Nichts war gegeben, und der Aufbau der Fraktion ging einher mit der Arbeit an den ersten Landesgesetzen und politischen Debatten im Parlament und seinen Ausschüssen. War jetzt noch zu entscheiden, welcher Vorhangstoff für die Abgeordnetenbüros im eilends sanierten Landtag geeignet sei, so gab es im nächsten Augenblick schon ein Abstimmungsgespräch über die Reaktion des Landesparlamentes und der Fraktionen auf den Golfkrieg. Dies alles bei fast völligem Fehlen elektronischer Kommunikationsmittel. Welcher heutige Handynutzer kann sich vorstellen zu arbeiten und zu koordinieren ohne Mobiltelefon und E-Mail, aber auch ohne Fax und weitgehend ohne Festnetz. Die schwarzen Kästen mit Telefonhörern, die wichtige Herren herumschleppten – und es gab viele wichtige Herren in jener Zeit – , waren praktisch nutzlos.
Vordringlich war die Gewinnung von Mitarbeitern für die Fraktion. Unvergessen, wie mich eines Morgens inmitten der Landtagsbaustelle eine junge, energische

Dame aufspürte, die gehört hatte, dass eine Sekretärin gesucht würde. Ich schilderte die Aufgaben in abschreckenden Farben, sie jedoch ließ sich nicht beirren. So wurde Frau Kühn meine Sekretärin, und viele Jahre lang konnte ich mich Tag für Tag auf sie verlassen.

Zum Zeitpunkt der ersten Einstellungen verfügten wir schon über Fraktionsmittel und waren insoweit handlungsfähig. An das erste Bargeld für Fraktionszwecke überhaupt war ich vorher auf kuriose Weise gelangt. Wir saßen noch behelfsmäßig in der Lübecker Straße, als eines Tages ein Herr im dunklen Zwirn erschien. Er stellte sich als Direktor einer in Magdeburg (in einer Art Baracke auf dem damals noch unbebauten Bahnhofsvorplatz) neu eröffneten Bank vor und bot an, das Konto der Fraktion bei seiner Bank einzurichten - einschließlich eines zinsfreien Überziehungsrahmens von 20.000 DM! Da griff ich natürlich zu und kaufte sofort eine kleine, pinkfarbene Bürokasse, die vermutlich heute noch genutzt wird.

Die ersten Plenarsitzungen fanden, wie bekannt, in einer Kaserne in Dessau statt. Ich erinnere mich besonders an die langwierigen Fahrten damals, als sich noch ein endloser Schwerlastverkehr über die Landstraßen quälte. In Dessau wurden auch die ersten Diäten ausgezahlt – in bar! (Über die Höhe der Diäten war in der Fraktion vorher länger diskutiert worden. Ein Abgeordneter hatte standhaft die Auffassung vertreten, er käme auch mit weniger als dem vorgeschlagenen Betrag klar…).

Es war während eines Plenums in Dessau, um die Mittagszeit, als ich einen Abgeordneten unserer Fraktion sah, der (bei laufender Sitzung) nicht nur seine Stullen auspackte, sondern auch eine Flasche Bier öffnete und sie genüsslich vor sich auf den Tisch stellte. Er ließ sich zum Glück überzeugen, seine Kollation an geeigneterem Orte zu verzehren.

Apropos „Bier“: Wir waren schon länger im Landtagsgebäude zu Hause, und es hatten sich Traditionen gemütlichen Beisammenseins ausgebildet. Als ich nach einem solchen Abend einmal morgens ins Büro kam, fehlten drei Kästen Bier, die wir auf dem Flur hatten stehen lassen. Große Aufregung! Es gab eine schnelle effektive Recherche, in deren Ergebnis ich an die Tür eines Abgeordneten (er schlief noch) klopfen konnte mit der Frage, ob er etwas wisse? Dem war so, die Bierkästen waren bei ihm. Er habe sie, erklärte er treuherzig, nachts vorsichtshalber in Sicherheit gebracht. Eine olympische Leistung, wenn man bedenkt, dass er einen Arm vollständig eingegipst hatte und sein Domizil vom Ort der Feier aus gesehen am anderen Ende des Gebäudes lag...

Überhaupt die Fraktionsfeiern! Mehrmals im Jahr trafen sich Abgeordnete, Mitarbeiter und externe Gäste zu abendlichen Runden im Landtagsgebäude. Hier herrschte eine Form der Geselligkeit, wie sie heute selten geworden ist. Man unterschätze nicht die Wirkung dieser gemeinsamen Abende auf den Zusammenhalt! Je später der Abend, desto mehr altes Liedgut wurde ausgepackt; einige Abgeordnete entpuppten sich als Meister des Gesangs. Christoph Bergner, der inzwischen Fraktionsvorsitzender geworden war, erstaunte durch flüssigen Vortrag all der vielen Strophen von „Sabinchen war ein Frauenzimmer", und Sabine Klenke, die damalige Abgeordnete, bekam rote Wangen.
Im Mai 1991 führten wir die erste Klausurtagung außerhalb Magdeburgs durch: „Spargelessen der Fraktion" in Klötze, aber hier wurde nicht nur Spargel verkostet, sondern ein umfangreiches Programm abgearbeitet. Hier fiel zum Beispiel die Grundsatzentscheidung für unser Kinderbetreuungsrecht, das damals unerhört erschien, heute aber – zumindest als Zielvorstellung – in der Union Gemeingut geworden ist. Die Unterbringung in Klötze war rustikal: Zweibettzimmer für die Abgeordneten in einer Berufsfachschule. Alle fanden das in Ordnung. Als wir vier Jahre später zu einer Klausurtagung ins pfälzische Deidesheim reisten, kam mir nach Ankunft ein Abgeordneter entrüstet entgegen: es gebe in dem Hotel ja gar keinen Pool! Spätestens in diesem Augenblick wurde mir klar, dass wir die Anfänge hinter uns hatten.

Ein Gigant in hellblau

Erinnerungen aus der Zeit als persönlicher Referent des Fraktionsvorsitzenden

von André Schröder
Staatssekretär im Ministerium für
Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Persönlicher Referent des Fraktionsvorsitzenden 1996 bis 1998,
Pressereferent der CDU-Landtagsfraktion von1998 bis 2002

Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
vom 16. Mai 2002 bis 16. September 2008

Der Weltfriedenswanderer

Wenn die Pforte anruft, wächst die Neugier.
„Ein Herr aus Wien will den Fraktionsvorsitzenden sprechen!"
Wie? Wer? „Er will nicht gehen, was soll jetzt passieren?", antwortet die Pforte ungeduldig.
„Na gut, wir schicken jemanden."
Ein karges Gesicht, ein Österreicher im Jogginganzug, den eine Menge Sitzfleisch im Beratungsraum A2 16 auszeichnet. Er sei ein Weltfriedenswanderer und für die gute Sache mit umfangreichen Referenzen von allen Spitzenpolitikern Europas unterwegs. Als vermeintlichen Beweis dafür öffnet er einen Ordner voller unbeantworteter Anschreiben an Ministerpräsidenten und Fraktionschefs. Sein Wunsch? Für einen Marsch in den Kosovo benötige er Spenden, auch als Sachspenden wie Kleidung oder Decken, die er dann möglichst gleich mitnehmen wolle. Als Weltfriedenswanderer sei er bereits über Jahre in ganz Europa zu Fuß unterwegs und könne das selbstverständlich leisten. Es war ein Nachmittag für den Weltfrieden. Was aus dem Wanderer danach geschah, ist unbekannt.

Talk-Show-Socken

Dr. Christoph Bergner war schon zwischen 1996 und 1998 ein gefragter Mann, nicht nur als Fraktionsvorsitzender, sondern überregional vor allem als stellvertre-

tender Bundesvorsitzender der CDU. Als Stellvertreter Kohls im Osten war er für alles verantwortlich, was in den neuen Bundesländern und speziell der Höppner-Regierung nicht gelingen wollte. Bei einer Talk-Show im Fernsehen wehrte sich der Bundes-Vize sprichwörtlich mit Händen und Füßen. Dabei zeigte er Statur und im Sitzen mal ein nacktes Bein.
Nur eine Woche später kam ein weicher dicklicher A5-Brief in die Fraktion. Eine Markenfirma, mit dem Namen eines kleinen Greifvogels, schrieb aufmunternde Worte. Am Ende des Anschreibens dann der dezente Hinweis auf die ästhetische Güte behaarter Männerbeine und das dies mit beiliegendem Sockenpaar garantiert nicht mehr vorkommen würde. Der Talk-Show-interessierten Marketingabteilung noch nachträglich Respekt!

Fähnchen-Propheten

Am 21. April 2002 waren die Landtagsflure verstopft von wartenden Wahlbeobachtern, Journalisten und Abgeordneten, die zur Landtagswahl in Magdeburg sein wollten oder mussten. Die Beratungsräume waren verbaut mit Studiotechnik, Kabel- und Lampenwust. Im Plenarsaal wurde gespannt auf die erste Hochrechnung gewartet. Der „Siegerflur" der CDU-Landtagsfraktion war mit einem kleinen Podest und wenigen Stehtischen bestückt. Überall waren Fähnchen, nicht nur die Wahlkampfreserve der roten Laterne, sondern vor allem die Fähnchen mit den schwarz-gelben Farben unseres Bundeslandes.
Zwei Journalisten, in der Erwartung Fraktionschef Böhmer die berühmten ersten O-Töne abzunehmen, warteten und tauschten allerlei Weisheiten zur politischen Lage im Osten aus. Nicht nur an der Mundart konnte man merken, dass diese Vertreter der schreibenden Zunft von weit her kamen. Plötzlich zupfte der eine den anderen am Ärmel und wies bedeutungsschwanger auf die Landesfahnen, die auf den Tischen und hinter den Namensschildern der Büros zu sehen waren. „Du", sagt der eine mit ernster Stimme, „die haben hier wohl Propheten?". „Wieso?", erwidert der zweite. „Na, in Erwartung der schwarz-gelben Koalition haben die schon Fähnchen gemacht. Woher wissen die, ob es mit der FDP reichen wird?" Ein Schmunzeln konnte ich mir nicht verkneifen. Gut zu wissen, dass Journalisten auch nur Menschen sind.

Ein Gigant in hellblau

Kein Fraktionsjubiläum ohne die Erinnerung an unsere Gastgeberrolle für die Große Fraktionsvorsitzendenkonferenz 1996 in Dessau. Dieses Highlight warf seine

Schatten voraus. Alle Fraktionsmitarbeiter waren bei den Vorbereitungen schon früh ein- und angespannt. Dann im März kamen sie endlich, die CDU-Fraktionschefs aller Länder samt Gefolge. Beispielsweise der bayerische Alois Glück und Hessens Roland Koch im zwanglosen Gespräch, und wir hautnah dabei. Soviel Prominenz hatte die Fraktion noch nie zu Gast. Und dann kam er, ein mächtiger Mann im hellblauen Anzug. Umlagert von Journalisten, erleuchtet vom Blitzlichtgewitter, bahnt er sich seinen Weg in Richtung Beratungsraum „Hugo Junkers". Im Rückwärtslaufen stürzen Kameraleute zu Boden. Die Tür schließt sich, der Riese setzt sich und es erklingt die aus den Medien so vertraute Stimme des Einheitskanzlers.
Helmut Kohl live mit uns am gleichen Tisch. Ein bewegender Moment. Die sicherlich wegweisenden Beschlüsse der FVK muss man jetzt in den Archiven suchen. Aber für die Organisation und den Ablauf der Konferenz gab es viel Lob. Zweifellos einer der Höhepunkte in der Geschichte unserer Fraktion.

Herausforderungen

von Dr. Werner Sobetzko

**Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur
des Landes Sachsen-Anhalt
vom 2. November 1990 bis 4. Juli 1991**

**Minister für Schule, Erwachsenenbildung und Kultur
des Landes Sachsen-Anhalt
vom 11. Juli 1991 bis 28. Oktober 1991**

**Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt
vom 29. Oktober 1991 bis 28. November 1993**

Mitglied des Landtages vom 28. Oktober 1990 bis 23. April 2006

Mit hohen Emotionen und großer Leistungsbereitschaft stellte ich mich nach meiner erfolgreichen Arbeit in der erstmals frei gewählten Volkskammer der ehemaligen DDR für eine neue herausfordernde Arbeit in dem neu geschaffenen Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung und wurde im Wahlkreis 24 (Köthen) mit großer Mehrheit in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt.
Diese Landtagsarbeit konnte ich dann ab 1990 in insgesamt vier Wahlperioden bis 2006 mit gestalten. Ohne Zweifel war die erste Wahlperiode für uns und mich die bedeutendste. Hier wurden die entscheidenden Grundlagen für die Ausgangslage zur künftigen Entwicklung unseres Landes gelegt. Und ich kann mit Genugtuung sagen, ich konnte beim sogenannten Aufräumen und Reformieren der katastrophalen sozialistischen Hinterlassenschaften aktiv mitgestalten. Ich bin also dabei gewesen!
Nach dieser Volkskammerarbeit nun als Mitglied des Landtages und zusätzlich in einer verantwortlichen Position in der Landesregierung als Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, später dann als ihr Kultusminister.
Die Arbeit in der Exekutive innerhalb der ersten Wahlperiode will ich auf Grund des damaligen enormen Arbeitsumfanges nur kurz umreißen und dabei auf einige Aspekte unserer Fraktions- und Landtagsarbeit eingehen.

Als Minister hatte ich ab November 1990 insbesondere die nachfolgenden Schwerpunktaufgaben für unser Land verantwortlich zu bearbeiten:

- Den Aufbau unseres Ministeriums mit allen seinen materiellen und organisatorischen Voraussetzungen und die Qualität seiner Mitarbeiter (leistungsfähige Mitarbeiter aus unserem Land hatten bei mir den Einstellungsvorrang).
- Die Abstimmung und Organisation der dem Ministerium nachgelagerten Einrichtungen.
- Den Aufbau, die Neugestaltung und Herausbildung neuer Strukturen für die Einrichtungen in Bildung, Wissenschaft und Kultur mit allen materiellen, organisatorischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen und Bedingungen.
- Eine intensive Zusammenarbeit mit den neu gebildeten gesellschaftlichen Verantwortungsträgern, wie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Philologenverband, Landeselternrat und anderen mehr.
- Eine konsequente und vertretbare gesellschaftliche Neuorientierung nach Inhalt und Form für Bildung, Wissenschaft und Kultur, unter Beachtung der verantwortbaren Freiheit in Forschung und Lehre.
- Eine Ausgestaltung neuer Strukturen in der Landesforschung, wie Institute nach Fraunhofer (IFF und IWM), Max-Planck, sowie Großforschungseinrichtungen, Institute nach der sogenannten Blauen Liste und Technologiezentren.

Die ersten parlamentarischen Tage und Tagungen unter den Abgeordneten waren ein Suchen, Abstimmen und noch unsicheres „Abtasten", wobei ich die damaligen Abgeordneten der CDU-Fraktion wie folgt einordnen würde:

Es waren die Abgeordneten aus den alten Bundesländern mit ihrem parlamentarischen Vorzeigeverhalten, wie etwa die Abgeordneten Peter Schenk, Karsten Knolle, Curt Becker und Joachim Auer (erster Fraktionsvorsitzender), es waren die Abgeordneten, die bereits ihre erste parlamentarische Feuertaufe in der letzten frei gewählten Volkskammer erhalten hatten, wie beispielsweise die Abgeordneten Gerd Gies als unser neuer Ministerpräsident, sowie Ralf Geisthardt, Detlef Gürth und meine Person, es waren die Abgeordneten mit ihrer nachhaltigen politischen Erfahrung aus der Mitarbeit in der ehemaligen DDR-CDU oder Bauernpartei, wie die Abgeordneten Adolf Bill, Dr. Christoph Bergner (Neues Forum), Wolfgang Braun, Uwe Schulze, Dr. Horst Schnellhardt, Jürgen Scharf, Gunter Schmidt, Petra Wernicke und andere und es waren die Abgeordneten, die mit ihrer enormen politischen Aufbruchsstimmung nach der Revolutionswende der CDU beigetreten sind, wie zum Beispiel die Abgeordneten Prof. Wolfgang Böhmer, Dr. Klaus Keitel,

Prof. Adolf Spotka, Gerd Schlaak, Dr. Karl-Heinz Daehre, Klaus Jeziorsky, Bernhard Ritter, Martin Ruch und weitere.
Die ersten sechs Landtagssitzungen fanden nach der Landtagswahl vom Oktober bis in den Dezember 1990 in der ehemaligen Dessauer J. P. Becker-Kaserne statt und danach im neuen Magdeburger Landtag und damit in unserer neuen Landeshauptstadt.
In Dessau wurden grundsätzliche Entscheidungen getroffen, wie die Wahl des Ministerpräsidenten Gerd Gies, die Ernennung und Vorstellung der Minister, die Wahl zum Sitz der Landeshauptstadt, die Abstimmung über Geschäftsordnungen, Festlegungen aller Art und, ausgehend von der Regierungserklärung, die ersten emotionalen und spontanen Auseinandersetzungen der regierenden Koalitionsfraktionen CDU und FDP mit der Opposition, aber auch mit den Protestierenden vor und in der Kaserne. Ich habe diese ersten Protest-Gespräche mit Hochschulstudenten noch in Erinnerung. Die sogenannte Abwicklung von Hochschuleinrichtungen, die anstehende Umstrukturierung und der Abbau der SED-systemrelevanten Einrichtungen und die Überprüfung des Lehrkörpers sowie die von den alten Kräften geschürten Ängste unter den Studenten mit dem Panikhinweis auf gegebenenfalls nur begrenzte Fortsetzung ihres Studiums, waren Gegenstand einer harten Auseinandersetzung. So sah ich damals mit gemischten Gefühlen meiner ersten parlamentarischen Rede am 20. Dezember in einer „Aktuellen Debatte“ zur Abwicklung von Hochschuleinrichtungen entgegen. Für mich folgten dann in der ersten Wahlperiode noch über 130 Redebeiträge!
Aber diese erste Aktuelle Debatte war für mich insofern bemerkenswert, als damit erkennbar wurde, dass die weiteren politischen Ziele und Wege mit aller Konsequenz gemeinsam mit unserem Koalitionspartner beschleunigt umgesetzt werden müssen, und das unabhängig von der zum Teil sehr negativen Presse. In den Redaktionsstuben saßen ja noch immer die vielen Redakteure und Reporter von einst, welche die neue politische Ausrichtung nur widerwillig entgegennahmen. Und in der ersten Parlamentsperiode hatten wir gewaltig viele Aufgaben zu bewältigen und mussten diese ohne Wenn und Aber einer Lösung zuführen.
Hier möchte ich nur einige hervorheben, die, mit Bezugnahme auf meine Arbeit, mir als bedeutsam in Erinnerung geblieben sind:
Die Neustrukturierung unseres Schulwesens:
Mit einem Vorschaltgesetz schafften wir hier die juristischen Voraussetzungen zur Umsetzung und Einführung. Für unser erstes Schulgesetz danach, das von den

Ministeriumsmitarbeitern erarbeitet und von unseren Koalitionsfraktionen über unsere Ausschüsse überarbeitet und in den Parlamentsumlauf gebracht wurde, erarbeiteten wir ein Zweisäulen-Modell mit dem Gymnasium ab 5. Klasse, einer Förderstufe und Sekundarschule mit den Real- und Hauptschulgängen. Der gymnasiale Abschluss wurde erstmalig mit 12 Jahren festgelegt und die Anzahl Kurse auf ein Mindestmaß reduziert und auf die wesentlichen Kernfächer konzentriert. Das war bundesweit eine provokative Bildungsoffensive und brachte uns große Beachtung und den notwendigen bildungspolitischen Respekt ein!
Wir wussten damals, dass die Parlamentarier der anderen neuen Bundesländer unserem Schulmodell nacheiferten und die Sachsen aus verständlichen Gründen zum Kopieren sogar noch ein Jahr länger benötigten. Das neue Schulmodell wurde bei uns trotz aller Anfangsschwierigkeiten gut angenommen und lief zufriedenstellend an.
Das hatte die stets überkritische Opposition nicht erwartet und war irritiert. Unser Schulmodell fand aber leider bei den bayerischen Bildungsoberen keine Zustimmung und so bezog 1991 der bayerische Kultusminister Zehetmayer in der Kultusministerkonferenz mit weit hergeholter Begründung dagegen Stellung. Er konnte unsere Umsetzung letztlich nicht verhindern.
Und wenn man als Opposition in unserem Landtag nicht mehr weiter weiß, dann schafft man sich einen Arbeitskreis. Das war bei ihr der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Überprüfung der zwingend notwendig vollzogenen Lehrerentlassungen. Dieser 1991 eingesetzte Untersuchungsausschuss überprüfte die Entlassung von 6 000 Lehrern und später die zusätzliche Einsparung weiterer 2 000 Lehrer über eine Teilzeitarbeit von 8 500 Lehrern. Es sollte auch die Notwendigkeit dieser Entlassungen überprüft werden. Nach fast zweijähriger Recherche konnten keine rechtlichen Unregelmäßigkeiten festgestellt werden und es wurde kein Widerspruch eingebracht!
Später, im Jahr 2005, bedauerte der finanzpolitische Sprecher der SPD (der Abgeordnete Bullerjahn) in seiner Haushaltsrede, dass damals aus seiner Sicht viel zu wenig Lehrer entlassen wurden. Ein größerer Anteil wäre für die Sanierung der nachfolgenden Landeshaushalte zwingend notwendig gewesen.
Wir konnten leider in den Folgejahren unter der roten Regierungsnachfolge gerade im Bildungswesen viele der nachfolgenden Änderungen nicht verhindern. Die Spitze dieses politischen Eisberges an Veränderungen war die Einführung der 13jährigen Schulzeit. Das konnte später um den Minister Prof. Jan-Hendrik Olbertz nur mühevoll wieder korrigiert werden!

Ich weiß, dass nicht alle Genossen einer Veränderung der Schulzeit durch die Einführung des 13. Schuljahres zustimmen wollten. Es spricht aber für die eigene Unsicherheit zur Sache und die Überzeugungsmasche in der SPD, wenn ich das nachfolgende Erlebnis schildere:
Nach der entscheidenden Landtagssitzung zur Einführung der Gesetzesvorlage für das 13. Schuljahr besuchte mich beträchtlich verwirrt in der Morgendämmerung ein SPD-Vertreter, weckte mich und bat darum, ihn in seine Räumlichkeiten zu führen. Er hatte leicht die Orientierung verloren. Ich sah ihn mir genauer an und stellte fest, dass an seinen lichten weißen Haaren eine Reihe von Kakteen-Stacheln in der Kopfhaut steckten. Nachdem ich ihn davon befreit hatte, erzählte er mir, dass er mit seinen Kollegen ein Dank-Trinkgelage mitmachen musste, weil er gegen seine Überzeugung im Sinne der Fraktionsmehrheit für das 13. Schuljahr gestimmt hatte. Die anschließende Nacht hatte er im Überschwank des Vorgefallenen unbeabsichtigt auf Zimmerkakteen verbracht.
Ein großer Fortschritt war die Erarbeitung unserer neuen Landesverfassung, die sich im Wesentlichen an unser gemeinsames Grundgesetz anlehnte und in der Präambel mitteilt *„In freier Selbstbestimmung gibt sich das Volk von Sachsen-Anhalt diese Verfassung. Dies geschieht **in Achtung vor Gott** und im Bewusstsein der Verantwortung vor den Menschen….."*
Leider war es später im 21. Jahrhundert nicht mehr möglich, diese respektable Deutung in die Präambel einer vorzubereitenden Europäischen Verfassung einzubinden!
Aber für unsere Landesverfassung konnten wir im § 27 die Einbindung von Ethik- und Religionsunterricht als ordentliche Lehrfächer erreichen. Ebenso wurde nach § 32, Absatz 4 verfassungsrechtlich abgesichert, dass das Land und die Kirche gemeinsame Belange durch Vertrag regeln können. So wurde noch zu meiner großen Genugtuung der umfangreiche Staatskirchenvertrag mit der evangelischen Kirche abgeschlossen. Später dann analog mit den jüdischen Gemeinden und der katholischen Kirche unseres Landes. Hier konnte beobachtet werden, dass unter dem befruchtenden Einfluss der Kirchenleute das Kultusministerium mit den Abgeordneten der CDU- und SPD-Fraktion - so ähnlich wie beim Erstellen der Landesverfassung - gut zusammenarbeiten konnte.
Die Erarbeitung eines Hochschulreformgesetzes für unser Land mit Anpassung an das Hochschulrahmengesetz des Bundes wurde erfolgreich von unserer Fraktion aus der Vorgabe des Kultusministeriums (hierzu wurde zur Vorbereitung ein Spezialist

aus den alten Bundesländern gewonnen) überarbeitet und als Gesetz eingeführt. Damit war in Abstimmung mit einer vom Wissenschaftsrat eingesetzten Kommission ein Rahmen für die neuen Hochschulstrukturen gegeben. Unter anderem kam es in Stendal und in Halberstadt/Wernigerode (Hochschule Harz) zur Gründung von zwei neuen Hochschulstandorten und die neue Hochschule Anhalt umfasste drei Standorte mit Köthen, Dessau und Bernburg. Alle haben sich mit ihren Studienrichtungen bis heute gut bewährt.

Sachsen-Anhalt ist ein ausgesprochenes Kulturland. Mit Recht wies der aus Bayern stammende, schon langjährig bei uns wirkende Landesarchäologe Prof. Meller mehrfach auf die grandiose Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts hin. Ein Kulturland, das allerdings in der DDR-Vergangenheit seine vielen enormen Schätze brachliegen ließ oder sogar ohne Beachtung vernichtete. Eine enorme Aufgabe stand damit vor uns. Es war zwingend notwendig, zum Schutz und zur Sicherstellung unserer Kultur und unserer Kulturgüter ein umfassendes Denkmalschutzgesetz zu erarbeiten. Dieses vom Kultusministerium erstellte und von den Abgeordneten noch umfangreich erweiterte Gesetz fand im Parlament bei allen Fraktionen eine ungeteilte Zustimmung.

Aber Sachsen-Anhalt ist nicht nur ein hochkarätiges Kulturland, sondern stand auch vor der schwierigen Aufgabe, seine Wirtschaftskraft zu entwickeln. Abstimmungen nach dem Denkmalschutzgesetz, wie „im Einvernehmen" mit der oberen Denkmalschutzbehörde waren gerade in der Anfangszeit zwar notwendig, aber auch höchst problematisch. So musste ständig ein oftmals aufreibender Kompromiss zwischen Kultur- und Wirtschaftsausbau gesucht werden. Hier mussten die Abgeordneten, gemeinsam mit dem Kulturbereich des Kultusministeriums ständig wirksam vermitteln.

In Erinnerung an die Anfangsjahre weise ich auch auf den oftmals schwierigen Zusammenhalt in den einzelnen Fraktionen hin. Das traf auch auf unsere Fraktion zu. Dafür zwei Beispiele:

In den Vorbereitungsgesprächen waren sich zum Beispiel alle Verantwortlichen der Fraktion (Fraktionsvorsitzender war inzwischen der Abgeordnete Christoph Bergner geworden) mit den Vertretern des Ministeriums darin einig, einen vorbereiteten Erlass des Kultusministeriums für einen sogenannten Probeunterricht zur Eignungsbestätigung für einen gymnasialen Schulbesuch der interessierten Schüler einzuführen. Das sollte auch den betroffenen Eltern erhöhte Sicherheit geben. Neben der erwarteten Ablehnung durch die Opposition in der entsprechenden

Landtagssitzung trat plötzlich der damals für die Bildungspolitik zuständige CDU-Abgeordnete ans Rednerpult und sprach sich konsequent gegen einen Probeunterricht aus und brüskierte damit den Minister und das Kultusministerium. Es entstand damals der Verdacht, dass der Abgeordnete sich nicht in alleiniger Verantwortung zu dieser eigenartigen Aktion entschlossen hatte!

Eine offensichtliche Abstimmungsschwierigkeit gab es auch bei dem Vorhaben der generellen Verbeamtung von unseren Lehrern. Ein Beschluss der Landesregierung zur Lehrerverbeamtung wurde in einer separaten Fraktionssitzung weit außerhalb Magdeburgs unter Bezugnahme auf die bekannte Problematik der Teilzeitverbeamtung abgelehnt und die fraktionelle Ablehnung gleichzeitig ohne Rücksprache mit der Landesregierung in die Öffentlichkeit gebracht. Der Philologenverband Sachsen-Anhalts reagierte daraufhin höchst verärgert und die GEW bedachte diese Aktion aus verständlichen Gründen mit sehr viel Beifall.

Mit diesen und anderen Beispielen beziehungsweise Aktionen der Koalitionsfraktionen deuteten sich bereits Probleme in der ersten Legislaturperiode an, die letztlich zur Ablösung zweier Ministerpräsidenten führten. Natürlich hatte das jeweils ganz andere und unterschiedliche Ursachen. Aber es fehlte der Wille, die Bereitschaft und die Kraft in den Fraktionen zum gemeinsamen Durchstehen der damals aufgetretenen Probleme! Zur erforderlichen Standfestigkeit und für ein unterstützendes Beharrungsvermögen in beiden Fraktionen kam es somit nicht. Damals blies zusätzlich die Landes- und auch überregionale Presse einseitig in das gleiche politische Horn.

Ich jedenfalls kann die Enttäuschung gerade des damaligen Ministerpräsidenten Münch nachvollziehen. Was half ihm im Nachhinein zu seiner Entlastung die juristische Klarstellung?

Letztendlich kam es noch 1994 zu einer CDU/FDP-Übergangsregierung unter dem Ministerpräsidenten Dr. Christoph Bergner, aber danach leider für zwei Wahlperioden zu einer SPD-Minderheitsregierung und damit zu dem befürchteten Rückstau und Aderlass für die Weiterentwicklung unseres Landes auf seiner ganzen Linie. Es ist befremdlich, wenn jetzt im Juli 2010 ähnliche Experimente in einem gestandenen alten Bundesland wie Nordrhein-Westfalen wider besseren Wissens in die Wege geleitet wurden, und es ist offensichtlich, dass das negative Modell von und mit Sachsen-Anhalt bei den dortigen Machtspielchen keine Berücksichtigung fand.

Auf folgende weitere Erfahrungen als langjähriger Abgeordneter möchte ich noch aufmerksam machen. Alle verantwortlichen Aufgaben, egal in welcher Arbeits-

funktion, benötigen immer dringend der allseitigen Abstimmung und damit einer umfänglichen Vorbereitung. Erst dadurch können Entscheidungen in einer Koalition gemeinsam getragen werden. Politisch bedenklich ist die Bildung von einzelnen Gruppierungen innerhalb einer Fraktion, was zu ihrer Schwächung führt. Diesen Bestrebungen hatte ich mich immer konsequent widersetzt.

Als Leiter von Ausschüssen habe ich immer in Vorbereitung von externen Sitzungen das Vor-Ort-Gespräch gesucht. Das zeigte insbesondere vor den lokalen Arbeitsbesuchen und Sitzungen des Ausschusses für Chemische Industrie eine gute Wirkung. Dadurch wurde politisches Vertrauen gewonnen und es konnten gute Ergebnisse für die chemische Industrie erreicht und mitgetragen werden.

Die Arbeit der gewählten Abgeordneten muss auch aus der Sicht der notwendigen legislativen Zusammenarbeit Respekt und Achtung von den Vertretern der Exekutive erwarten können und das gilt parteiübergreifend. So muss von jedem höheren Regierungsvertreter, Minister oder Ministerpräsident, bei entsprechenden Veranstaltungen eine normale Begrüßungsformel erwartet werden können. Denn auch das verbessert jede Form der Zusammenarbeit.

Und wenn Abgeordnete über mehrere Wahlperioden hinweg erfolgreich unsere parteipolitischen Aufgaben und Zielstellungen im Landtag mit größtem Engagement vertreten haben, dann darf man sie nicht brüskieren, indem man ihnen in aller Öffentlichkeit von höchster Stelle die Nichteignung für eine wichtige legislative Arbeit bescheinigt. Das kann man anders machen. Dazu gibt es die Allerweltsmöglichkeiten.

Zusammenfassend kann ich sagen, wer seine Landtagsarbeit ernst nimmt, kann als Landtagsabgeordneter viel erreichen und bewegen. Ich glaube, dass mir das in den einzelnen Wahlperioden bei unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und in unterschiedlicher Verantwortung gut gelungen ist.

Feierlich

von Prof. Dr. Adolf Spotka

Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt
vom 16. April 2002 bis 23. April 2006

Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
vom 28. Oktober 1990 bis 23. April 2006

Jährlich fanden am Grenzdenkmal in Hötensleben Gedenkfeiern statt, zu denen auch der Landtagspräsident eingeladen war. Nach einer solchen Gedenkstunde, an der auch ich teilnahm, soll – so erzählte mir jemand – in einer Lokalzeitung zu lesen gewesen sein: „Die zwei Kränze wurden zur Mauer gebracht. Zunächst hielt der Landtagspräsident eine Rede, der Bürgermeister danach auch. Sodann wurden beide in einem feierlichen Zeremoniell an der Mauer aufgehängt."

Von der Utopie zur Wirklichkeit

von Dieter Steinecke
Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt
seit 24. April 2006

Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
seit 16. Mai 2002

20 Jahre CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Das ist wahrlich ein denkwürdiges Jubiläum. Denn, wäre vor – sagen wir einmal – 25 Jahren eine Bürgerin oder ein Bürger der DDR in eine Zeitmaschine gestiegen und hätte eine Zeitungsmeldung „CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt feiert 20-jähriges Bestehen" mit in die Vergangenheit gebracht, ich glaube, diese Person wäre mit einer Mischung aus Erstaunen und Verwunderung – ja vielleicht sogar mit Entsetzen – angestarrt worden.

Nein, einen Landtag von Sachsen-Anhalt – vielleicht sogar mit der CDU als stärkster politischer Kraft – das war noch in den achtziger Jahren pure Utopie. Es waren immerhin Jahre, in denen selbst maßgebliche Politiker der alten Bundesrepublik – wie Gerhard Schröder oder Joschka Fischer – die Teilung unseres Vaterlandes als eine Art Dogma ansahen. Glücklicherweise hat die Entwicklung einen anderen Verlauf genommen! Es gibt ein vereintes Deutschland, es gibt einen Landtag von Sachsen-Anhalt und es gibt eine CDU-Fraktion, die seit der Wiedergründung unseres Bundeslandes eine maßgebliche Rolle spielt. Was für eine großartige Gnade der Geschichte!

Inzwischen sind sogar junge Menschen volljährig geworden, die niemals etwas anderes als das wiedervereinte Deutschland erlebt haben. Beispielhaft erinnere ich mich an eine Diskussion mit Schülerinnen und Schülern im Landtag, wo mir eine junge Dame auf die Frage, wer war der letzte Regierungschef der DDR, folgende Antwort gab: Willy Brandt!

Bei aller Sorge um die politischen Hintergrundkenntnisse unserer Jugend wurde mir in diesem Moment aber – selten wie nie zuvor – bewusst, wie selbstverständlich die Deutsche Einheit mittlerweile geworden ist. Und wie wenig aufregend

die Menschen im Land die Meldung „CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt feiert 20-jähriges Bestehen" nun eben finden müssen. Ich jedenfalls bin für diese Normalität im höchsten Maß dankbar und wünsche mir, dass der Prozess der inneren Einheit Deutschlands so geräuschlos wie möglich erfolgreich beendet wird.

So wenig außergewöhnlich das Fraktionsjubiläum vielen Unbeteiligten erscheinen mag, so besonders ist es doch für alle, die sich dieser Fraktion über all die Jahre hinweg verbunden fühlen – die Abgeordneten, Mitarbeiter, Freunde und Partner dieser Institution der Fraktion, die nunmehr seit 20 Jahren das politische Schicksal unseres Landes maßgeblich mitbestimmt. Ich bin mir sicher, jeder Einzelne davon hat seine ganz persönliche Sicht und seine ganz persönliche Erinnerung. Gemeinsam dürfte allen jedoch das Gefühl sein, dass diese Fraktion Großes geleistet hat und sich – bei allen unterschiedlichen Standpunkten – doch in einem immer einig war: Das Beste für Sachsen-Anhalt zu wollen und Werten wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat und Eigenverantwortung dauerhaft ein Fundament zu geben. Hierfür zolle ich jedem Einzelnen, der sich über die Gremien der CDU-Fraktion in die politischen Prozesse im Landtag eingebracht hat, meinen allergrößten Respekt und meine allergrößte Anerkennung! Die Leistungen der Abgeordneten und Mitarbeiter in der Vergangenheit müssen und sollen allen, die heute in der Verantwortung stehen, Vorbild und Ansporn sein, um Sachsen-Anhalt als lebens- und liebenswerte Heimat mit Zukunft, im Herzen des vereinten Deutschlands und des vereinten Europas, weiter voranzubringen.

Natürlich haben viele Menschen an den über 20 Jahre hinweg nachgewiesenen Erfolgen dieser Fraktion mitgewirkt. Ich nenne beispielhaft die bisherigen Landtagspräsidenten Dr. Klaus Keitel und Prof. Dr. Adolf Spotka, denen ich durch die Wahl vom 24. April 2006 nachfolgen durfte. Ich nenne ebenso die Ministerpräsidenten Gerd Gies, Prof. Werner Münch, Dr. Christoph Bergner und Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, die zu unterschiedlichen Zeiten und unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen Regierungsverantwortung übernommen haben. Geführt wurde die Fraktion von Joachim Auer, Dr. Christoph Bergner, Prof. Wolfgang Böhmer und Jürgen Scharf. Sie hatten und haben die nicht immer einfache Aufgabe, die unterschiedlichen Charaktere auszutarieren und aus den Ideen und Vorstellungen frei gewählter Abgeordneter politische Programme und Initiativen zu gestalten. Bei allen Höhen und Tiefen, die es in der parlamentarischen Arbeit nun einmal gibt, kann man sicher den Schluss ziehen: Im Schnitt hat die

Fraktion stets überzeugende Arbeit geleistet. Ansonsten hätten die Wählerinnen und Wähler unseren Abgeordneten nicht immer wieder das Vertrauen geschenkt. Dass dies auch in der Zukunft so bleibt, auch hieran müssen wir weiter beharrlich arbeiten.

Eine Fraktion ist für mich aber nicht nur die Summe ihrer Mitglieder und Mitarbeiter. Sie ist ein ganz besonderes Gremium, das Menschen prägt und deren Entwicklung beeinflusst. Ich denke, jeder Abgeordnete, der einmal Mitglied dieser Fraktion wurde, wird mir Recht geben, dass der politische Diskurs in den Gremien und das Werben für eigene Positionen ungemein herausfordernd und fördernd sind. Manch einer, der als „frischer Abgeordneter" oder als „frische Abgeordnete" in die Fraktion gewählt wurde, hat sich hier das „Rüstzeug" angeeignet, um später als Minister, Staatssekretär oder Vorstandsmitglied eine Führungsposition für unsere Partei einzunehmen. Insofern prägen nicht nur die Menschen die Fraktion – die Fraktion formt auch die Menschen.

Dies kann ich getrost auch für mich sagen, der dieser Fraktion dankbar dafür ist, für das Amt des Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt vorgeschlagen worden zu sein. Den Auftrag, unserer Demokratie an dieser herausragenden Stelle dienen zu dürfen, habe ich in Demut mit Freude angenommen. In den nunmehr über vier Jahren, in denen ich schon diese Funktion ausüben kann, habe ich es mir vor allem zum Ziel gesetzt, unsere Demokratie und Werte wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Fairness gerade auch den jungen Menschen im Land zu vermitteln. Besuche von Schulen und Jugendeinrichtungen sind daher feste Bestandteile meiner Kreisbereisungen. Abgeordnete aus der Fraktion, die mich bei meinen Reisen durchs Land begleitet haben, konnten sicher feststellen, dass der Dialog mit jungen Leuten keine einfache Aufgabe ist. Junge Menschen wollen ernst genommen werden – sie stellen zu Recht kritische Fragen und gehen auf Politiker manchmal sehr klar mit einer gewissen Grundskepsis zu. Doch auch dies finde ich großartig! Dass unsere Jugend mündig ist, ihren eigenen Weg geht und nicht einfach per Gesetz glauben muss, was die herrschende Klasse ihr vorgibt, auch dafür sind die Menschen in der DDR im Herbst 1989 zu Tausenden auf die Straßen und Plätze gegangen.

Dass dieser Geist der friedlichen Revolution der Jahre 1989 und 1990 weiterlebt, soll und muss ebenfalls Aufgabe aller Abgeordneten der CDU-Fraktion sein. Denn, die CDU hat ein klares Menschenbild, das den Einzelnen in seiner Würde ernst nimmt und ihm gleichzeitig eine eigene Verantwortung zuweist. Dieses ideelle

Fundament trägt unsere Fraktion. Es hat ihr Kraft gegeben in den Jahren, als die Bänke der Opposition hart waren und die Abgeordneten zusehen mussten, wie Sachsen-Anhalt wirtschaftlich schwere Zeiten durchlaufen musste und in der gesamtdeutschen Wahrnehmung ein leider allzu negatives Bild zugeordnet bekam.
Aus dem Wertefundament der CDU konnten die Mitglieder der Fraktion nach 2002 aber Kraft schöpfen, um die Übernahme der Regierungsverantwortung mutig sowie voller Tatkraft anzugehen. Mit zwei unterschiedlichen Koalitionspartnern konnte seitdem die Zukunft Sachsen-Anhalts positiv vorangetrieben und manche – von außen herein getragene – Wirtschaftskrise überstanden werden.
Somit blickt die Fraktion nach nur 20 Jahren schon auf bewegte Zeiten und eine sehr abwechslungsreiche Vergangenheit zurück. Sicher kann man von vergnüglichen Dingen berichten – etwa der einen oder anderen Anekdote von Klausurtagungen, die seit dem Jahr 2003 regelmäßig im Winter im Kloster Helfta stattfinden. Ich persönlich erinnere mich gerade an diese Klausurtagungen besonders gerne. Etwa daran, dass einmal „Eddie das Schwein" zum Maskottchen dieser Beratungen gekürt wurde.
Unvergessliche Erinnerungen habe ich auch an Begegnungen, die unmittelbar im Zusammenhang mit meiner parlamentarischen Tätigkeit standen. Etwa Reisen mit dem Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt in die Tschechische Republik oder die Begegnung der Ältestenräte der Landtage von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen in Marienborn sowie Helmstedt anlässlich des 20. Jahrestages der Öffnung der innerdeutschen Grenze im November 2009.
Unvergleichlicher Höhepunkt ist für mich aber die Reise mit dem Ältestenrat nach Israel im Jahr 2008. Die Eindrücke und Begegnungen mit Menschen jüdischen Glaubens, die wegen der rassistischen Politiker der Nationalsozialisten ihre Heimat im heutigen Sachsen-Anhalt während der 1930er Jahre verlassen mussten und sich nur durch Emigration der Vernichtung ihres Lebens entziehen konnten, prägen mich bis heute. Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen – dies bleibt einer meiner politischen Leitsätze!
Sicher gibt es auch die eine oder andere Episode, die mancher am liebsten schnell ungeschehen machen ließe. An dieser Stelle will ich es aber lieber mit einem chinesischen Sprichwort halten, was besagt: „Über Vergangenes mache dir keine Sorge, dem Kommenden wende dich zu!"
Von daher wünsche ich der CDU-Fraktion viele weitere erfolgreiche Jahre – viele großartige Frauen und Männer, die Sachsen-Anhalt weiter gestalten und weiter

entwickeln werden! Unser Land und unsere Partei brauchen starke Persönlichkeiten und eine starke Fraktion als Träger der politischen Meinungsbildung. In diesem Sinne sehe ich mich als Mitglied dieser Fraktion persönlich in der Pflicht, diesem Anspruch gerecht zu werden und an meinem Platz meine Arbeit für die Demokratie und für unsere Bürgerinnen und Bürger mit Herz und Verstand zu tun. Mein Dank gilt allen, die mir bisher auf diesem Weg zur Seite gestanden haben genauso wie denjenigen, die dies auch künftig tun werden.

Auf Fraktionsfahrt

von Thomas Webel
Vorsitzender der CDU Sachsen-Anhalt

Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
vom 28. Oktober 1990 bis 15. Mai 2002

Gern erinnere ich mich noch an die Fraktionsfahrt vom 19. bis 22. November 1991 nach Salzburg.
Die Fahrt begann schon außergewöhnlich. Wir warteten vor dem Landtag auf den Bus, der uns nach Leipzig-Schkeuditz zum Flughafen (so hieß der damals noch) bringen sollte. Was nicht kam, war der Bus, und der Abflugtermin von Schkeuditz nach München-Riem (den gab es damals - der Franz-Josef-Strauß-Flughafen war noch eine Baustelle) rückte immer näher.
Nach kurzer Diskussion entschieden wir uns, mehrere Taxen zu rufen. Die Taxi-Fahrer am Bahnhof jubelten und so ging es flott zum Flughafen. Später haben wir erfahren, dass der Bus statt vor dem Landtagsgebäude, wohin er bestellt war, auf dem Busbahnhof neben der Volksstimme gestanden hat.
Wir waren Gäste der Österreichischen Volkspartei im Salzkammergut, wurden hervorragend betreut und die Informationen über den Verwaltungsaufbau in Österreich waren sehr interessant. Außerdem war ein wichtiger Tagesordnungspunkt die Neuwahl des Fraktionsvorstandes für den Rest der Wahlperiode.
Natürlich hatten wir auch etwas Freizeit, und da die meisten Männer lieber aus dem Gaststättenfenster anstatt aus dem Shoppingfenster schauen, saß eine kleine Runde, unter anderem Klaus Jeziorsky, Gerd Schlaak, Bernd Sennecke, Peter Schenk und ich, nach einem Stadtbummel in einer der vielen Gaststätten und diskutierte auch über die am anderen Tag anstehenden Vorstandswahlen.
Wie immer, wenn es um Personalentscheidungen geht, ging es hin und her. Auf einmal war von Peter Schenk, einem der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, zu hören: „Wer morgen gegen mich antritt, der bekommt nicht mehr als 3 Stimmen“ und ging danach zur Toilette. „Wollen wir ihm, wenn er wiederkommt, offenbaren, dass er morgen nur 3 Stimmen bekommt?“ Nach einem Gelächter war klar, wir heben die „Überraschung“ für den anderen Tag auf.

Es kam so, dass Erhard Stollberg klar gegen Peter Schenk als Fraktions-Vize gewann und als besonderes Bonbon der Unterlegene sofort Salzburg verließ und nach Hause fuhr.
Wenn ich heute zurückblicke, hat aber gerade diese Fraktionsfahrt dazu beigetragen, dass wir als Team gut zusammengewachsen sind und alle späteren Probleme bewältigen konnten.
Leider wird heute oft vergessen, dass wir als politisch Unerfahrene im Landtag von Sachsen-Anhalt in der Zeit von 1990 bis 1994 neben der Landesverfassung rund 200 Gesetze beschlossen haben. Darauf können wir alle zu Recht stolz sein.

Vertrauen, Kraft und Können

von Petra Wernicke
Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt
seit 28. Oktober 1990

Ministerin für Raumordnung, Städtebau und Verkehr
des Landes Sachsen-Anhalt vom 4. Juli bis 12. September 1991

Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
des Landes Sachsen-Anhalt vom 7. November 1991 bis 21. Juli 1994

Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt
des Landes Sachsen-Anhalt vom 17. Mai 2002 bis 12. Oktober 2009

Wenn man sich nach 20 Jahren entschließt, aus der Landespolitik auszuscheiden, blickt man zurück, um mit einem guten Gefühl einen neuen Lebensabschnitt beginnen zu können.
Wer bekommt schon die Chance, Mitglied des Landtages oder sogar Minister eines Landes zu werden?
Heute – im Rückblick – stellt sich das so einfach dar. Aber Vertrauen in die eigene Kraft, das eigene Können, Vertrauen der Parteimitglieder in die eigene Person, Zusammenhalt in der Familie, das sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine Karriere in der Politik. Und auch ein bisschen Glück oder Schicksal. Zumindest in meinem Fall war das so!
Sich als ehemaliges DBD-Mitglied und als Landwirtin in der CDU-Riege im Altkreis Hettstedt durchzusetzen, war noch relativ einfach. Ein provozierender Fragesteller, scheinbar kluge und emotionale Antworten haben gereicht, die Nominierung für die Landtagskandidatur gegen mehr als ein Dutzend Mitbewerber zu gewinnen. Einen guten Listenplatz als „Nobody" zu erlangen, war aber aussichtslos – es wurde Platz 122. Aber die Hettstedter waren dem Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) zugetan – und vielleicht auch ein wenig mir. Sie wählten mich direkt und ich wurde Landtagsabgeordnete – was das auch immer sein mochte?!

Nachdem ich mir in der CDU-Fraktion das Amt des agrarpolitischen Sprechers erkämpft hatte, schien das politische Neuland betreten zu sein. Aber der Rücktritt eines stasibelasteten Ministers verhalf mir 1991 zu noch höheren Weihen. Das erste Kabinett der CDU/FDP-Landesregierung war zunächst „unweiblich". Die durch den Rücktritt notwendig gewordene Kabinettsumbildung nutzte der damalige Ministerpräsident Prof. Dr. Werner Münch zur Schaffung eines Bauministeriums – geleitet durch Frau Ministerin Petra Wernicke.

Nach nur wenigen Wochen hatte ich mich in Fachliteratur und Bürokratie eingearbeitet, da kam der für meine politische Zukunft entscheidende Anruf des Ministerpräsidenten Münch: „Frau Wernicke, Sie müssen Landwirtschaftsministerin werden". Der nächste stasibelastete Minister verließ die politische Bühne und ich war Landwirtschaftsministerin bis zur Wahl 1994, aus der Reinhard Höppner (SPD) als Ministerpräsident hervorging.

Der Landwirtschaft bin ich auch in acht harten Oppositionsjahren treu geblieben. Scheinbar engagiert genug, um 2002 noch einmal die Chance für ein Ministeramt zu bekommen.

Landwirtschafts- und Umweltministerin bis 2009 – ein wunderschönes, fachlich breit gefächertes Amt, welches mir viele Möglichkeiten gab, meinen Beitrag für den ländlichen Raum zu leisten. Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Forstwirtschaft sind stabile Wirtschaftsfaktoren im Land, die Dörfer sind lebenswert geworden, die Menschen gehen immer bewusster mit den natürlichen Lebensgrundlagen um.

Ich bin stolz auf das Erreichte und all denen dankbar, die mir diese Entwicklung ermöglicht haben und meine Weggefährten waren.

Im Porträt

Die Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt seit 1990

Die Parlamentspräsidenten der CDU in Sachsen-Anhalt seit 1990

Joachim Auer

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 28. Oktober 1990 bis 28. November 1991

Joachim Auer wurde am 12. Juli 1953 in Heidelberg geboren. Er ist römisch-katholischer Konfession.

Nach seinem Abitur war er von 1974 bis 1979 bei der Bundeswehrverwaltung, Wehrbereichsverwaltung V tätig. Von 1979 bis 1988 schloss sich eine Tätigkeit als Geschäftsführer und Gesellschafter an. 1989 und 1990 war er zudem Vorstand im Bereich Wirtschaftsberatung und Finanzdienstleistung.

1990 zog Joachim Auer nach Ilsenburg in Sachsen-Anhalt. Als Mitglied des Landtages der ersten Wahlperiode war er bis Ende November 1991 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, anschließend bis Dezember 1991 fraktionslos. Von Dezember 1991 bis Januar 1992 war Auer Vorsitzender der Freien Fraktion, von Januar bis April 1992 erneut fraktionslos und seit April 1992 Vorsitzender der DSU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Dr. Christoph Bergner

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 3. Dezember 1991 bis 1. Dezember 1993 sowie vom 26. Juli 1994 bis 21. Juni 2001

Dr. Christoph Bergner wurde am 24. November 1948 in Zwickau geboren. Er ist evangelisch, verheiratet und hat drei Kinder.
1961 zog er nach Saalfeld/Thüringen, wo er sein Abitur und eine Berufsausbildung abschloss. Das Studium der Agrarwissenschaften in Jena und Halle schloss sich an, welches er als Hochschulagraringenieur und mit darauf folgender Promotion erfolgreich beendete.
1971 trat Dr. Christoph Bergner in die CDU ein. Von 1974 bis 1990 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Biochemie der Pflanzen der Akademie der Wissenschaften der DDR in Halle tätig. In der Wendezeit war Bergner Mitunterzeichner des „Neuen Forum" und dort bis 1990 aktiv.
Mitglied des Landtages war Dr. Christoph Bergner von 1990 bis 2002. Er war Vorsitzender der CDU-Fraktion von 1991 bis 1993. Zu Beginn der 2. Wahlperiode wurde er 1994 erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt und blieb dies bis 2001.
Am 2. Dezember 1993 wurde Dr. Christoph Bergner zum Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt gewählt. Von 1995 bis 1998 war Dr. Christoph Bergner zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU.
Seit dem Jahr 2002 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2004 auch Vorstandsmitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nach seiner Wiederwahl 2005 wurde er zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern berufen. 2006 wurde er zusätzlich zum Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und Nationale Minderheiten ernannt. Zum dritten Mal in Folge wurde Dr. Christoph Bergner im Jahr 2009 in den Deutschen Bundestag gewählt, erneut zum Parlamentarischen Staatssekretär berufen und er setzt seine Arbeit als Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und Nationale Minderheiten fort.

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 22. Juni 2001 bis 15. Mai 2002

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer wurde am 27. Januar 1936 in Dürrhennersdorf in der Oberlausitz geboren. Er ist evangelisch, verwitwet, hat einen Sohn und ist seit 2005 wieder verheiratet.

Sein Medizinstudium absolvierte Wolfgang Böhmer an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Dort promovierte er 1959 zum Doktor der Medizin. Von 1960 bis 1973 arbeitete er als Arzt beziehungsweise Erster Oberarzt an der Frauenklinik in Görlitz und wurde Facharzt für Gynäkologie und Geburtshilfe. Von 1974 bis 1991 war er als Chefarzt im Paul-Gerhardt-Stift in der Lutherstadt Wittenberg tätig. Während dieser Zeit habilitierte er sich an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg.

Mit dem Eintritt in die CDU begann 1990 seine politische Karriere. Von 1990 bis 2002, 2005 bis 2006 und seit 2007 ist Wolfgang Böhmer CDU-Landtagsabgeordneter.

1991 bis 1993 war er Minister der Finanzen und 1993 bis 1994 Minister für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.

Den Posten des CDU-Landesvorsitzenden übernahm Wolfgang Böhmer von 1998 bis 2004. Von 1998 bis 2002 war er auch Vizepräsident des Landtages von Sachsen-Anhalt. Die Fraktion vertrat er als Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie im Ausschuss für Finanzen. Den Vorsitz der CDU-Landtagsfraktion übernahm er von Juli 2001 bis April 2002.

Seit dem 16. Mai 2002 ist Prof. Dr. Wolfgang Böhmer Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt. In dieser Funktion übernahm er vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2003 das Amt des Präsidenten des Bundesrates.

Dr. Klaus Keitel

Präsident des Landtages
von Sachsen-Anhalt
vom 28. Oktober 1990 bis 20. Juli 1994
vom 21. Juli 1994 bis 24. Mai 1998

Klaus Keitel wurde am 5. Februar 1939 in Naumburg geboren. Er ist evangelisch, verheiratet und hat drei Kinder.
Von 1953 bis 1957 besuchte der die Oberschule in den Franckeschen Stiftungen zu Halle an der Saale.
Seinen weiteren Bildungsweg absolvierte er an der Fachschule für Finanzwirtschaft in Gotha sowie an der Martin-Luther-Universität in Halle. Er promovierte zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften und arbeitete von 1963 bis 1967 bei der Deutschen Notenbank in Halle. Ebenfalls in Halle war er von 1967 bis 1990 in der Zucker- und Stärkeindustrie beschäftigt.
Im Januar 1990 begann Klaus Keitel eine journalistische Tätigkeit für die im Reformhaus Halle vereinigten neuen Gruppierungen und Parteien. In dieser Funktion hatte Klaus Keitel Sitz und Stimme am Runden Tisch des Bezirkes Halle, der ihn als Ratsmitglied in den Rat des Bezirkes delegierte.
Im Mai 1990 wurde Klaus Keitel Mitglied der CDU und zeitgleich im Auftrag der ersten frei gewählten DDR-Regierung Regierungsbevollmächtigter für den Bezirk Halle.
Klaus Keitel war von 1990 bis 2002 Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt und dessen Präsident von 1990 bis 1998. Danach war er bis 2002 stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Finanzen und Vorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss.
Klaus Keitel wurde 1999 das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen und am 31. Januar 2007 erhielt er als erster Träger den neu eingeführten Verdienstorden des Landes Sachsen-Anhalt.

Jürgen Scharf

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vom 2. Dezember 1993 bis 25. Juli 1994 sowie seit 4. Juni 2002

Jürgen Scharf wurde am 15. September 1952 in Salzwedel geboren. Er ist evangelisch, verheiratet und hat eine Tochter.
Nach dem Abitur erwarb er 1975 sein Diplom in Mathematik an der Technischen Hochschule Otto-von-Guericke in Magdeburg. Von 1975 bis 1990 arbeitete er auf dem Gebiet der angewandten Forschung und Entwicklung der Lacke- und Farben-Industrie. Seit 1990 ist Jürgen Scharf in der Magdeburger Lacke GmbH, heute Institut für Lacke und Farben e.V., Betriebsratsvorsitzender.
In die CDU trat Jürgen Scharf 1976 ein. Seit 1990 ist er Mitglied im Kreisvorstand Magdeburg und seit 1994 Vorsitzender des Kreisverbandes Magdeburg. 1995 bis 2004 war Jürgen Scharf Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Seit 1992 ist er Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Sachsen-Anhalt. Zwischen 2005 und 2007 war er Mitglied der Grundsatzkommission der CDU Deutschlands.
Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt ist Jürgen Scharf seit 1990. Er ist Mitglied des Ältestenrates und Mitglied des Finanzausschusses (seit 2002 stellvertretendes Mitglied). Von 1990 bis 2002 – außer der Amtszeit als Fraktionsvorsitzender - war Jürgen Scharf Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion. Bereits 1993 bis 1994 und seit 2002 ist er Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.
Jürgen Scharf zählte 1990 zu den Mitbegründern einer Schule in freier Trägerschaft, dem heutigen Ökumenischen Domgymnasium Magdeburg. Er ist Vorsitzender des Freundeskreises und stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums Ökumenisches Domgymnasium Magdeburg e.V.
Seit dem Jahr 2002 ist Jürgen Scharf Vorsitzender des Lotto-Toto-Beirates Sachsen-Anhalt.

Prof. Dr. Adolf Spotka

Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt
vom 16. Mai 2002 bis 23. April 2006

Adolf Spotka wurde am 23. Februar 1943 in Tachau im Sudetenland geboren. Während des Zweiten Weltkrieges kam er nach Bernburg an der Saale. Nach Abschluss der Oberschule (1961) absolvierte er im Sodawerk Bernburg eine Ausbildung zum Schlosser. 1962 nahm er an der Technischen Hochschule Merseburg ein Studium des Wirtschaftsingenieurwesens auf. Nach Abschluss des Studiums arbeitete Adolf Spotka ein Jahr als Exportingenieur. Von 1968 bis 1990 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter, Oberassistent und Dozent. 1975 promovierte er an der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg und habilitierte sich 1988 an der Martin-Luther-Universität Halle. 1993 wurde Adolf Spotka als Professor an die Hochschule Anhalt berufen und gehörte bis 2001 dem Professorenkollegium an. Seit November 2006 steht er als Vorsitzender des Kuratoriums der Hochschulleitung beratend zur Seite.

Der politische Weg von Adolf Spotka beginnt 1990 mit dem Eintritt in die CDU. Im Oktober 1990 zog er als Abgeordneter in den ersten Landtag Sachsen-Anhalts nach der friedlichen Revolution ein. Von 1990 bis 1994 war er Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und von 1994 bis 1998 Vorsitzender des Treuhanduntersuchungsausschusses. Im Jahr 2002 wurde er Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt. Er war Vorsitzender der Landtagspräsidentenkonferenz und Sprecher der Landtage in der Gemeinsamen Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung.

Im Jahr 2006 verzichtete Adolf Spotka auf eine erneute Kandidatur um ein Mandat im Landtag von Sachsen-Anhalt. Anfang des Jahres 2007 wurde er zum Moderator des von der CDU/SPD-Koalition eingesetzten Bildungskonvents berufen.

Von 1993 bis 1999 war Adolf Spotka Kreisvorsitzender der CDU Bernburg. Von 1999 bis 2002 gehörte er dem Stadtrat von Bernburg an. Von 1993 bis 2002 war er stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender der Kulturstiftung Bernburg und von 2001 bis 2004 Aufsichtsratsvorsitzender des Zentrums Wissenschaft und Technik Bernburg.

Für seine Verdienste wurde Prof. Dr. Adolf Spotka am 15. März 2007 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Dieter Steinecke

Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt
seit 24. April 2006

Dieter Steinecke wurde am 11. Februar 1944 in Biere, im heutigen Sachsen-Anhalt geboren. Er ist evangelischer Konfession, verheiratet und hat zwei Kinder.
Von 1968 bis 1973 studierte Dieter Steinecke Maschinenbau an der Ingenieurschule für Maschinenbau in Magdeburg und erwarb das Ingenieur-Diplom.
1976 trat er in die CDU ein. 1984 bis 1989 war er Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Magdeburg. 1990 zog Dieter Steinecke in den Magdeburger Stadtrat ein und war Bürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg. Von 1995 bis 2001 hatte er die Position des Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und allgemeine Verwaltung der Stadt Magdeburg inne.
Seit 1991 engagiert sich Dieter Steinecke als Vorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Sachsen-Anhalt.
Im Jahr 2002 wurde Dieter Steinecke Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. Am 24. April 2006 wählten ihn die Abgeordneten zum Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt. Dieter Steinecke ist Mitglied des Vorstandes der internationalen Parlamentariervereinigung (SLLF/Europe).
Als Schirmherr des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz setzt er sich seit 2006 in besonderem Maße für die Stärkung von Demokratie und Toleranz ein. Im gleichen Jahr wurde er Schirmherr des Runden Tisches gegen Ausländerfeindlichkeit Sachsen-Anhalt.
Seit 2007 ist Dieter Steinecke Vorsitzender des Vorstandes Deutsch-Ukrainisches Forum e.V.

Die CDU-Fraktionen der 1. bis 5. Legislaturperiode

Personen, Zahlen, Daten, Fakten

1. Wahlperiode (28.10.1990 bis 20.07.1994)

Wahltermin: 14. Oktober 1990

Wahlergebnis der CDU: 39,0 Prozent

Sitze der CDU-Fraktion im Landtag: 48
(später durch Wechsel von Mitgliedern innerhalb des Parlaments zwischen 44 und 47, zeitweise zusätzlich 1 bis 2 Gäste der Fraktion)

Abgeordnete:

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
1	Jürgen Angelbeck	13.01.48	LL (SPD)	Gaststatus in der Zeit von 14.03.1992 bis 13.03.1993
2	Joachim Auer	12.07.53	WK 37, Bitterfeld I	ab 28.10.1990 bis 28.11.1991 (Austritt aus der Fraktion)
3	Curt Becker	19.06.36	WK 42, Nebra-Naumburg I	ab 28.10.1990
4	Dr. Christoph Bergner	24.11.48	WK 31, Halle, Altstadt II	ab 28.10.1990
5	Adolf Bill	28.03.41	WK 25, Dessau, Stadt I	ab 28.10.1990
6	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	27.01.36	WK 21, Wittenberg I	ab 28.10.1990
7	Wolfgang Braun	27.07.39	LL, nachgerückt für Dr. P. Renger	ab 08.11.1990 bis 12.03.1992 (Austritt aus der Fraktion)
8	Peter Brüll	10.09.38	WK 34, Halle, Neustadt I	ab 28.10.1990
9	Dr. Klaus Buchheister	18.02.34	WK 07, Genthin-Havelberg	ab 28.10.1990
10	Dr. Karl-Heinz Daehre	11.06.44	WK 17, Wanzleben-Schönebeck II	ab 28.10.1990
11	Ralf Geisthardt	23.04.54	LL, nachgerückt für M.-A. Heinemann	ab 19.12.1990
12	Dr. Gerd Gies	24.05.43	LL, nachgerückt für A. Kleinau	ab 28.10.1990
13	Detlef Gürth	11.03.62	WK 28, Aschersleben	ab 28.10.1990

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
14	Michael-Andreas Heinemann	11.10.49	WK 43, Weißenfels I-Naumburg II	ab 28.10.1990 bis 03.12.1990 (Mandat niedergelegt)
15	Klaus-Jürgen Jeziorsky	02.01.51	WK 19, Schönebeck I	ab 28.10.1990
16	Dr. Klaus Keitel	05.02.39	WK 33, Halle, Altstadt IV	ab 28.10.1990
17	Gerhard Kern	27.01.50	WK 48, Sangerhausen I	ab 28.10.1990
18	Dr. Wolfgang Kiele	04.10.39	WK 41, Merseburg I	ab 28.10.1990 bis 12.09.1991 (Mandat niedergelegt)
19	Sabine Klenke	05.10.54	WK 32, Halle, Altstadt III	ab 28.10.1990
20	Armin Kleinau	25.04.61	WK 03, Gardelegen-Stendal III	Mandat niedergelegt am 27.10.1990
21	Karsten Knolle	17.01.39	WK 46, Quedlinburg I	ab 28.10.1990 bis 18.12.1991 (Austritt aus der Fraktion), Gaststatus von der Zeit 01.02.1992 bis 11.05.1992 und Mitglied ab 12.05.1992
22	Christoph Koch	11.10.54	WK 04, Haldensleben	ab 28.10.1990
23	Dr. Joachim Kupfer	04.12.38	WK 35, Halle, Neustadt II	ab 28.10.1990
24	Michael Liwowski	05.07.51	WK 01, Salzwedel-Klötze	ab 28.10.1990 bis 12.09.1991 (Mandat niedergelegt)
25	Gerhard Mitschke	08.01.48	WK 26, Dessau Stadt II	ab 28.10.1990 bis 18.12.1991 (Austritt aus der Fraktion)
26	Cornelius Nägler	02.06.36	WK 40, Merseburg II-Querfurt	ab 28.10.1990
27	Günter Otterpohl	31.05.32	WK 16, Magdeburg V	ab 28.10.1990
28	Eveline Parnitzke	22.03.56	LL, nachgerückt für E. Stollberg	ab 27.05.1994
29	Bernd Reisener	05.10.50	LL, nachgerückt für Dr. W. Kiele	ab 18.10.1991
30	Dr. Peter Renger	11.06.41	WK 30, Halle, Altstadt I	ab 28.10.1990 bis 01.11.1990 (Mandat niedergelegt)
31	Wolfgang Rieck	06.12.54	WK 20, Gräfenhainichen-Roßlau	ab 28.10.1990
32	Bernhard Ritter	06.03.50	WK 47, Quedlinburg II-Sangerhausen II	ab 28.10.1990

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
33	Martin Ruch	07.07.62	LL, nachgerückt für M. Liwowski	ab 25.10.1991
34	Jürgen Scharf	15.09.52	WK 14, Magdeburg III	ab 28.10.1990
35	Bernd Scheffler	23.10.47	WK 06, Burg	ab 28.10.1990 bis 18.12.1991 (Austritt aus der Fraktion), Gaststatus von der Zeit 01.02.1992 bis 11.05.1992, Mitglied ab 12.05.1992
36	Konrad Schellbach	06.05.53	WK 45, Zeitz	ab 28.10.1990
37	Peter Schenk	05.09.38	WK 08, Wernigerode I	ab 28.10.1990
38	Gerd Schlaak	05.10.52	WK 05, Stendal	ab 28.10.1990
39	Gunter Schmidt	03.11.54	WK 44, Hohenmölsen-Weißenfels II	ab 28.10.1990
40	Eckhard Schneider	03.03.52	WK 27, Staßfurt	ab 28.10.1990 bis 29.04.1993 (Austritt aus der Fraktion)
41	Dr. Horst Schnellhardt	12.05.46	WK 10, Halberstadt	ab 28.10.1990
42	Reiner Schomburg	14.07.53	WK 09, Wernigerode II-Halberstadt II	ab 28.10.1990
43	Uwe Schulze	19.03.62	WK 38, Bitterfeld II	ab 28.10.1990
44	Ulrich Seidel	27.05.54	WK 12, Magdeburg I	ab 28.10.1990
45	Bernd Sennecke	07.02.50	WK 02, Osterburg-Stendal II	ab 28.10.1990
46	Dr. Heinrich Seppelt	27.07.40	WK 15, Magdeburg IV	ab 28.10.1990
47	Dr. Werner Sobetzko	11.02.39	WK 24, Köthen I	ab 28.10.1990
48	Prof. Dr. Adolf Spotka	23.02.43	WK 29, Bernburg	ab 28.10.1990
49	Erhard Stollberg	07.04.43	WK 36, Saalkreis	ab 28.10.1990 bis 29.04.1994 (Mandatsverzicht wegen Ernennung zum Mitglied des Landesrechnungshofes)
50	Hans-Martin Taesch	02.04.37	WK 22, Wittenberg II, Jessen	ab 28.10.1990

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
51	Manfred Thon	13.03.35	WK 39, Eisleben	ab 28.10.1990 bis 02.12.1991 (Austritt aus der Fraktion) und ab 02.12.1992
52	Thomas Webel	27.07.54	WK 18, Wolmirstedt	ab 28.10.1990
53	Eckhard Werner	08.03.54	WK 11, Halberstadt III-Oschersleben	ab 28.10.1990
54	Petra Wernicke	02.03.53	WK 49, Hettstedt	ab 28.10.1990
55	Margit Weimeister	05.02.33	WK 23, Zerbst-Köthen II	ab 28.10.1990

Funktionsträger

Fraktionsvorsitzende:

Joachim Auer
(16.10.1990 bis 30.11.1991)

Dr. Christoph Bergner
(03.12.1991 bis 01.12.1993)

Jürgen Scharf
(02.12.1993 bis 20.07.1994)

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Jürgen Scharf
(16.10.1990 bis 01.12.1993)

Peter Schenk
(16.10.1990 bis 20.11.1991)

Erhard Stollberg
(20.11.1991 bis 18.01.1994)

Reiner Schomburg
(02.12.1993 bis 18.01.1994)

Sabine Klenke
(19.01.1994 bis 20.07.1994)

Christoph Koch
(19.01.1994 bis 20.07.1994)

Fraktionsgeschäftsführer:	Dr. Michael Schneider (02.11.1990 bis 20.07.1994)
Parlamentarische Geschäftsführer:	Jürgen Scharf (16.10.1990 bis 01.12.1993)
	Reiner Schomburg (02.12.1993 bis 18.01.1994)
	Erhard Stollberg (19.01.1994 bis 29.04.1994)
Landtagspräsident der CDU:	Dr. Klaus Keitel (28.10.90 bis 20.07.1994)

AUSSCHUSSVORSITZE DER CDU IM LANDTAG

Ausschuss für Inneres:	Klaus Jeziorsky (12.12.1990 bis 20.07.1994)
Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:	Prof. Dr. Adolf Spotka (28.11.1990 bis 20.07.1994)
Ausschuss für (Justiz) Recht und Verfassung:	Christoph Koch (19.12.1990 bis 20.07.1994)
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:	Manfred Thon (20.11.1991 bis 27.11.1991)
	Wolfgang Rieck (28.11.1991 bis 20.07.1994)
Ausschuss für Wahlprüfung:	Ralf Geisthardt (07.06.1991 bis 20.07.1994)
Ausschuss für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen:	Hans-Martin Taesch (06.11.1991 bis 20.07.1994)
Unterausschuss Hochschulerneuerungsgesetz:	Dr. Christoph Bergner (02.05.1991 bis 20.07.1994)

Unterausschuss Rechnungsprüfung:	Erhard Stollberg (29.04.1992 bis 29.04.1994)
Zeitweiliger Ausschuss für Chemieindustrie:	Dr. Joachim Kupfer (27.02.1992 bis 14.12.1993)
	Uwe Schulze (16.02.1994 bis 20.07.1994)
Erster Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Überprüfung des Besetzungsverfahrens für die einzelnen Schulformen:	Bernhard Ritter (13.09.1991 bis 27.05.1994)
Dritter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss Treuhand:	Detlef Gürth (11.11.1993 bis 25.05.1994)
Enquete-Kommission Verwaltungsreform:	Curt Becker (14.01.1993 bis 20.07.1994)

VORSITZENDE DER FRAKTIONS-ARBEITSGRUPPEN

(reguläre Wahlen am 20.11.1990 und 20.11.1991)

Inneres:	Curt Becker (20.11.1990 bis 20.07.1994)
Finanzen, Haushalt:	Erhard Stollberg (20.11.1990 bis 20.07.1994)
Wirtschaft, Technologie und Verkehr:	Eckhard Schneider (20.11.1990 bis 30.04.1993)
	Detlef Gürth (04.05.1993 bis 20.07.1994)
Arbeit und Soziales:	Dr. Heinrich Seppelt (20.11.1990 bis 20.07.1994)

Rechtsfragen:	Michael Liwowski (20.11.1990 bis 20.09.1991) Christoph Koch (20.11.1991 bis 20.07.1994)
Bildung und Wissenschaft:	Dr. Christoph Bergner (20.11.1990 bis 09.12.1991) Peter Schenk (10.12.1991 bis 20.07.1994)
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:	Petra Wernicke (20.11.1990 bis 19.11.1991) Cornelius Nägler (20.11.1991 bis 20.07.1994))
Kultur und Medien:	Eckhard Werner (20.11.1990 bis 20.07.1994)
Bundes- und Europaangelegenheiten:	Karsten Knolle (20.11.1990 bis 19.11.1991) Bernd Scheffler (20.11.1991 bis 13.01.1992) Dr. Horst Schnellhardt (14.01.1992 bis 20.07.1994)
Umwelt und Naturschutz:	Adolf Bill (20.11.1990 bis 20.07.1994)
Petitionen:	Dr. Klaus Buchheister (20.11.1990 bis 20.07.1994)
Justiz (Recht):	Ulrich Seidel (20.11.1991 bis 20.07.1994)
Gleichstellung:	Sabine Klenke (10.12.1991 bis 20.07.1994)

2. Wahlperiode (21.07.1994 bis 24.05.1998)

Wahltermin: 26. Juni 1994

Wahlergebnis der CDU: 34,4 Prozent

Sitze der CDU-Fraktion im Landtag: 37

Abgeordnete:

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
1	Curt Becker	19.06.36	WK 48, Naumburg	ab 21.07.1994
2	Dr. Christoph Bergner	24.11.48	WK 39, Halle II	ab 21.07.1994
3	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	27.01.36	WK 26, Wittenberg	ab 21.07.1994
4	Dr. Karl-Heinz Daehre	11.06.44	WK 21 Wanzleben	ab 21.07.1994
5	Marion Fischer	17.07.51	LL	ab 21.07.1994
6	Ralf Geisthardt	23.04.54	WK 07, Haldensleben	ab 21.07.1994
7	Dr. Gerd Gies	24.05.43	WK 02, Gardelegen-Klötze	ab 21.07.1994
8	Detlef Gürth	11.03.62	WK 19, Aschersleben	ab 21.07.1994
9	Klaus-Jürgen Jeziorsky	02.01.51	WK 20, Schönebeck	ab 21.07.1994
10	Dr. Klaus Keitel	05.02.39	WK 38, Halle I	ab 21.07.1994
11	Gerhard Kern	27.01.50	WK 34, Sangerhausen	ab 21.07.1994
12	Karsten Knolle	17.01.39	WK 32, Quedlinburg	ab 21.07.1994
13	Karl-Martin Kuntze	21.09.48	WK 41, Halle IV	ab 21.07.1994
14	Dr. Joachim Kupfer	04.12.38	WK 42, Halle V	ab 21.07.1994
15	Thomas Madl	28.04.57	WK 37, Saalkreis	ab 21.07.1994
16	Cornelius Nägler	02.06.36	WK 45, Querfurt	ab 21.07.1994
17	Erich Reichert	09.07.49	WK 24, Zerbst	ab 21.07.1994
18	Walter Remmers	17.10.33	LL	ab 21.07.1994
19	Wolfgang Rieck	06.12.54	WK 25, Gräfenhainichen-Roßlau	ab 21.07.1994
20	Bernhard Ritter	06.03.50	WK 33, Ballenstedt	ab 21.07.1994
21	Dr. Udo Rönnecke	08.04.47	WK 06, Burg	ab 21.07.1994

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
22	Jürgen Scharf	15.09.52	LL	ab 21.07.1994
23	Konrad Schellbach	06.05.53	WK 47, Zeitz	ab 21.07.1994
24	Gerd Schlaak	05.10.52	LL	ab 21.07.1994
25	Gunter Schmidt	03.11.54	WK 49, Hohenmölsen-Weißenfels	ab 21.07.1994
26	Reiner Schomburg	14.07.53	WK 17, Wernigerode	ab 21.07.1994
27	Uwe Schulze	19.03.62	WK 31, Bitterfeld	ab 21.07.1994
28	Bernd Sennecke	07.02.50	WK 03, Havelberg-Osterburg	ab 21.07.1994
29	Dr. Werner Sobetzko	11.02.39	WK 23, Köthen	ab 21.07.1994
30	Egon Sommerfeld	03.12.30	WK 01, Salzwedel	ab 21.07.1994
31	Prof. Dr. Adolf Spotka	23.02.43	WK 22, Bernburg	ab 21.07.1994
32	Carmen Stange	29.10.55	LL	ab 21.07.1994
33	Hans-Martin Taesch	02.04.37	WK 27, Jessen	ab 21.07.1994
34	Eva Tischner	12.03.63	WK 46, Nebra	ab 21.07.1994
35	Thomas Webel	27.07.54	WK 08, Wolmirstedt	ab 21.07.1994
36	Petra Wernicke	02.03.53	WK 35, Hettstedt	ab 21.07.1994
37	Manfred Wulfert	24.10.49	WK 16, Blankenburg	ab 21.07.1994

Funktionsträger

Fraktionsvorsitzender:

Jürgen Scharf
(28.06.1994 bis 25.07.1994)

Dr. Christoph Bergner
(26.07.1994 bis 24.05.1998)

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Petra Wernicke
(26.07.1994 bis 24.05.1998)

Dr. Karl-Heinz Daehre
(26.07.1994 bis 24.05.1998)

Fraktionsgeschäftsführer:	Dr. Michael Schneider (28.06.1994 bis 24.05.1998)
Parlamentarischer Geschäftsführer:	Jürgen Scharf (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Landtagspräsident der CDU:	Dr. Klaus Keitel (21.07.1994 bis 24.05.1998)

AUSSCHUSSVORSITZE DER CDU IM LANDTAG

Ausschuss für Inneres:	Klaus Jerziorsky (21.09.1994 bis 24.05.1998)
Ausschuss für Recht und Verfassung:	Walter Remmers (20.09.1994 bis 24.05.1998)
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:	Wolfgang Rieck (28.09.1994 bis 24.05.1998)
Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales:	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (06.10.1994 bis 24.05.1998)
Ausschuss für Finanzen:	Dr. Joachim Kupfer (21.09.1994 bis 24.05.1998)
Zeitweiliger Ausschuss Chemieindustrie:	Dr. Werner Sobetzko (28.09.1994 bis 24.05.1998)
Wahlprüfungsausschuss:	Walter Remmers (06.10.1994 bis 24.05.1998)
Erster Parlamentarischer Untersuchungsausschuss Treuhand:	Prof. Dr. Adolf Spotka (29.09.1994 bis 06.03.1998)
Dritter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Einflussnahme auf die Beschäftigung einer persönlichen Referentin:	Walter Remmers (29.05.1997 bis 06.04.1998)

Enquete-Kommission „Schule mit Zukunft“:	Karl-Martin Kuntze (11.04.1996 bis 29.01.1998)
Parlamentarische Kontrollkommission:	Erich Reichert (18.04.1995 bis 11.11.1999)

VORSITZENDE DER FRAKTIONS-ARBEITSGRUPPEN

(reguläre Wahlen am 26.07.1994 und am 26.09.1995)

Innen:	Curt Becker (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Recht und Verfassung:	Walter Remmers (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Finanzen:	Jürgen Scharf (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Arbeit, Soziales und Gesundheit:	Marion Fischer (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Wirtschaft, Technologie und Verkehr:	Detlef Gürth (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:	Petra Wernicke (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Städtebau, Wohnungswesen und Verkehr:	Dr. Karl-Heinz Daehre (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Bildung und Wissenschaft:	Bernhard Ritter (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Umwelt, Energie und Raumordnung:	Prof. Dr. Adolf Spotka (26.07.1994 bis 25.09.1995)
	Manfred Wulfert (26.09.1995 bis 24.05.1998)

Kultur und Medien:	Reiner Schomburg (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Jugend und Sport:	Uwe Schulze (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Gleichstellung:	Carmen Stange (26.07.1994 bis 24.05.1998)
Bundes- und Europaangelegenheiten:	Dr. Gerd Gies (26.07.1994 bis 24.05.1998)

3. Wahlperiode (25.05.1998 bis 15.05.2002)

Wahltermin: 26. April 1998

Ergebnis der CDU: 22,0 Prozent

Sitze der CDU-Fraktion im Landtag: 28

Abgeordnete:

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
1	Curt Becker	19.06.36	WK 48, Naumburg	ab 25.05.1998
2	Dr. Christoph Bergner	24.11.48	LL	ab 25.05.1998
3	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	27.01.36	LL	ab 25.05.1998
4	Dr. Karl-Heinz Daehre	11.06.44	LL	ab 25.05.1998
5	Eva Feußner	12.03.63	LL	ab 25.05.1998
6	Marion Fischer	17.07.51	LL	ab 25.05.1998
7	Detlef Gürth	11.03.62	LL	ab 25.05.1998
8	Horst Hacke	10.10.51	LL	ab 25.05.1998
9	Klaus-Jürgen Jeziorsky	02.01.51	LL	ab 25.05.1998
10	Klaus Keitel, Dr.	05.02.39	LL	ab 25.05.1998
11	Karl-Martin Kuntze	21.09.48	LL	ab 25.05.1998
12	Brunhilde Liebrecht	23.03.53	LL	ab 25.05.1998
13	Christa Ludewig	24.12.53	LL	ab 25.05.1998
14	Sonja Mewald	01.05.45	LL	ab 25.05.1998
15	Walter Remmers	17.10.33	LL	ab 25.05.1998
16	Jürgen Scharf	15.09.52	LL	ab 25.05.1998
17	Gerd Schlaak	05.10.52	LL	ab 25.05.1998
18	Gudrun Schnirch	13.09.45	LL	ab 25.05.1998 bis 31.01.2002 (mit Parteiaustritt Mandat niedergelegt)

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
19	Reiner Schomburg	14.07.53	LL	ab 25.05.1998
20	Uwe Schulze	19.03.62	LL	ab 25.05.1998
21	Bernd Sennecke	07.02.50	LL	ab 25.05.1998
22	Dr. Werner Sobetzko	11.02.39	LL	ab 25.05.1998
23	Egon Sommerfeld	03.12.30	LL	ab 25.05.1998
24	Prof. Dr. Adolf Spotka	23.02.43	LL	ab 25.05.1998
25	Carmen Stange	29.10.55	LL	ab 25.05.1998
26	Hans-Martin Taesch	02.04.37	LL, nachgerückt für G. Schnirch	ab 01.02.2002
27	Thomas Webel	27.07.54	WK 08, Wolmirstedt	ab 25.05.1998
28	Frauke Weiß	15.04.46	LL	ab 25.05.1998
29	Petra Wernicke	02.03.53	LL	ab 25.05.1998

Funktionsträger

Fraktionsvorsitzende:

Dr. Christoph Bergner
(28.04.1998 bis 03.07.2001)

Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
(03.07.2001 bis 15.05.2002)

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Reiner Schomburg
(09.06.1998 bis 15.05.2002)

Petra Wernicke
(09.06.1998 bis 03.05.1999)

Detlef Gürth
(04.05.1999 bis 15.05.2002)

Fraktionsgeschäftsführer:

Dr. Michael Schneider
(25.05.1998 bis 15.05.2002)

Parlamentarischer Geschäftsführer:	Jürgen Scharf (09.06.1998 bis 15.05.2002)

AUSSCHUSSVORSITZE IM LANDTAG

Ausschuss für Inneres:	Klaus Jeziorsky (08.07.1998 bis 15.05.2002)
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:	Egon Sommerfeld (12.11.1998 bis 15.05.2002)
Ausschuss für Raumordnung und Umwelt (Unterausschuss zur Lösung der Abwasserproblematik):	Dr. Karl-Heinz Daehre (16.07.1998 bis 15.05.2002)
Rechnungsprüfungsausschuss:	Dr. Klaus Keitel (21.10.1998 bis 15.05.2002)

VORSITZENDE DER FRAKTIONS-ARBEITSGRUPPEN

(reguläre Wahlen am 23.06.1998 und 04.05.1999)

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:	Petra Wernicke (23.06.1998 bis 15.05.2002)
Kultur und Medien:	Reiner Schomburg (23.06.1998 bis 15.05.2002)
Finanzen:	Jürgen Scharf (23.06.1998 bis 15.05.2002)
Inneres:	Curt Becker (23.06.1998 bis 15.05.2002)
Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten:	Detlef Gürth (23.06.1998 bis 15.05.2002)
Recht und Verfassung:	Walter Remmers (23.06.1998 bis 15.05.2002)

Arbeit, Gesundheit und Soziales:	Carmen Stange (23.06.1998 bis 15.05.2002)
Bildung und Wissenschaft:	Eva Tischner (Feußner), (23.06.1998 bis 15.05.2002)
Umwelt, Energie und Raumordnung:	Horst Hacke (23.06.1998 bis 15.05.2002)
Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr:	Dr. Karl-Heinz Daehre (23.06.1998 bis 15.05.2002)
Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport:	Uwe Schulze (23.06.1998 bis 15.05.2002)

4. Wahlperiode (16.05.2002 bis 23.04.2006)

Wahltermin: 21. April 2002

Ergebnis der CDU: 37,3 Prozent

Sitze der CDU-Fraktion im Landtag: 48

Abgeordnete:

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
1	Curt Becker	19.06.36	WK 48, Naumburg	ab 16.05.2002
2	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	27.01.36	LL, nachgerückt für G. Ruden	ab 01.07.2005
3	Bernhard Bönisch	02.08.53	WK 41, Halle III	ab 16.05.2002
4	Siegfried Borgwardt	27.06.57	WK 27, Jessen	ab 16.05.2002
5	Gabriele Brakebusch	23.02.54	WK 09, Oschersleben	ab 16.05.2002
6	Kurt Brumme	07.02.48	WK 25, Roßlau	ab 16.05.2002
7	Dr. Karl-Heinz Daehre	11.06.44	WK 21, Wanzleben	ab 16.05.2002
8	Bernhard Daldrup	14.07.61	WK 16, Blankenburg	ab 16.05.2002
9	Milad El-Khalil	24.05.49	WK 40, Halle II	ab 16.05.2002
10	Eva Feußner	12.03.63	WK 46, Nebra	ab 16.05.2002
11	Marion Fischer	17.07.51	WK 44, Merseburg	ab 16.05.2002
12	Ralf Geisthardt	23.04.54	WK 07, Haldensleben	ab 16.05.2002
13	Detlef Gürth	11.03.62	WK 19, Aschersleben	ab 16.05.2002
14	Wolfgang Gurke	05.07.37	WK 33, Ballenstedt	ab 16.05.2002
15	Horst Hacke	10.10.51	WK 02, Gardelegen-Klötze	ab 16.05.2002
16	Eduard Jantos	11.04.53	WK 36, Eisleben	ab 16.05.2002
17	Torsten Koch	21.08.63	WK 38, Bad Dürrenberg-Saalkreis	ab 16.05.2002
18	Jens Kolze	17.02.67	WK 29, Dessau II	ab 16.05.2002
19	Markus Kurze	24.12.70	WK 06, Burg	ab 16.05.2002
20	Ralf Laaß	15.07.68	WK 28, Dessau I	ab 16.05.2002
21	Brunhilde Liebrecht	23.03.53	WK 43, Halle V	ab 16.05.2002

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
22	Harry Lienau	21.05.55	WK 49, Hohenmölsen-Weißenfels	ab 16.05.2002
23	Thomas Madl	28.04.57	WK 37, Saalkreis	ab 16.05.2002
24	Hans-Michael Maertens	18.03.39	WK 32, Quedlinburg	ab 16.05.2002
25	Hans-Jürgen Poser	22.01.45	WK 47, Zeitz	ab 16.05.2002
26	Detlef Radke	20.10.56	WK 05, Genthin	ab 16.05.2002
27	Erich Reichert	09.07.49	WK 24, Zerbst	ab 16.05.2002
28	Nicole Rotzsch	20.05.76	WK 45, Querfurt	ab 16.05.2002
29	Gerhard Ruden	25.08.46	WK 11, Magdeburg II	ab 16.05.2002 bis 07.06.2005 (Mandatsverzicht wegen Ernennung zum Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR)
30	Frank Sänger	22.07.41	WK 39, Halle I	ab 16.05.2002
31	Jürgen Scharf	15.09.52	WK 12, Magdeburg III	ab 16.05.2002
32	Dr. Gunnar Schellenberger	12.01.60	WK 20, Schönebeck	ab 16.05.2002
33	Frank Scheurell	31.10.62	WK 26, Wittenberg	ab 16.05.2002
34	Gerd Schlaak	05.10.52	WK 04, Stendal	ab 16.05.2002
35	Reiner Schomburg	14.07.53	WK 17, Wernigerode	ab 16.05.2002
36	André Schröder	21.04.69	WK 34, Sangerhausen	ab 16.05.2002
37	Nico Schulz	22.08.73	WK 03, Havelberg-Osterburg	ab 16.05.2002
38	Wigbert Schwenke	22.07.60	WK 13, Magdeburg IV	ab 16.05.2002
39	Dr. Werner Sobetzko	11.02.39	WK 23, Köthen	ab 16.05.2002
40	Prof. Dr. Adolf Spotka	23.02.43	WK 22, Bernburg	ab 16.05.2002
41	Jürgen Stadelmann	07.06.59	WK 01, Salzwedel	ab 16.05.2002
42	Holger Stahlknecht	13.11.64	WK 08, Wolmirstedt	ab 16.05.2002
43	Dieter Steinecke	11.02.44	WK 14, Magdeburg V	ab 16.05.2002
44	Marco Tullner	01.11.68	WK 42, Halle IV	ab 16.05.2002
45	Christel Vogel	07.07.59	WK 30, Wolfen	ab 16.05.2002
46	Frauke Weiß	15.04.46	WK 15, Halberstadt	ab 16.05.2002
47	Petra Wernicke	02.03.53	WK 35, Hettstedt	ab 16.05.2002
48	Eva-Maria Wybrands	05.09.51	WK 10, Magdeburg I	ab 16.05.2002
49	Lars-Jörn Zimmer	04.10.70	WK 31, Bitterfeld	ab 16.05.2002

Funktionsträger

Fraktionsvorsitzender:	Jürgen Scharf (30.04.2002 bis 23.04.2006)
Stellvertretende: **Fraktionsvorsitzende:**	Eva Feußner (30.04.2002 bis 23.04.2006)
	Reiner Schomburg (30.04.2002 bis 23.04.2006)
Fraktionsgeschäftsführer:	Dr. Michael Schneider (16.05.2002 bis 22.05.2002)
	Markus Kreye (23.05.2002 bis 23.04.2006))
Parlamentarischer Geschäftsführer:	Detlef Gürth (30.04.2002 bis 23.04.2006)
Landtagspräsident der CDU:	Prof. Dr. Adolf Spotka (16.05.2002 bis 23.04.2006)

AUSSCHUSSVORSITZE IM LANDTAG

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit:	Marion Fischer (12.06.2002 bis 23.04.2006)
Ausschuss für Bildung und Wissenschaft:	Dr. Gunnar Schellenberger (12.06.2002 bis 23.04.2006)
Ausschuss für Umwelt:	Horst Hacke (12.06.2002 bis 23.04.2006)
Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau- und Verkehr:	Frauke Weiß (12.06.2002 bis 23.04.2006)
Ausschuss für Bundes- und Europa-angelegenheiten sowie Medien:	Dr. Werner Sobetzko (19.06.2002 bis 23.04.2006)

Sonderausschuss nach § 46a AbgG LSA zur Überprüfung der Mitglieder des Landtages:	Gerhard Ruden (19.07.2002 bis 14.04.2005)
Zeitweiliger Ausschuss Hochwasser:	Thomas Madl (17.10.2002 bis 16.02.2006)
Unterausschuss Rechnungsprüfung:	Bernhard Bönisch (27.06.2002 bis 23.04.2006)
Unterausschuss Olympische Spiele und Paralympics 2012:	Milad El-Khalil (09.01.2004 bis 31.05.2004)
Achter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur möglichen Amtspflichtsverletzung, vor allem der Neutralitätspflicht, durch den Minister der Justiz:	Dieter Steinecke (20.11.2003 bis 07.07.2005)
Parlamentarische Kontrollkommission:	Thomas Madl (09.10.2002 bis 21.02.2007)

VORSITZENDE DER FRAKTIONS-ARBEITSGRUPPEN

(reguläre Wahlen am 23.05.2002 und 02.07.2003)

Inneres:	Jens Kolze (23.05.2002 bis 23.04.2006)
Wirtschaft und Arbeit:	Detlef Gürth (23.05.2002 bis 23.04.2006)
Recht und Verfassung:	Holger Stahlknecht (23.05.2002 bis 23.04.2006)
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:	Bernhard Daldrup (23.05.2002 bis 23.04.2006)
Gesundheit und Soziales:	Brunhilde Liebrecht (23.05.2002 bis 23.04.2006)

Gleichstellung, Familie, Kinder, Jugend und Sport:	Markus Kurze (23.05.2002 bis 23.04.2006)
Bildung und Wissenschaft:	Eva Feußner (23.05.2002 bis 23.04.2006)
Finanzen:	Marco Tullner (23.05.2002 bis 23.04.2006)
Kultur und Medien:	Reiner Schomburg (23.05.2002 bis 23.04.2006)
Umwelt:	Torsten Koch (23.05.2002 bis 01.07.2003)
	Gerhard Ruden (02.07.2003 bis 07.06.2005)
	Jürgen Stadelmann (08.06.2005 bis 23.04.2006)
Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr:	André Schröder (23.05.2002 bis 23.04.2006)
Bundes- und Europaangelegenheiten:	Eva-Maria Wybrands (23.05.2002 bis 23.04.2006)
Petitionen:	Ralf Geisthardt (23.05.2002 bis 23.04.2006)

5. Wahlperiode (ab 24.04.2006)

Wahltermin: 26. März 2006

Ergebnis der CDU: 36,2 Prozent

Sitze der CDU-Fraktion im Landtag: 40
(seit 02.06.2009: 39 Sitze)

Abgeordnete:

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
1	Prof. Dr. Wolfgang Böhmer	27.01.36	LL, nachgerückt für D. Schatz	ab 27.07.2007
2	Frank Bommersbach	12.06.63	WK 35, Bad Dürrenberg-Saalkreis	ab 24.04.2006
3	Bernhard Bönisch	02.08.53	WK 38, Halle III	ab 24.04.2006
4	Siegfried Borgwardt	27.06.57	WK 25, Jessen	ab 24.04.2006
5	Gabriele Brakebusch	23.02.54	WK 09, Oschersleben	ab 24.04.2006
6	Kurt Brumme	07.02.48	WK 27, Dessau-Roßlau	ab 24.04.2006
7	Bernhard Daldrup	14.07.61	WK 15, Blankenburg	ab 24.04.2006
8	Eva Feußner	12.03.63	WK 42, Nebra	ab 24.04.2006
9	Ralf Geisthardt	23.04.54	WK 07, Haldensleben	ab 24.04.2006
10	Angela Gorr	08.07.57	WK 16, Wernigerode	ab 24.04.2006
11	Detlef Gürth	11.03.62	WK 19, Aschersleben	ab 24.04.2006
12	Hardy Peter Güssau	20.10.62	WK 04, Stendal	ab 24.04.2006
13	Uwe Harms	07.02.63	WK 02, Gardelegen-Klötze	ab 24.04.2006
14	Herbert Hartung	14.10.47	WK 28, Wolfen	ab 24.04.2006
15	Eduard Jantos	11.04.53	LL, nachgerückt für J. Stadelmann	ab 10.11.2009
16	Jens Kolze	17.02.67	WK 26, Dessau	ab 24.04.2006
17	Markus Kurze	24.12.70	WK 06, Burg	ab 24.04.2006
18	Harry Lienau	21.05.55	LL, nachgerückt für A. Schröder	ab 16.09.2008

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
19	Thomas Madl	28.04.57	WK 34, Saalkreis	ab 24.04.2006 bis 02.06.2009 (Austritt aus der Fraktion)
20	Hans-Jürgen Poser	22.01.45	WK 43, Zeitz	ab 24.04.2006
21	Detlef Radke	20.10.56	WK 05, Genthin	ab 24.04.2006
22	Erich Reichert	09.07.49	WK 23, Zerbst	ab 24.04.2006
23	Steffen Rosmeisl	28.07.64	WK 40, Merseburg	ab 24.04.2006
24	Peter Rotter	14.08.55	WK 20, Wanzleben	ab 24.04.2006
25	Nicole Rotzsch	20.05.76	WK 41, Querfurt	ab 24.04.2006
26	Jürgen Scharf	15.09.52	WK 11, Magdeburg II	ab 24.04.2006
27	Dirk Schatz	12.12.70	WK 33, Eisleben	ab 24.04.2006 bis 26.07.2007 (Mandatverzicht wegen Ernennung z. Landrat des Landkreises Mansfeld-Südharz)
28	Dr. Gunnar Schellenberger	12.01.60	WK 19, Schönebeck	ab 24.04.2006
29	Frank Scheurell	31.10.62	WK 24, Wittenberg	ab 24.04.2006
30	André Schröder	21.04.69	WK 31, Sangerhausen	ab 24.04.2006 bis 15.09.2008 (Mandatsverzicht wegen Ernennung z. Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr)
31	Nico Schulz	22.08.73	WK 03, Havelberg-Osterburg	ab 24.04.2006
32	Wigbert Schwenke	22.07.60	WK 12, Magdeburg III	ab 24.04.2006
33	Jürgen Stadelmann	07.06.59	WK 01, Salzwedel	ab 24.04.2006 bis 22.10.2009 (Mandatsverzicht wegen Ernennung z. Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt)
34	Holger Stahlknecht	13.11.64	WK 08, Wolmirstedt	ab 24.04.2006
35	Dieter Steinecke	11.02.44	WK 13, Magdeburg IV	ab 24.04.2006
36	Daniel Sturm	06.03.77	WK 44, Naumburg	ab 24.04.2006
37	Brigitte Take	27.09.49	WK 22, Köthen	ab 24.04.2006

	Name	Geburtsdatum	Wahlkreis/Landesliste	Mitgliedschaft
38	Jens Ulrich Thomas	22.03.68	WK 30, Quedlinburg	ab 24.04.2006
39	Marco Tullner	01.11.68	WK 37, Halle II	ab 24.04.2006
40	Jürgen Weigelt	12.12.49	WK 21, Bernburg	ab 24.04.2006
41	Frauke Weiß	15.04.46	WK 14, Halberstadt	ab 24.04.2006
42	Petra Wernicke	02.03.53	WK 32, Hettstedt	ab 24.04.2006
43	Lars-Jörn Zimmer	04.10.70	WK 29, Bitterfeld	ab 24.04.2006

Funktionsträger

Fraktionsvorsitzender:	Jürgen Scharf (seit 29.03.2006)
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:	Eva Feußner (29.03.2006 bis 12.03.2007)
	Markus Kurze (seit 11.04.2006)
	Holger Stahlknecht (seit 13.03.2007)
Fraktionsgeschäftsführer:	Markus Kreye (11.04.2006 bis 26.06.2006)
	Georg Prick (27.06.2006 bis 31.05.2010)
	Sven Rautmann (seit 01.06.2010)
Parlamentarischer Geschäftsführer:	Detlef Gürth (seit 29.03.2006)
Landtagspräsident der CDU:	Dieter Steinecke (seit 24.04.2006)

AUSSCHUSSVORSITZE IM LANDTAG

Ausschuss für Inneres:	Thomas Madl (17.05.2006 bis 19.05.2009)
	Holger Stahlknecht (seit 26.05.2009)
Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur:	Dr. Gunnar Schellenberger (seit 18.05.2006)
Ausschuss für Petitionen:	Frauke Weiß (seit 19.05.2006)
Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten:	Nico Schulz (seit 18.05.2006)
Unterausschuss Rechnungsprüfung:	Bernhard Bönisch (seit 22.06.2006)
Parlamentarische Kontrollkommission:	Thomas Madl (13.06.2007 bis 13.07.2009)
Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“:	Nicole Rotzsch (seit 19.10.2007)
Ausschuss zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR (§ 46a AbgG LSA):	Eva Feußner (seit 15.11.2007)
10. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss zu Vorgängen mit rechtsextremistischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund im Verantwortungsbereich der Polizei:	Jens Kolze (seit 13.09.2007)

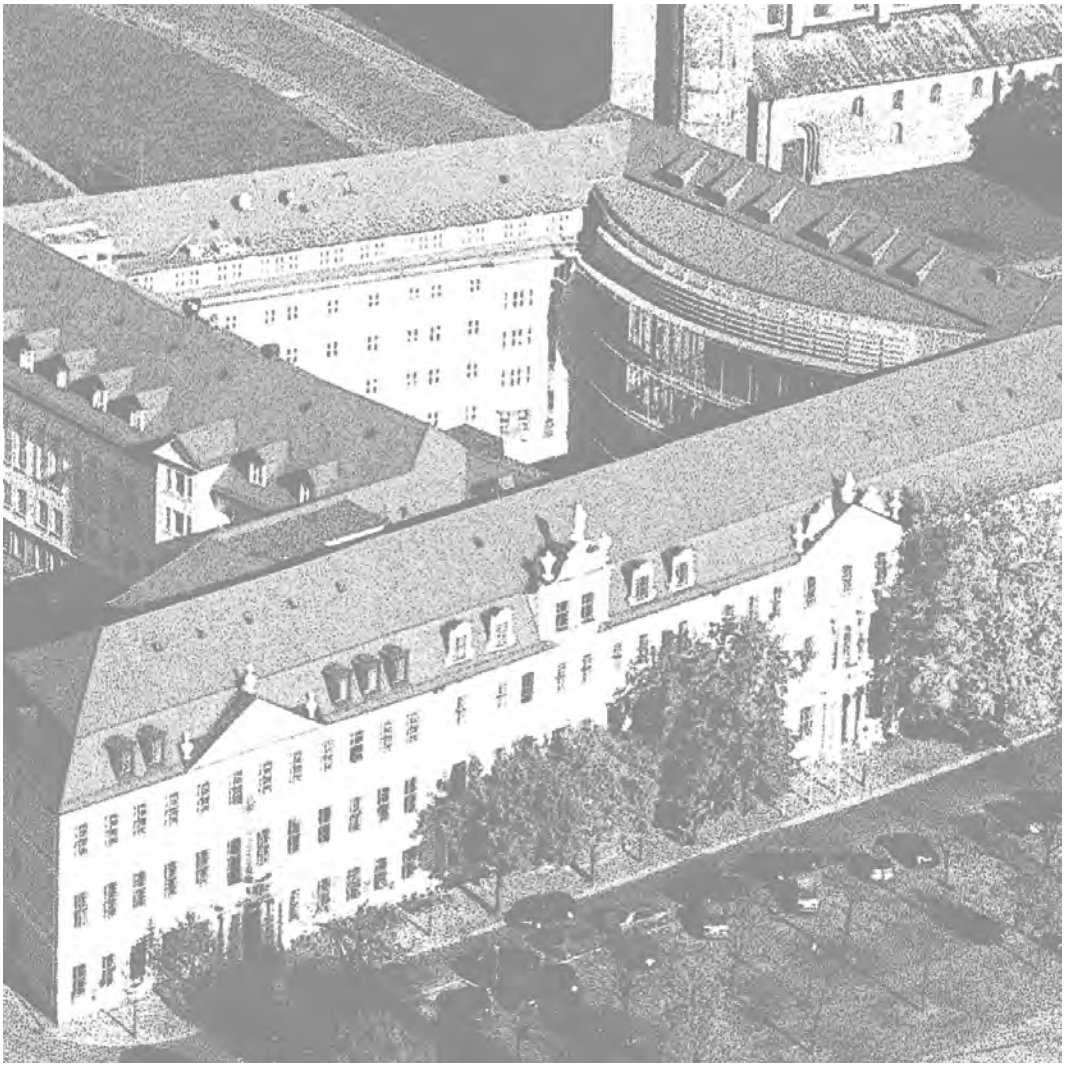
VORSITZENDE DER FRAKTIONS-ARBEITSGRUPPEN

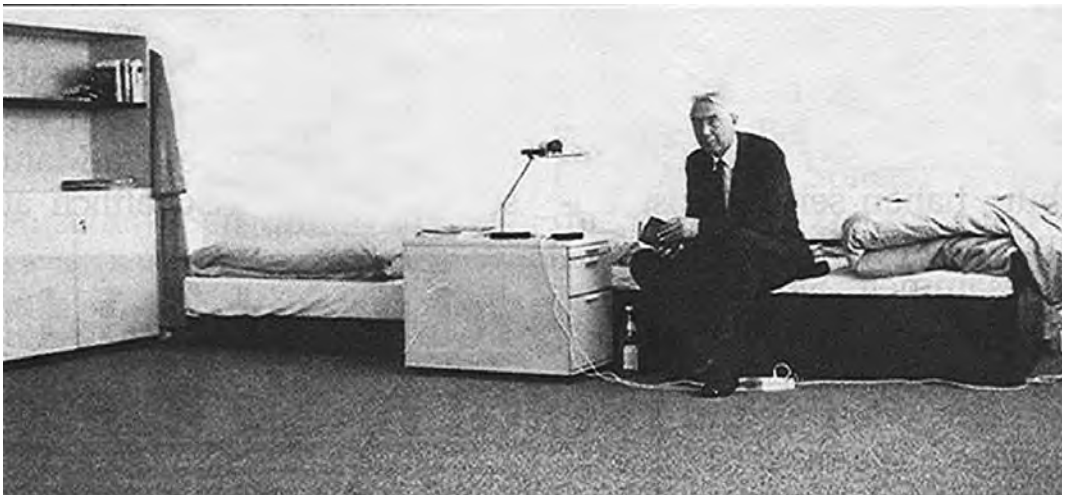
(reguläre Wahlen am 26.04.2006 und 13.03.2007)

Inneres:	Jens Kolze (seit 26.04.2006)
Wirtschaft und Arbeit:	Detlef Gürth (seit 26.04.2006)
Recht und Verfassung:	Holger Stahlknecht (seit 26.04.2006)
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:	Bernhard Daldrup (seit 26.04.2006)
Soziales:	Markus Kurze (seit 26.04.2006)
Bildung, Wissenschaft und Kultur:	Eva Feußner (seit 26.04.2006)
Finanzen:	Marco Tullner (seit 26.04.2006)
Umwelt:	Jürgen Stadelmann (26.04.2006 bis 22.10.2009)
	Gabriele Brakebusch (seit 27.10.2009)
Landesentwicklung und Verkehr:	André Schröder (26.04.2006 bis 08.09.2008)
	Frank Scheurell (seit 09.09.2008)
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien:	Siegfried Borgwardt (seit 26.04.2006)

Impressionen aus zwei Jahrzehnten

Fotogalerie von 1990 bis 2010





Büro des Ministers Walter Remmers in der 1. Legislaturperiode

Plenum der 1. Wahlperiode

19. bis 22. November 1991: Fraktionsfahrt nach Salzburg

Überlegungen zur Landesentwicklung, 1. Wahlperiode

15. und 16. Januar 1993: Frauenpolitische Sprechertagung der CDU-Landtagsfraktionen in Magdeburg

Die Abgeordneten der CDU-Fraktion der 1. Wahlperiode

09. Dezember 1994: Fachtagung „Schule“ in Magdeburg

Oktober 1995: Abgeordnete und Mitarbeiter auf Informationsreise zu Gast im Landtag von Rheinland-Pfalz

4. Juli 1997: Telefonforum mit Dr. Christoph Bergner zum Thema „Rentenreform".

Mai 2001: Fraktionsveranstaltung „Das mitteldeutsche Chemiedreieck - 10 Jahre nach dem Kanzlerversprechen", Leuna

Juli 2001: Übergabe des Fraktionsvorsitzes von Dr. Christoph Bergner an Prof. Dr. Wolfgang Böhmer

19. Juni 2001: CDU-Fraktion in Berlin bei Angela Merkel

08. November 2001: Konferenz der ostdeutschen CDU-Landtagsfraktionen mit Angela Merkel

Die Abgeordneten der 3. Wahlperiode

Plenum der 3. Wahlperiode

Januar 2004: Fraktionsklausur im Kloster Helfta

05. April 2004: „Anpfiff" zur zweiten Halbzeit der 4. Legislaturperiode

11. Mai 2004: Bundespräsidenten-Kandidat Horst Köhler zu Gast bei der CDU-Fraktion im Magdeburger Landtag

04. Oktober 2004: Jürgen Scharf startet die Aktion „Leseland"

Pressefest 2005: Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer und Abgeordneter Markus Kurze

Plenum der 4. Wahlperiode

Die Abgeordneten der 4. Wahlperiode

Mediennacht der Fraktion im Jahr 2008, mit dem Intendanten des Deutschlandradio, Prof. Dr. Ernst Elitz und dem Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla

31. März 2009: Fraktion zu Gast bei Bundespräsident Horst Köhler im Schloss Bellevue in Berlin

19. August 2010: CDU-Landtagsfraktion startet „Sachsen-Anhalts größte Bürgerbefragung": Fraktionsvorsitzender Jürgen Scharf (Mitte), seine persönliche Referentin Sandra Hietel (links) und Pressesprecherin Anke Reppin (rechts).

Mediennacht 2010: Fraktionsvorsitzender Jürgen Scharf mit dem Ehrengast, Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière.

Literatur zu Sachsen-Anhalt und den Neuen Bundesländern

Barrios, Harald: Von der Revolution zum Beitritt: Die Entwicklung eines gesamtdeutschen Wahl- und Parteiensystems, in: Ulrike Liebert/Wolfgang Merkel (Hrsg.): Die Politik zur deutschen Einheit, Opladen 1991, S. 139-159

Bergner, Christoph: Das Magdeburger Experiment, in: Die politische Meinung Nr. 315 v. Februar 1996, S. 13-19

Boll, Bernhard: Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1996

Boll, Bernhard/Everhard Holtmann: Bürger und Parlament im Jahr 2000, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Magdeburg 2000

Der Landtag von Sachsen Anhalt. 1. Wahlperiode 1990 bis 1994, in: Der Landtag am Domplatz H. 3/1994, S. 10-11

Derlien, Hans-Ulrich/Stefan Lock: Eine neue politische Elite? Rekrutierung und Karrieren der Abgeordneten in den fünf neuen Landtagen, in: ZParl 25. Jg. (1994), S. 61-94

Derlien, Hans-Ulrich: Elitenzirkulation zwischen Implosion und Integration, in: Hans Bertram/Raj Kollmorgen (Hrsg): Die Transformation Ostdeutschlands, Opladen 2001, S. 53-64

Dobner, Petra/Suzanne S. Schüttemeyer: Der Landtag als Institution und politischer Akteur, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Ein Handbuch, Magdeburg 2006, S. 17-43

Eith, Ulrich: Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt, Berlin 1997

Feist, Ursula /Hans-Jürgen Hoffmann: Die Landtagswahlen in der ehemaligen DDR am 14. Oktober 1990: Föderalismus im wiedervereinigten Deutschland – Traditionen und neue Konturen, in: ZParl 22. Jg. (1991), S. 5-34

Häberle, Peter: Die Verfassungsbewegung in den fünf neuen Bundesländern, in: JböR N.F. 41, Tübingen 1993, S. 69-307

Holtmann, Everhard (Hrsg.): Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Ein Handbuch, Magdeburg 2006

Holtmann, Everhard: Protestpartei am rechten Rand. Die DVU in der Wählerlandschaft Sachsen-Anhalts, 2. Aufl. Magdeburg 1999

Holtmann, Everhard: Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 21. April 2002: Bürgervotum gegen das Tolerierungsbündnis von SPD und PDS, in: ZParl 34. Jg. (2003), H. 1, S. 41-60

Holtmann, Everhard: Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des „halben Machtwechsels", in: ZParl 38. Jg. (2007), H. 1, S. 51-67

Holtmann, Everhard: Die angepaßten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2002

Holtmann, Everhard: Rote Karte für das Magdeburger Tolerierungsbündnis. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April 2002, in: Gesellschaft-Wirtschaft-Politik 51. Jg.(2002), H. 2, S.199-203

Holtmann, Everhard/Bernhard Boll: Sachsen-Anhalt. Eine politische Landeskunde, 2. Aufl. Magdeburg 1997

Kluth, Winfried: Zehn Jahre Verfassungsentwicklung in Sachsen-Anhalt – 1992 bis 2002, in: JböR N.F. 51, hrsg. v. Peter Häberle, Tübingen 2003, S. 459-487

Knelangen Wilhelm/Johannes Varwick: Magdeburg ist nicht Weimar. Oder doch?, in: Gegenwartskunde 47. Jg. (1998), S. 213-221.

Kropp, Sabine: Opposition und Mehrheitsregel in den Landesverfassungen, in: ZParl 28. Jg. (1997), H. 3, S. 373-390

Lapp, Peter Joachim: Die fünf neuen Länder, Bonn-Bad Godesberg 1991

Plöhn, Jürgen: Mehrheitswechsel in Sachsen-Anhalt, Frankfurt am Main 1996

Plöhn, Jürgen: Der Oppositionsstatus der PDS nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt, in: ZParl 28. Jg. (1997), H. 4, S. 558-571

Plöhn, Jürgen: Ostdeutsche Profile in der Politik, in: Oscar Gabriel/Beate Neuss/Günther Rüther (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Bedeutung – Macht – Verantwortung, Bonn 2006, S. 135-152

Putz, Sebastian: Die Landesregierung als Zentrum politischer Steuerung, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Ein Handbuch, Magdeburg 2006, S. 80-104

Putz, Sebastian: Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner. Rolle und Einfluss der FDP als kleine Regierungspartei in vier ostdeutschen Landesregierungen (1990-1994), Baden-Baden 2008

Reich, Andreas: Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt. Kommentar, Bad Honnef 1994

Renzsch, Wolfgang/Stefan Schieren: Große Koalition oder Minderheitsregierung: Sachsen-Anhalt als Zukunftsmodell des parlamentarischen Regierungssystems in den neuen Bundesländern?, in: ZParl 28. Jg. (1997), H. 3, S. 391-407

Renzsch, Wolfgang/Stefan Schieren: Große Koalition ohne Alternative? Eine Antwort auf Winfried Steffanis Beitrag in Heft 4/1997 der ZParl, in: ZParl 29. Jg. (1998) H. 1, S. 187-188;

Rutz, Werner /Konrad Scherf/Wilfried Strenz: Die fünf neuen Bundesländer, Darmstadt 1993

Schieren, Stefan: Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998: „Magdeburger Modell" mit einigen Mängeln, in: ZParl 30. Jg. (1999), H. 1, S. 56-78

Schnapp, Kai-Uwe: Wahlen, Abstimmungen und Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Landespolitik in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2006, S. 147-178

Steffani, Winfried: Zukunftsmodell Sachsen-Anhalt? Grundsätzliche Bedenken. Bemerkungen zum Beitrag von Wolfgang Renzsch und Stefan Schieren in Heft 3/1997, in: ZParl 28. Jg. (1997) H. 4, S. 717-722;

Steffani, Winfried: Wer trägt die Verantwortung? Wider die wissenschaftliche und politische Verharmlosung des „Magdeburger Modells", ZParl 29. Jg. (1998) H. 1, S. 189-190.

Thomas, Sven: Regierungspraxis von Minderheitsregierungen. Das Beispiel des „Magdeburger Modells", Wiesbaden 2003

Thomas, Sven: zur Handlungsfähigkeit von Minderheitsregierungen am Beispiel des „Magdeburger Modell", in: ZParl 34. Jg. (2003) H. 4, S. 792-806

Tullner, Matthias: Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, 2. Aufl., Opladen 1996

Tullner, Matthias: Das neueste der neuen Bundesländer: Sachsen-Anhalt, in: Martin und Sylvia Greiffenhagen et al.: Die neuen Bundesländer, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart/Berlin/Köln 1994, S. 67-89

Volkens, Andrea /Hans-Dieter Klingemann: Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozeß der Vereinigung, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit, Bonn/Berlin 1992, S. 189-214

Waschkuhn, Arno/Alexander Thumfart (Hrsg.): Politik in Ostdeutschland, München/Wien 1999

Allgemeine Literatur

Bagehot, Walter: The English Constitution (1867), Ausg. Fontana Library, London 1963

Grimm, Dieter: Parlament und Parteien, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh (Hrsg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis, Berlin/New York 1989, S. 199-216

Lapp, Peter Joachim: Die „befreundeten Parteien" der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988

Linnemann, Rainer: Die Parteien in den neuen Bundesländern, Münster/New York 1994

Loewenberg, Gerhard /Samuel Patterson: Comparing Legislatures, Boston/Toronto 1979

Loewenberg, Gerhard: The Role of Parliaments in Modern Political Systems, in: ders. (Hrsg.): Modern Parliaments.Change or Decline?, Chicago/New York 1971, S. 1 (1-20)

Oberreuter, Heinrich: Kann der Parlamentarismus überleben? Zürich/Osnabrück 1977

Plöhn, Jürgen: „Konstruktives Mißtrauensvotum" und Vertrauensfrage im internationalen Vergleich – eine hochgelobte Fehlkonstruktion der deutschen Verfassung?, in: ders. (Hrsg.): Sofioter Perspektiven auf Deutschland und Europa, Berlin 2006, S. 127-165.

Sartori, Giovanni: Parties and party systems, Cambridge 1976

Schindler, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Bd. I, Baden-Baden 1999, S. 1166-1169.

Schneider, Hans-Peter: Verfassungsrechtliche Bedeutung und politische Praxis der parlamentarischen Opposition, in: ders./Wolfgang Zeh (Hrsg.): Parlamentsrecht und Parlamentspraxis, Berlin/New York 1989, S. 1055-1086

Schuett-Wetschky, Eberhard: Parlamentarismuskritik ohne Ende? Parteidissens und Repräsentationskonzepte, am Beispiel der Entparlamentarisierungs- und der Gewaltenteilungskritik, in: ZPol 15. Jg. (2005), S. 3-33

Schüttemeyer, Suzanne S.: Parteien und Fraktionen in der Bundesrepublik Deutschland: Veränderte Beziehungen im Zeichen professioneller Politik, in: Ludger Helms (Hrsg.): Parteien und Fraktionen. Ein internationaler Vergleich, Opladen 1999, S. 39-66

Schütt-Wetschky, Eberhard: Regierung, Parlament oder Parteien: Wer entscheidet, wer beschließt?, in: ZParl 36. Jg. (2005), S. 489-507

Schütt-Wetschky, Eberhard: Grundtypen parlamentarischer Demokratie, Freiburg/München 1984

Schütt-Wetschky, Eberhard: Verhältniswahl und Minderheitsregierungen. Unter besonderer Berücksichtigung Großbritanniens, Dänemarks und der Bundesrepublik Deutschland, in: ZParl 18. Jg. (1987), S. 94-109.

Steffani, Winfried: Gewaltenteilung und Parteien im Wandel, Opladen/Wiesbaden 1997

Steffani, Winfried: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie, Opladen 1979

Steffani, Winfried: Regierungsmehrheit und Opposition, in: ders. (Hrsg.): Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG, Opladen 1991, S. 11-35

Steffani, Winfried: Regierungsmehrheit und Opposition, in: Everhard Holtmann (Hrsg.): Politik-Lexikon, 3. Aufl., München/Wien 2000, S. 584-587.

Strong, C.F.: A History of Modern Constitutions, New York 1963

Thaysen, Uwe: Sicherung der parlamentarischen Kontrolle über Regierungsplanung. Zwei Gesetzentwürfe, in: ZParl 3. Jg. (1972), S. 176-181

Zeh, Wolfgang: Parlamentarismus, in: Ekkehard Handschuh et al.: Wegweiser Parlament, Bonn 1986

Quellen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin.
Bestand 05-013
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.: Pressedokumentation, St. Augustin
Landtag von Sachsen-Anhalt, Magdeburg. Dokumentation.
- Drucksachen
- Plenarprotokolle
[http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=210]
Privatarchiv Jürgen Plöhn, Neuss
Privatarchiv Sebastian Putz, Magdeburg
Privatarchiv Jürgen Scharf, CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Magdeburg
Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle, Archiv
[http://www.stala.sachsen-anhalt.de/gk/fms/fms213.htm]

Verwendete Abkürzungen zu den Quellen

LT	Der Landtag von Sachsen-Anhalt
PlPr	Plenarprotokoll
Drs.	Drucksache
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
LVerfGE	Entscheidungen der Landesverfassungsgerichte
MZ	Mitteldeutsche Zeitung, Halle
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
LTP	Landtagspräsident
FrV	Fraktionsvorsitzender
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen

Fotonachweis

Pressestelle / CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Werner Klapper / Bildarchiv Landtag von Sachsen-Anhalt
Mandelbrot-Menge: Dr. Wolfgang Beyer (hergestellt mit dem Programm Ultra Fractal 3)
Ronald Floum / Elbe-Report
Christian Wohlt / ct-press
Pressestelle Staatskanzlei / Bilddatenbank Sachsen-Anhalt
Pressestelle MLV / Bilddatenbank Sachsen-Anhalt
Pressestelle MLU / Bilddatenbank Sachsen-Anhalt
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung / Bundesbildstelle – Referat 403

I M P R E S S U M

Herausgeber/V.i.S.d.P:
CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Fraktionsvorsitzender Jürgen Scharf
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391 5602016, Telefax: 0391 5602028
E-Mail: presse@cdufraktion.de
www.cdufraktion.de

Mit Namensartikeln von:
Dr. Christoph Bergner
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
Dr. Karl-Heinz Daehre
Dr. Gerd Gies
Dr. Klaus Keitel
Karsten Knolle
Dr. Sebastian Putz
Dr. Jürgen Plöhn
Jürgen Scharf
Dr. Michael Schneider
André Schröder
Dr. Werner Sobetzko
Prof. Dr. Adolf Spotka
Dieter Steinecke
Thomas Webel
Petra Wernicke

Namensartikel sind Beiträge, welche nicht redaktionell erarbeitet wurden, sondern von externen, mit ihrem Namen den Beitrag zeichnenden Autoren stammen. Für den Inhalt sind die Autoren selbst verantwortlich.

Idee/Konzeption:
Georg Prick

Redaktion:
Anke Reppin

Redaktionelle Mitarbeit:
Sandra Hietel

Redaktionsschluss:
01. September 2010

Gestaltung und Druck:
Druckhaus SCHLUTIUS
Halberstädter Straße 37, 39112 Magdeburg
Telefon: 0391 628570, Telefax: 0391 6285722
E-Mail: info@schlutius-magdeburg.de
www.schlutius-magdeburg.de

Auflage:
500 Stück

1. Auflage, Oktober 2010

Danksagung:

Mein herzlicher Dank gilt all denjenigen, die zum Gelingen der vorliegenden Publikation beigetragen haben.

Jürgen Scharf
(Herausgeber)

Hinweis der Redaktion

Die Daten zu den in dieser Publikation genannten Personen, Zahlen und Fakten haben einer aufwändigen, mehrmonatigen Recherche bedurft. Sie sind nach bestem Wissen zusammengestellt worden. Anregungen und Hinweise nimmt die Redaktion gern entgegen unter 0391 5602016 oder presse@cdufraktion.de.